

Zeitgeschichte in Hamburg · 2021



ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG
NACHRICHTEN AUS DER FORSCHUNGSSTELLE
FÜR ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG (FZH)
2021



ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG

2021

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
Wissenschaftliche Einrichtung an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. +49 40 43 13 97 0
Fax +49 40 43 13 97 40
www.zeitgeschichte-hamburg.de

Die FZH ist seit 1997 eine Stiftung bürgerlichen Rechts, die von der Freien und Hansestadt Hamburg getragen wird.



»Zeitgeschichte in Hamburg 2021« wird kostenlos von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) abgegeben und steht auf www.zeitgeschichte-hamburg.de als Download zur Verfügung.

ISSN Print 2366-6412

ISSN Web 2366-6420

Herausgeber: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

Hamburg 2022

Umschlagabbildung Vorderseite: Fabian Hammerl

Umschlagabbildung Rückseite: Ein Virus geht um die Welt, Standfoto aus dem Aufklärungsfilm »Grippe muss nicht sein« von 1971. Quelle: Bodo Menck/Staatsarchiv Hamburg

Redaktion: Kirsten Heinsohn, Stefan Mörchen, Maïke Raap

Satz und Layout: Das Herstellungsbüro, Hamburg

1. Auflage 2022

INHALT

THOMAS GROSSBÖLTING UND KIRSTEN HEINSOHN	
Vorwort	7
■ AUS DER FORSCHUNG	
KNUD ANDRESEN	
Wo ist der Großstädter zuhause? <i>Hamburger Stadtteilgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts</i>	13
MORITZ FÖLLMER	
Das Problem der Regierbarkeit Hamburgs von den 1970er zu den 1990er Jahren	35
BJÖRN SIEGEL	
Ein Ort »deutsch-jüdischer« Geschichte <i>Der Hamburger Hafen, 1880 – 1914</i>	58
MARCEL BOIS	
»Das Küssen auf weniger erkältungsgefährdete Zeiten verschieben« <i>Krisenhandeln der Hamburger Gesundheitsbehörde während der Hongkong-Grippe (1968 – 1970)</i>	79
ALEXANDRA JAEGER	
»Arbeitszeitfragen sind immer auch Gleich- stellungsfragen« <i>Gewerkschaftliche Debatten über Arbeitszeitpolitik aus Geschlechterperspektive von den 1970er bis zu den 2000er Jahren</i>	101
LUCY DEBUS, LISA HELLRIEGEL UND JONAS JAKUBOWSKI	
Zwischen Forschung, Vermittlung und politischem Engagement: die Initiative Dessauer Ufer	123
MICHAEL WILDT	
Die Tagebücher der Luise Solmitz – Zwei Originale	139

ANDREA ALTHAUS UND CLAUDIA BADE	
»Was ich vom Himmel seh, ist nur ein kleines Stück«	149
<i>Entdeckung, Geschichte und Klang eines Gedichtes</i>	
ALEXANDER BUERSTEDDE UND SANDRA FRÜHAUF	
Abschied von »Hochwürden«?	159
<i>Die »Priesterkrise« in der römisch-katholischen Kirche nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil</i>	
SEBASTIAN JUSTKE UND JOHANNA SIGL	
Evangelische Spezifika? Die ForuM-Studie	176
<i>Zur Erforschung von sexualisierter Gewalt und Machtmissbrauch in den evangelischen Kirchen</i>	
■ TAGUNGSBERICHTE	
ALEXANDER WEIDLE	
Neuntes Netzwerktreffen Oral History	189
LISA WECK UND NICK WETSCHEL	
Geschichte/n hören. Oral History und Migration	198
■ TÄTIGKEITSBERICHT 2021	205
Abbildungsnachweise	284

VORWORT

2021 – was für ein Jahr! Historikerinnen und Historiker sind Expert:innen für die Zeit und die Zeitverläufe. In dieser Hinsicht war 2021 außergewöhnlich. Auf verschiedenen Ebenen, so der bleibende Eindruck, veränderten sich Dynamik und Rhythmen im Verhältnis von Konstanz und Wandel, von Abbruch und Stagnation. In der politischen Kultur waren es die so unterschiedlichen Machtwechsel in den USA und in der Bundesrepublik: Der Sturm auf das Kapitol zu Anfang des Jahres stellte das Ergebnis der Präsidentenwahl in den USA zumindest symbolisch in Frage. Wie wohltuend dagegen der (im positiven Sinne) unspektakuläre Regierungswechsel in der Bundesrepublik, bei dem die Amtsinhaberin ihren Nachfolger fast kollegial nicht nur ins Amt, sondern auch in die damit verbundenen internationalen Zusammenhänge einführte.

Gleichzeitig brachte 2021 noch einmal ins Bewusstsein, dass wir uns mit großen Schritten auf ein neues Verhältnis zu Natur und Umwelt zubewegen. An verschiedenen Stellen wird deutlich, dass der Mensch im Zeitalter des Anthropozäns auf neue Weise zum Gestalter wie auch Zerstörer der biologischen, geografischen und atmosphärischen Verhältnisse wird: Der rasende Stillstand im Umgang mit Corona steht in einem schrillen Kontrast zur Überflutungskatastrophe im Ahrtal. Während die Pandemie die politische Öffentlichkeit immer noch stark beschäftigt, sind die Wetterkatastrophe und der Klimawandel zumindest aus den Hauptschlagzeilen bereits wieder verschwunden. Pandemien sind, folgt man den Virolog:innen und ihrer Expertise, endlich und erledigen sich (hoffentlich bald) irgendwann selbst. Der menschengemachte Klimawandel hingegen, für den die Sturzflut in Teilen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz steht, wird unser soziales, ökonomisches und politisches Zusammenleben viel nachhaltiger beeinflussen. Es lässt sich nur erahnen, welche Umbrüche und Veränderungen nicht nur im Verhältnis Mensch – Natur, sondern auch untereinander damit verbunden sind.

Mit unserer Arbeit in der FZH haben die vorab skizzierten Beobachtungen unmittelbar und mittelbar zu tun: Unmittelbar hat Corona unsere Arbeit beeinflusst, ohne diese aber zu dominieren – und das ist dem großen

Engagement der Mitarbeiter:innen aller Bereiche zu verdanken, die auf die coronabedingten Veränderungen reagiert und vieles möglich gemacht haben.

Ganz unmittelbar sind die Veränderungen in unseren Veranstaltungen und anderen in die Öffentlichkeit gerichteten Aktivitäten zu sehen: Unsere Gesprächsreihen zur deutsch-deutschen Wiedervereinigungsgesellschaft, »1 + 1 = 2?«, wie auch zu »Wer? Wie? Was? Diversität in der Geschichte« sind in veränderter Form, aber mit dennoch großer Resonanz gelaufen. Mittelbar werden wir die elektronische Weiterung unserer Aktivitäten beibehalten: Wir werden 2022 die (kommunikations-)technischen Voraussetzungen dafür schaffen, Sie als unsere Gäste sowohl präsent wie auch per Videotechnik bei uns begrüßen zu können. Gleiches gilt für unseren Webauftritt: 2021 haben wir die Weichen dafür gestellt, in diesem Jahr unsere Website komplett neu aufzusetzen, um unsere etwas in die Jahre gekommene virtuelle Präsenz mit (noch) prägnanteren Informationen und mehr Service für Sie zu gestalten – auch das nicht nur, aber auch eine mittelbare Folge der Pandemie. Wer uns und unsere Arbeit kennenlernen möchte, hat dazu – wie immer – auch eine andere Möglichkeit: unsere Bücher zu lesen. Auch auf diesem Gebiet gibt es eine Änderung: 2021 haben wir die langjährige Zusammenarbeit mit dem Hamburger Verlag Dölling und Galitz beendet, auf die wir mit Dankbarkeit zurückblicken. Ab diesem Jahr werden wir mit einer unserer nunmehr nur noch zwei Reihen mit dem Metropol Verlag in Berlin kooperieren. Drei Bücher sind schon in Vorbereitung.

Im vorliegenden Heft finden Sie informative Berichte zu einigen aktuellen Projekten in der FZH: Dr. Marcel Bois stellt am Beispiel der sogenannten Hongkong-Grippe vor, wie die Hamburger Gesundheitsbehörden Ende der 1960er Jahre auf die letzte Influenzapande-

mie des 20. Jahrhunderts reagierten. Sein Text entstand im Zusammenhang mit einem umfassenderen Forschungsprojekt unter der Leitung von Dr. Christoph Strupp, das die Hamburger Verwaltung als Akteurin zwischen Bürger:innen und Politik von 1930 bis in die 1970er Jahre untersuchen soll. Dr. Alexandra Jaeger berichtet über das Forschungsprojekt zu gewerkschaftlichen Zeitpolitiken, das von PD Dr. Knud Andresen geleitet wird. Dr. Sebastian Justke und Prof. Dr. Johanna Sigl skizzieren Fragen und Vorgehensweise eines interdisziplinären Projektes in einem Verbund zur Erforschung von sexualisierter Gewalt und Machtmissbrauch in den evangelischen Kirchen (ForuM) und Alexander Buerstedde sowie Sandra Frühauf stellen ihre Dissertationsthemen im Rahmen des Forschungsverbundes zum »Katholisch-Sein in der Bundesrepublik« vor. Beide Projekte stehen unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Großbölting. Außerhalb der hauseigenen Projekte, aber thematisch in enger Verbindung mit diesen, stehen die weiteren Beiträge in diesem Jahresbericht: Prof. Dr. Moritz Föllmer (Universität Amsterdam), der im Rahmen eines Forschungsstipendiums der Alexander von Humboldt-Stiftung im Sommer 2021 bei uns zu Gast war, fragt, wie es in den 1970er bis 1990er Jahren um die Regierbarkeit Hamburgs bestellt war. Dr. Björn Siegel, wissenschaftlicher Mitarbeiter im benachbarten Institut für die Geschichte der deutschen Juden, stellt uns den Hafen Hamburg aus einer jüdischen sowie einer migrationshistorischen Perspektive vor, während PD Dr. Knud Andresen in seinem Beitrag Narrative der Stadtteilgeschichte Hamburgs vergleicht. Prof. Dr. Michael Wildt (HU Berlin) wirft noch einmal einen kritischen Blick auf eine zentrale Quelle für die Hamburger NS-Geschichte, die Tagebücher von Luise Solmitz, und drei Mitglieder der Initiative Dessauer Ufer (Lucy Debus, Lisa Hellriegel, Jonas Jakubowski) beschreiben die Geschichte des und den erinnerungspolitischen Umgang mit dem Lagerhaus G am Dessauer Ufer, das während der NS-Zeit ein Außenlager des KZ Neuengamme war. Aus der Werkstatt der Erinnerung wird ein besonderes Fundstück präsentiert und beschrieben von Dr. Andrea Althaus und Dr. Claudia Bade.

Großes Glück hatten wir im vergangenen Jahr mit der ersten – und dem großen Erfolg nach zu urteilen sicher nicht letzten – Sommer-schule der Werkstatt der Erinnerung. Coronakonform besuchten die Teilnehmer:innen nicht nur die FZH, sondern waren für die weitere Tagung

im Seminarzentrum der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. auf Gut Siggen zu Gast. Gefördert wurde die Sommerschule außerdem von der VolkswagenStiftung. 2021 brachte auch die erste Ausschreibung des internationalen FZH-Fellowships zur *Urban History*: In Kooperation mit dem Hamburg Institute for Advanced Studies, das uns bei der Organisation unterstützt, werden wir in diesem Jahr vermutlich gleich mehrere internationale Expert:innen bei uns begrüßen und mit ihnen wissenschaftlich zusammenarbeiten können.

In unserer Forschung war Corona Hemmschuh und Katalysator zugleich: Während die archiv- und interviewbasierten Arbeiten im ForuM-Projekt, in den Anforschungen zur Hamburger Senatsverwaltung, in der Arbeitsgruppe zur nachmodernen Stadtgeschichte wie auch in so mancher Dissertationsarbeit zunächst nur auf Sparflamme und mit immer wiederkehrenden Unterbrechungen stattfinden konnten, fanden andere Projekte ihren Abschluss. Das Projekt zur Geschichte der Handelskammer Hamburg in der NS-Zeit (Bearbeiterinnen PD Dr. Claudia Kemper und Hannah Rentschler) wie auch die Monografie zu Albert Schäfer (Bearbeiter Dr. Sebastian Justke) sind erfolgreich beendet worden, Publikationen der Ergebnisse sind in Vorbereitung. Beide Veröffentlichungen werden der Diskussion um Hamburg und seine Wirtschaftseliten im Nationalsozialismus eine besondere Note geben. Verschiedene Projektanträge, so beispielsweise zur nachmodernen Stadt im Ostseeraum und zur religionspluralen Stadt, sind 2021 geschrieben und bewilligt worden und werden zu hoffentlich wieder präsenten Konferenzen in diesem Jahr führen.

Wissenschaft funktioniert nicht ohne Infrastruktur, als Stiftung bürgerlichen Rechts organisiert die FZH diese selbstständig. 2021 haben wir einige Veränderungen vorgenommen: Seit dem Jahreswechsel ist die

Lohnbuchhaltung in neuen Händen, die Dokumente zur Verwaltung der Mittel und Drittmittel werden jetzt professionell und dauerhaft elektronisch prozessiert. Die Mitarbeiter:innen des Archivs und der Bibliothek sind dabei, Bestände zu überprüfen, gegebenenfalls zu kassieren und ihre Sammelschwerpunkte zu schärfen. Gleichzeitig versuchen wir, den angemieteten Raum effizienter zu nutzen, indem wir neue Plätze für die neuen Mitarbeiter:innen, aber auch Kapazitäten für Bücher und Dokumente schaffen – die Raumnot am Standort Schlump macht erfinderisch. Die damit gewonnenen Möglichkeiten sind aber eher kurzfristige Entlastung als nachhaltige Lösung.

All diese Veränderungen und Neuerungen haben wir nicht allein aus Bordmitteln gestemmt, sondern sind in vielen Belangen dabei unterstützt worden durch verschiedene Geld- und Drittmittelgeber: Zur Förderung von Forschungen und Publikationen haben insbesondere die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, die Hamburger Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke (BWFGB), die Evangelische Kirche in Deutschland, die Hans-Böckler-Stiftung, die Hamburger Wirtschaftsgeschichtliche Forschungsstelle, aber auch die Exzellenzuniversität Hamburg beigetragen. Für die Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen hat die BWFGB aus einem Fonds des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Die Mitglieder des Kuratoriums sowie des Wissenschaftlichen Beirates unterstützten uns im vergangenen Jahr wie immer mit Rat und Tat. Die Diskussionen in diesen Gremien ergaben zahlreiche Anregungen, welche uns das Jahr über begleiteten. Wir sind allen Zuwendungsgebern und Gremienmitgliedern sehr dankbar für ihre Unterstützung, insbesondere Frau Staatsrätin Dr. Gümbel sowie Frau Wilms und Frau Sachau-Böhmert aus der BWFGB. Die Zukunft wird sich in dem wohlbekannten Wechselverhältnis zwischen unseren Plänen und der Kontingenz des Lebens entwickeln. Wie kein anderer hat dieses Jacques Derrida beschrieben. »Denn was aus ihm folgen würde, wenn es denn eines Tages eintreten sollte, dieses Unmögliche, von dem ich spreche – sich das auszudenken, überlasse ich Ihnen. Lassen Sie sich Zeit, aber tun Sie es schnell, denn Sie wissen nicht, was Sie erwartet.« (Jacques Derrida, *Die unbedingte Universität*, Frankfurt a. M. 2012, S. 78.) Eines können wir Ihnen aber über alle Unsicher-

THOMAS GROSSBÖLTING
UND KIRSTEN HEINSOHN

■ VORWORT

heit versichern: Wir werden auch in diesem Jahr alles geben, um die zeithistorische Forschung gemeinsam mit Ihnen voranzubringen – und freuen uns dabei auf vielfältige Kooperationen, Diskussionen und Kontakte.

Hamburg, Februar 2022

Thomas Großbölting und Kirsten Heinsohn

KNUD ANDRESEN

■ WO IST DER GROSSSTÄDTER
ZUHAUSE?

- 1 Wir haben vergessen zurückzukehren, Fatih Akin (2001), Minute 12:45, Transkript phonetisch.
- 2 Bindungen an das Wohnviertel wurden Ende der 1970er Jahre in einem internationalen soziologischen Projekt untersucht, das die Anregung für den Titel dieses Beitrags gab. Erich Bodzenta / Irmfried Speiser / Karl Thum, Wo sind die Großstädter daheim? Studien über Bindungen an das Wohnviertel, mit einem Beitrag von R. Richter, Wien u. a. 1981.
- 3 Dagmar Brunow, Film als kulturelles Gedächtnis der Arbeitsmigration: Fatih Akins DENK ICH AN DEUTSCHLAND – WIR HABEN VERGESSEN ZURÜCKZUKEHREN, in: Şeyda Ozil u. a. (Hrsg.), 50 Jahre türkische Arbeitsmigration in Deutschland, Göttingen 2011, S. 183 – 203, S. 188, zit. nach Muriel Schindler, »Deutsch-türkisches Kino«. Eine Kategorie wird gemacht, Marburg 2021, S. 113.

WO IST DER GROSS- STÄDTER ZUHAUSE?

Hamburger Stadtteilgeschichte in der zweiten
Hälfte des 20. Jahrhunderts

In dem Dokumentarfilm »Wir haben vergessen zurückzukehren« führt der Regisseur Fatih Akin mit seinem Bruder Cem Akin während einer Autofahrt ein Gespräch über die Migrationsgeschichte ihrer Eltern: »Ein Glück sind unsere Eltern nach Altona gekommen, ein Glück.« – »Wenn sie nicht dahingezogen wären, wären wir wohl später da hingegangen.« – »Stell dir vor, sie wären nach Steilshoop gezogen, oder – wo wohnen die anderen noch?« – »Horn.«¹ Dieser kurze Dialog zeigt pointiert, dass sich eine räumliche Zugehörigkeitsempfindung in einer Großstadt wie Hamburg nicht allein auf die Stadt als Ganzes, sondern auch – mitunter sogar vor allem – auf kleinräumige Gebiete, häufig auf Stadtteile bezieht.² Akins Dokumentarfilm von 2001 nimmt eine »postmigrantische Perspektive« auf Erinnerung, Migration und ›Heimat‹ ein – er entfaltet die Geschichte von dessen Eltern nicht nur in Hamburg-Altona, sondern auch in der Türkei, und charakterisiert so eine »multiple, hybride Subjektposition«.³ Der Regisseur wird, wenn in den Medien von ihm die Rede ist, fast immer mit Altona in Verbindung gebracht, dem Ort seiner Geburt und Jugend und seines gegenwärtigen Lebens. Auch Akin selbst betont seine Zugehörigkeit zu Hamburg-Altona und thematisiert in seinen Filmen das von ihm wahrgenommene Spannungsfeld zwischen der Türkei als

- 4 Interview mit Fatih Akin: »Heimat ist ein Zustand im Kopf«, in: Merkur.de, 21.12.2009, <https://www.merkur.de/kultur/interview-fatih-akin-heimat-zustand-kopf-566587.html> [12.4.2022].
- 5 Konzeptionell: Maria Alexopoulou, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte 56 (2016), S. 463 – 484.
- 6 Kirsten Heinsohn, Erich Lüth schreibt Hamburger Geschichte, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2016, Hamburg 2017, S. 27 – 51, hier S. 36.
- 7 Ebd., S. 51.
- 8 Als Quelle für ein kommunikatives Geschichtsbewusstsein anhand von Straßenumbenennungen: Dietmar van Reeken, Dem Volk aufs historische Maul geschaut. Ein lokaler geschichtskultureller Konflikt und sein Potenzial für die Forschung, in: Sarah Neumann / Ines Weber / David Weiss (Hrsg.), Ad laudem et gloriam. Festschrift für Rudolf Holbach, Trier 2016, S. 343 – 359.
- 9 Für Ostfriesland und Jever zeigt dies anschaulich: Heinrich Schmidt, Geschichte als Element regionaler Identität, in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.), Ferne Nähe – zur Intensivierung ländlicher Kulturarbeit, Hagen 1992, S. 63 – 81.

Herkunftsland seiner Eltern und seinen eigenen Zugehörigkeitsempfindungen.⁴

Aus dem kurzen Einstiegsdialog lassen sich mehrere Perspektiven gewinnen. Zum einen verweist er auf die Bedeutung von Alterität. Es gibt andere Stadtteile, die (aus Sicht der Akin-Brüder) unattraktiv sind, dort wohnen »die anderen«. Erst in diesem Vergleich gewinnt Altona – gemeint sind hier vorrangig Altona-Altstadt und -Nord, Ottensen und Bahrenfeld – seine Besonderheit. Zum anderen verweist er auf Narrative der Migration, denen gerade in der Aneignung des lokalen Raums und in der Auseinandersetzung mit ihm große Bedeutung zukommt.⁵ Drittens lässt er ahnen, dass eine Großstadt in kleinere Sozialräume zerfällt, die für den individuellen Lebensvollzug wichtiger sein können als die Stadt in ihrer Gesamtheit, die sich der konkreten Wahrnehmung kaum erschließt.

Dieser letzten Spur möchte ich hier nachgehen: Was kennzeichnet Narrative zu Hamburger Stadtteilen? Alltagskommunikation über Stadtteile, wie sie der Austausch von Fatih und Cem Akin darstellt, wird vielen vertraut sein, nicht nur in Hamburg. Als Ausschnitt eines Films ist das Gespräch freilich bereits medialisiert. Denkt man in diese Richtung weiter, kommen zur Beantwortung der Frage eine Vielzahl von möglichen Quellen in Betracht, etwa andere Hamburg-Filme, Stadtteilmagazine, Stadtteilfeste oder Anzeigenwochenblätter, in denen ein umgrenzter Stadtraum thematisiert und geformt wird. Einen möglichen Zugang für die systematische Erkundung bietet die umfangreiche Literatur zu Hamburger Stadtteilen, in der historische Narrative entwickelt wurden und die – so lässt sich zumindest vermuten – die Wahrnehmung der behandelten Stadtteile mit prägte. Gerade populäre Darstellungen, die von Journalist:innen, Heimatforscher:innen, lokalen Vereinen oder Agen-

turen herausgebracht wurden und werden, bedienen häufig bekannte Bilder über Hamburg und einzelne Stadtteile – und produzieren sie zugleich. Kirsten Heinsohn hat darauf hingewiesen, dass über populäre Geschichtsschreibungen zu Hamburg kaum etwas bekannt sei.⁶ Diese Feststellung gilt umso mehr für Stadtteilgeschichten. Der vorliegende Beitrag möchte mit einigen Beobachtungen Anregungen zur weiteren Beschäftigung mit diesem Sujet geben.

Er nimmt Veröffentlichungen von der Nachkriegszeit bis in die jüngste Zeit in den Blick, deren Zielpublikum im Wesentlichen die Bewohner:innen der Stadtteile selbst waren. Heinsohn hat für den Publizisten Erich Lüth gezeigt, dass sich sein Narrativ der Hamburger Geschichte nicht als »innovativ oder herausfordernd« bezeichnen lässt, sondern vielmehr »das traditionelle Bild« von Hamburg bediente.⁷ Diese Beobachtung könnte für populäre Darstellungen allgemein gelten, denn sie bestätigen oftmals verbreitete alltagskommunikative Erzählungen und Stereotype. Populäre Darstellungen haben einen größeren Einfluss auf das städtische Geschichtswissen der meisten Bewohner:innen als fachwissenschaftliche Literatur. Zwar sollte die Trennlinie nicht allzu scharf gezogen werden – Motive für fachwissenschaftliche Publikationen können ebenso im lokalhistorischen Kontext entstehen, wie in populären Schriften die fachwissenschaftlichen Diskussionen verarbeitet und auch neue Frageperspektiven aufgeworfen werden können. Doch ist die populäre Stadt- und Stadtteilgeschichte ein bisher wenig bearbeitetes und zugleich ertragreiches Feld, um die Produktion und Vermittlung von Geschichtswissen in den Blick zu nehmen.⁸ Im regionalen Kontext bilden historische Erzählungen und Symbole – so in Hamburg lange Zeit der Wasserträger Hummel – eine wichtige Ressource, um lokale Identifikationsräume zu schaffen und kommunikativ zu festigen.⁹ In dieser Perspektive werden stadtteilgeschichtliche Publikationen selbst zu Quellen, die Auskunft über Binnendifferenzierungen einer Stadtgesellschaft geben und darüber, wie sich mit historischen Narrativen Zugehörigkeitsempfindungen konstituieren können.

Der Raum der Stadtgeschichte

Hamburger Geschichte durch die Jahrhunderte bezieht sich zumeist auf die Kernstadt zwischen Alster und Elbe, mit dem Wachsen der Stadt im 19. Jahrhundert auch auf die Vororte. Bereits die alten ländlichen Gebiete wie die Vier- und Marschlande, das ehemalige Amt Ritzebüttel oder Geesthacht tauchen nur selten in populären stadtgeschichtlichen Darstellungen auf.¹⁰ Dies gilt umso mehr für Orte, die erst mit dem Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 zu Hamburg kamen. Einige Hamburger Gebiete fielen damals an Preußen, viele ehemals preußische Gemeinden kamen zu Hamburg – darunter die drei Großstädte Wandsbek, Harburg-Wilhelmsburg und Altona, die selbst kurz zuvor durch Eingemeindungen gewachsen waren. Die räumliche Expansion von Städten seit der Industrialisierung ist ein Grundprozess, der zu vielfältigen lokalhistorischen Bezügen in den erweiterten Stadträumen führte. Das heutige Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg (oder gar der Metropolregion) ist erheblich größer als der Raum, auf den sich die Stadtgeschichte in der Regel bezieht. Dadurch entsteht zum einen in der Forschung eine gewisse Schiefelage, da bis 1937 nicht zu Hamburg gehörige Gebiete eigene Darstellungen verlangen. Zum anderen kommt eine strukturelle Problematik zum Tragen. Historische Erzählungen orientieren sich häufig an den in der jeweiligen Gegenwart vorgefundenen Räumen, weniger an historischen Räumen. Silke Götsch-Elten hat diesen Prozess für die Landkreise in Schleswig-Holstein gezeigt. In der heutigen Form erst mit der preußischen Verwaltungsreform von 1867 entstanden, wurden sie Anfang des 20. Jahrhunderts Gegenstand geschichtspolitischer Bemühungen vor allem bürgerlicher Kräfte, die mit Denkmalschutz, Kreiskalendern und Geschichten ihres Kreises

10 Eine der bekanntesten ist die Arbeit des Journalisten Erik Verg, *Das Abenteuer das Hamburg* heißt. Der weite Weg zur Weltstadt, Hamburg 1977. Das Buch basierte auf einer Artikelserie im Hamburger Abendblatt und erlebte bis 2016 fünf überarbeitete Neuauflagen, zuletzt Erik Verg / Martin Verg, *Das Abenteuer das Hamburg* heißt. Der weite Weg zur Weltstadt, Hamburg 2016.

11 Silke Götsch-Elten, »Von der Urgeschichte bis in die Gegenwart ...«. Preußische Landkreise als Produzenten regionaler Identität, in: »Die Schleswig-Holsteiner sind fortan Preußen«. Schleswig-Holstein als preußische Provinz, hrsg. von Rainer Hering und Julia Liedtke, Husum 2020, S. 38 – 45, hier S. 44.

12 Clemens Zimmermann, Einleitung: Raumgefüge und Medialität der Großstädte im 20. Jahrhundert, in: ders. (Hrsg.), *Zentralität und Raumgefüge der Großstädte im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006, S. 7 – 22, hier S. 7 f.

eine Linie von der Urgeschichte bis in die jeweilige Gegenwart zogen. Dieses Vorgehen ermöglichte es, die »neu geschaffene [...] Verwaltungseinheit Landkreis [...] mit Sinn und Identität« auszustatten.¹¹

Die Bezeichnung eines territorialen Raums ist stets als dynamischer Begriff zu verstehen, da zum einen die Grenzen veränderlich sind, zum anderen die Vorstellung eines jeden Raums durch Kommunikation »immer wieder neu konstituiert, modifiziert, erweitert oder verkürzt« wird.¹² Das lässt sich anschaulich am Beispiel Altona illustrieren. Verwaltungstechnisch bezeichnet Altona heute den Hamburger Bezirk, der von den Grenzen St. Paulis bis nach Blankenese reicht, sowie die beiden Stadtteile Altona-Altstadt und Altona-Nord. Der Bezirk ist weitgehend deckungsgleich mit dem Gebiet des 1927 durch Eingemeindungen geschaffenen Groß-Altona. Historisch betrachtet steht der Name Altona allerdings für einen sehr viel kleineren Raum. Er lag in dem elbwärts gewandten, südlichen Teil des heutigen Stadtteils Altona-Altstadt. Mit der Ausdehnung der Stadt Altona im 19. Jahrhundert wurde eine neue Mitte mit dem heutigen Rathaus, Museum und Bahnhof geschaffen. Die Eingliederung von Ottensen, Bahrenfeld, Othmarschen und Neumühlen 1889/90 bedeutete eine neuerliche Ausweitung zu einem Gebiet, das im gegenwärtigen Verständnis am ehesten den historischen Raum Altona bildet. Dabei hat sich nach dem Krieg und vor allem seit den 1970er Jahren Ottensen mit seinem dichten Altbaubestand als neuer Ankerpunkt der Vorstellung von Altona etabliert, während der überwiegend neu bebaute historische Stadtraum von Altona häufig nur Interessierten geläufig ist. Populäre stadt- oder stadtteilgeschichtliche Darstellungen versuchen meist, den jeweils gegenwärtigen Raum historisch zu konturieren. Dabei verfolgen sie in der Regel nicht den Anspruch, die historischen Verflechtungen, Veränderungen und Gegebenheiten umfassend zu bearbeiten. Kennzeichnend ist vielmehr eine Mischung aus anekdotischen Erzählungen, Bildmaterial und knappen Chronologien, um bestimmte lokale Merkmale und Ereignisse herauszustellen.

- 13 An der FZH wird an einer Gesamtübersicht der Literatur zu Hamburger Stadtteilen gearbeitet. Für die bisherige Zusammenstellung bin ich Lisa Hellriegel zu Dank verpflichtet.
- 14 Z. B. Friedrich Bangert, *Geschichte der Stadt und des Kirchspiels Bad Oldesloe*, Bad Oldesloe 1925 (Nachdruck Hamburg 1976).
- 15 Armin Clasen, *Fuhlsbüttel und Ohlsdorf*, Aus der Geschichte zweier hamburgischer Dörfer und Gemeinden, Hamburg 1963, S. 7. Weitere Titel u. a. Hannes Rosenkranz, *Bergedorf-Vierlanden*, Hamburg 1954; Willi Wegewitz, *Harburger Heimat. Die Landschaft um Hamburg-Harburg*, Hamburg 1950.
- 16 Heinrich Kloth, *Altona in Vergangenheit und Gegenwart* (= *Hamburger Heimatbücher*), Hamburg 1951, S. 10 f., 137.
- 17 Zum Heimatdiskurs und der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vgl. Habbo Knoch (Hrsg.), *Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945*, Göttingen 2001. Dort auch weiterführende Literatur.
- 18 Der Rückgang von Lehrern in leitenden Funktionen im Verein für Hamburger Geschichte war seit den 1950er Jahren zu beobachten. Gunnar Zimmermann, *Bürgerliche Geschichtswelten in einer modernen Metropole. Der Verein für Hamburgische Geschichte in den Jahren 1912 bis*

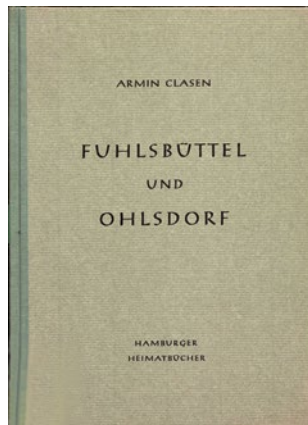
Stadtteilgeschichten als Genre – Versuch einer Typologisierung

Welche Arten von stadtteilbezogenen Darstellungen gibt es? Seit der Nachkriegszeit sind für Hamburg mehrere tausend Publikationen mit lokalen Bezügen erschienen – so mehr als hundert für Eppendorf oder Langenhorn, fast zweihundert für St. Pauli.¹³ Die Mehrzahl, darunter auch behördliche Gutachten und Stadtteilzeitungen, ist nach 1990 erschienen. Die schiefe Menge dieser Darstellungen ist kaum zu überblicken. Dennoch lassen sich grob vier unterschiedliche Provenienzen unterscheiden, denen die Publikationen entstammen. Darstellungen der 1950er und 1960er Jahre standen oft noch in der Tradition der seit dem späten 19. Jahrhundert häufig von Pfarrern oder Lehrern (nahezu ausschließlich von Männern) verfassten lokalen Geschichten.¹⁴ Hier bestätigt sich die Beobachtung von Götsch-Elten, dass Werke dieser Art meist eine sehr lange Linie zogen. So erschienen in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten in der Reihe »Hamburger Heimatbücherei« im Verlag der Lehrgewerkschaft Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens (später GEW) quellen-gestützte Darstellungen über die Geschichte früherer Dörfer und Städte, darunter eine über Fuhlsbüttel und Ohlsdorf, die eine Aufzählung aller ehemaligen Bauernhäuser enthält und deren Autor Armin Clasen die »Heimat« bis in die Frühgeschichte zurückverlängerte.¹⁵ Heinrich Kloth hielt 1951 für Altona fest, dass der Stadtteil »so viel eigenes Leben und so viel eigene Überlieferung mitbringt, daß es nicht die Rolle eines einfachen Stadtteils, wie etwa Barmbek oder Eimsbüttel, im Rahmen der Großstadt Hamburg spielt, sondern daß es immer ein gut Stück eigenen bodenständigen Lebens bewahren wird.«¹⁶ Hier hallt die für Altona

wichtige Verflechtung mit Holstein nach, ebenso deutlich ist eine Essentialisierung des Raumes erkennbar. Diese Gruppe quellengestützter Stadtteilgeschichten von lokalen Eliten war noch stark an einen Heimatdiskurs der Vorkriegszeit gebunden, verlor aber zunehmend an Relevanz.¹⁷ Ein Faktor hierbei war übrigens, dass Lehrer:innen als geschichtspolitische Akteure an Bedeutung verloren, wie es Gunnar Zimmermann für den Verein für Hamburgische Geschichte festgestellt hat.¹⁸

Die zweite Kategorie erfasst Publikationen, die im Auftrag oder unter Beteiligung städtischer Gremien wie Bezirks- oder Ortsämtern entstanden sind. Solche Veröffentlichungen dienten in den 1960er und 1970er Jahren dazu, Neuzugezogene mit dem Stadtviertel bekannt zu machen und auch lokale Geschichte zu vermitteln.¹⁹ Auch lokale Jubiläen boten Anlässe für Publikationen zur Geschichte,²⁰ wobei das Historische hier bisweilen eher als Beiwerk zu Hinweisen auf Behörden oder lokale Geschäfte diente. Ausschließlich mit dem Ziel publiziert, einen neubebauten Stadtraum gleichsam historisch aufzuladen, war eine 2010 von der städtischen Trägergesellschaft aufgelegte Broschüre zur HafenCity.²¹

Als dritte und häufigste Kategorie sind die meist von Bürger- oder Heimatvereinen herausgegebenen, oft reich bebilderten Bücher zu nennen, in denen vor allem die Geschichte seit der Industrialisierung gezeigt wird. Die Geschichte des Stadtteils wird in diesen Publikationen trotz des lokalen Fokus meist eher stichpunktartig abgehandelt. Häufig werden durch Fotos Erinnerungen – bzw. imaginierte vergangene Wirklichkeiten – aufgerufen, manchmal mit Bildern aus der jeweiligen Gegenwart kontrastiert. Ähnlich gehen journalistische Publikationen vor, die oft auf Artikelserien in Zeitungen basieren.²² Gerade lokale Medien



Hamburger Heimatbücher – Lehrer schaffen Zugehörigkeit und lange Linien: Armin Clasen, Fuhlsbüttel und Ohlsdorf, Hamburg 1963.

1974, Diss. Hamburg 2016, S. 281, elektronisch einsehbar: <https://ediss.sub.uni-hamburg.de/handle/ediss/7763> [12.4.2022].

19 So die im einheitlichen Layout erschienenen Hefte »Willkommen in Rahlstedt« oder »Willkommen in Bramfeld«, jeweils mit der Unterzeile »Nützliche Informationen über Ihre neue Heimat«, beide Hamburg o. J. (ca. 1973).

20 Bezirksamt Wandsbek (Hrsg.), 700 Jahre Wandsbek 1296–1996, Hamburg 1996.

21 HafenCity Hamburg GmbH (Hrsg.), Spuren der Geschichte. Hamburg, sein Hafen und die HafenCity, Text: Gerd Kähler und Sandra Schürmann, Hamburg 2010.

22 Verg, Hamburg; ders., Harburger Geschichte(n), von 900 bis 1980, Hamburg 1981.

23 Hamburg lebenswert. Die schönsten Seiten aller 104 Stadtteile, Verlag Hamburger Abendblatt 2007. In Harburg und Bergedorf erscheinen eigene Zeitungen, lange unter dem Dach des Hamburger Abendblattes. Hinzu kommen regionale Wochenzeitungen und die Publikationen der Heimat- und Bürgervereine.

24 <https://verlagshaus24.de/sutton/>

25 Zimmermann, *Geschichtswelten*; S. 43.

26 Lena Langensiepen, »Die Zeit war reif, Geschichtswerkstätten zu machen«. Eine »neue Geschichtsbewegung« in Hamburg in den achtziger Jahren, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Hamburg 2016, Hamburg 2017*, S. 54 – 65. Vgl. aus dem Umfeld der Geschichtswerkstätten: Wolfgang Stiller / Dieter Thiele (Hrsg.), *Stadtteilbilderbogen. Hamburger Quartiere und ihre Geschichte(n)*, Hamburg 1985. Zur Politikferne im dörflichen Umfeld vgl. Dirk Thomaschke, *Abseits der Geschichte. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg in Ortschroniken*, Göttingen 2016.

27 Elisabeth von Dücker / Werner Dahm, Ottensen. Zur Geschichte eines Stadtteils. 3. November 1982 – 7. August 1983, Altonaer Museum in Hamburg, Norddt. Landesmuseum / Ausstellungsgruppe Ottensen, Altonaer Museum, Hamburg 1982, S. 11.

sind wichtige Promotoren lokaler Darstellungen.²³ Publikationen mit diesem Hintergrund nahmen seit den 1960er Jahren im erheblichen Maße zu und erfreuen sich bis in die Gegenwart großer Verbreitung. So hat der 1997 in Erfurt gegründete Sutton Verlag, der sich auf populäre Regionalgeschichte für ganz Deutschland spezialisiert hat, bis 2017 zwanzig zumeist von lokalen Autor:innen verfasste Bildbände zu Hamburger Stadtteilen veröffentlicht.²⁴

Lange Zeit war die Stadtteilgeschichte vor allem durch von bürgerlichen Kreisen dominierte Heimat- und Bürgervereine gepflegt worden, die zeitgeschichtlich noch kaum erforscht sind.²⁵ Seit den 1970er Jahren kam es jedoch zu einer Pluralisierung der historischen Stadtteilerzählungen und es bildete sich eine vierte Kategorie heraus. Mit dem Aufkommen sozial- und alltagsgeschichtlicher Fragestellungen in der Forschung sowie dank lokaler Geschichtsinitiativen und der Geschichtswerkstättenbewegung verschob sich der Fokus stärker auf die »kleinen Leute«, wie es oft hieß, aber auch auf lokale Ereignisse während der NS-Diktatur, die in heimatgeschichtlich orientierten Darstellungen meist nur am Rande und als etwas von außen Hineingetragenes auftauchten.²⁶ Geschichte sollte politisch sensibilisieren. Zu einer Ausstellung über Ottensen 1983 hieß es programmatisch: »Stadtteilgeschichte mit den Betroffenen und aus der Sicht der Betroffenen heißt Interesse wecken am heutigen Schicksal des Stadtteils und Kenntnisse und Erfahrungen an die Hand geben, um sich gegen die verschiedenen Formen der Zerstörung des Stadtteils zu wehren.«²⁷ Neben traditionellen Stadtteilgeschichten erschienen nun vermehrt kritische Darstellungen, die politische und soziale Aspekte in den Mittelpunkt der Stadtteilgeschichte rückten und sich meist auf das 20. Jahrhundert konzentrierten. Insbesondere die Geschichtswerkstätten haben so – nicht

nur in Hamburg – »zur Konstruktion eines pluralisierten städtischen Erbes seit den 1980er Jahren« beigetragen.²⁸

Dieses breite Spektrum stadtteilgeschichtlicher Publikationen lässt sich nicht in eine Linie zwingen, zu groß sind die Unterschiede hinsichtlich der investierten Forschungsarbeit, der Kontextualisierung und der Intentionen der einzelnen Bücher. Der kleinste gemeinsame Nenner ist der Bezug auf einen spezifischen Raum in der Großstadt Hamburg. Gleichwohl lassen sich wiederkehrende Erzählmuster erkennen, die viele Publikationen prägen – auch wenn diese freilich nicht vollständig darin aufgehen.

Gegenerzählungen

Ein wiederkehrendes Motiv in vielen Darstellungen ist die Betonung eines Gegensatzes, nämlich des Gegensatzes zwischen dem jeweiligen Stadtteil und der Stadt Hamburg. Die übermächtige Stadt fungiert häufig als das Andere, auf das immer wieder Bezug genommen wird. Diese Herstellung von Alterität ist ein Kennzeichen von kulturellen Selbstbildern in lokalen und regionalen wie in nationalen Kontexten und ermöglicht überhaupt erst, eigene Zugehörigkeiten zu konstruieren.²⁹

Ein prominentes Beispiel ist die Altonaer Gründungslegende. Hamburger Ratsherren hätten demnach 1536 versucht, den Bau einer Gastwirtschaft zu verhindern, da diese »all to nah« vor der Stadt errichtet werden sollte. Schon seit dem 19. Jahrhundert ist der Ursprung jedoch in der Forschung bekannt – der Name Altona geht auf einen Gewässernamen zurück. Die Legende hat volksetymologische Ursprünge und war scheinbar durch Quellen gestützt, da die früheste urkundliche Erwähnung Altonas tatsächlich im Zusammenhang mit der Vergabe des Krugrechts an einen Gastwirt steht, dessen Enkel die Geschichte Anfang des 17. Jahrhunderts den Behörden mitteilte.³⁰ Für die Grundspannung zwischen Fachwissenschaft und populärer Deutung ist diese Erzählung ein ein-

28 Sebastian Haumann / Dieter Schott, *Alternative Blicke auf die eigene Stadtgeschichte. Geschichtswerkstätten und die Pluralisierung lokalen Geschichtswissens in den 1980er Jahren*, in: *Moderne Stadtgeschichte 1/2021*, S. 46 – 68, hier S. 66.

29 Peter Haslinger / Klaus Holz, *Selbstbild und Territorium. Dimensionen von Identität und Alterität*, in: Peter Haslinger (Hrsg.), *Regionale und nationale Identitäten. Wechselwirkungen und Spannungsfelder im Zeitalter moderner Staatlichkeit*, Würzburg 2000, S. 15 – 37, hier S. 17.

30 Richard Ehrenberg, *Altona unter Schauenburgischer Herrschaft*, Altona 1893, S. 8 – 17; in dieser Argumentation folgt ihm: Hans Ehlers, *Aus Altonas Vergangenheit. Darstellungen aus der heimatischen Geschichte und Topographie*, Altona ²1926, S. 12 – 25.

31 In eher populären Darstellungen hält sich die Legende bis in die Gegenwart. Brigitte Beier, Altona und Ottensen, Hamburg 1993, S. 6; Holmer Stahncke, Altona. Geschichte einer Stadt, Hamburg 2014, S. 13–16.

32 Torkild Hinrichsen, Altona, in: Uwe Hornauer / Gerhard Kaufmann (Hrsg.), Das Altonaer Rathaus, 1898–1998, Hamburg 1998, S. 10–13, hier S. 10.

33 Hans-Günther Freitag / Hans-Werner Engels, Altona. Hamburgs schöne Schwester. Geschichte und Geschichten, Hamburg 1982, S. 7.

34 Stahncke, Altona, S. 9.

35 Hamburger Abendblatt, Humorvoller Kampf um neue Unabhängigkeit. Das wahre Tor zur Welt, 15.5.1996.

36 Horst Grigat, Hamburg-Niendorf. Von der Steinzeit bis zur Gegenwart, Hamburg 1972, S. 173.

37 <https://www.forum-kollau.de/über-uns>.

38 Jürgen Frantz, Lokstedt – Niendorf – Schnelsen. Die holsteinisch-deutsche Geschichte und der Erste Weltkrieg. Eine lokal- und gesamtgeschichtliche Betrachtung, Hamburg 2016, S. 38.

39 Michael Hartwig, Großvaters Harburg. Ein Lesebuch für »kleine Leute« über Harburg in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, Hamburg 1984, S. 119, 122.

dringlicher Beleg. Denn die Geschichte des einfachen und widerständigen Mannes, der sich den Hamburger Ratsherren nicht beugt, ist so stark, dass sie bis heute die verbreitete Erklärung des Stadtteilnamens darstellt.³¹ Torkild Hinrichsen, langjähriger Direktor des Altonaer Museums, hielt sie gar für »unausrottbar«.³² Ihr Erfolg liegt wohl darin begründet, dass sich mit ihr die Abgrenzung von den Hamburger Pfeffersäcken, durch die Hamburg häufig personalisiert wird, paradigmatisch belegen lässt. Die Legende erhellt *in nuce* eine spezifische Tradition der Geschichtsschreibung zu Altona seit dem 19. Jahrhundert, in der »Freiheit und Toleranz« als das »rote Band« erscheinen,³³ das bis heute zur »Identitätsstiftung der Altonaer« beitrage.³⁴ Die Erzählung der Stadt- bzw. Stadtteilgeschichte als Gegenerzählung ist für Altona sehr stark ausgeprägt, was sich auch in den erst seit in den 1980er Jahren aufkommenden Anspielungen auf die frühere Zugehörigkeit zum dänischen Gesamtstaat zeigt, die in der Alltagskommunikation präsent sind.³⁵

Allerdings kann Altona auch selbst die Rolle des großen Nachbarn einnehmen. Der Bildung Groß-Altonas 1927 gingen sogenannte Abwehrkämpfe betroffener Gemeinden voraus. Die selbständigen Pinneberger Gemeinden Lokstedt, Niendorf und Schnelsen verhinderten ihre Eingemeindung. In einer von Jürgen Frantz 2012 herausgegebenen Schrift nimmt der »Abwehrkampf« großen Raum ein, die ihm zugrunde liegende Argumentation wird durchaus positiv gezeichnet. Hier erscheint nicht Hamburg, sondern Altona als bedrohliche Größe. Bereits 1972 wurde die Ablehnung eines Zusammenschlusses mit Altona damit begründet, dass die Bindungen an Hamburg enger und wichtiger seien.³⁶ Unabhängig von realgeschichtlichen Prozessen ist die Erinnerung an die frühere Eigenständigkeit wichtig für das stadtteilgeschichtliche Narrativ. Der

seit 2011 bestehende Verein »Forum Kollau. Verein für Geschichte von Lokstedt, Niendorf und Schnelsen« verfolgt explizit das Ziel einer Stärkung des historischen Lokalbewusstseins in den drei Stadtteilen.³⁷ Jürgen Frantz hat in einer weiteren Publikation des Vereins auch gegen die frühere dänische Zugehörigkeit von Altona und damit der drei holsteinischen Gemeinden argumentiert. Historisch informiert kommt er zum Schluss, dass »[d]ie ›dänische Herrschaft‹ in Altona und Holstein [...] nur eine ›eingeschränkte Verwaltungsherrschaft‹ gewesen sei.³⁸ Das besonders im Altonaer Raum verbreitete Narrativ der früher dänischen Stadt weist Frantz mithin zurück – allerdings ohne auf die Entstehung des Nationalismus im 19. Jahrhundert einzugehen und mit dem Ziel, Holstein und damit die drei Stadtteile als unzweifelhaft ›deutsch‹ durch die Geschichte zu präsentieren.

Gegenerzählungen sind auch in Harburg stark ausgeprägt. Dort ist die Distanz zu Hamburg aufgrund der geografischen Gegebenheiten räumlich präsenter als in Altona und Wandsbek, was lange Zeit auch eine mentale Entsprechung fand: Hamburg liege nördlich der Elbe, hielt der Stadtteil-schreiber Michael Hartwig 1984 fest. Dabei sähen die meisten in Harburg die »kleine industrielle Großstadt, [...] ein[en] Raum, in dem verwandtschaftliche Beziehungen kreuz und quer gespannt sind, wo man überall Bekannte hat, wo weltstädtische Probleme wie ›Vermassung‹ und ›Vereinsamung‹ zwar vorkommen, aber nicht die Regel sind«. Zu den Altitätsstereotypen gehört in Harburg der Verweis auf den großen Industriearbeiteranteil und auf einen geringeren Lebensstandard als positives Distinktionselement, verdichtet in dem Bonmot »In Harburg wird das Geld verdient, in Hamburg wird es ausgegeben«, wie Hartwig beobachtete.³⁹ Allerdings finden sich auch abwägende Stimmen. Gustav Schröter erklärte in einer chronologischen Darstellung der Harburger Geschichte aus dem Jahr 1969, das Buch sei keine »Schaukelstuhl-Lektüre für jene Handvoll beharrlicher Bürger, die den verlorenen Stadtrechten nach Jahrzehnten noch nachtrauern wie einem verlorenen Paradies«. Vielmehr sei es die Absicht des Buches, mit der Geschichte der »durchschnittlichen« Stadt



*Stadtteile und Weltgeschichte:
Jürgen Frantz, Lokstedt–Niendorf–
Schnelsen, Hamburg 2016.*

Harburg ein Loblied auf kommunalpolitisches Engagement zu singen, Forderungen nach Selbstständigkeit indes seien in Zeiten suprastaatlicher Regulierungen ein »Anachronismus«. ⁴⁰ Eine solch nüchtern-verwaltungstechnische Perspektive ist aber die Ausnahme.

Weniger ausgeprägt ist eine Gegenerzählung in Wandsbek, was sich aus der größeren Nähe zu Hamburg, aber auch aus der verwickelten Geschichte als Gutsbesitz ergab. Der Wandsbeker Bürgermeister Erich Wasa Rodig verfolgte schon im Ersten Weltkrieg das Ziel einer Vereinigung mit Hamburg. ⁴¹ Zwar schuf Matthias Claudius mit dem »Wandsbeker Boten« schon im 18. Jahrhundert einen literarisch schwergewichtigen Erinnerungsort, aber die rasante Entwicklung zur Industriestadt und Kreisstadt Stormarns erfolgte erst im 19. Jahrhundert und profitierte von der Nähe zu Hamburg. Der Bezirk Wandsbek umfasst heute neben den Hamburger Walddörfern auch eine Reihe ehemaliger Stormarner Dörfer, die eher eigene Traditionen pflegten. Der ehemalige Schulleiter Georg-Wilhelm Röpke verfasste Anfang der 1980er Jahre mit »Zwischen Alster und Wandse« ein als »Stadtteil-Lexikon« angelegtes Buch zum Bezirk Wandsbek, das Zugänge zum »Lebensraum«, so sein Begriff, eröffnen sollte und kurze, aber quellengestützte Skizzen zu den ehemaligen Dörfern enthält. ⁴² Röpke schrieb auch den historischen Teil für die bezirkliche Jubiläumsschrift von 1996. In der Chronologie finden sich Einträge zu Besuchen berühmter historischer Persönlichkeiten, darunter Peter der Große, der sich 1713 »mehrere Tage in Wandsbek« aufgehalten habe. ⁴³ Solche knappen Hinweise zeugen wohl eher von dem Wunsch, an als welthistorisch bedeutsam empfundene Ereignisse anzuschließen, als dass sie als charakteristisch für den Ort gelten dürfen.

40 Gustav Schröter, Harburg. Die Geschichte einer deutschen Stadt zwischen Königtum und Diktatur, Hamburg 1969, S. 7.

41 Helmut Stubbe da Luz, Die Oberbürgermeister Heinrich Denicke, Bernhard Schnackenburg, Erich Wasa Rodig, Hamburg 1992, S. 58 – 83.

42 Georg-Wilhelm Röpke, Zwischen Alster und Wandse. Stadtteil-Lexikon des Bezirks Wandsbek, Hamburg 1986, S. 10.

43 Bezirksamt Wandsbek, 700 Jahre Wandsbek, S. 16.

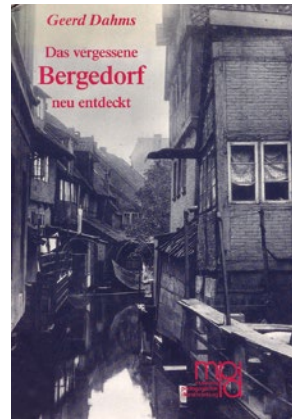
44 Hermann Hinrichsen, Rahlstedt mit seinen Nachbarn. Vom stormarnschen Dorf zum Hamburger Wohnviertel, Hamburg 1984, bes. S. 165f. und 216.

45 Geerd Dahms, Das vergessene Bergedorf neu entdeckt, Hamburg 1990, S. 16.

46 Verg, Harburger Geschichte(n), S. 32.



Die Idylle als Zugehörigkeit: Hermann Hinrichsen, Rahlstedt mit seinen Nachbarn, Hamburg 1984.



Rekonstruktion marginalisierter Gruppen durch Stadtteilrundgänge: Geerd Dahms, Das vergessene Bergedorf, Hamburg 1990.

Bei ehemaligen Dörfern, die zum Teil schon seit dem Mittelalter als Landgemeinden zu Hamburg gehörten, sind die Gegenerzählungen zu Hamburg vor allem auf einen Stadt-Land-Gegensatz ausgerichtet. Die Stadtteile werden historisch als Idylle oder als überschaubare Orte gegenüber der anonymen Großstadt und der raumgreifenden Urbanisierung beschrieben.⁴⁴

Bei vielen Gegenerzählungen stehen nicht politische Konflikte im Vordergrund, vielmehr erfolgt die Konturierung des Stadtteils als etwas Eigenes oft über eine implizite Abgrenzung zu Hamburg. Bisweilen lässt sich durch Verweise auf die geschichtliche Erfahrung mit der Hamburger Übermacht zumindest eine historische Benachteiligung aufrufen. Die Besetzung Bergedorfs 1420 habe nicht Raubrittern Einhalt gebieten sollen, dies sei nur eine Hamburger Legende, in die Welt gesetzt, um die Arrondierung des städtischen Machtbereiches zu legitimieren.⁴⁵ Ähnlich wird aus Harburger Sicht der Streit um die Süderelbe im 17. Jahrhundert geschildert. Das »mächtige Hamburg und das winzige Harburg« rangen um die Vorherrschaft auf der Elbe, und trickreich setzte Hamburg sich durch, wie der Journalist Erik Verg in einer populären Darstellung festhielt.⁴⁶ Solche Gegenerzählungen sind anschlussfähig für eine Alltagskommunikation, die einen bis in die Gegenwart empfundenen Unterschied zu Hamburg betont.

- 47 Hans-Werner Engels: Altona – Haithabu oder der Verlust der Altstadt, in: Wolfgang Vacano (Hrsg.), Altona. Hamburgs historisches Kleinod mit Zukunft, Hamburg 1989, S. 11–23, hier S. 11.
- 48 Freitag/Engels, Altona, S. 7.
- 49 Ruth Pinnau, Der Geist der Palmaille, Hamburg 1997, S. 279.
- 50 Bergedorfer Bürgerverein von 1847 e. V. (Hrsg.), Seit 150 Jahren aktiv, Hamburg 1997, ohne Seitenzahlen; Hans F. Cords, Neugrabener Geschichten mit Fischbek und Scheideholz, Hamburg 1988, S. 141.
- 51 Fritz Lachmund, Hamburg. Seinerzeit zur Kaiserzeit. Anno 1888 bis 1914, photographische Aktualitäten von damals, Hamburg 1962; ders., Barmbek. Vergangenes zwischen Mundsburg und Neuem Schützenhof, Hamburg 1976. Zu Lachmund vgl. den Eintrag in: Hamburgische Biographie Band 3, hrsg. von Dirk Brietzke und Franklin Kopitzsch, Göttingen 2006, S. 216.
- 52 Helmut Alter / Fritz Lachmund / Monika Menze, Mein Eimsbüttel. Von der ländlichen Idylle zum großstädtischen Bezirk, Hamburg ¹1983, S. 8.
- 53 Adalbert Holtz / Fritz Lachmund, Liebes schönes Harburg. Ein Alt-Harburger Bilderbuch, Hamburg 1973, S. 3 und 5.
- 54 Das kommt häufiger vor, schon Fritz Lachmund hatte 1976 Kinderbilder von sich in einem Buch untergebracht: Lachmund, Barmbek, S. 12.

Das Besondere und der Verlust

Ein weiteres Motiv, das viele stadtteilbezogene Darstellungen prägt, ist das des Verlusts. Häufig finden sich Verlusterzählungen, in denen der Stadtteil zugleich als etwas Besonderes konturiert wird, etwa durch den Hinweis auf ehemals eigenständige kommunale Institutionen oder auf historische Erst- und Bestleistungen. Die ehemaligen Großstädte bieten hierfür vielfältiges Potenzial. So komme die älteste Hamburger Zeitung aus Altona, außerdem sei dort die erste automatische Straßenbeleuchtung im heutigen Hamburg installiert worden.⁴⁷ In einem 1982 vom Hamburger Abendblatt herausgegebenen Band ist ein möglicherweise fiktives Gespräch zwischen vier Altonaer »Lokalpatrioten« abgedruckt, in dem vermeintliche Demütigungen durch Hamburg skizziert werden. Dazu gehört der Abriss des Altonaer Stadttheaters nach dem Krieg ebenso wie die Eingliederung des Altonaer Stadtarchivs 1973 in das Hamburger Staatsarchiv,⁴⁸ Ereignisse, die von Ruth Pinnau in ihrer gutmütigen Darstellung des »Geistes der Palmaille« als bürgerlich-intellektueller Ort noch 1997 mit dem Nationalsozialismus verbunden wurden: so sei mit der Verlagerung des Altonaer Archivs das »Ermächtigungsgesetz« fortgeführt worden, Hitler habe die »schöne Fee« Altona dem »Wolf« Hamburg geopfert.⁴⁹ Der Effekt solcher meist ironisch gemeinten, gleichwohl essentialistischen Zuschreibungen mag in einer sich selbstverstärkenden Wirkung liegen, die vielen regional- und stadtteilgeschichtlichen Erzählungen eigen ist. Sie sind aber auch Ankerpunkte von Erzählungen, die in der Alltagskommunikation verbreitet sind. Darin wird Geschichtswissen zu einem Narrativ, mit dem die Zugehörigkeit zu einem Stadtteil unterstrichen und historisch verlängert wird. Dies gilt, weniger aufgeladen, auch für lokale Besonderheiten

oder Erstleistungen, mit denen Stadtteile markiert werden. So zählt der Bergedorfer Bürgerverein als Erst- und Bestleistungen des Stadtteils den ältesten Bürgerverein, die längste Straße und die älteste Eisenbahn Hamburgs auf oder ein Neugrabener Chronist das »älteste Fluggelände in Hamburg«. ⁵⁰

Einen stärkeren Grundton des Verlustes schlugen die vielen Veröffentlichungen an, in denen Stadtteile vornehmlich anhand historischer Bilder präsentiert werden. Dies liegt in der Anlage dieser Bände begründet. Sie berichten meist über das 19. und 20. Jahrhundert und appellieren zum Teil an noch aktive Erinnerungen älterer Bewohner:innen. Seit den 1960er Jahren erschienen Bände, deren Bilder aus dem großen Fundus des Privatsammlers Fritz Lachmund stammten. Auf »Hamburg. Seinerzeit zur Kaiserzeit«, 1962 von Lachmund selbst veröffentlicht, folgten bis in die frühen 1990er Jahre über ein Dutzend weitere Bücher zu Stadtteilen unter seiner Beteiligung. ⁵¹ Die Bände enthielten Postkarten, Fotos oder Annoncen, meist von lokalen Akteur:innen mit Texten zu Gebäuden oder Gruppen versehen, die die Vergangenheit idealisierten. So hielt Helmut Alter für Eimsbüttel fest: »Mein Eimsbüttel [...] hat sich von der ländlichen Idylle des vorigen Jahrhunderts zum großstädtischen Bezirk heutiger Tage entwickelt. Wir mögen es bedauern, aufhalten können wir das Vorwärtstürmen nicht.« ⁵² In einem Text zu Harburg hieß es, Harburg sei »Hamburgs kleinerer Bruder«, der oft vernachlässigt werde und daher eigene Werte ausgebildet habe. Es blieb dem Harburger Bezirksamtsleiter Hans Drewitz vorbehalten, in einem Geleitwort zu warnen: Die Publikation diene nicht dazu, »einer beschaulichen Vergangenheit oder gar einer entschwundenen Selbständigkeit nachzutruern«, man erlebe eine positive »ungestüme Entwicklung« innerhalb des Stadtstaates. ⁵³

In vielen Fotobänden zu Stadtteilen wird die Geschichte vom Verlust anhand des baulichen Wandels und privater Erinnerungen erzählt. Ursula Aldag, die, wie der Ortsamtsleiter im Vorwort bemerkte, einer »alten ortsansässigen Familie« entstammte, konzipierte ihr Buch über Lokstedt als Rundgang und stellte alten Aufnahmen Fotos von 1995 gegenüber. Da sie in öffentlichen Aufrufen um Fotos aus Familienbesitz gebeten hatte, finden sich in dem Band nicht nur Kindheitsfotos von ihr selbst, sondern auch von anderen, von Geschäftsinhabern, Familienfeiern und Schulklassen. ⁵⁴ Auch Dieter Thals Buch über die Veddel lebt von persönlichen Erinnerungen, er veranstaltet bis in die Gegenwart ein Erzählcafé auf der Veddel und betreibt

KNUD ANDRESEN

■ WO IST DER GROSSSTÄDTER
ZUHAUSE?

55 Heimat ist, wo die Veddel ist. Ein Interview mit Dieter Thal, in: Wilhelmsburger InselRundblick, 20.9.2021, <https://inselrundblick.de/verschiedenes/dieter-thal-interview-veddel/> [12.4.20022].

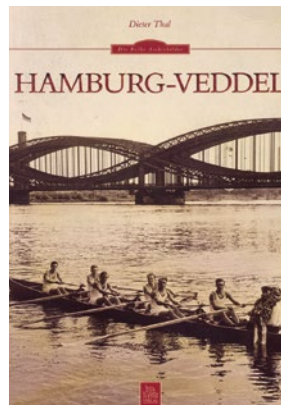
56 Dieter Thal, Hamburg-Veddel, Erfurt 2012, S. 8.

57 Konzeptionell ähnlich z. B. Manfred Sengelmann, Hamburg-Fuhlsbüttel. Dorfplatz – Strassen – Handel – Feste, Erfurt 2012; ders., Hamburg-Fuhlsbüttel, Von Alster bis Zeppelin in alten Fotografien, Erfurt 2017, sowie weitere Veröffentlichungen aus dem Sutton-Verlag.

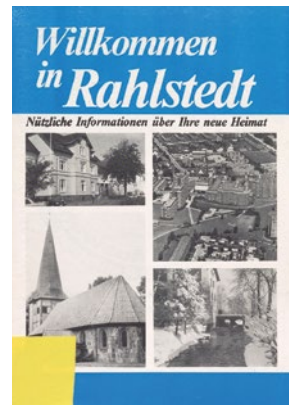
58 Nachgewiesen sind Broschüren für Harburg, Wilhelmsburg, Bramfeld, Rahlstedt, Altona, Finkenwerder und Alstertal, die zwischen 1974 und 1977 erschienen sind. Nur Harburg erschien noch 1985.

59 Haumann / Schott, Blicke, S. 66.

ein umfangreiches Bildarchiv zum Stadtteil.⁵⁵ Sein Buch solle zeigen, wie »aus der guten alten Veddel« ein »vergessene(r) Stadtteil« geworden sei. Thal entwirft anhand von Fotos aus Gaststätten, Kirchen und Schulen ein fast familiäres Portrait, das sich explizit auf seine eigenen Erinnerungen sowie die anderer älterer Bewohner:innen stützt.⁵⁶ Bei diesen und ähnlich konzipierten Bänden wird keine umfassende Deutung der Stadtteilgeschichte angeboten, sondern eine persönliche und mit dem Stadtteilraum verbundene Vergangenheit konturiert, die homogen und weitgehend konfliktfrei erscheint. Auffällig ist hierbei, dass etwa der Zuwachs der migrantischen Bevölkerung ebenso wenig berücksichtigt wird wie die nationalsozialistische Zeit.⁵⁷ Ein solcher an persönlichen Erinnerungen orientierter Zugriff funktioniert der Sache nach fast nur als Verlusterzählung. Aber er trägt im lokalen Umfeld zu einem isolierten Geschichtswissen bei, das Anschlüsse bietet an Topoi der Gegenwartsdeutung wie dem der vermeintlich hektischen Großstadt oder



Stadtteilgeschichte als Familien-
erinnerung: Dieter Thal, Hamburg-
Veddel, Erfurt 2012.



Willkommen in der neuen
Heimat – Ortsämter produzieren
Zugehörigkeit, Hamburg ca. 1974.

der verlorenen Nachbarschaften. Zudem tragen diese Darstellungen, deren Zahl seit den 1990er Jahren wohl aufgrund einfacherer Produktionsmöglichkeiten steigt, dazu bei, einzelne Gebäude und Gemeinschaftsveranstaltungen als Erinnerungsorte des Stadtteilraumes zu markieren.

Weniger eine Verlusterzählung als vielmehr ein durch Geschichte vermitteltes positives Aneignungsangebot sind Veröffentlichungen von Bezirks- und Ortsämtern. In den 1970er Jahren erstellten einige Ortsämter Informationsbroschüren für Neuzugezogene, untertitelt mit »Nützliche Informationen über Ihre neue Heimat«. Die Heftchen enthielten neben Behördenadressen, Vereinsvorstellungen und Werbeanzeigen lokaler Firmen immer auch einen historischen Abriss, der meist von der Urgeschichte bis in die Gegenwart führte. Die Historisierung des Raumes sollte Neuzugezogenen ein genaueres Bild von ihrer neuen »Wohnheimat« vermitteln. Anhand häufig nur weniger älterer Bauten, genannt wurden z. B. in Rahlstedt oder Bramfeld vor allem Kirchen, Gutshäuser oder markante Bauernhäuser, sollte ein Zugang zum neuen Wohnquartier geschaffen werden.⁵⁸ Die Broschüren der Ortsämter zeugen von dem Bemühen, mittels solcher historischen Markierungen Möglichkeiten zur Aneignung der neuen Umgebung anzubieten.

Pluralisierungen seit den 1980er Jahren

Die bisher behandelten Darstellungen stammen meist aus bürgerlicher Provenienz, häufig von oder aus dem Umfeld von Bürger- und Heimatvereinen, die sicher als die größte Trägergruppe lokaler und stadtteilgeschichtlicher Narrative zu verstehen sind. Seit den 1980er Jahren traten indes im Zuge einer geschichtspolitischen Pluralisierung mit Geschichtswerkstätten, lokalen Initiativen zu Erinnerungsorten oder Schulprojekten neue Akteure auf, die in den Stadtteilen weniger Traditionslinien als vielmehr »unbeachtete, verschüttete oder verdrängte Informationen« suchten.⁵⁹ Dabei standen anfänglich die Arbeiterbewegung und der Nationalsozialismus im Fokus. So skizzierte Michael Hartwig in seinem Buch von 1984, das er explizit als »Lesebuch für kleine Leute« in Harburg annoncierte, auf der Grundlage von Gesprächen und Aufzeichnungen die Arbeiterbewegung in Harburg seit dem Ersten Weltkrieg. Anders als ältere Harburger Darstellungen

- 60 Hartwig, Großvaters Harburg, S. 17 – 44.
- 61 Deutlich in den Interviewpassagen in Dücker / Dahm, Ottensen, S. 3 – 7 und 232 – 251.
- 62 Ulrike Hoppe / Petra Plambeck: Erfahrung – Erinnerung – Geschichte. Probleme im Umgang mit lebensgeschichtlichen Interviews, Hamburg 1989.
- 63 Dieter Thiele / Wolfgang Stiller (Hrsg.), Stadtteilbilderbogen. Hamburger Quartiere und ihre Geschichte(n), Hamburg 1985, S. 136.
- 64 Stadtteilarchiv Ottensen (Hrsg.), Lokalgeschichte Ottensen. Geschichte und Geschichten von Restaurants, Kneipen, Tanzhäusern und Cafés, Hamburg 2005, S. 8.
- 65 Eine Verschriftlichung von Stadtteilrundgängen z. B. bei Geerd Dahms, Das vergessene Bergedorf neu entdeckt, Hamburg 1990; der Junius-Verlag veröffentlicht seit 2013 Stadtteilrundgänge für einzelne Stadtteile, vgl. Christin Springer, Wilhelmsburg und Elbinselbuch, Hamburg 2013.
- 66 Haumann / Schott, Blicke, S. 63 – 65.
- 67 Inge Appel u. a. (Hrsg.), Aufgeweckt. Frauenalltag in vier Jahrhunderten. Ein Lesebuch, Hamburg 1988; Elisabeth von Dücker (Hrsg.), Wo die »wilden« Frauen wohnten ... Frauen zeigen, wo's lang geht in Hamburg-Ottensen, Hamburg 1994.

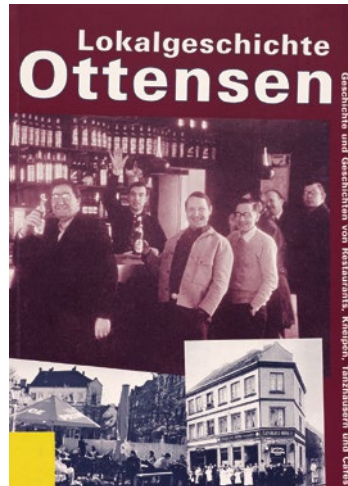
berichtete er zum Beispiel ausführlich über die Kämpfe während des Kapp-Putsches 1920 mit mehreren Toten.⁶⁰ Sein Vorgehen entsprach einem methodischen Trend: Gespräche und Interviews gerieten in dieser Zeit vermehrt als historische Quellen in den Blick. Häufig wurde dabei der alteingesessenen Bevölkerung eine besondere Legitimität zugesprochen, Stadtteile und ihre Geschichte zu repräsentieren.⁶¹ Schon bald wurde die Arbeit mit Interviews jedoch stärker methodisch reflektiert und die anfängliche Überhöhung der Arbeiterbewegung und der lokalen Einwohnerschaft schwächte sich merklich ab.⁶²

Auch wenn es den Stadtteilaktivist:innen weniger um die Pflege der Heimatverbundenheit als um bislang marginalisierte und verdrängte historische Themen ging, blieben gleichwohl die örtliche Bevölkerung und lokale Räume zentrale Bezugspunkte vieler Veröffentlichungen. Daher finden sich neben der thematischen Ausweitung auf marginalisierte Gruppen immer noch Elemente von lokalen Gegenerzählungen. Gerade in innerstädtischen Stadtteilen wie Altona oder St. Pauli wurde der Gegensatz zu Hamburg als historische Kontinuität bemüht oder die »Kälte« neuer Großbauten, etwa des neuen Altonaer Bahnhofs, beklagt.⁶³ Die Zusammenarbeit mit einzelnen Bewohner:innen ermöglichte auch eine lokalgeschichtlich grundierte Aneignung des städtischen Raums. Das Stadtteilarchiv Ottensen publizierte 2005 eine »Lokalgeschichte«, in der eine Arbeitsgruppe Portraits von Ottenser Gaststätten veröffentlichte. Auch wenn die Veröffentlichung durchaus einem kritischen Ansatz verpflichtet war und vorangestellte »kulturgeschichtliche Betrachtungen« das Thema rahmten, beruhen viele der Beiträge auf Interviews und persönlichen Erinnerungen.⁶⁴

Neben Arbeitsgruppen etablierten die Geschichtsinitiativen seit den 1980er Jahren Stadtteilrund-



Gegen die »Kälte« von Großbauten – Alternative Gegenerzählungen: Dieter Thiele/ Wolfgang Stiller (Hrsg.), Stadtteilbilderbogen. Hamburger Quartiere und ihre Geschichte(n), Hamburg 1985.



Erinnerungen an Orte und Lokale: Stadtteilarchiv Ottensen (Hrsg.), Lokalgeschichte Ottensen. Geschichte und Geschichten von Restaurants, Kneipen, Tanzhäusern und Cafés, Hamburg 2005.

gänge, die kleinräumliche Zugänge ermöglichten und später auch kommerziell angeboten wurden. In diesen historischen Erkundungen des lokalen Raums konnte nicht nur die Geschichte markanter Orte und Gebäude, sondern auch die marginalisierter und verdrängter Bevölkerungsgruppen vermittelt werden.⁶⁵ Insbesondere die Geschichtswerkstätten standen von Beginn an im Spannungsfeld von fachwissenschaftlicher und auf den Stadtteil gerichteter Orientierung und versuchten zumeist, lokale Geschichte in größere historische Zusammenhänge einzuordnen.⁶⁶ Viele Beiträge erwiesen sich als innovativ und erweiterten das Wissen zur Frauengeschichte⁶⁷, zur jüdischen Geschichte, zu Verfolgungen im Nationalsozialismus⁶⁸ sowie ab den 1990er Jahren auch zur Migrationsgeschichte.⁶⁹ Die Pluralisierung von stadtteilbezogenem Geschichtswissen beförderte einen kritischen Blick, der einen ungebrochenen heimatge-

68 Sybille Baumbach u. a., »Wo die Wurzeln waren ...«. Juden in Hamburg-Eimsbüttel 1933 bis 1945, hrsg. von der Galerie Morgenland, Hamburg 1993.

69 So aus einem Schülerwettbewerb die Veröffentlichung von Silke Gohlke/ Carola Kunst, Spuren polnischer Zuwanderer in Hamburg und Wilhelmsburg – Gegen das Vergessen, Hamburg 1989; Martin Kempe, Die portugiesischen Hamburger. Eine besondere Geschichte von Arbeit und Leben, hrsg. von der Galerie Morgenland, Hamburg 2020.

70 Bezirksamt Wandsbek, 700 Jahre Wandsbek, S. 32; Röpke, Alster, S. 40 – 47.

71 Julian zur Lage, Heinrich Carl von Schimmelmann. Transatlantischer Kolonialunternehmer und Symbolfigur des Versklavungshandelns, in: Jürgen Zimmerer / Kim Sebastian Todzi (Hrsg.), Hamburg: Tor zur kolonialen Welt. Erinnerungsorte der (post-)kolonialen Globalisierung, Göttingen 2021, S. 503 – 516.

72 Langensiepen, Zeit; Haumann / Schott, Blicke.

73 Thomas Küster (Hrsg.), Regionale Identitäten in Westfalen seit dem 18. Jahrhundert, Münster 2002.

74 Leider liegen keine statistischen Angaben über das Umzugsverhalten zwischen Stadtteilen vor. Angaben stichprobenartig berechnet nach: Statistische Berichte der Freien und Hansestadt Hamburg, A I 2vj 4/57. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Gesundheitswesen, Nr. 5, 11. März 1958; Statistische Berichte der Freien und Hansestadt Hamburg, A I/II/III/j/71 Bevölkerung und Gesundheitswesen Nr. 9, 28. August 1971; Statistische Berichte – Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, A (/S 1 – j/11H, 14. Juni 2012 Bevölkerung in Hamburg.

schichtlichen Bezug zwar nicht gänzlich versperrte, aber zumindest nachhaltig herausforderte.

Dies zeigt ein Beispiel aus der jüngeren Zeit. Für die Wandsbeker Geschichte bedeutsam ist Heinrich Graf von Schimmelmann, der im 18. Jahrhundert das Gut kaufte und die weitere Entwicklung Wandsbeks erheblich förderte. Entsprechend positive Erwähnung fand Schimmelmann noch in stadtteilbezogenen Darstellungen der 1980er und 1990er Jahre.⁷⁰ Allerdings war Schimmelmann in einer Weise in die Weltgeschichte verstrickt, die den rein heimatgeschichtlichen Blick auf den lokalen Wohltäter fragwürdig erscheinen lässt. Als erfolgreicher Kaufmann und informeller Finanzminister in dänischen Diensten hatte er sein Vermögen auch mit seinen Beteiligungen am transatlantischen Sklavenhandel gemacht. Die Bezirksverwaltung Wandsbek ehrte 2006 im Zuge der Neugestaltung eines Parks mit dem Astronomen Tycho Brahe und den Gutsbesitzern Heinrich von Rantzau und Heinrich Graf von Schimmelmann drei Personen mit Büsten, die mit der Wandsbeker Geschichte verbunden sind. Die Ehrung Schimmelmanns rief angesichts seiner Verwicklung in den Sklavenhandel nicht nur kritische Nachfragen, sondern auch Proteste hervor, die schließlich 2008 zur Entfernung der Büste führten.⁷¹ Eine Geschichtsbeachtung, die das Politische einer Zeit fernhält und allein die lokalen Bezüge in den Blick nimmt, erntet heute unweigerlich Widerspruch, auch von lokalen Gruppen.

Fazit

Stadtgeschichte ist nicht allein die Geschichte der Hamburger Kernstadt oder der Metropole im 20. Jahrhundert, es gehören auch die Stadtteile dazu. Die hier

vorgenommene exemplarische Betrachtung von stadtteilbezogenen Publikationen zeigt, dass es unter der Oberfläche einer gesamtstädtischen Geschichte auch für kleinere Stadträume historische Narrative gibt, die den Stadtteilen eigene Konturen geben.

Die nur angeschnittene Bandbreite von populären Darstellungen lässt einen Wandel in den letzten 40 Jahren erkennen. Seit den 1980er Jahren hat sich das Feld der stadtteilbezogenen Veröffentlichungen pluralisiert, marginalisierte Bevölkerungsgruppen und konflikthafte Ereignisse fanden zunehmend Beachtung. Diese inhaltliche Ausweitung und Akzentverschiebung hat den heimatgeschichtlichen Zugriff herausgefordert, aber nicht verdrängt. Heimat- und Bürgervereine wie auch Geschichtswerkstätten suchten die Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung und arbeiteten im Sinne einer Public History an der Vermittlung von Erinnerungen und Narrativen. Damit erweiterten sie das städtische Geschichtswissen und trugen zugleich dazu bei, Empfindungen der Zugehörigkeit zum Stadtteil – vielleicht auch das Zusammengehörigkeitsgefühl im Stadtteil – zu stärken.

Die Veröffentlichungen richteten und richten sich vor allem an die Bewohner:innen der Stadtteile. Besondere Traditionen bis hin zu vermeintlich essenziellen Charaktereigenschaften einzelner Stadtteile, die Abgrenzung von Hamburg oder Verlusterzählungen bieten den Bewohner:innen damit auch an, sich territorialen wie sozial konstituierten kleineren Stadträumen zugehörig zu fühlen. Dies erfolgt auf durchaus vielfältige und auch spannungsreiche Weise zwischen bürgerlichen und linken Stadtteilaktivist:innen, zwischen ungebrochener Heimatgeschichte und kritischer Lokalgeschichte. Während aber die Geschichtsinitiativen inzwischen mehr Aufmerksamkeit in der Forschung finden,⁷² kann dies für bürgerliche Vereine nicht gesagt werden. Hier sollte eine moderne Stadtgeschichte durchaus von regionalgeschichtlichen Forschungen profitieren.⁷³ Gegenüber ländlichen und kleinstädtischen Strukturen ist die Fluktuation der Wohnbevölkerung in einer Großstadt zwar höher, in Hamburg ziehen – neben Zu- und Fortzügen – jährlich 8 bis 10 Prozent der Bevölkerung innerhalb der Stadt um.⁷⁴ Trotzdem sind Bindungen an kleinere Stadträume in der Stadtsoziologie immer wieder untersucht und nachgewiesen worden,⁷⁵ und es kommt sicher nicht von ungefähr, dass viele der hier vorgestellten Bücher von langjährig

⁷² Bodzenta / Speiser / Thum, Großstädter; Thomas Dörfler, Gentrification in Prenzlauer Berg? Milieuwandel eines Berliner Sozialraums seit 1989, Bielefeld 2010; Paul Reuber, Heimat in der Großstadt, Köln 1993.

KNUD ANDRESEN

■ **WO IST DER GROSSSTÄDTER
ZUHAUSE?**

MORITZ FÖLLMER

■ **DAS PROBLEM DER REGIERBARKEIT
HAMBURGS VON DEN 1970ER ZU
DEN 1990ER JAHREN**

- 1 Dieser Aufsatz ist aus einem dreimonatigen Forschungsaufenthalt an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte hervorgegangen, für dessen Förderung ich der Alexander von Humboldt-Stiftung verbunden bin. Ferner danke ich verschiedenen Mitarbeiter*innen der Forschungsstelle für Unterstützung, Austausch und Diskussion einer ersten Fassung, Rüdiger Graf, Stefan Mörchen und Christoph Strupp für Hinweise und Anregungen zum Text, den in den Fußnoten genannten Interviewpartner*innen für ihre Auskunftsbereitschaft sowie Jürgen Näther für die Vermittlung dieser Gespräche und den anregenden Austausch über die Hamburger Politik und Verwaltung im Untersuchungszeitraum.
- 2 Hans-Ulrich Klose, Die Unregierbarkeit der Städte, in: Helmut Köser (Hrsg.), Der Bürger in der Gemeinde. Kommunalpolitik und politische Bildung, Bonn 1979, S. 48 – 63, Zitat S. 49.
- 3 So Klose in der NDR-Hörfunksendung »Das Gespräch«, 15.1.1980, Transkript im Staatsarchiv Hamburg (im Folgenden: StAHH), 135-1 VI, Nr. 535. Vgl. Jens Hacke, Der Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen Legitimationskrise und Unregierbarkeit, in: Dominik Geppert / ders. (Hrsg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960 – 1980, Göttingen 2008, S. 188 – 206; Gabriele Metzler, Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?, in: Konrad Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 243 – 260.

mit den jeweiligen Stadtteilen verbundenen Personen verfasst wurden. Eine akteurszentrierte Stadtgeschichte muss berücksichtigen, dass die Bevölkerung auch in einer Metropole dezentralisiert lebt und sich oft kleinräumig orientiert. Eine tiefgehende Analyse von Stadtgesellschaften – gewiss nicht nur in Hamburg – erfordert daher auch diese Perspektive. Die Stadtteilgeschichte, so steht zu vermuten, vermittelt nicht nur Geschichtswissen, sondern stärkt die lokale Zugehörigkeitsempfindung. Sie ermöglicht kulturelle Zuschreibungen, die den Bewohner:innen der Stadtteile zur eigenen Positionierung in einem überschaubaren Raum innerhalb einer Metropole wie Hamburg dienen können. Dies ist wohl der wichtigste Effekt, den ihre historischen Narrative haben.

- PD Dr. Knud Andresen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

DAS PROBLEM DER REGIERBARKEIT HAMBURGS VON DEN 1970ER ZU DEN 1990ER JAHREN¹

Einleitung: »unregierbar« oder »durchaus regierbar«?

Was genau meinte Hans-Ulrich Klose, als er im Juli 1975 von der »Unregierbarkeit der Städte« sprach? In seinem vielzitierten Vortrag in der Evangelischen Akademie Tutzing führte der Erste Bürgermeister Hamburgs die wachsende Beteiligung von Bürgern und Parteimitgliedern an, die allzu oft nicht bloß gehört zu werden verlangten, sondern auch ein »Recht auf eine von ihnen gewollte Entscheidung« zu besitzen glaubten. Er wies auf Effektivitätsverluste durch die Ausweitung von Mitbestimmung und Personalvertretung hin. Und er beklagte, dass die Gewerkschaften ihre Interessen rücksichtslos verträten, was unter anderem höhere Strompreise und Sozialmieten zur Folge habe. Gruppenegoistische Erwartungen an die Exekutive waren in Kloses Augen umso schwieriger zu erfüllen, als sich der Stadtstaat gleichzeitig mit gravierenden strukturellen Problemen konfrontiert sah, die wiederum mit der Wirtschaftskrise und dem Haushaltsdefizit der Bundesrepublik zusammenhingen. Der Bürgermeister beschrieb die Folgen des Wandels zum Dienstleistungszentrum und der Abwanderung ins Umland: den Verlust an industriellen Arbeitsplätzen, eine sich abzeichnende strukturelle Unterbeschäftigung, den Rückgang von Steuereinnahmen und den drohenden baulichen Verfall der Innenstadtviertel.²

Diese Bestandsaufnahme konnte, dessen war sich Klose bewusst, den Eindruck der Perspektivlosigkeit erwecken. So sehr er selbst dazu neigte, explizit als »kontemplativer Typ« aufzutreten, war er mehr als ein Teilnehmer an einer zeitgenössischen Debatte über die Legitimationskrise des Staates und die Unregierbarkeit der Gesellschaft.³ Als Haupt der Hamburger Exekutive sah er sich unweigerlich mit der Erwartung konfrontiert, negative Entwicklungen nicht bloß händeringend aus der Halbdistanz zu

- 4 Klose, Unregierbarkeit, S. 56, 60, 63.
- 5 Zu Brauer und Schmidt vgl. die Skizzen bei Marcus Thiedemann, »Gute Hanseaten – Sozialdemokraten«. Das Hanseatische in Politik, Selbstdarstellung und Fremdwahrnehmung Hamburger Sozialdemokraten 1918–1982, Hamburg 2017, S. 38–57, 72–91.
- 6 Eine – allerdings schnell veraltende – Bestandsaufnahme der stadhistorischen Forschung zur zweiten Jahrhunderthälfte bietet: Moritz Föllmer / Mark B. Smith, Urban Societies in Europe since 1945. Toward a Historical Interpretation, in: Contemporary European History, 24 (2015), S. 475–491.
- 7 Ein eigener Versuch in dieser Richtung: Moritz Föllmer, Urban Individuality and Urban Governance in Twentieth-Century Europe, in: Simon Gunn / Tom Hulme (Hrsg.), New Approaches to Governance and Rule in Urban Europe since 1500, London 2020, S. 235–253. Der Schwerpunkt der Beiträge zu den 1970er, 1980er und 1990er Jahren in dem Band Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen in der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren, Hamburg 2012 liegt auf Minderheiten und neuen sozialen Bewegungen.

beobachten, sondern ihnen aktiv zu begegnen. Deshalb widmete Klose den zweiten Teil seiner Ausführungen den Maßnahmen, die seiner Ansicht nach zu ergreifen waren: »Es gibt solche Maßnahmen – wenn ich anderer Auffassung wäre, wäre ich sicherlich nicht Bürgermeister.« Einerseits solle sich Stadtpolitik auf die Ebene der »Stadtteilentwicklungspolitik« begeben, solle sich um Kindergärten, Parks und »Ermunterungssysteme« für gemeinschaftliches Engagement (in Gestalt von Nachbarschaftszentren und -festen) bemühen, um dem breiten Bedürfnis nach Lebensqualität entgegenzukommen. Andererseits solle sie, so implizierte Klose zumindest, für Veränderungen eintreten, deren Verwirklichung von anderem abhing als der Hamburger Politik, etwa eine 35-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich oder eine ethischere, weniger an Partikularinteressen orientierte Auffassung von Demokratisierung. Selbst bei wohlwollender Interpretation blieb das exekutive Handeln im und für den Stadtstaat also merkwürdig unterbestimmt zwischen komplexen Erwartungshaltungen und strukturellen Zwängen einerseits, der Mikroebene und der nationalen Arena andererseits. Kloses Fazit, die Städte seien »durchaus regierbar«, war nur dann überzeugend, wenn man sein stark zurückgenommenes Verständnis des Regierens teilte.⁴

Die Überlegungen des Ersten Bürgermeisters führen mitten in die Problematik, der dieser Artikel nachgeht. Was eigentlich hieß es von den 1970er bis zu den 1990er Jahren, den Stadtstaat Hamburg in all seiner inneren Komplexität, innerhalb eines nicht weniger komplexen föderalen Systems und in fast durchweg angespannter finanzieller Lage zu regieren? Welche Erwartungen richteten sich darauf, wie wurden sie durch die Medien formuliert und kommuniziert? Wie versuchten die verschiedenen Ersten Bürgermeis-

ter und auch Senator*innen, diesen Erwartungen zu entsprechen? Inwiefern gelang es ihnen, gleichzeitig eine eigene Linie zu verfolgen oder zumindest Akzente zu setzen? Hans-Ulrich Klose (Regierungszeit 1974–1981) gehörte ebenso der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an wie seine Nachfolger Klaus von Dohnanyi (1981–1988), Henning Voscherau (1988–1997) und Ortwin Runde (1997–2001). Aber ihre innerparteiliche wie auch ihre öffentliche Stellung war fragiler als die von Vorgängern wie Max Brauer oder Herbert Weichmann in den späten 1950er und 1960er Jahren, die jedoch in den Augen vieler – zusammen mit dem früheren Innensenator Helmut Schmidt – nach wie vor das Idealbild politischer Führung in Hamburg verkörperten.⁵ Was also konnten sie in welcher Weise noch durchsetzen? Kurzum: Wie stand es mit der Regierbarkeit der Hansestadt?

Es geht im Folgenden um ein zentrales Problem der Hamburger Zeitgeschichte, aber darüber hinaus um einen Beitrag zu zwei historiografischen Feldern: Zum ersten erschließt sich die stadthistorische Forschung seit einigen Jahren verstärkt die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.⁶ Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Gesellschafts- und Kulturgeschichte und, sofern es um politische Verhältnisse geht, eher auf den verschiedenen sozialen Bewegungen sowie einer breit verstandenen, zahlreiche Akteure umfassenden Gouvernementalität als auf der Exekutive im engeren Sinne.⁷ Der Blick auf die Stadt *from the town hall* scheint inzwischen so sehr aus der Mode geraten zu sein, dass es schon wieder reizvoll erscheinen kann, ihn mit neuen Fragestellungen wiederzubeleben – und zwar gerade für eine Zeit, in der Pläne weit schwieriger zu formulieren und durchzusetzen waren als in den



*Hans-Ulrich Klose im Juni 1978 vor einem Plakat mit seinem Konterfei. Von potenziellen Wähler*innen und der Presse beobachtet tritt der Erste Bürgermeister und SPD-Spitzenkandidat im Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaft auf. Quelle: picture-alliance/dpa/Heidtmann.*

- 8 Wichtige Studien sind Frank Bösch, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart 2001; Thomas Mergel, *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2010; ders., *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002. Siehe aber Gabriele Metzler, »Auf den Kanzler kommt es an?« *Kulturen politischen Entscheidens in der Bundesrepublik, 1949–1989*, in: Thomas Großbölting / Stefan Lehr (Hrsg.), *Politisches Entscheiden im Kalten Krieg. Orte, Praktiken und Ressourcen in Ost und West*, Göttingen 2020, S. 23–43.
- 9 Dohnanyi verspricht: Ich bleibe in Hamburg, in: *Bild Hamburg*, 25.2.1981, in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 533.
- 10 Dieter Buhl, *Wie der Nothelfer zum Notfall wurde. Bürgermeister KvD und die Hamburger SPD: ein Lehrstück in ungereimter Politik, die verheerende Folgen hat*, in: *Die Zeit*, Nr. 4, 20.1.1984, in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 533.
- 11 *Der feine Hamburger. 100 Tage Bürgermeister Klaus von Dohnanyi*, in: *Der Stern*, Nr. 40, 24.9.1981, in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 530.

1960er Jahren und zunehmend diffus wurde, worin die Rathausperspektive eigentlich bestehen sollte. Zum zweiten hat sich die politische Kulturgeschichte mit Parteien, Wahlkämpfen und Parlamenten beschäftigt, weniger jedoch mit Regierungen.⁸ Über deren Handeln und Wahrnehmung von außen lässt sich natürlich viel aus biografischen Studien ersehen, aber diese konzentrieren sich meist auf führende Mitglieder gesamtstaatlicher Exekutiven. Aus diesen Gründen soll hier nach Bürgermeistern und allgemeiner nach Modi des großstädtischen Regierens im späten 20. Jahrhundert gefragt werden.

Erwartung und Kritik

Sollte es Hans-Ulrich Klosers Absicht gewesen sein, für bescheidenere Erwartungen an die Regierung Hamburgs zu werben, so wird man Scheitern konstatieren müssen. Denn erwartet wurde nicht allein Funktionalität, sondern entschiedene persönliche Führung. Dezisionismus wird gemeinhin in der politischen Kultur der Zwischenkriegszeit verortet, aber er prägte selbst noch die Einstellungen zum exekutiven Handeln in einem Stadtstaat des späten 20. Jahrhunderts. Dass die christdemokratische Opposition »seit geraumer Zeit Führungsschwäche« feststellte, wie ihr Fraktionsvorsitzender Hartmut Perschau *BILD* in Bezug auf Klosers Nachfolger Klaus von Dohnanyi sagte, ist insofern korrekt, als es sich bei diesem Vorwurf geradezu um ihr Mantra handelte.⁹ Das mag seitens konservativer Politiker wenig überraschen, doch konnte aus liberaler Richtung durchaus ähnliche Kritik kommen. So schrieb ein *ZEIT*-Journalist Dohnanyi ins Stammbuch, »dass letztlich der Bürgermeister über Soll und Haben der Stadt entscheidet«. Das Haupt der Exekutive sei zu

wenig durchsetzungsfähig gegenüber den zerstrittenen Flügeln innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und habe gleichzeitig die Senatsarbeit so sehr auf seine eigene Person ausgerichtet, dass er nicht mehr dazu komme, seinen »Ideenschwall« auch in die Praxis umzusetzen: »Der Staatsmann, der in Bonn die große Politik mitgestalten durfte, verheddert sich nun in Bebauungsplänen und Gebührenordnungen.«¹⁰

Lag gelungene politische Führung in den Augen von kritischer Presse und christdemokratischer Opposition also darin, größere Entwürfe zu verfolgen und zu verwirklichen? Das lässt sich insofern nicht unbedingt sagen, als die Erwartungen an die Ersten Bürgermeister in sich widersprüchlich waren. Dieselbe Detailversessenheit, die Dohnanyi später angelastet wurde, gereichte ihm anfangs zum Vorteil, wenn etwa der *STERN* bewundernd schrieb, der neue Bürgermeister habe »den ganzen Verwaltungsapparat schon durcheinandergewirbelt« und ziehe sogar »den Taschenrechner raus, wenn's was zu überprüfen gilt«.¹¹ Solche positiven Wahrnehmungen lebten nicht zuletzt vom Kontrast zu seinem Amtsvorgänger, dessen Hang zur intellektuellen Reflexion auf viel Kritik stieß. Das galt besonders 1979/80, nachdem drei Jungen mit auf dem Gelände der stillgelegten Firma Stoltzenberg gefundenen Chemikalien experimentiert und sich dabei schwer, in einem Fall sogar tödlich verletzt hatten. Für das Versagen gleich mehrerer Behörden bei der Gefahrenprävention machte die Presse Klose persönlich verantwortlich. Dieser stelle »ideologisches Profil« über »administratives Profil«, argumentierte der *ZEIT*-Journalist Theo Sommer, hätte sich längst »Durchblick verschaffen«, »unzweckmäßige Organisationsstrukturen ändern« und »den ganzen Apparat mit heiligem Schrecken erfüllen« müssen.¹²

Während solche Stimmen vom jeweiligen Bürgermeister verlangten, persönliche Herrschaft und bürokratische Rationalität gewissermaßen zu synthetisieren, richtete sich eine andere Erwartung auf Bürgernähe. Demnach bestand politische Führung nicht zuletzt darin, den Bürger*innen verständnisvoll zuzuhören und sich sogar direkt ihrer individuellen Probleme anzunehmen. Dies wurde weniger in Kommentaren gefordert als in neue kommunikative Genres umgesetzt, insbesondere das »BILD-Telefon«, an dem Klaus von Dohnanyi kurz nach seinem Amtsantritt die Anrufe der Hamburger*innen entgegennahm.¹³ Das Boulevardblatt schuf damit selbst eine Erwartungshaltung,

12 Theo Sommer, Der zerwaltete Staat. Lehren aus dem Giftskandal, in: Die Zeit, Nr. 40, 28.9.1979, in: StAHH, 731-8 A, Nr. 902.

13 Dohnanyi am BILD-Telefon, in: Bild Hamburg, 6.8.1981, in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 530.



Klaus von Dohnanyi zeigt am »BILD-Telefon« ein offenes Ohr für die Fragen und Probleme der Bürger*innen. Quelle: BILD (Ausgabe Hamburg), 6.8.1981, S. 3.

kam aber auch deutlich den Ansprüchen breiter Bevölkerungskreise an die direkte Kommunikation mit ihren Repräsentanten entgegen – und zuweilen selbst an ihre körperliche Nahbarkeit. Wohl niemand hat den aristokratischen Ex-Manager Dohnanyi je als Politiker zum Anfassen bezeichnet. Doch wie *BILD* berichtete, wurde er in der Staatsoper von einer Besucherin gefragt, ob sie ihn berühren dürfe, was seine Gattin lachend konzidierte. Die Kehrseite solcher Kontakterwartung wurde offenbar, als sich hunderte von Eltern mit ihrem Nachwuchs vor Dohnanyis Haus am Leinpfad versammelten, um für Verbesserungen in den Kindertagesstätten einzutreten. Der Bürgermeister beschwerte sich über die Presse, dass seine Privatsphäre in eklatanter Weise verletzt worden sei und seine Gattin ihre psychotherapeutische Praxis nicht habe erreichen können.¹⁴

14 Benjamin Roth, Auch bei Dohnanyis gibt es morgen wieder »Denver«, in: *Bild Hamburg*, 30.4.1985; »Ungeheuerlich!« Demonstranten vor Dohnanyis Haus, in: *Hamburger Abendblatt*, 7.12.1984, beide in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 533.

15 Dazu Meik Woyke, Generationswechsel und neue Konflikte: Die SPD in Hamburg 1965–1981, in: *SPD Landesorganisation Hamburg – AK Geschichte* (Hrsg.), »Alles für Hamburg«. Die Geschichte der Hamburger SPD von den Anfängen bis zum Jahr 2007 [Red.: Christel Oldenburg] Norderstedt 2008, S. 85–98.

Erwartungen an Führungsstärke und Bürgernähe koexistierten spannungsreich mit Anforderungen, die sich aus der politischen Konstellation in Hamburg ergaben. Zwar blieb die Sozialdemokratie bis in die 1990er Jahre die dominierende Kraft der Hansestadt. Doch konnte sie sich zum einen dieser Dominanz nicht zu sicher sein, weil die Christlich Demokratische Union meist stark genug war, um ihr den Sieg bei den Bürgerschaftswahlen streitig zu machen (und 1982 und 1986 tatsächlich knapp vor ihr lag). Zum anderen war die Partei selbst nicht mehr so geschlossen wie in den 1950er und frühen 1960er Jahren, und dies bei geringeren Verteilungsspielräumen. Der linke Flügel der Hamburger Sozialdemokratie nahm Impulse aus den sozialen Bewegungen auf, setzte sich für benachteiligte Gruppen ein und plädierte zunehmend für eine ökologische Politik. Der rechte Flügel blieb dagegen den Gewerkschaften sowie der politischen Linie von Bundeskanzler Helmut Schmidt verbunden und stand programmatischen Diskussionen skeptisch gegenüber. Diesen Grundkonflikt, der sich nicht bloß in den Machtkonstellationen der verschiedenen Bezirke und Behörden widerspiegelte, sondern auch öffentlich ausgetragen wurde, galt es auf Senatsebene auszutarieren.¹⁵ Andernfalls drohte den Ersten Bürgermeistern der Verlust des nötigen innerparteilichen Rückhalts. Auch deshalb fiel es ihnen schwer, die so häufig geforderte klare politische Linie zu definieren und durchzuhalten – während sie gleichzeitig mit der medialen Erwartung konfrontiert waren, die Gegensätze zwischen den sozialdemokratischen Flügeln kraft eigener Autorität zu überwinden.

All dessen waren sich die damaligen Journalist*innen natürlich bewusst. Dennoch zeigten sie sich wenig geneigt, grundsätzlicher über ihr Verständnis politischer Führung zu reflektieren. Die Ausnahme bildete die *tageszeitung*, deren Hamburg-Korrespondent Florian Marten anlässlich von



Klaus von Dohnanyi ungewohnt volksnah mit Latzhose, Elbsegler und rotem Schal, nachdem die SPD in der Bürgerschaftswahl vom Dezember 1982 die absolute Mehrheit zurückerobert hat. Quelle: picture-alliance/dpa/Werner Baum.

- 16 Florian Marten, Klaus v. Dohnanyi begleitete Hamburgs Sturz in den Abgrund, in: tageszeitung, 8.6.1988, in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 531.
- 17 Christoph Strupp, Wirtschaftspolitik für eine unbestimmte Zukunft. Vorsorge als Argument im Streit um die Hamburger Hafenerweiterung, in: Nicolai Hannig/ Malte Thießen (Hrsg.), Vorsorgen in der Moderne. Akteure, Räume und Praktiken, Berlin 2017, S. 127–146.
- 18 Christoph Strupp, Das Herz Hamburgs? Der Rathausmarkt im Widerstreit von lokaler Politik und medialer Öffentlichkeit in den 1970er und 1980er Jahren, in: Moderne Stadtgeschichte 2019, H. 1, S. 63–76.
- 19 Siehe etwa die Berichte über die Besuche Hans-Ulrich Kloses in Brüssel, November 1975 (StAHH, 131-1 II, Nr. 4947) und Februar 1979 (StAHH, 131-1 II, Nr. 5266).
- 20 Bilanz der Klose-Reise. Hamburg wurde gut verkauft, in: Hamburger Abendblatt, 30.4.1977, in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 509; Dohnanyi: Von der US-Ostküste lernen, in: Die Welt, 22.1.1986, in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 533.

Dohnanyis Rücktritt argumentierte, die »wachsende Lust des Bürgermeisters an Alleingängen« habe die »seltsame Dreieinigkeit von Nichtstun, Standort-Visionen und gebremster Sozialpolitik« ebenso wenig überdecken können wie die repressive Innenpolitik, den zögerlichen Wohnungsbau und die fatalistische Hinnahme der Kernkraftwerke im Umland. Vor diesem Hintergrund nach einer Stärkung der Zentralgewalt zu rufen, wie es der scheidende Bürgermeister und sein Nachfolger Henning Voscherau beide täten, beweise nicht bloß ein »gestörtes Demokratieverständnis«, sondern schaffe neue strukturelle Probleme: »Durch Überlastung wird das politische System weniger effektiv, tendiert zu Panikreaktionen.«¹⁶

Amtsverständnis und Regierungspraxis

»Panikreaktionen« kann man keinem der drei Ersten Bürgermeister, die zwischen 1974 und 1997 amtierten, ernsthaft vorwerfen. Doch waren sie sich der Grenzen, die ihrer Tätigkeit gesetzt waren, nur allzu bewusst und wünschten sich größere Gestaltungsmacht. Das galt selbst zu Zeiten, in denen die SPD über eine absolute Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft verfügte. Denn innersozialdemokratische Konflikte, Haushaltsprobleme und so hohe wie diffuse Erwartungen an politisches Handeln erschwerten ihre Tätigkeit. Wie konnte man in diesem Amt überhaupt eine einigermaßen gute Figur machen und dabei zumindest teilweise die eigenen Vorstellungen umsetzen?

Eine Antwort auf diese Frage lag in der Konzentration auf relativ unkontroverse Politikfelder, auf denen man mit geringem Risiko und in längerfristiger Perspektive agieren konnte. Das Problem war jedoch, dass solche Politikfelder immer schwerer zu finden waren.

Optionen für eine Hafenerweiterung zu schaffen, wurde zwar der Hamburger Öffentlichkeit weiterhin als vorsorgliche Sicherung zukünftigen Wachstums vermittelt, aber angesichts des Widerstands der Umweltbewegung, breiter Sympathien für die von Umsiedlungen Betroffenen und Zweifeln an der wirtschaftspolitischen Notwendigkeit solcher kostspieliger Maßnahmen geschah dies in zunehmend defensivem Ton.¹⁷ Die Neugestaltung des Rathausmarkts trug keinen spezifisch sozialdemokratischen Charakter. Doch brachte sie hohe Kosten mit sich, die sich angesichts der schwierigen Haushaltslage skandalisieren ließen. Hans-Ulrich Klose wurde, wie gezeigt, oft Zögerlichkeit vorgehalten. Doch als er für einmal ein größeres Projekt konsequent betrieb, war es Lokalpresse und Opposition, vorsichtig ausgedrückt, auch wieder nicht recht.¹⁸

Wesentlich unverfänglicher waren Reisen ins Ausland. Dort konnten die Bürgermeister für die Hamburger Wirtschaftsinteressen werben, ohne mit heimischen Belangen in Konflikt zu geraten, gleichzeitig jedoch in sichtbarer Weise als bei der zähen Lobbyarbeit in den Brüsseler Gemäuern der Europäischen Kommission.¹⁹ Da die stadtstaatliche Öffentlichkeit eine gewisse Weltläufigkeit goutierte, gereichte Klose seine als Austauschschüler erworbene »amerikanische Sprachgewandtheit« zum Vorteil, während Dohnanyis Empfehlung, Hamburg müsse hinsichtlich der Förderung neuer Technologien »von der US-Ostküste lernen«, zumindest wohlwollend wiedergegeben wurde.²⁰ Nur folgte auf Reisen nach New York oder São Paulo und Gespräche mit Bürgermeisterkollegen wie Ed Koch in New York (Dohnanyi) oder sogar dem US-Vizepräsidenten Walter Mondale (Klose) unweigerlich die Rückkehr in die Niederungen der Hamburger Politik – und die Nachfrage der Opposition, was die Exkursion eigentlich gekostet habe.²¹

Innerhalb Hamburgs fielen einerseits große Würfe schwer, während es andererseits selbst mit kleineren Maßnahmen viel zu verlieren gab. Das lag an problematischen Nebeneffekten, welche die eingespielte Balance der großstädtischen Gesellschaft wirklich oder vermeintlich störten. So sprachen gute ökologische Gründe für die Entscheidung des Senators für Wasserwirtschaft, Energie und Stadtentsorgung, Jörg Kuhbier, so weit wie möglich auf den Einsatz von Streusalz zu

21 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Franz (CDU), 15.4.1981, abgedruckt in: Staatliche Pressestelle Hamburg, »Goodwill-Tour« durch Südamerika. Pressestimmen zur Reise des Hamburger Ersten Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose nach Brasilien, Kolumbien, Peru, Ecuador und zum Besuch der Vereinten Nationen in New York, o. O. u. J., Bd. 2.

- 22 Etwa in Uwe Bahnsen, Ein Mann zwischen Kompetenz und großen Schwächen, in: Die Welt, 4.8.1986, in: StAHH, 731-8 A, Nr. 760; Hamburg unter Eis. Wut und Empörung über den späten Salz-Einsatz, in: Hamburger Abendblatt, 9.1.1987. Kubbiers halbwüchsige Kinder wurden in der Schule angefeindet, und er ließ sich aus dem Telefonbuch austragen (Interview am 8.6.2021).
- 23 Administrative Binnenperspektive: Niederschrift über die vierte Sitzung der Kommission zur Überprüfung von Verbesserungsmöglichkeiten in der Hamburger Verwaltung, 28.11.1980, StAHH, 131-20, Nr. 80; Medienecho: Proteststurm fegt über die Gehwege. Parlament debattierte Reinigungsgebühr, in: Hamburger Abendblatt, 26.4.1979.
- 24 Herr Bürgermeister, haben Sie ein Herz für Hunde?, in: Bild Hamburg, 27.1.1984, in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 533.
- 25 Strupp, Rathausmarkt; Alexandra Jaeger, Auf der Suche nach »Verfassungsfeinden«. Der Radikalenbeschluss in Hamburg 1971–1987, Göttingen 2019, S. 401–509.
- 26 Interview mit Hellmut Körner, damals Abteilungsleiter in der Wirtschaftsbehörde, am 11.6.2021.

verzichteten. Diese Entscheidung hatte jedoch Unfälle auf Glatteis zur Folge, die von der Presse aufgebauscht und Kubbier angelastet wurden, was den Entzug politischen Rückhalts durch Bürgermeister Dohnanyi sowie persönliche Anfeindungen auslöste.²² Gebühren einzuführen, die Hausbesitzer für die Reinigung von Gehwegen entrichten sollten, mochte schlicht als Ausgleich für Ungleichheiten in der Versorgung verschiedener Stadtviertel gedacht gewesen sein. Doch sie korrekt zu berechnen, erwies sich als so schwierig, dass zehntausende Hamburger Haushalte Widerspruch einlegten, was die zuständige Verwaltung vollauf beschäftigte, bis sich nach etwa zwei Jahren endlich eine gewisse Verfahrensroutine einstellte. Natürlich blieb auch diesmal das kritische Medienecho nicht aus, verbunden mit dem Vorwurf, es sollten Arbeitsplätze beim städtischen Reinigungsdienst gesichert werden, statt die Eigeninitiative zu fördern.²³

Diese und andere Beispiele machen überdies deutlich, dass kleinere politische Schritte für die Bürger*innen allzu oft auf Mehrbelastungen hinausliefen, die sie als Verletzung von Gewohnheitsrechten empfanden. Dazu gehörte insbesondere die Nutzung des öffentlichen Raumes, dessen Sicherung und Reinhaltung der städtischen Verwaltung obliegen sollte. Aufgrund dieser Erwartungshaltung war die Einschränkung als selbstverständlich empfundener Leistungen ebenso kontrovers wie die Anhebung individueller Gebühren. In ähnlicher Weise war die Erhöhung der Hundesteuer in den Augen des Senats haushälterisch notwendig und nach zwölf Jahren Stabilität überfällig. Aber sie führte Rentnerinnen in Dohnanyis »Bürgersprechstunde«, die ihn mit der – politisch potenziell fatalen – Frage konfrontierten, ob er denn Hunde nicht möge.²⁴

Nun sollte der Handlungsspielraum der Hamburger Regierungen auch wieder nicht zu gering veranschlagt

werden – selbst über die offensichtliche Tatsache hinaus, dass große Teile der Behördenarbeit unterhalb der medialen Aufmerksamkeitsschwelle weiterliefen und das Funktionieren des Stadtstaates sicherten. Ambitionierte Vorhaben ließen sich, entsprechende Prioritätensetzung vorausgesetzt, selbst gegen erhebliche Widerstände verfolgen und verwirklichen. Das zeigen, unter dem von Klose angeführten Senat, die bereits erwähnte Neugestaltung des Rathausmarktes sowie die Abwendung von der Regelanfrage beim Verfassungsschutz als Voraussetzung für die Verbeamtung.²⁵ In den 1980er Jahren untermauerte Dohnanyis mediale Präsenz zwischen Weltläufigkeit und Bürgernähe seinen Einsatz für Unternehmensgründungen und -ansiedlungen – eine politische Linie, die von den zuständigen Beamten mit Elan in Technologieförderungsinitiativen umgesetzt wurde.²⁶ Daneben bestand Raum für progressive Politik. Ein Beispiel hierfür ist der dezidiert linke Reformkurs von Arbeits- und Sozialsenator Jan Ehlers, der unter anderem auf die Abschaffung geschlossener Heime sowie den Ausbau von Altenpflege und Behindertenbetreuung zielte.²⁷ Ein anderes sind die Bemühungen des Energie-, später Umweltsenators Jörg Kubbier, Hamburg aus der Abhängigkeit von der Kernenergie zu lösen, Wasser und Strom zu sparen, Giftmüll zu beseitigen und generell auf eine ökologische Bewusstseinsveränderung hinzuwirken.²⁸

Es gab also durchaus Erfolge – eigentlich genug, um zu der Balance zwischen gewerkschaftlich-konservativer, gesellschaftlich progressiver und ökonomisch modernisierender Sozialdemokratie und ihrer Umsetzung in exekutives Handeln zu stehen. Dennoch haderten beide Bürgermeister öffentlich mit den Grenzen, die ihnen durch Lage und Verfassung des Stadtstaates gesetzt waren, und stellten damit letztlich selbst dessen Regierbarkeit in Frage.

Hans-Ulrich Klose erntete viel Kritik mit seiner Äußerung, die linke Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (»Stamokap«) sei insofern durchaus tref fend, als der Staat tatsächlich regelmäßig als »Reparaturbetrieb des Kapitalismus« agiere, um Arbeitsplätze zu retten. Er verband die Diagnose mit der Ambition, die Empfänger von Subventionen »lenken« zu wollen: »Wenn ich denen Steuergelder gebe, dann will ich auch wissen, was sie damit machen.«²⁹ Dies war jedoch kein

27 Einen Eindruck der Behörden-tätigkeit in dieser Zeit vermittelte mir ein Interview mit Wilma Simon, damals Pressesprecherin, Abteilungsleiterin und schließlich Staatsrätin, am 7.6.2021.

28 Interview mit Jörg Kubbier am 8.6.2021.

29 Klose steht erneut im Mittelpunkt heftiger Kritik. Verständnis für Stamokap-Theorie, in: Nord-deutsche Rundschau, 30.11.1978, in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 1837.

30 »Ich weiß, wovon ich rede, denn ich beteilige mich selber daran«. Der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose über Wirtschaftsförderung und Subventionspolitik in der Marktwirtschaft, in: Ernährungswirtschaft, November/Dezember 1979, in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 1837. Die vergeblichen Bemühungen Hamburgs in den 1970er und 1980er Jahren, an der Zonenrandförderung etwas zu ändern, beschreibt Astrid M. Eckert, Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eiserne Vorhang, Berlin 2022, S. 99 f.

31 Auszug aus der Sendung »Frühkurier«, NDR II, 29.5.1981; »Ich wollte es auf die Spitze treiben«. Hamburgs Ex-Bürgermeister Hans-Ulrich Klose über Brokdorf und die SPD-Krise, in: Der Spiegel, Nr. 23, 1.6.1981, beide in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 538.

32 M. Walden, Stunde der Wahrheit, in: Die Welt, 26.5.1981, in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 538; Dieter Buhl, Viel Krach und noch mehr Späne. Die Genossen wählten Klaus von Dohnanyi – und streiten sich weiter, in: Die Zeit, Nr. 27, 26.6.1981.

Ausdruck wirtschaftspolitischen Selbstbewusstseins, sondern der Frustration, durch Unternehmen faktisch erpressbar geworden zu sein. Denn dass schon Verlagerungen ins Umland den Verlust von Arbeitsplätzen und Gewerbesteureinnahmen mit sich brachten, zwang den Stadtstaat in einen Subventionswettbewerb mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein – der noch schwieriger zu gewinnen war, wenn sich die betreffenden Firmen für das nahegelegene Zonenrandgebiet mit seinen speziellen Förderinstrumenten erwärmen konnten. »Ich will aber nicht ›Krisenmanager‹ sein« – diese Äußerung Kloses war vor diesem Hintergrund kaum mehr als ein trotziges Beharren auf einem immer unrealistischer werdenden Gestaltungsanspruch.³⁰

Ähnlich verhielt sich Klose, als 1980 nach vierjähriger Pause der Bau des Kernkraftwerks Brokdorf wiederaufgenommen wurde und dies große Proteste auslöste. Einerseits war der Bürgermeister der Meinung, die Sozialdemokratie dürfe den Anschluss an die ökologische Bewegung nicht vollends verlieren; andererseits erwies sich ein »Ausstieg« Hamburgs aus dem Gemeinschaftsprojekt mit Schleswig-Holstein als nicht durchsetzbar. Das lag an der ablehnenden Haltung des rechten Parteiflügels, den verbrieften Ansprüchen der privaten Aktionäre sowie einer sozialdemokratischen Politik, die den Arbeitnehmervertretern eine derart starke Position im Aufsichtsrat verliehen hatte, dass sich die vom Senat entsandten Vertreter trotz 71-prozentiger Anteilseignerschaft des Stadtstaates klar in der Minderheit befanden. Weil sich diese mehrfache Blockade nicht überwinden ließ, trat Klose im Mai 1981 zurück. Seine Entscheidung begründete er gleichermaßen mit seinem eigenen Bedürfnis, ohne die Belastungen des Amtes wieder freier reden zu können, und mit der prinzipiellen Absage an »eine sehr stark, um nicht zu sagen ausschließlich an Sachzwängen orientierte

Politik«. Er wolle ein Zeichen setzen, »daß die Politik sich ändern muß, damit sie Gestaltungskraft zurückgewinnt«.³¹

Den Anwürfen der konservativen *Welt*, der zurückgetretene Bürgermeister sei »weniger inspiriert als ideologisch-spiritistisch entglitten«, entsprach spiegelbildlich die Begeisterung, die sein Schritt an der sozialdemokratischen Basis auslöste.³² In der gemäßigten Presse stand der Respekt der *Hamburger Morgenpost* für einen Politiker, der im Unterschied zu vielen anderen »nicht an seinem Sessel klebt«, neben den Zweifeln der *ZEIT* an Kloses Selbststilisierung zum »Überzeugungstäter«, seinem Ruf nach »direktem Zugriff durch die Schranken [...], die unser politisches System gesetzt hat«, sowie seiner generellen Auffassung stabilitätssichernder Regelungen und Absprachen als bloßer »Fesseln«.³³ Diese Kritikpunkte brachten die Neigung Kloses auf den Punkt, Erwartungen an die eigene Rolle selbst zu hegen und bei anderen zu wecken, die mit deren institutionellen und politischen Grenzen kaum zu vereinbaren waren. Sich auf die Stadtteilentwicklungspolitik zu konzentrieren, mag einen Schwerpunkt seiner konkreten Tätigkeit dargestellt haben, sein Politikanspruch aber ging über solche Bescheidenheit dann doch weit hinaus. Dabei schwankte er selbst zwischen »Zauderer« und »Tatmensch«, wie die NDR-Journalistin Cornelia Sonntag bereits im Herbst 1978, wenige Monate nach seiner glanzvollen Wiederwahl, kommentierte. Diesen Zwiespalt überwand Klose, indem er die Komplexität des Bürgermeisteramtes gegen die Eindeutigkeit seiner neuen Rolle als linker Identifikationsfigur tauschte.³⁴

Klaus von Dohnanyi, mit Bonner Regierungserfahrung ausgestattet und aus Rheinland-Pfalz geholt, verfolgte einen mehr auf Ausgleich angelegten und anfangs betont gelassenen Politikstil. Er stand zwischen linkem und rechtem Parteiflügel, strebte die Lösung von der Kernenergie an und verwies gleichzeitig auf juristische Hindernisse, gab sich ebenso sozial engagiert wie wirtschaftsorientiert und versuchte, den Konflikt um die von Autonomen besetzten Häuser an der Hafestraße zu befrieden. Von der örtlichen Presse aufgrund von Geburt und kurzer Grundschulzeit in Hamburg als Hanseat adoptiert und generell freundlich behandelt, brachte er es fertig, im selben Monat der *BILD*-Leserschaft

33 Gerd Kahle, Klarer Kurs, in: *Hamburger Morgenpost*, 26.5.1981; Nina Grunenberg, Ein Mann auf der Suche nach sich selbst. Brokdorf wurde zum Schicksal: Hans-Ulrich Klose – Aussteiger aus einer steilen Karriere, in: *Die Zeit*, Nr. 23, 29.5.1981; Hermann Rudolph, Gestolpert über das Gemeinwohl. Kloses Rücktritt und die Grenzen der Politik, ebd., alle in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 538.

34 Norddeutscher Rundfunk 2, 29.12.1978, Transkript in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 534.

35 Etatberatungen – »alles im Griff«. BILD-Interview mit Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, in: Bild Hamburg, 19.3.1984; Was Abendblatt-Volontäre über den Bürgermeister denken, in: Hamburger Abendblatt, 24.3.1984, beide in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 533.

36 Unternehmen Hamburg (20.11.1983), in: Vorträge vor dem Übersee-Club von Dr. Klaus von Dohnanyi, Sonderdruck aus Der Übersee-Club Hamburg, Mitteilungen, S. 1–28, Zitate S. 18.

37 Rede im Deutschen Bundestag, 11. Wahlperiode, 47. Sitzung, 4.12.1987, in: StAHH, 131-21, Nr. 566.

38 Klaus von Dohnanyi, »Hamburg. Stadtstaat und Verfassung: Eine Existenzfrage«, 11.2.1988, in: Vorträge vor dem Übersee-Club, S. 57–87, Zitat S. 67.

39 Uwe Bahnsen, Kaum Chance für Verfassungsreform, in: Die Welt, 6.2.1985, in: StAHH, 135-1 VI, Nr. 533.

40 Beides kündigte er an in seinem nicht abgesandten Rücktrittsschreiben an die Präsidentin der Bürgerschaft, November 1987, StAHH, 135-1 VII, Nr. 498.

zu versichern, er habe die Dinge »im Griff«, und einer Volontärin des *Hamburger Abendblatts* gerade nicht als einer derjenigen Politiker zu erscheinen, die »vorschnell in die Zusicherung flüchten, man habe alles im Griff«. ³⁵ Was sich für die *tageszeitung*, wie oben zitiert, als »Dreieinigkeit von Nichtstun, Standort-Visionen und gebremster Sozialpolitik« ausnahm, könnte man auch als kluge Anpassung von Gestaltungsambitionen an widersprüchliche Erwartungen und schwierige Realitäten bewerten.

Allerdings blieb es nicht bei diesem zurückgenommenen Stil, denn die strukturellen Probleme der sich weiter deindustrialisierenden und demografisch schrumpfenden Stadt forderten den Ehrgeiz des selbstgewissen Bürgermeisters heraus. Zum Ventil wurde die Standortpolitik, die Dohnanyi nicht als aus der Not geborene Bemühung um Unternehmensansiedlungen präsentierte, sondern mit der Vision einer umfassenden Erneuerung Hamburgs verband. Die Wirtschaft der Stadt auf Dienstleistungen, Medien und Technologien hin zu orientieren, erfordere »schnellere Entscheidungen«, für die jedoch erst die finanziellen und institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden müssten. Damit meinte Dohnanyi zum einen die Reform des Länderfinanzausgleichs, der Hamburg gegenüber vergleichbaren Großstädten benachteilige. Zum anderen zielte er auf die Stärkung seines eigenen Planungsstabs und die Verhinderung der »Balkanisierung der Stadt in sieben Bezirke«. ³⁶

Beides waren äußerst ambitiöse Reformvorhaben, weil ihnen mächtige Interessen entgegenstanden. Je dezidierter er sie verfolgte, desto mehr erhöhte Dohnanyi den eigenen Erfolgsdruck. Auch – oder gerade – mit sachlich durchdachten und eloquent formulierten Forderungen kann man politisch auf Granit beißen. Als der Hamburger Bürgermeister im Bundestag trotz

eines günstigen Bundesverfassungsgerichtsurteils zu den Ungleichgewichten im Länderfinanzausgleich Gegenwind spürte, verstieg er sich zu der Bemerkung, Hamburg wäre als eigenständiger Staat reich – und musste sich daraufhin von Zurufern aus der CDU/CSU-Fraktion als »Separatist« und »Klaus Störtebeker« titulieren lassen.³⁷ Und als er im Februar 1988 die Verfassungsreform des Stadtstaates nicht bloß mit der Notwendigkeit begründete, ansiedlungswilligen Unternehmen ohne langwierige Konsensbildungsprozesse entgegenkommen zu können, sondern zur »Existenzfrage« stilisierte, war die Kehrseite eine pessimistische Charakterisierung des eigenen Handlungsspielraums: »An keiner Stelle ist wirklich klar, wer für die Letztentscheidung verantwortlich ist. Sicher ist nur: Alles wird kontrolliert. Und politisch muß der Senat immer den Kopf hinhalten.«³⁸ Der frustrierte Ton erklärte sich aus der Tatsache, dass Verfassungsreformen Zweidrittelmehrheiten erfordern und ein Konsens zur Stärkung der stadtstaatlichen Exekutive im konfrontativen Klima der 1980er Jahre in weiter Ferne lag. CDU- und FDP-Politiker hatten schon zuvor spitz darauf hingewiesen, dass der Übersee-Club, vor dem Dohnanyi so gerne seine Visionen entwickelte, kein Ersatzparlament sei.³⁹

Als er seine dritte programmatische Rede hielt, war der Bürgermeister bereits zum Rücktritt entschlossen, den er dann drei Monate später, im Mai 1988, ankündigte. Anders als er vorgehabt zu haben scheint, konnte er zuvor weder die Bezirksreform durchsetzen noch den Konflikt um die Hafestraße lösen.⁴⁰ Die Reaktionen changierten zwischen Respekt für den »Rücktritt von Format« und dem eher mitleidigen Fazit, »Machtintrigen und mangelnder politischer Spielraum« hätten Dohnanyi »zermürbt«.⁴¹ Er selbst sprach von dem Ermüdungseffekt endloser Gremiensitzungen, seiner Frustration über die gescheiterte Verfassungsreform und allgemein über die mit der Tätigkeit verbundene »Selbstentfremdung und Selbstausbeutung«.⁴² So sehr sich Dohnanyi von seinem Vorgänger abgegrenzt hatte, waren Situation und Selbstbeschreibung der beiden Bürgermeister zum Ende ihrer Amtszeit bemerkenswert ähnlich.

Wie ging Dohnanyis Nachfolger Henning Voscherau mit den an ihn gerichteten hohen Gestaltungserwartun-

41 Wolfgang Bombosch, Kommentar: Klaus von Dohnanyis Rücktritt, Hamburg-Aktuell, 10.5.1988, Transkript in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 498; Teppich weg, Machtintrigen und mangelnder politischer Spielraum haben Hamburgs Bürgermeister Dohnanyi zermürbt, in: Der Spiegel, Nr. 20, 15.5.1988. Elemente von beidem in Jürgen Kellermeiers Kommentar in den Tagesthemen der ARD, 10.5.1988, Transkript in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 498.

42 Dohnanyi: Auch darum habe ich aufgegeben, in: Hamburger Abendblatt, 11.5.1988, in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 498.

43 Telefonisches Interview am 10.6.2021.

44 Christoph Strupp, Bundesdeutsche Zeitgeschichte regional. Kooperation und Konkurrenz im Norden, in: Frank Bajohr u. a. (Hrsg.), Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 189 – 202, hier S. 201.

45 Monika Sigmund, Die Hafenstraße und das »Wunder von Hamburg«. Selbstbestimmtes Leben im Widerstreit politischer Interessen, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), 19 Tage Hamburg, S. 265 – 279, hier S. 278; Karsten Dustin Hoffmann, »Rote Flora«. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg, Baden-Baden 2011, S. 157 – 183.

46 Vgl. etwa Verwaltungsmodernisierung. Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, 15.8.1995, in: StHHA, 135-1 VII, 1635.

47 Gert Kähler, Geheimprojekt Hafencity oder Wie erfindet man einen neuen Stadtteil? hrsg. von Volkwin Marg, Hamburg 2016; Interview mit Gert-Hinnerk Behlmer, seinerzeit Staatsrat in der Senatskanzlei, am 9.6.2021.

48 Presserklärung vom 2.6.1992, in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 1648.

gen bei gleichzeitigen Beschränkungen seines Gestaltungsspielraums um? Nach den ersten Jahren hatte Voscherau bald das Glück einer günstigeren Grundkonstellation. Denn die demografische Schrumpfungstendenz hatte sich bereits 1986 umgekehrt, und mit dem Fall des Eisernen Vorhangs zeichnete sich ab, dass Hamburg nun auch ökonomisch wachsen würde. Damit veränderte sich das gesamte »Regierungsgefühl«, wie es der damalige Chef der Senatskanzlei und Senator für Stadtentwicklung Thomas Mirow im Vergleich zu seiner Zeit als Pressesprecher Dohnanyis formuliert.⁴³ Die positive Entwicklung entschärfte die regionalen Interessengegensätze und beförderte die pragmatische Kooperation mit den umliegenden Bundesländern, was auch mit dem Wegfall der für Hamburg so ungünstigen Zonenrandförderung zusammenhing.⁴⁴ Und sie erleichterte die Balance zwischen den verschiedenen Flügeln der Sozialdemokratie innerhalb der Regierung, wo etwa Bausenator Eugen Wagner für die Kontinuität des sozialen Wohnungsbaus stand, während Schulsenatorin Rosemarie Raab die Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigung betrieb.

Auch sonst verloren langjährige Konflikte und Probleme an Virulenz. Die politische Sprengkraft des örtlichen Linksradikalismus ließ nach, weil die Stadt sich mit der Bewohnerschaft der Hafenstraßenhäuser auf eine genossenschaftliche Eigentumsform einigte und die Rote Flora zunehmend als alternatives Veranstaltungszentrum tolerierte, teilweise sogar subventionierte.⁴⁵ Die seit den 1970er Jahren immer wieder diskutierte Frage, wie sich die Verwaltung gleichzeitig effizienter und bürgernäher gestalten ließ, schien sich einer Lösung im Sinne von Flexibilisierung, Kundenorientierung und kontinuierlicher Aufgabenkritik zu nähern.⁴⁶ Und die verfassungsrechtlichen ebenso wie die politischen Beschränkungen, denen Voscherau



Henning Voscherau inszeniert sich in staatsmännischer Pose in seinem Amtszimmer im Rathaus der Freien und Hansestadt, 8.4.1997. Quelle: picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld.

zumal in grundsätzlichen Belangen der Stadtentwicklung unterlag, wusste er, als es darauf ankam, zu überwinden: Mit einem kleinen Kreis Eingeweihter, darunter nur einer knappen Mehrheit der Senatsmitglieder, stellte er die Weichen für das Großprojekt der HafenCity.⁴⁷

»Wir stehen gut da mit unser Sacharbeit für Hamburg«, sagte der Erste Bürgermeister Anfang Juni 1992, und es hätte viel dafür gesprochen, an einer solchen unaufgeregten Außendarstellung festzuhalten. Doch fügte er selbst hinzu, dass in einer Zeit, in der Parteiloyalitäten erodierten, »gute Sacharbeit für die Bürger öffentlich in den Hintergrund« trete.⁴⁸ Ähnlich wie seine Vorgänger war er dem christdemokratischen Vorwurf ausgesetzt, als bloßer »Ankündigungsbürgermeister« für einen »Regierungs-Stillstand« verantwortlich zu sein.⁴⁹ Hinzu kam, dass Voscherau unter dem Druck seines eigenen, mit charakteristischer Ungeduld verfolgten Politikanspruchs stand. Seine Beschwerden über mangelnde Würdigung durch die Presse waren

⁴⁹ »Unsere Mittel sind das Wort und die Idee«. Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der Hamburger CDU Rolf Kruse, in: Hamburger Morgenpost, 12.8.1992; »Der Regierungs-Stillstand«, in: Hamburger Abendblatt, 30.7.1992, beide in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 1665.

50 Klaus Vogt, Schmidt, Schnauzel, in: *Szene Hamburg*, Nr. 11, November 1993, in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 1665. Das Originalzitat in: »Da gibt es ohnmächtige Wut«. Der Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) über Politikverdrossenheit und ihre Ursachen, in: *Der Spiegel*, Nr. 40, 4.10.1993, in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 1661.

51 Hamburg braucht eine Verfassungsreform – wieso eigentlich?, Norddeutscher Rundfunk, Hamburg-Welle, 21.1.1991, Transkript in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 1661.

52 »Aberwitzige Kleinstaateri«, in: *Der Spiegel*, Nr. 15, 10.4.1995; Vaterlandsloses Spekulantentum bekämpfen. Hamburgs Regierungschef fordert Strategien gegen die Steuerflucht von Leuten wie Beckenbauer, Schreinemakers oder Flick, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.11.1995, beide in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 1661.

53 Henning Voscherau, »Mut, Schweiß und Tränen!« Hamburg muss besser regierbar werden, in: *Bild Hamburg*, 9.4.1996, in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 1661; Uwe Bahnsen, Veraltete Instrumente, in: *Die Welt*, 31.12.1994, in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 175.

54 Sven-Michael Veit, Vosch 2000, in: *tageszeitung*, 13.11.1996, in: StAHH, 135-1 VIII, 1665.

jedoch ebenso kontraproduktiv wie seine Klagen über die juristischen Schranken, die nicht bloß der eigenen Tätigkeit, sondern der ökonomischen Dynamik in Hamburg und Deutschland gesetzt seien. »Der rechthaberisch bürokratische Rechtswegestaat mit Rechtsschutzversicherung: ist der Dämon, der die hilflose Gesellschaft in den Klauen hält,« karikierte *Szene Hamburg* eines seiner »irrlichternden Statements«.⁵⁰

Es passte zu diesem Politikstil, dass Voscherau regelmäßig eine Stärkung der eigenen Position forderte. Zwar sei er sehr für arbeitsteilige Kooperation. »Aber gerade dann, wenn man die einzelnen Instrumente in dem Orchester so spielen lassen will, wie jeder es am besten kann, braucht es einen Dirigenten, der dann auch einen Stab hat. Und nicht einen, der im luftleeren Raum fuchtelt.«⁵¹ Die öffentlichen Äußerungen des Ersten Bürgermeisters ließen jedoch zunehmend im Unklaren, ob er Hamburg effizienter regieren oder möglichst bald hinter sich lassen wollte. Der Stadtstaat, gab er in einem *Spiegel*-Gespräch zu Protokoll, solle seiner Ansicht nach in einem Nordstaat aufgehen, weil der gegenwärtige Zustand sich nur als »aberwitzige Kleinstaateri« beschreiben lasse. Moralische Kritik an prominenten Steuerflüchtlings wie Franz Beckenbauer oder Margarete Schreinemakers mochte seiner Präsenz auf nationaler Ebene dienen, unterstrich aber gleichzeitig, wie wenig er selbst dagegen unternehmen konnte. »Dann erleben wir wohl bald«, musste er sich von der *Süddeutschen Zeitung* fragen lassen, »wie Bürgermeister Voscherau seiner Stadt sagt: Liebe Bürger, ich kann euch nicht mehr helfen, ich trete zurück?«⁵²

Voscherau machte in *BILD* »Parteiungen in den Bezirksbastionen« für Blockaden von Wohnungsbau und neuen Gewerbegebieten verantwortlich und leitete daraus die Forderung nach einer Verwaltungsreform ab: »Das Schiff heißt Hamburg. Es muß nach

einem einheitlichen Kurs gesteuert werden.« Der *Welt*-Leserschaft teilte er mit, der Stadtstaat brauche »politische ›Befreiungsschläge: richtungweisende Entscheidungen«. ⁵³ Am Ende gelang es ihm, den Senat gegenüber den Bezirken zu stärken und die Richtlinienkompetenz zu erlangen, welche ihn ermächtigte, Senator*innen zu ernennen oder zu entlassen, und damit anderen Länderchefs gleichstellte. Jedoch stiftete er auf dem Weg dorthin einige Verwirrung, etwa indem er die Direktwahl des Stadtoberhauptes forderte. Die Auseinandersetzung um die Verfassungsreform ließ er zwischenzeitlich zu einer Regierungskrise eskalieren, deren Sinn sich einer breiteren Öffentlichkeit kaum erschlossen haben dürfte. Selbst die dezisionistische Sehnsüchte unverdächtige *tageszeitung* sah sich veranlasst, ihn als »Entscheidungsschwächling« zu titulieren. ⁵⁴ Wenn die *Abendblatt*-Journalistin Susanne von Barga kommentierte, Voscherau habe »Klartext mit praktischen Handlungsweisen« vermissen lassen und den Eindruck erweckt, die Regierung beschäftige sich »mit sich selbst statt mit den wirklichen Problemen der Stadt«, so traf sie damit eine Schwäche des bürgermeisterlichen Politikstils. ⁵⁵ Seine Wahlniederlage im September 1997 hatte noch andere Ursachen, doch die von ihm selbst geschürten Erwartungen trugen dazu bei, dass die Erfolge seiner Amtszeit in den Hintergrund traten.

Fazit: auf dem Weg zur neoliberalen Stadt?

Von 1974 bis 1997 regierten drei Erste Bürgermeister gemeinsam mit ihren Senator*innen und Beamt*innen die Freie und Hansestadt – und dies insgesamt keineswegs erfolglos. Woran lag es dann, dass sie nicht bloß mit Zweifeln an der Regierbarkeit Hamburgs konfrontiert waren, sondern diese sogar selbst hegten und schürten? Die Struktur des Stadtstaates, verbunden mit den medialen und populären Erwartungen an Politik, schlugen sich in schwer zu vereinbarenden Anforderungen nieder: Die Ersten Bürgermeister sollten Hamburg selbstbewusst repräsentieren, ebenso als durchsetzungsfähige Interessenvertreter im Bund wie als weltläufige Botschafter auf dem internationalen Parkett. Sie waren aber auch Stadtoberhäupter, die bürgernah agieren und persönlich in kommunalpolitische Detailfragen intervenieren soll-

⁵⁵ Susanne von Barga, Kein Klartext. Voscherau und die Rathaus-Krise, in: *Hamburger Abendblatt*, 12.4.1996. Siehe auch Die Krise des Bürgermeisters, in: *Süddeutsche Zeitung*, 22.4.1996, in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 1635.

ten – Letzteres insbesondere dann, wenn etwas wirklich oder vermeintlich schiefging. Wie es Klaus von Dohnanyi einmal im Vergleich zu seinen Pendanten in Baden-Württemberg formulierte: »Oberbürgermeister Rommel zum Beispiel muß sich nicht um die Universitäten, um die Polizei, um die Lehrer für die Gymnasien und so weiter in Stuttgart kümmern; mein Kollege Späth wiederum wird nicht schlaflos über Müllabfuhr oder Streusalz.«⁵⁶ Dass er, sein Vorgänger Hans-Ulrich Klose und sein Nachfolger Henning Voscherau bald die Geduld mit komplexen Strukturen und langwierigen Konsensbildungsprozessen verloren, hatte mit ihrer jeweiligen politischen Persönlichkeit zu tun, aber mehr noch war es eine Folge des Hamburger Verlangens nach ambitionierten Führungsfiguren bei gleichzeitiger Veränderungskepsis.

Diese spezifischen lokalen Bedingungen hatten im Wesentlichen schon in den 1950er und 1960er Jahren bestanden, aber nun koexistierten sie mit einer sich rapide differenzierenden gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Landschaft. Modernisierung ließ sich einerseits nur noch schwer verwirklichen und war andererseits selbst zweifelhaft geworden. Ebenso wie die gesamte Bundesrepublik und andere westliche Länder war der Stadtstaat mit der Frage beschäftigt, welche Orientierungen noch Geltung beanspruchen konnten und welche neuen Wege gegebenenfalls beschritten werden sollten. Eine eindeutige Entwicklungsrichtung fehlte – und insofern will es nicht recht überzeugen, wenn Arndt Neumann die Jahrzehnte seit 1970 als »Geschichte der neoliberalen Stadt« erzählt.⁵⁷

Selbst auf die Wirtschaftspolitik passt dieses Etikett allenfalls teilweise. Schließlich bestand eine grundsätzliche Kontinuität im Bemühen um Unternehmensansiedlungen von der Aluminiumindustrie in den 1960er Jahren bis zur Flugzeugindustrie um die Jahrtausend-

56 Dohnanyi, Hamburg. Stadtstaat und Verfassung, S. 83 f.

57 Arndt Neumann, Unternehmen Hamburg. Eine Geschichte der neoliberalen Stadt, Göttingen 2018, bes. Teil III.

58 Buhl, Wie der Nothelfer zum Notfall wurde.



»Blick auf die Stadt from the townhall« im wörtlichen Sinne. Ortwin Runde auf dem Turm des Hamburger Rathauses, auch hier unter Beobachtung der Medien. Quelle. picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld.

wende, während die Hafencity nicht zuletzt deshalb als Geheimprojekt betrieben wurde, um den Pächtern der in Frage stehenden Grundstücke keine Chance auf Spekulationsgewinne zu eröffnen. Für die Hamburger Geschichte insgesamt ist einzuwenden, dass es parallele Tendenzen hin zu einer sozialeren, partizipativeren und ökologischeren Stadt gegeben hat, sowie einen im Rückblick leicht unterschätzten, einerseits bürgerlichen und andererseits gewerkschaftlichen Konservatismus.

All dies mündete in die Erwartung, der jeweilige Bürgermeister solle die Konfliktlinien innerhalb der städtischen Gesellschaft durch seine persönlichen Qualitäten überwinden – zuweilen verbunden mit dem nostalgischen Hinweis, »herausragende Männer« wie Max Brauer oder Herbert Weichmann seien schließlich auch ohne Richtlinienkompetenz ausgekommen.⁵⁸ Ortwin Runde, der 1997 zu seiner eigenen Überraschung die Nachfolge Voscheraus übernahm, war insofern innovativ, als er sich dieser Erwartung verweigerte. Runde machte kein Hehl daraus, dass er die Richtlinienkompetenz nie befürwortet habe und sie daher allenfalls sehr

59 Ortwin Runde: Ich bin doch nicht der Zampano. Bürgermeister zu Gast bei der WELT – ein Gespräch über die Lage der Koalition, seine Rolle als Stadtoberhaupt und den Sparkurs, in: Die Welt, 15.7.1998. Zur Richtlinienkompetenz etwa Oscar Tiefenthal, Leistungen für Bürger werden eingeschränkt. Bürgermeister Ortwin Runde über sein neues Amt und über Auswege aus der Finanzkrise, in: Welt am Sonntag, Nr. 51, 21.12.1997, beide in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 1756.

60 So die Zweite Bürgermeisterin und Wissenschaftssenatorin Krista Sager: Rot-Grün ist in Hamburg über den Berg, in: Die Welt, 28.10.1997, in: StAHH, 135-1 VII, Nr. 1756.

61 Interview am 7.6.2021; Ortwin Runde, in: Jürgen Mirow (Hrsg.), 6 Hamburger Bürgermeister. Ansichten und Erfahrungen, Hamburg 2009, S. 133 – 161.

62 Peter U. Meyer, Zwischenbilanz in Hamburg. Ordentliche Verwaltung, in: Hamburger Abendblatt, 21.9.1999; Susanne von Barga, Politische Ziele statt Visionen, in: Hamburger Abendblatt, 2.4.2000; Peter U. Meyer, Warum Runde nicht eingreift, in: Hamburger Abendblatt, 22.5.2001.

zurückhaltend einsetzen werde. Auf die Frage der Welt, warum er gegen die Linksradi-kalen im Schanzenviertel nicht eingreife, erwiderte er, dass er nicht den »Systemfehler« begehen wolle, sich als »Zampano« in alle möglichen Einzelfragen einzumischen, sondern seine Aufgabe darin sehe, »arbeitsteilige Verwaltung zusammenzuführen«.59 Solche Äußerungen unterlie-fen das Männlichkeitsverständnis, das den Führungs-erwartungen der bürgerlichen Presse zugrunde lag, wozu passte, dass Runde auf eine geschlechterparitätische Zusammensetzung des Senats Wert legte. Mit seinem kooperativen Stil gelang es dem linken Sozialdemokraten, ebenso den rechten Flügel seiner Partei einzubinden wie den wirtschaftsfreundlichen Kurs der Vorgängersenate weiterzuführen. Gleichzeitig arbeitete er weitgehend reibungslos mit den Vertreter*innen der Grün-Alternativen Liste zusammen – welche sich aufgrund ihrer neuen Regierungserfahrung selbst von Erwartungen zu distanzieren begannen, »die unter den heutigen erschwerten Rahmenbedingungen einfach nicht mehr zu erfüllen sind«.60

Noch im Rückblick wird deutlich, dass Ortwin Runde innere Konsensbildungsprozesse und Verhandlungen mit Unternehmen oder anderen Bundesländern Freude bereiteten.61 Seine erfolgreiche Regierungspraxis und bescheidene Amtsauffassung erschwerten es selbst eher konservativen Stimmen eine Zeit lang, ihn anzugreifen. Nach etwa zwei Jahren begann jedoch besonders das *Hamburger Abendblatt* zu monieren, im Senat säßen bloß »bieder-ehrliche Regierungshandwerker«, denen es an der seitens der Bevölkerung erwarteten »emotionalen Qualität« fehle. Die Zeitung vermisste »Visionen« und klagte eine »bürgermeisterliche Grundsatzrede« ein. Als die Straßenkriminalität immer stärker skandalisiert wurde, kam der Vorwurf hinzu, Runde halte sich zaudernd aus dem Thema her-

aus, statt mit »effektivem, sichtbarem Krisenmanagement« die Sicherheitslage zu verbessern.⁶² Solche Kritik zeigt einmal mehr, dass sich dem Ideal visionärer und durchsetzungsstarker persönlicher Führung selbst dann nicht entkommen ließ, wenn man sich zu einem anderen Regierungsstil bekannte und auf signifikante wirtschafts- und sozialpolitische Erfolge verweisen konnte. Dass auch Ortwin Runde an ihm gemessen wurde, trug dazu bei, dass er im September 2001 das Wahlergebnis seines Vorgängers nicht wesentlich verbessern konnte und die Ära sozialdemokratischer Hamburger Bürgermeister zu einem vorläufigen Ende kam.

- Dr. Moritz Föllmer ist Associate Professor of Modern History an der Universität Amsterdam.

EIN ORT »DEUTSCH-JÜDISCHER« GESCHICHTE

Der Hamburger Hafen, 1880–1914

2021 feierte die Bundesrepublik Deutschland ein Jubiläumsjahr, das unter dem Motto »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« die enge Verwobenheit deutscher und jüdischer Geschichte beleuchtete.¹ Friedhöfe, Synagogen, Denk- oder Mahnmäler, d. h. Orte, die in der breiten Öffentlichkeit mit jüdischer Geschichte und Gegenwart in Verbindung gebracht werden, bildeten in vielen Veranstaltungen die Ausgangspunkte, um deutsch-jüdische Geschichte sichtbar zu machen. Auch in Hamburg rückten dank des Jubiläumsjahres »klassische« Orte jüdischen Lebens in den Vordergrund, wie z. B. die Synagoge in der Hohe Weide, in der die Auftaktveranstaltung des Jubiläums in der Hansestadt stattfand.² Dass jüdische Geschichte in Hamburg aber auch an anderen Orten erzählt werden kann, die vornehmlich nicht mit jüdischer Geschichte in Verbindung gebracht werden und einen viel komplexeren Blick auf diese ermöglichen, verdeutlichte die Ausstellung »BallinStadt: Hamburger Hafen deutsch-jüdischer Geschichte«. Denn der Ort, der vermeintlich eine »klassisch-hamburgische« Geschichte erzählt, war auch für tausende Jüdinnen und Juden Europas im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert das Tor zur Neuen Welt und nahm damit »eine besondere Stellung in der deutsch-jüdischen

- 1 <https://2021jid.de/ueber-uns/> [6.1.2021].
- 2 Vgl. auch <https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/15349310/2021-08-23-sk-1700-jahre-juedisches-leben-in-deutschland/> [15.2.2022].
- 3 <https://www.ballinstadt.de/hamburger-hafen-deutsch-juedisches-geschichte-2/1014/> [6.1.2022].
- 4 Christiane Reinecke, Grenzen der Freizügigkeit. Migrationskontrolle in Großbritannien und Deutschland, 1880–1930, München 2010, S. 27–29.
- 5 Vgl. John D. Klier, Russians, Jews, and the Pogroms of 1881–1882, Cambridge 2011.
- 6 Zur Diskussion der »Pogromthese« bzw. der Historiografie der jüdischen Massenauswanderung, siehe Tobias Brinkmann, »Mit Ballin unterwegs«. Jüdische Migranten aus Osteuropa im Transit durch Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: Aschkenas – Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 17 (2007), H. 1, S. 75–96, hier S. 77 f.

Geschichte ein«³ – so der Einführungstext der Ausstellung. Doch dieser Ort ist noch weit mehr, denn er stellte nicht nur einen zentralen Knotenpunkt der jüdisch-europäischen Migrationsbewegungen dar, vielmehr spiegelten sich in ihm auch die individuellen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse wider, die jüdisches Leben in der Stadt bzw. die deutsch-jüdische Geschichte selbst mitbestimmten. Diese Verwobenheit soll im Folgenden aufgezeigt und damit ein Blick auf die Komplexität von Hafen-, Migrations- und Stadtgeschichte geworfen werden.

Der Hafen als internationaler Knotenpunkt: Eine hamburgisch-jüdische Vision

Im 19. Jahrhundert verließen Millionen Europäerinnen und Europäer ihre Heimat und suchten jenseits des Atlantiks – vornehmlich in den USA – eine neue Zukunft. Die Gründe der 50 bis 60 Millionen Auswandernden, die den europäischen Kontinent im 19. und 20. Jahrhundert verließen, waren wirtschaftlicher, sozialer und politischer, aber auch emotionaler und kultureller Natur.⁴ Auch für die 2 bis 2,5 Millionen Jüdinnen und Juden aus Zentral-, Ost- und Südosteuropa, die zwischen 1881 und 1914 emigrierten, bildete die komplexe Lage in Europa den Hintergrund, vor dem individuelle Emigrationsentscheidungen gefällt wurden. John D. Klier sah im Bevölkerungswachstum, in der Perspektivlosigkeit, der staatlichen Diskriminierung, der langjährigen Wehrpflicht, der religiösen Verfolgung und den fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven die Hauptgründe für die jüdische Massenauswanderung.⁵ Er verdeutlichte damit, dass der Antisemitismus oder die Manifestierung antijüdischer Gewalt in Europa, etwa in Form von Pogromen, die Migrationsbewegungen und -mechanismen allein nicht hinreichend erklären.⁶

In einer Phase, in der sich internationale Migrationssysteme und nationalstaatliche Machtansprüche neu etablierten, waren es nicht nur individuelle Entscheidungen, die die Auswanderungsbewegungen bestimmten, sondern auch sich neu etablierende Rahmenbedingungen, die durch staatliche wie privatwirtschaftliche Akteure geschaffen wurden. Die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (kurz HAPAG) unter ihrem Generaldirektor Albert Ballin avancierte zu einem solchen Akteur,

- 7 Eduard Rosenbaum, Albert Ballin. A Note on the Style of his Economic and Political Activities, in: Leo Baeck Institute Yearbook 3 (1958), H. 1, S. 257 – 299, hier S. 257.
- 8 Lamar Cecil, Albert Ballin. Wirtschaft und Politik im deutschen Kaiserreich 1888 – 1918, Hamburg 1969, S. 36 – 40.
- 9 Für Ballins Frühgeschichte und seiner Integration in die Hansestadt siehe Eberhard Straub, Albert Ballin. Der Reeder des Kaisers, Berlin 2011, S. 18 – 30, 131 – 139.
- 10 Für eine genauere Analyse der Konkurrenz zum Bremer NDL, siehe Frank Boeze, Albert Ballin. The Hamburg-Bremen Rivalry and the Dynamics of the Conference System, in: International Journal of Maritime History 3 (1991), H. 1, S. 1 – 32.
- 11 Straub, Albert Ballin, S. 34.
- 12 Jürgen Sielemann, »Haben alle Passagiere auch Geld?«. Aus der Geschichte der Auswanderung in die USA über den Hamburger Hafen 1892 – 1954 (Folge 1), in: Maajan Heft 28 (1993) 3. Quartal, S. 569 – 571, hier S. 569.

der tief in die Migrationssysteme eingriff, diese ausgestaltete und damit den Hamburger Hafen zu einem Knotenpunkt im globalen Waren- und Passagierverkehr machte.

Ballin, der am 15. August 1857 in Hamburg geboren wurde, war geprägt vom »fascinating life at the water's edge« in der geschäftigen Hafenstadt.⁷ 1883 heiratete er Marianne, geb. Rauert (1854 – 1936), nach protestantischem Ritus – ohne dabei seine jüdische Religion aufzugeben – und baute in den folgenden Jahren eine Auswanderungsagentur auf. Drei Jahre später übernahm Ballin auf Empfehlung von Carl Laeisz die Passagierabteilung der HAPAG, trat bereits 1888 dem Vorstand bei und wurde 1899 Generaldirektor der gesamten Reederei.⁸ Dank seines ökonomisch-sozialen Aufstiegs wurde er zu einer bedeutenden Figur, die die Geschichte des Hamburger Hafens und der europäischen Migrationsbewegungen mitbestimmen sollte.⁹ Neben der Verbesserung des Frachtverkehrs und der Entwicklung eines modernen Kreuzfahrtwesens war die europäische Emigration für Ballin zentral, um den Hamburger Hafen – vor allem gegen den Norddeutschen Lloyd (NDL) in Bremen, aber auch gegen internationale Konkurrenz – im globalen Waren- und Passagiermarkt fest zu verankern.¹⁰ Denn die Bindung von Passagieren, zu denen auch die Auswandernden zählten, kam nicht nur dem Passagiergeschäft der HAPAG zugute, sondern beeinflusste auch das Warentransportgeschäft der Reederei und stärkte die internationale Strahlkraft des Hafens. Die Erfolge, die nicht zuletzt auf dieser Positionierung im Passagiermarkt beruhten, spiegelte das 1903 fertig gestellte Hauptgebäude der HAPAG an der Binnenalster wider, das der Architekt Martin Haller entworfen hatte. Damit setzte die HAPAG ein selbstbewusstes architektonisches Zeichen, das ganz im Ballin'schen Sinne wirkte.

»Nichts in der Welt kann stehen bleiben, entweder es wächst oder es zerfällt«¹¹, umriss Ballin seine Firmenpolitik, die auch seine Vision Hamburgs als Knotenpunkt bestimmte und die europäischen Migrationen als Wachstumspotenziale für die HAPAG erkannte und zu nutzen verstand. Dabei wusste Ballin, wie spannungsgeladen das Auswanderungswesen war, da es nicht nur ein lukratives und damit umkämpftes Geschäftsfeld, sondern auch eine Projektionsfläche für stereotypische Vorstellungen und rassistische Vorurteile war.



Hauptportal des Verwaltungsgebäudes der Hamburg-Amerika-Linie am Alsterdamm, Hamburg nach 1903. Quelle: Museum für Kunst und Gewerbe.

Als Jude, der auch in der hamburgischen Gesellschaft um Anerkennung ringen musste, war ihm bewusst, wie sehr Vorstellungen und Vorurteile die Stadtgesellschaft beeinflussten und das Bild von Migrantinnen und Migranten bestimmten, insbesondere im und durch den Hamburger Hafen.

Der Hafen als Ort medizinisch-gesellschaftlicher Debatten: Die »jüdischen Fremden«

Die 1880/81 beginnende jüdische Massenauswanderung aus Zentral-, Ost- und Südosteuropa beeinflusste auch den Hamburger Hafen und führte in der Stadt zu einer soziopolitischen Auseinandersetzung mit der Migrationsthematik. Auswandernde galten dabei nicht nur als wirtschaftlicher Faktor – sie benötigten Pensionen und Kurzzeitunterkünfte, Verpflegungen und sonstige Bedarfe –, sondern wurden auch zu Projektionsflächen für Ressentiments und Ängste. Im Juli 1891 berichtete z. B. die Hamburger Polizeibehörde dem Senat, »... dass es den Anschein gewinnt, als wollte Hamburg zum Ausgangspunkt für sämtliche aus Russland ausgewiesenen respektive auswandernden russischen Juden werden.«¹² Bereits einen Monat später forderte der Hamburger Senatspräsident Carl Petersen

13 Ebd., S. 570.

14 Reinecke, Grenzen der Freizügigkeit, S. 36–38. Vgl. auch Mareike-Christin Bues, Hamburg zwischen Globalisierung und Nation. Welthandel, Freihafen und Migration 1871–1914, München 2018, S. 159–162. Vgl. zur Cholera in Hamburg auch Richard J. Evans, Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910, München 2022.

15 Ferdinand Hueppe/Else Hueppe, Die Cholera-Epidemie in Hamburg 1892. Beobachtungen und Versuche über Ursachen, Bekämpfung und Behandlung der asiatischen Cholera, Berlin 1893, S. 4.

16 A. C. Huber, Erster Bericht an E. H. Senat der freien und Hansastadt Hamburg von der Gesundheits-Commission St. Georg-Nordertheil, Hamburg 1892, S. 18; Hueppe/Hueppe, Die Cholera-Epidemie, S. 8–18, 35.

17 Reinecke, Grenzen der Freizügigkeit, S. 39. Vgl. auch Norman Aselmeyer, Cholera und Tod. Epidemieerfahrungen und Todesanschauungen in autobiografischen Texten von Arbeiterinnen und Arbeitern, in: Archiv für Sozialgeschichte 55 (2015), S. 77–106, hier S. 79.

18 Andere Studien gingen vielmehr von einer Einschleppung der Krankheit über den Seeweg aus. Hueppe/Hueppe, Die Cholera-Epidemie, S. 18.

den Reichskanzler Leo von Caprivi auf, die zunehmende Auswanderung »mittelloser jüdischer Elemente« zu unterbinden, da diese als soziale und gesellschaftliche Störfaktoren in der Stadt angesehen wurden. Darüber hinaus riet der Hamburger Senat am 7.8.1891 dem Reichskanzler, »mittellosen Juden, welche hier keine Aussicht auf Unterstützung durch das jüdische Komitee«¹³ erhalten würden, bereits an den östlichen Grenzen abzuweisen und damit eine Zu- bzw. Transitwanderung dieser Personengruppe zu unterbinden. Während die politischen Entscheidungsträger die Etablierung Hamburgs als Knotenpunkt im internationalen Waren- und Passagiergeschäft begrüßten, standen sie den direkten Folgen einer solchen Politik kritisch gegenüber. In gesellschaftlich-politischen Debatten kam es immer wieder zu einer engen Verknüpfung der Auswandernden mit politisch-sozialen Problemen, wirtschaftlicher Not und Kriminalität sowie der Ausbreitung von Krankheiten, Vorstellungen, die sich auch auf die jüdisch/nichtjüdischen Beziehungen auswirkten.

Insbesondere der Ausbruch der Cholera 1892, dessen Verbreitungswege zeitgenössisch noch umstritten waren, zwang die Stadt und die HAPAG zu reagieren.¹⁴ Denn die Epidemie traf nicht allein den Hafen, sondern auch die HAPAG und ihre Schiffe, wie z. B. die Normannia, die 1892, d. h. drei Tage nach der offiziellen Benachrichtigung des Hamburger Senats über den Choleraausbruch in der Stadt, noch ausgelaufen war und auf See Infektionsfälle melden musste, was zur Isolierung des Schiffes durch die US-amerikanischen Einwanderungsbehörden und zur Sperrung des Seeverkehrs führte.¹⁵ Die massiven Einschränkungen im Waren- und Passagierverkehr veranlassten die Stadt und die Reederei, den Gründen für die Epidemie, die ca. 8600 Tote fordern sollte, nachzugehen.

Während einzelne Kommissionen und Wissenschaftler die Ursachen der Choleraausbreitung in den unhaltbaren sanitären Wohnbedingungen der Stadt oder dem schlechten Zustand der Wasseraufbereitung und -versorgung sahen, nahmen andere speziell den Hafen und dessen Funktion als Migrationsknotenpunkt in den Blick.¹⁶ Dadurch etablierte sich ein Narrativ, das russische bzw. russisch-jüdische Auswandernde als Krankheitsträger und -überträger diffamierte. Selbst Robert Koch, der noch im August 1892 ins von der Cholera betroffene Hamburg gereist war und sich angesichts der sanitären und sozialen Missstände in der Stadt nicht mehr in Europa wähnte, ging in seinem Bericht davon aus, dass russische Auswandernde die Krankheit in den Hamburger Hafen gebracht hätten.¹⁷ Auch aufgrund dieser Annahmen schlossen die preußischen Behörden die Grenzen zum Russischen Zarenreich für prospektive Passagiere des Zwischendecks, d. h. der untersten, zumeist von ärmeren Reisenden genutzten Schiffsklasse, und bestärkten damit nicht nur die Vorurteile gegenüber Emigrantinnen und Emigranten, sondern bekräftigten auch die Annahme, dass diese die Krankheit nach Hamburg eingeschleppt hätten.¹⁸ Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes, die die Behauptungen übernahmen, führten zudem dazu, dass in weiten Kreisen russische und russisch-jüdische Auswandernde zum Synonym für Krankheitsträger wurden und der Ausspruch »Die russischen Juden haben die Cholera gebracht«¹⁹ ein ebenso verfestigtes wie verbreitetes Narrativ auf den Punkt brachte. Die Rolle des Hamburger Hafens rückte dabei nicht nur in lokalen Debatten ins Zentrum des Interesses, sondern spielte auch in nationalen Diskursen eine Rolle und beschäftigte auch den Reichstag. So stellte etwa Dr. Lingens, Reichstagsabgeordneter der Zentrumsparterie, eine Anfrage im Parlament, die die Wirksamkeit der Absonderung jüdischer Auswanderer in den Baracken am Amerika-Kai in Hamburg klären und die Anzahl der Cholerafälle unter den jüdischen Emigrantinnen und Emigranten feststellen sollte.²⁰

Obwohl der Hamburger Physikus Dr. Erman im *Hamburger Correspondent* den angeblichen Beginn der Choleraepidemie in den Baracken am Amerika-Kai bezweifelte, eine solche Veröffentlichung des Gesundheitsamtes als unzulässig zurückwies und hierin durch Dr. Krauß, den provisorischen Medizinalinspektor Hamburgs, bestätigt wurde, behielt das Narrativ der eingeschleppten Krankheit

19 Zeitungsnachrichten und Correspondenzen – Deutschland Berlin, in: Der Israelit, 26.9.1892, S. 1468.

20 Verhandlungen des Reichstages, Bd. 128 (1892/93), Berlin 1893 Reichstagsprotokolle, 49. Sitzung, Dienstag 21.2.1893, S. 1157.

21 Krauß verwies zudem auf die Möglichkeit der Einschleppung der Krankheit durch Schiffe aus Ostasien. Zeitungsnachrichten und Correspondenzen – Deutschland Berlin, in: *Der Israelit*, 26.9.1892, S. 1469. Vgl. auch Birgit Gelberg, *Auswanderung nach Übersee, soziale Probleme der Auswandererbeförderung in Hamburg und Bremen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum 1. Weltkrieg*, Hamburg 1973, S. 23.

22 *Die Woche*, Berlin, in: *Allgemeine Zeitung des Judenthums*, 22.9.1905, S. 447.

23 Caesar Seligmann, *Mein Leben. Erinnerungen eines Grossvaters 1836–1941*, London 1941, S. 79, LBI Archives – LBI Memoir Collection (ME 595).

24 Peter Franz Stubmann, *Mein Feld ist die Welt. Albert Ballin – Sein Leben*, Hamburg 1960 (erweiterte Neuauflage des Buches v. 1926), S. 71.

25 Tobias Brinkmann, »Mit Ballin unterwegs«. Jüdische Migranten aus Osteuropa im Transit durch Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Aschkenas – Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden* 17 (2007), H. 1, S. 75–96, hier S. 89f.

durch Auswandernde – besonders durch russische Juden – seine Schlagkraft.²¹ Noch 1905 konstatierte ein Artikel der *Allgemeine Zeitung des Judenthums*: »Erst wird von russischen Auswanderern gesprochen, [...] und zuletzt sind es bloß noch die russischen Juden, die nicht über die Grenze gelassen werden dürfen, weil man gesehen habe, welches Unheil die Mandelstamm und Silberfarb anzurichten vermögen, und man auch gesehen habe, mit welcher Gleichgültigkeit sie das Leben ihrer Mitbürger auf das Spiel setzen.«²² Knapp zehn Jahre nach dem Ausbruch der Cholera in Hamburg hatte sich damit ein Narrativ etabliert, das antisemitische Zerrbilder wie das Bild des »verschlagenen« und »rücksichtslosen« Juden mit der allgemeinen Angst vor Krankheiten und anderen sozialen Problemen verknüpfte. Im Raum des Hafens war damit eine Grundlage für eine enge Verbindung medizinischer und rassistischer Diskurse gelegt worden, die auch das Bild des »jüdischen Fremden« prägen sollte.

Ballin als Akteur im Migrationsmarkt: Für einen »sicheren« und »sauberen« Hafen

Die Choleraepidemie von 1892 und deren Nachwirkungen forderten vor allem Ballin – als Leiter der Passagierabteilung und Hamburger Jude – heraus. Während einige Jüdinnen und Juden wie andere bürgerliche Familien die Stadt während der Epidemie verlassen hatten, um einer Ansteckung zu entgehen, dokumentierten andere, wie z. B. Caesar Seligmann, dass die abgeschlossene Stadt jeden »Tag und jede Nacht neue Schrecken«²³ bereithalte. Ballin, der ebenfalls die Folgen der Epidemie in der Stadt miterlebte, kritisierte vor allem die Anordnungen des Hamburger Senats, da sie seiner Meinung nach weder die wirt-

schaftlichen Probleme noch die sozialen Spannungen in der Stadt zu lösen vermochten.²⁴ Im Zusammenspiel mit den Vertretern des NDL in Bremen warb Ballin daher für die Beendigung der Grenzschießungen und die Etablierung eines neuen, kontrollierten Auswanderungssystems.²⁵

Der Migrationsforscher Aristide Zolberg hat dieses System, welches auch durch die neuen US-amerikanischen Einwanderungsregelungen (Immigration Act von 1891 und Ausbau von Ellis Island zur Einwanderungsstation) mitbestimmt wurde, als eines der »remote control« aufgefasst. Es beinhaltete eine obligatorische »gesundheitspolitische« Erstkontrolle und Behandlung noch vor dem Beginn der Transmigration durch das Deutsche Kaiserreich.²⁶ Desinfektion avancierte hierbei zum Mittel der Wahl, das auch prophylaktisch angewandt werden sollte, wie es z. B. Dr. Ernst Barth, königlich-preußischer Stabsarzt, in seinen Ausführungen zur Cholera empfohlen hatte. Seiner Meinung nach sollte eine »Cholera Invasion« aus »dem Osten« durch Kontrollen des grenzüberschreitenden Verkehrs – vor allem der Eisenbahnverbindungen – vermieden werden.²⁷ Auch die Medizinalinspektion sowie die Polizeibehörde Hamburgs traten für eine genauere Kontrolle an den Grenzen ein und warben zudem für eine strengere Kontrolle der osteuropäischen Auswandernden.²⁸ Auch vor dem Hintergrund dieser Äußerungen konstatierte Ballin: »Wir haben infolgedessen die Pläne für die Errichtung einer größeren Anlage zur Unterbringung von Auswanderern anfertigen lassen [...]«. ²⁹ Diese ersten Ideen für die sogenannten Auswandererhallen in Hamburg standen in enger Verbindung mit dem Aufbau von Kontrollstationen an den östlichen Grenzen des Deutschen Kaiserreichs (u. a. in Bajohren, Eydtkuhnen, Tilsit, Ins-terburg, Prostken, Illowo, Otlotschin oder Ostrowo),

26 Siehe zum Konzept »remote control« Aristide R. Zolberg, *A Nation by Design. Immigration Policy in the Fashioning of America*, Cambridge/MA 2006, S. 110–113. Für die Vorgeschichte der gesetzlichen Regelungen der Auswanderungsorganisation siehe Ursula Wöst, *Über Hamburg in die Welt. Zur Bedeutung der Auswanderung über den Hamburger Hafen zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Hamburg* (2008), S. 10–25, hier S. 12–15.

27 Ernst Barth, *Die Cholera mit Berücksichtigung der speziellen Pathologie und Therapie nebst einem Anhang enthaltend die auf die Cholera bezügliche Gesetzgebung und sanitätpolizeilichen Vorschriften für Ärzte und Beamte*, Breslau 1893, S. 145–164.

28 Richard Julius Petri, *Der Cholera-kurs im kaiserlichen Gesundheits-amte. Vorträge und bakteriologisches Praktikum*, Berlin 1893, S. 195–197; Jürgen Sielemann, »Haben alle Passagiere auch Geld?«. Aus der Geschichte der Auswanderung in die USA über den Hamburger Hafen 1892–1954 (Folge 2), in: *Maajan Heft 29* (1993) 4. Quartal, S. 594–598, hier S. 594 f.

29 Schreiben Ballins vom 25.7.1893 an den Senat, zitiert in: Styliani Tsaniou, *Die Ballin-Stadt auf der Veddel. Ein sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Beitrag zur Erforschung der Entstehung und Funktion der Auswandererhallen*, Hamburg 2007, S. 32.

30 Für Auswandernde aus Österreich-Ungarn, Rumänien und anderen Ländern bestanden in Myslowitz und Ratibor sowie ferner in Leipzig und Bingerbrück Registrierbüros.

31 Vgl. dazu Johannes Gerhardt, Albert Ballin, Hamburg 2010, S. 50 – 59.

32 Bernhard Nocht, Die gesundheitspolizeiliche Überwachung des Schiffsverkehrs im Hamburger Hafen, in: Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte (Hrsg.), Hamburg in naturwissenschaftlicher und medizinischer Beziehung, den Teilnehmern der 73. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte als Festgabe gewidmet, Hamburg 1901, S. 463 – 468.

33 Bernhard Nocht, Das Auswandererobdach und die gesundheitspolizeiliche Überwachung der Auswanderer in Hamburg, in: Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte (Hrsg.), Hamburg in naturwissenschaftlicher und medizinischer Beziehung, den Teilnehmern der 73. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte als Festgabe gewidmet, Hamburg 1901, S. 469 – 473, hier S. 469.



Auswandererhallen, Aufnahmegebäude mit ankommenden Auswanderern, Hamburg 1909. Quelle: Staatsarchiv Hamburg. Foto: Heinrich Hamann.

in denen die Emigrantinnen und Emigranten aus dem Russischen Zarenreich nach einer ersten Untersuchung, die zumeist auch eine Bindung an eine der beiden norddeutschen Reedereien, d. h. die HAPAG oder den NDL, nach sich zog, separiert und von dort mit Sonderzügen oder Sonderwaggons weiterbefördert werden sollten.³⁰ In Ruhleben, einer zweiten, zentralen Kontrollstation nahe Berlin-Spandau, sollten die Emigrantinnen und Emigranten einer zusätzlichen medizinischen Untersuchung unterzogen, das Gepäck und die Kleidung desinfiziert und der Weitertransport in die jeweiligen Auswanderungshäfen organisiert werden. Nach der Ankunft im Hamburger Hafen wiederum sollten sie abschließend ärztlich untersucht und bis zur eigentlichen Emigration in separaten Unterkünften, d. h. in den ab 1901 bestehenden und 1905/1907 ausgebauten Auswandererhallen der HAPAG auf der Veddel und damit jenseits der Innenstadt Hamburgs, untergebracht werden.³¹ Ballin als wichtiger Akteur im Hamburger Hafen, der die negative Wahrnehmung

und Verunglimpfung von Emigrantinnen und Emigranten, insbesondere von russisch-jüdischen Auswandernden, im Kontext der Choleraepidemie noch kritisiert hatte, beteiligte sich damit maßgeblich an der Errichtung eines Migrationssystems, das einzelne stereotypische Vorannahmen und Vorurteile institutionalisierte.

Bereits im Frühjahr 1893 hatte die Stadt Hamburg einen Hafendarzt berufen, um den Gesundheitszustand des Personals an Bord von einlaufenden Schiffen zu überprüfen und die Gesundheitspflege und Krankenfürsorge im Hafen zu stärken.³² Das Einschleppen von Pest, Cholera, »gelbem Fieber« und anderen Krankheiten von See her sollte damit verhindert werden. Das HAPAG'sche System bildete hierzu gleichsam das Pendant, um den Hamburger Hafen auch von der Landseite her zu schützen. Gleichwohl unterschied sich die gesundheitspolizeiliche Kontrolle der Auswandernden aus dem »Osten«, die die HAPAG unter Ballin vorschlug, von den Verfahren für die ankommenden Seemänner und Schiffsarbeiter im Hafen, da immer wieder Vorurteile in den Beurteilungen mitschwangen. Bernhard Nocht, Arzt, Tropenmediziner und Hygieniker, der 1893 zum Hafendarzt in Hamburg berufen wurde, stellte z. B. in seinen Ausführungen zu den Auswandererhallen auf der Veddel fest, dass insbesondere die Auswandernden aus Osteuropa »meist den untersten Volksschichten« entstammen und zu »fremden Nationalitäten« gehören würden sowie als »außerordentlich schmutzige« Reisende »erfahrungsmässig nicht selten Träger von Ansteckungsstoffen« seien.³³ Auch deshalb ließ die HAPAG, die die Auswandererhallen unter staatlicher Aufsicht führte, diese in eine »unreine« und »reine« Seite unterteilen. Die ankommenden Emigrantinnen und Emigranten mussten – anders als die Seemänner auf den Schiffen – je nach Geschlecht getrennt sogenannte Brausebäder nutzen, in denen die individuelle Hygiene durchgeführt werden sollte. Kleider und Gepäck wurden in einer eigenen Anstalt mit »strömende[m] Dampf« in spezifischen Apparaten erneut desinfiziert. Alle russischen Auswandernden



Albert Ballin. Quelle: Hapag-Lloyd AG, Hamburg.



Auswandererhallen auf der Veddel – Blick auf die Pavillonstruktur, Hamburg 1909. Quelle: Museum für Kunst und Gewerbe.

mit Tickets für das Zwischendeck wurden während des Badeprozesses einer weiteren ärztlichen Untersuchung unterzogen, die den Zugang zur »reinen Seite« der Auswandererhallen regelte.³⁴ Zudem sollten die Abwässer der Auswandererhallen in einer eigenen Anlage »desinfiziert« werden, um mögliche Krankheitsgefahren durch das Einleiten der Abwässer der Auswandererhallen in die Hamburger Gewässer abzuwehren. Gerade das Säuberungs-, Zugangs- und Isoliersystem lobte Nocht neben der Pavillonstruktur der Anlage, den Speisehallen (u. a. den koscheren Speisesaal unter der Aufsicht des Hamburger Oberrabbinats) und den zwei Kirchen sowie dem jüdischen Betsaal, da diese Gelegenheiten in ihrer Gesamtheit für ihn die Modernität des HAPAG'schen Systems versinnbildlichten.³⁵

Noch 1903 betonte auch Ballin in seinen Ausführungen zur Auswanderung russischer Jüdinnen und Juden aus dem Zarenreich, dass seinem Verständnis nach die »Isolierung der Auswanderer«, die »besonderen Baracken der Desinfektion«, die Behandlung des

34 Nocht, Die gesundheitspolizeiliche Überwachung, S. 470–472.

35 Vgl. auch Bues, Hamburg zwischen Globalisierung und Nation, S. 167–172.

36 Generaldirektor Ballin über die jüdische Auswanderung aus Rußland, in: Israelitisches Familienblatt, 23.4.1903, S. 2.

37 Vgl. auch Brinkmann, »Mit Ballin unterwegs«, S. 89–91.

38 Auswanderer und deutsche Schiffsahrts-Gesellschaften, in: Israelitisches Familienblatt, 13.10.1904, S. 2.

39 Ebd.

40 Ebd.

41 Wichtig für Auswanderer, in: Israelitisches Familienblatt, 30.3.1905, S. 3.

Hab und Guts mit einer »Hitze von 200 Gr. [Grad]« und die »dreifache ärztliche Untersuchung«, die »die Auswanderer völlig gesund auf den Dampfer bringen, ohne dort von der Gefahr einer epidemischen Krankheit bedroht zu sein«³⁶, die wichtigsten Eckpfeiler einer modernen Emigrationsabwicklung im Hamburger Hafen seien. Damit warb Ballin für ein »sicheres« Auswanderungssystem und einen »sauberen« Hafen, verfolgte aber mit diesen Ausführungen nicht nur die Interessen der Auswandernden, sondern versuchte auch die zunehmende Kritik an der HAPAG zu entkräften.

Jüdisch / nichtjüdische Debatten über Auswandererschutz und Ausbeutung

Wie sehr das System Ballins auch zur wirtschaftlichen Bindung und Ausbeutung führte, da es faktisch ein Monopol der HAPAG und des NDL herstellte und die Emigrantinnen und Emigranten einer rigorosen Überwachung unterwarf, spiegeln zahlreiche Zeitungsartikel der Zeit wider.³⁷ Ein Bericht des *Israelitischen Familienblattes* kritisierte z. B. offen, dass sich die Behandlung der russischen Auswandernden, diese »dem russischen Barbarismus entfliehenden Unglücklichen«, bei denen es sich vornehmlich um »bedrückte östliche Glaubensbrüder«³⁸ handele, nach den wirtschaftlichen Interessen der beiden deutschen Reedereien richte. Die deutsch-jüdische Zeitung betrachtete insbesondere die staatliche Sorge um Fragen der Hygiene als vorgeschoben, da »die Lösung einer Schiffskarte von der Hamburg-Amerika Linie oder vom Bremer Lloyd« nicht das Ergebnis haben könnte, »dem deutschen Reiche hygienisch oder in anderer Beziehung einen Schutz zu gewähren, der sonst sich nicht erreichen ließe«.³⁹ Darüber hinaus hielt es die Zeitung für hochgradig unzulässig, private Geschäfts- und Staatsinteressen so zu verknüpfen, »daß dem Gerechtigkeitsgefühl und der Humanität Hohn gesprochen wird«,⁴⁰ und setzte vor allem darauf, das Thema in der Stadtgesellschaft bekannt zu machen.

Andere Zeitungsartikel kritisierten die Kosten der hygienischen Maßnahmen, die mit zwei bzw. vier Mark von jedem Emigrierenden oder von Hilfsorganisationen getragen werden mussten, und verwiesen auf die physischen und psychologischen Belastungen, die die von der HAPAG organisierten Registrier- und Selektionsprozesse in den Kontrollstationen auslösten.⁴¹

- 42 Monica Rüthers, Zwischen Bedrohung und Hoffnung. Migration in die Neue Welt. Der Bericht von Mary Antin, in: Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte, 27.06.2017. <https://dx.doi.org/10.23691/jgo:article-53.de.v1> [19.1.2022].
- 43 Mary Antin, Vom Ghetto ins Land der Verheißung (autorisierte Übersetzung v. M. und U. Steindorff), Stuttgart 1913, S. 198.
- 44 Rüthers, Zwischen Bedrohung und Hoffnung.
- 45 Arthur Ruppin, Auf dem Wege nach Amerika, in: Die Welt, 16.2.1906, S. 8–10, hier S. 8.
- 46 Ebd., S. 9.
- 47 Vgl. dazu Barbara Lüthi, Germs of Anarchy, Crime, Disease, and Degeneracy. Jewish Migration to the United States and the Medicalization of European Borders around 1900, in: Tobias Brinkmann (Hrsg.), Point of Passage. Jewish Transmigrants from Eastern Europe in Scandinavia, Germany, and Britain 1880–1914, New York/Oxford 2013, S. 27–44.
- 48 Correspondenzen und Nachrichten: Deutsches Reich, in: Der Israelit, 29.9.1909, S. 7.
- 49 Michael Just, Ost- und südosteuropäische Amerikaauswanderung 1881–1914, Stuttgart 1988, S. 80.
- 50 Lösegelder für Ballin!, in: Vorwärts – Berliner Volksblatt Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2.9.1904, S. 1.

Diese Wirkung der Maßnahmen aus der Perspektive Betroffener schilderte z. B. Mary Antin in ihren Aufzeichnungen. 1894 war sie mit ihrer Mutter und ihren Geschwistern aus Polotzk aufgebrochen, um in die USA auszuwandern. Ihre Erlebnisse in den Kontrollstationen Eydtkuhnen, Ruhleben und Hamburg verdeutlichen die Gefühle der menschlichen »Vermassung«, des Ausgeliefert-Seins, der Desorientierung und der Hilflosigkeit.⁴² In ihren Briefen, die sie 1899 in englischer Sprache publizierte und auch für ihre 1912 erschienene Autobiografie »Promised Land« benutzte, beschrieb sie die »strengen Gesichter«, das »Berliner Bad, oder richtiger gesagt: Gefängnis« wie auch das »Geschrei und Gebrüll« der Aufseher. »Ach, man wollte uns also doch nicht umbringen! Man bereitete uns nur auf die Weiterfahrt vor, indem man uns von allen erdenklichen Krankheitskeimen reinigte«⁴³, beschrieb Antin sarkastisch ihre Erlebnisse in Ruhleben. Sie schilderte damit eine Realität, die durch eine Verknüpfung von Migration und Medizin mit geformt wurde und Praktiken, Normen und sprachliche Figuren hervorbrachte – so Monica Rüthers –, die auch langfristig wirkten.⁴⁴

Auf einer eigens für die US-amerikanischen Behörden durchgeführten Reise durch Osteuropa dokumentierte auch der New Yorker Arzt Dr. Maurice Fishberg, wie umfangreich die »Säuberung« in den Stationen war.⁴⁵ Fishberg stellte fest: »[S]ie sind tatsächlich Gefangene in den Händen der Dampfschiffsgesellschaften (nicht anders wie zur Verladung bestimmte Ware.«⁴⁶ Seiner Einschätzung nach wollten die Reedereien wie auch die Agenten vor Ort vornehmlich ihren Gewinn optimieren und verkaufen, z. T. auch unter Zwang, Schiffskarten in die USA. Zudem verstand er die im Namen der beiden deutschen Reedereien errichteten Kontrollstationen nicht als medizinische Behandlungsposten, sondern allein als Orte der »Aus-

sortierung« der »Erwünschten« und »Unerwünschten«, da eine medizinische Heilung in den Stationen nicht vorgesehen war.⁴⁷ Auch nach Veränderungen der gesetzlichen Vorgaben 1908/09 blieb dieser Eindruck bestehen, denn die Zeitung *Der Israelit* kritisierte noch 1909 die Kontrollstationen und deren Verwalter. Mit deutlichen Worten ermahnte die Zeitung die Stationen, nicht zu vergessen, dass sie es mit Passagieren und nicht mit »Arrestanten« zu tun hätten.⁴⁸

1904 beanstandete auch der Kongress der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) die Praxis an den östlichen Grenzstationen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hugo Haase bezeichnete die Kontrollstationen in der Reichstagsdebatte vom 17. März 1905 als »Menschenfalle«.⁴⁹ Der *Vorwärts* als das Zentralorgan der SPD griff Ballin direkt an und unterstellte ihm wie auch seinen »Ballinhäschern«, die Notlage »armseliger Flüchtlinge« auszunutzen und sie ihrer letzten Ersparnisse zu berauben.⁵⁰ Darüber hinaus hielt die Zeitung den »nichtsnutzigen Sanitätsschwindel«⁵¹ für verlogen und bezweifelte dessen generellen Nutzen. Ein mehrteiliger Bericht im *Vorwärts* von Julius Kaliski, der sich als russischer Emigrant tarnte und unter dem Titel »Mit Ballin unterwegs – Erfahrungen eines russischen Auswanderers« Einblicke in das HAPAG'sche System eröffnete, kritisierte ebenfalls die hamburgische Reederei und Ballin.⁵² Auch Kaliski hinterfragte die Hygienemaßnahmen, die nicht für alle Auswandernden galten und damit in seinen Augen keinen Schutz gegen eine vermeintliche Seuchengefahr bieten konnten. Außerdem griff er die Kooperation der hamburgischen Reederei mit den zaristischen Behörden an, wie z. B. bei den Repatriierungen oder bei der Übergabe vermeintlicher Deserteure, und hielt den Einklang der auf Russland bezogenen »Dienstbarkeit mit den Dividendeninteressen Ballins« für hoch problematisch.⁵³ Mit deutlichen Worten griff er darüber hinaus das monopolartige System der »Ballin-Gesellschaft« an, durch das sich Menschen vor die Wahl »Ballin oder Sibirien« gestellt sähen.⁵⁴ Dabei betonte die Kritik des *Vorwärts-*

51 Ebd.

52 Mit Ballin unterwegs. Erfahrungen eines russischen Auswanderers, in: *Vorwärts – Berliner Volksblatt Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 20.12.1904, S. 2 f., hier S. 2.

53 Mit Ballin unterwegs. Erfahrungen eines russischen Auswanderers III, in: *Vorwärts – Berliner Volksblatt Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 22.12.1904, S. 2 f. Gleichlautende Artikel hatte es schon im *Vorwärts* am 2.8.1904 und am 28.8.1904 gegeben.

54 Mit Ballin unterwegs IV, in: *Vorwärts – Berliner Volksblatt Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 25.12.1904, S. 2 f; Mit Ballin unterwegs V, in: *Vorwärts – Berliner Volksblatt Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 4.1.1905, S. 5 f.; Mit Ballin unterwegs VI, in: *Vorwärts – Berliner Volksblatt Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 10.1.1905, S. 5 f.

- 55 Zweimal legte die Arbeiterschaft der HAPAG die Arbeit nieder, um bessere Bedingungen zu erstreiten, 1896/97 und noch einmal zehn Jahre später. Cecil, Albert Ballin, S. 46 – 48.
- 56 Für den Kontext der Debatte, siehe Tobias Brinkmann, Why Paul Nathan Attacked Albert Ballin. The Transatlantic Mass Migration and the Privatization of Prussia's Eastern Border Inspection, 1886 – 1914, in: *Central European History* 43 (2010), S. 47–83. Zur Idee der europäischen Kooperation siehe Hilfsverein der Deutschen Juden, in: *Israelitisches Familienblatt*, 22.2.1906, S. 2 f.
- 57 Auswanderer-Beschwerden, in: *Israelitisches Familienblatt*, 10.9.1903, S. 5.
- 58 Generaldirektor Ballin über die jüdische Auswanderung aus Rußland, in: *Israelitisches Familienblatt*, 23.4.1903, S. 2.
- 59 Ebd.
- 60 Schreiben der HAPAG »An unsere Herren Agenten!«, Hamburg, 13.9.1905, o. O., abgedruckt in: Arie Goral-Sternheim, Ostjuden auf Wanderschaft. Transit Hamburg 1885 – 1933 – Auswanderer-Internierungslager Veddel – Hafen Hamburg, Hamburg [1989], S. 15.

Redakteurs Kaliski weniger Ballins Judentum, sondern vielmehr seine Stellung in der hamburgischen Wirtschaftselite, und kritisierte die »Ausbeutung der Schwachen«, was in der Tradition einer kritischen Haltung gegenüber der HAPAG vonseiten der Arbeiterschaft und ihrer politischen Vertreter stand.⁵⁵

Ähnliche Kritik trugen aber auch James Simon, Vorsitzender des Hilfsvereins der deutschen Juden (kurz Hilfsverein, gegr. 1901), und Paul Nathan, ebenfalls Vorstandsmitglied dieser Organisation, vor. Aufgrund neuerlicher Pogrome, wie z. B. 1903 in Kishinew oder 1905/06 in anderen Orten des Russischen Zarenreiches, war es zu weiteren jüdischen Emigrationsbewegungen gekommen, die der Hilfsverein im Zusammenspiel mit transnational arbeitenden Organisationen und lokalen Hilfsvereinen zu bewältigen versuchte. 1904 wählte Nathan nach einer Informationsreise an die östliche Reichsgrenze den Weg über die Öffentlichkeit, um die hamburgische Reederei und Ballin als Generaldirektor direkt anzugreifen und Missstände im Auswanderungssystem wie auch im Hamburger Hafen anzuprangern, was zu einigen Verbesserungen führte.⁵⁶

Die HAPAG reagierte mit Gendarstellungen, die den Schutz der Auswandernden vor »pekuniärer Schädigung und gewissenloser Ausbeutung« betonten und die Notwendigkeit einer Kontrolle und »Reinigung« der vermeintlich »sittlich [...]« und »körperlich unlauteren Elemente« verteidigte, wie es der Verwalter der Kontrollstation Illowo H. Schirmmacher und der dortige Stationsarzt Dr. Kaußmann zusammenfassten.⁵⁷ Auch Ballin selbst nahm in einem Interview den Verwalter der Kontrollstation Eydtkuhnen, Herrn Bovin, in Schutz und hielt weder ausbeuterische Praktiken in den Stationen für möglich noch unmoralische Handlungen, »am wenigstens gegen Frauen«.⁵⁸ Mit energischen Worten verwahrte er sich gegen Vorwürfe der



Veddel, Auswandererhallen, Abfertigungsraum, Hamburg 1909. Quelle: Staatsarchiv Hamburg – Foto: Heinrich Hamann.

»Rücksichtslosigkeit« und versuchte die schwierigen Bedingungen der jüdischen Auswanderung aus dem Russischen Zarenreich und die Unzufriedenheit der Emigrantinnen und Emigranten anderweitig zu erklären. Für Ballin waren die Furcht vor einer Ausbeutung durch unlautere Agenten an den östlichen Grenzstationen, falsche Vorstellungen von der überseeischen Reise, übertriebene Hoffnungen auf einen beruflichen Aufstieg jenseits des Atlantiks sowie Ängste vor einem Neuanfang in einem anderen Land und Kulturkreis die maßgeblichen Gründe für die Sensibilität, Skepsis und Feindseligkeit der Emigrantinnen und Emigranten.⁵⁹ Ein Schreiben der HAPAG »An unsere Herren Agenten!« betonte daher auch die Besonderheit des Engagements der Reederei und die Rolle der HAPAG-Auswandererhallen, die als »das größte und komfortabelste Auswanderungsunterkunftsinstitut der Welt«⁶⁰ beschrieben wurden.

Das Netzwerk der hamburgischen Schiffflinie, das von den Grenzkontrollstationen über die Auswandererhallen in Hamburg bis zur Immigrationsstation auf Ellis Island in den USA reichte, war in Ballins Augen das perfekte Instrument für die Abwicklung einer »sauberen« und »sicheren« Auswanderung aus Europa sowie ein Garant für die Sicherheit Hamburgs und seines Hafens.

Zwiespältige Blicke auf die jüdischen Migrationsbewegungen im Hamburger Hafen

Neben den wirtschaftlichen Interessen der HAPAG, die das Ballin'sche System bestimmt hatten, beeinflussten auch die Politik des Hamburger Senats und die gesellschaftlichen Diskurse zur europäischen Transmigration die Rahmenbedingungen der Auswanderung. Der vermeintlich notwendige »Schutz der Hamburger Stadtbevölkerung« – auch im Nachklang der Choleraepidemie von 1892 – stand dabei immer wieder im Zentrum der Debatten und wurde von verschiedenen Akteuren unterschiedlich ausgedeutet.⁶¹ Einzelne Hamburger Behörden nahmen auswandernde Jüdinnen und Juden ins Visier, da sie die Emigrierenden nicht nur als potentielle »Krankheitsüberträger«, sondern auch als »politisch-revolutionäre« oder als »fremde Elemente« ansahen. Der Polizei-Inspektor Kiliszewski berichtete mehrfach von »revolutionären Umtrieben«, handgreiflichen Auseinandersetzungen oder »tätlichen Angriffen«, die oft osteuropäischen Jüdinnen und Juden angelastet wurden. Ein Bericht der Polizeibehörde Hamburgs an Senator Dr. Stammann griff das Thema der »Naturalisationen von Ausländern« in der Stadt auf, die zwar faktisch nur in geringem Umfang vorkamen, aber von den Stadtbehörden als mögliches Problem angesehen wurden. Mit deutlichen Worten lehnte der Polizeidirektor eine Einbürgerung »österreichisch-galizischer und russisch-polnischer Juden« ab, da diese das »inländische Proletariat« sowie die »Zahl der sozialdemokratischen Reichstags- und Bürgerschaftswähler« vergrößern würden. Darüber hinaus spiegelte der Bericht auch eine deutlich ablehnende Haltung der städtischen Sicherheitsbehörden gegenüber Jüdinnen und Juden wider, von denen es hieß, dass sie »auf einer niedrigeren Bildungsstufe stehen,

61 Vgl. auch Gelberg, Auswanderung nach Übersee, S. 23.

62 Abschrift des Berichts des Polizeidirektors an den Senator Dr. Stammann, J.Nr. 22047/04.L.2, Hamburg, 19.1.1905, S. 1 – 5, hier S. 2, 4, abgedruckt in: Goral-Sternheim, Ostjuden auf Wanderschaft, S. 33, 35.

63 So konstatierend Felix Pinkus, Ballinismus, in: Israelitisches Familienblatt, 15.3.1906, S. 1 – 2.

64 Paul Laskar, Über Aus- und Rückwanderung – Vortrag gehalten am 17. September 1902 in der Henry-Jones-Loge in Hamburg, Hamburg 1902, o. O. [S. 19].

andere sittliche Anschauungen haben und daher unserem Volke innerlich fremd bleiben«. ⁶²

Vor dem Hintergrund steigender Auswanderungszahlen aus Zentral-, Ost- und Südosteuropa traten antisemitische Verunglimpfungen aber nicht nur in internen politischen Diskussionen auf, sondern bestimmten auch gesellschaftliche Debatten in der Stadt, die die jüdischen Migrantinnen und Migranten, aber auch Ballin selbst zum Ziel hatten. Der wirtschaftliche Erfolg der HAPAG wie auch die Nähe Ballins zum deutschen Kaiser Wilhelm II., wie etwa während der jährlichen Kieler Woche oder auch bei gesellschaftlich-maritimen Anlässen in Hamburg zu beobachten, befeuerten weitere antisemitische Vorstellungsmuster. So wurde in der Presse unter dem Begriff des »Ballinismus« der Geschäftsstil des HAPAG-Generaldirektors als »eigenwillig [...]« und teils »unlauter« diffamiert und einige Artikel wähten gar eine »ausbeuterische Judenregierung« in der Entstehung. ⁶³

Diese Entwicklungen alarmierten Ballin, aber auch die jüdische Gemeinde Hamburgs, da sie antisemitische Strömungen stärkten und eine gesellschaftliche Partizipation und rechtliche Emanzipation der Jüdinnen und Juden in der Stadt erneut in Frage stellten. Führende Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinde gründeten daher lokale wie nationale »Abwehrvereine« und Hilfsorganisationen. Neben dem Israelitischen Unterstützungsverein für Obdachlose (gegründet von Daniel Wormser 1884) oder dem Hilfsverein der deutschen Juden – Hamburger Abteilung (1901) unter Paul Simon Laskar arbeiteten auch die B'nei-B'rith-Logen, der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens oder das Hilfs-Comité für die russischen Juden (gegründet von Hermann Gumpertz und Gustav Gabriel Cohen) für einen besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und einen Abbau antisemitischer Vorurteile. Dabei warben die jüdischen Vertreterinnen und Vertreter für ein unvoreingenommenes und von Sympathie getragenes Begegnen nicht allein in der nichtjüdischen Stadtgesellschaft, sondern auch in der hamburgisch-jüdischen Gemeinde selbst. Laskar stellte z. B. in seinem Vortrag 1902 für die Henry-Jones-Loge »Über Aus- und Rückwanderung« klar: »Mögen meine Ausführungen dazu beigetragen haben, ihre Sympathien für die armen Verfolgten erweckt und Ihr Vorurtheil gegen dieselben beseitigt zu haben.« ⁶⁴ Er verwies damit darauf, dass nicht nur die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft den Transmigrantinnen und Transmigranten aufgrund ihres Jüdisch-Seins ambivalent bis

ablehnend gegenüberstand, sondern auch das Verhältnis der hamburgischen Jüdinnen und Juden zu ihren »Glaubensgenossen« vielschichtig bis angespannt war. Denn die jüdische Gemeinschaft leistete auf der einen Seite eine umfangreiche Hilfs- und Unterstützungsarbeit für die osteuropäisch-jüdischen Emigrierenden und setzte sich für deren Rechte ein, blieb aber auf der anderen auch einem gewissen Fremdheitsgefühl anhängig. 1902 führte z.B. Polizei-Inspektor Kili-szewski eine Delegation der Henry-Jones-Loge unter Vorsitz von Laskar »nebst ihren Damen« durch die Auswandererhallen, um die »moderne« Anlage und die gute Zusammenarbeit der Hamburger Polizei mit der HAPAG und den jüdischen Hilfsvereinen, hier dem Israelitischen Unterstützungsverein für Obdachlose, sowie die reibungslose Emigrationsorganisation zu präsentieren.⁶⁵ Mit einer Mischung aus Faszination an ihren »Glaubensbrüdern«, dem Willen zur Hilfe für Benachteiligte, aber auch mit einem bürgerlichen Dünkel gegenüber Emigrantinnen und Emigranten wie auch »Ostjuden« folgte die Delegation seinen Ausführungen und genoss danach »Wein und Konfekt«.

Ballin, der sich ebenfalls in dem Dilemma wiederfand, setzte daher auf die Professionalisierung des Auswanderungswesens und eine Neuinszenierung des Hamburger Hafens, die weniger die Ängste vor epidemischen Krankheiten und potentiellen soziopolitischen Gefahren thematisierte, sondern vielmehr auf einer national gefärbten maritimen Begeisterung aufbaute. 1908 veranlasste er daher den Bau von drei modernen Dampfschiffen, die nicht nur eine »sichere« und »saubere« Massenauswanderung bedienen, sondern auch dem Zeitgeist der »deutschen, maritimen Weltgeltung« Rechnung tragen sollten. Denn auch für ihn war die See der »Paradeplatz der Nationen«, der »Tummelplatz der Kraft und des Unternehmungs-

65 Hamburg: Besichtigung der Auswandererhallen, in: Israelitisches Familienblatt 20.2.1902, S. 5.

66 Straub, Albert Ballin, S. 74.

geistes für alle Völker der Erde« und die »Wiege der Freiheit«. ⁶⁶ Die drei HAPAG-Neubauten »Imperator« (damals das größte Schiff der Welt, Stapellauf am 13. Mai 1912), »Vaterland« (3. April 1913) und »Bismarck« (20. Juni 1914) zeugten von hanseatischer Arbeitskraft und technischem Fortschritt, aber unübersehbar auch von Patriotismus und deutschem Weltmachtanspruch.

Darüber hinaus sollten sie die Kritik am HAPAG'schen Emigrationssystem entkräften und die wirtschaftspolitische Stellung der Hamburger Reederei und des Hafens schützen. Die Stapelläufe entwickelten sich daher zu Festlichkeiten, die die Bedeutung der HAPAG und den Status Hamburgs als sicheren und sauberen wie auch modernen deutschen Hafen feiern sollten. Der »Imperator« und die »Vaterland« – die »Bismarck« wurde nicht mehr fertiggestellt – wiesen Neuerungen für alle Klassen auf. Der »Imperator«, der Plätze für die Erste (592), Zweite (972) und Dritte Klasse (942) sowie das Zwischendeck (1772) anbot, spiegelte damit auch den Anspruch der HAPAG wider, weiterhin die europäische Massenauswanderung zu organisieren und zu kontrollieren; ein Anspruch, der erst durch den Ersten Weltkrieg sein Ende fand.



Der »Imperator« im Bau, Hamburg 20.5.1912.

Quelle: Museum für Kunst und Gewerbe.

Resümee

Der Hamburger Hafen eröffnet vielfältige Blicke auf die Verwobenheit deutsch-jüdischer Geschichte. An diesem Ort trafen nicht nur unternehmerische Interessen auf einen politischen Willen, die Gesellschaft zu gestalten und zu definieren, sondern hier traten auch jüdische wie nichtjüdische Personen, Gruppen und Verbände als Akteure im urbanen Raum hervor. In der Person von Albert Ballin und in der HAPAG'schen Migrationspolitik,

MARCEL BOIS

■ »DAS KÜSSEN AUF WENIGER
ERKÄLTUNGSGEFÄHRDETE
ZEITEN VERSCHIEBEN«

- 1 Ich danke Christoph Strupp herzlich für seine wertvollen inhaltlichen Anmerkungen zu diesem Beitrag und Milan Mentz für die Unterstützung bei der Recherche.
- 2 In die Berge, in: Der Spiegel, Nr. 1/2, 4.1.1970, S. 86.
- 3 Wilfried Witte, »Wodka und Himbeertee«. Die Grippepandemie 1968–1970. Strategien der Krisenbewältigung im getrennten Deutschland, in: Deutsche Medizinische Wochenschrift 136 (2011), S. 2664–2668.
- 4 Yothin Jinjarak / Ilan Noy / Quy Ta, Pandemics and Economic Growth. Evidence from the 1968 H3N2 Influenza, in: CESifo Working Paper No. 8672, November 2020, <https://ssrn.com/abstract=3727747> [1.11.2021].
- 5 David Rengeling, Vom geduldrigen Ausharren zur allumfassenden Prävention. Grippe-Pandemien im Spiegel von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, Baden-Baden 2017, S. 74.
- 6 Wilfried Witte, Epidemien und Pandemien, in: Walter Haas (Hrsg.): Influenza. Prävention, Diagnostik, Therapie und öffentliche Gesundheit, München 2009, S. 1–21, hier S. 15.
- 7 R. Wohrlab / W. Höpken / H. Willers, Die A2-Grippe HONGKONG Weihnachten 1969 in Niedersachsen, in: Gesundheitswesen und Desinfektion 62 (1970), Nr. 1, S. 1–3, hier S. 2; Hans Thiele, Epidemiologische Untersuchungen zur Schutzimpfung gegen Influenza, Diss., Philipps-Universität Marburg 1971, S. 16. Siehe auch Rengeling, Ausharren, S. 199 u. 201.

aber auch in der großen Zahl jüdischer Transmigrantinnen und Transmigranten spiegeln sich zudem die lokalen, nationalen und transnationalen Dimensionen einer deutsch-jüdischen Hafengeschichte wider, die den Hamburger Hafen weit mehr als nur zu einem Knotenpunkt im globalen Wirtschaftsnetzwerk machen. An diesem Ort wurden medizinische und gesellschaftliche Debatten zusammengeführt, die auch den »jüdischen Fremden« neu bestimmten, hier wurden Fragen nach Schutz und Ausbeutung von Auswandernden gestellt, die auf gesellschaftlichen Vorstellungen beruhten, diese aber ihrerseits auch formten, und jüdische wie nichtjüdische Hilfsmaßnahmen initiiert, die weit über die Stadtgrenze hinauswirkten.

Anhand des Hamburger Hafens wird damit die Vielschichtigkeit der verwobenen deutsch-jüdischen Geschichte sichtbar – ganz im Sinne des Jubiläumsjahres 2021. Der Hamburger Hafen ist damit ein Ort, in dem sich nicht nur die städtische Repräsentation und internationale Wirtschaftsvernetzung, sondern auch die jüdisch/nichtjüdischen Beziehungen, die wechselseitigen Wahrnehmungen und verschiedenen Spielarten jüdischen Selbstverständnisses ablesen lassen. Im Nachklang des Jubiläums- und Pandemiejahres 2021 kann damit dieser besondere hamburgische Ort »Hafen« dazu beitragen, die Verwobenheit der Geschichte zu verstehen und auch jenseits der Kategorien »deutsch« und »jüdisch« zu denken.

- Dr. Björn Siegel ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die Geschichte der deutschen Juden und hat im Sommersemester 2022 die Kurt-David-Brühl-Gastprofessur am Centrum für Jüdische Studien der Karl-Franzens-Universität Graz inne.

»DAS KÜSSEN AUF WENIGER ERKÄLTUNGSGEFÄHRDETE ZEITEN VERSCHIEBEN«¹

Krisenhandeln der Hamburger Gesundheitsbehörde während der
Hongkong-Grippe (1968–1970)

Für den bayerischen SPD-Vorsitzenden Volkmar Gabert war die Sache klar. »Ein guter Sozi ist gegen Viren aus dem Fernen Osten gefeit«, erklärte er gegenüber dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*. Gleichwohl ging Gabert auf Nummer Sicher und fuhr für einige Zeit in die Berge, »wo mich kein Mensch anstecken konnte«. ² Ob er auch in der Folgezeit gesund blieb, ist nicht überliefert. Doch zeigt diese Anekdote aus dem Winter 1969/70, dass nicht erst in der 2020 begonnenen Coronapandemie manch ein Politiker oder eine Politikerin die Gefahr eines Virus öffentlich leugnete. Schon während der letzten globalen Krankheitswelle vor mehr als fünf Jahrzehnten ließ sich dieses Verhalten beobachten. Damals grassierte das Influenzavirus A/H3N2. Es war Mitte des Jahres 1968 erstmals in Hongkong nachgewiesen worden und breitete sich von dort in den kommenden zwei Jahren rund um den Erdball aus.

Nach groben Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) war die Hongkong-Grippe weltweit für ein bis vier Millionen Todesfälle verantwortlich. ³ Auch wirtschaftlich machte sie sich in vielen Staaten bemerkbar, etwa durch einen Rückgang in Produktion, Konsum und Investitionen. ⁴ In Europa traf die Influenza vor allem Frankreich, wo 36 000 Menschen starben, und Großbritannien, das etwa 30 000 Tote zu beklagen hatte. ⁵ Belastbare Angaben für die beiden deutschen Staaten liegen kaum vor. Doch die Tatsache, dass allein in Niedersachsen 7600 Menschen an der Hongkong-Grippe gestorben sein sollen, lässt die Dimension erahnen. ⁶ Für die gesamte Bundesrepublik wiesen zeitgenössische Expertinnen und Experten auf eine Übersterblichkeit von 40 000 bis 50 000 hin. ⁷

■ »DAS KÜSSEN AUF WENIGER
ERKÄLTUNGSGEFÄHRDETE
ZEITEN VERSCHIEBEN«

- 8 In die Berge, in: Der Spiegel, Nr. 1/2, 4.1.1970, S. 86; Rund um die Uhr, in: Der Spiegel, Nr. 5, 25.1.1970, S. 85 f.; Kultusminister verlängern Weihnachtsferien wegen Grippe, in: Die Welt, 7.1.1970.
- 9 Stefan Müller, Die Spanische Grippe. Wahrnehmung und Deutung einer Jahrhundertpandemie im Spiegel der sozialdemokratischen Presse, Bonn 2020, S. 11. Für die heutige mediale Berichterstattung siehe u. a.: Die »vergessene Pandemie«: »Hongkong-Grippe« tötete Hunderttausende, in: ntv, 5.5.2020, <https://www.n-tv.de/panorama/Hongkong-Grippe-toetete-Hunderttausende-article21760324.html> [12.10.2021]; Matthias Iken, Als die Hongkong-Grippe in Hamburg wütete, in: Hamburger Abendblatt (HA), 27.4.2020; Kaltes Land, in: Der Spiegel, Nr. 17, 18.4.2020, S. 102 f.
- 10 »Jede Pandemie geht irgendwann zu Ende«. Interview mit Medizinhistoriker Wilfried Witte, in: Wirtschaftswoche online, 30.9.2021 (Erstveröffentlichung: April 2021), <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/hongkong-grippe-die-vergessene-pandemie-jede-pandemie-geht-irgendwann-zu-ende/27097334.html> [12.10.2021].
- 11 Malte Thießen, Auf Abstand. Eine Gesellschaftsgeschichte der Coronapandemie, Frankfurt a. M./New York 2021, S. 46 – 54, Zitate S. 50 u. 53.

Die hohen Todeszahlen resultierten vor allem aus einer zweiten Krankheitswelle zum Jahresübergang 1969/70, die nahezu ganz Europa erfasste. Sie fiel so stark aus, dass in etlichen Regionen Gesundheitsversorgung und öffentliche Infrastruktur zusammenzuberechnen drohten: Betriebe fuhren die Produktion herunter und einige Bundesländer verlängerten die Weihnachtsferien. In Berlin wurden Grippetote wegen Überlastung der Krematorien zwischenzeitig in Gewächshäusern aufgebahrt, während in Augsburg Müllarbeiter Gräber ausheben mussten. Andernorts wurde die Bundeswehr eingesetzt, um vereiste Straßen zu streuen oder die Post zu sortierten.⁸

Nach Auftreten des neuartigen Coronavirus erinnerte die Presse im Frühjahr 2020 verschiedentlich an die Hongkong-Grippe und wies auf Gemeinsamkeiten der beiden Pandemien hin: Auch damals hatte das Virus seinen Ursprung in Asien, schleppten es Skiurlauberinnen und -urlauber aus Österreich nach Deutschland ein und gerieten Kliniken an ihre Belastungsgrenzen. Trotzdem hat die Influenzawelle der Jahre 1968 bis 1970 im kollektiven Gedächtnis nur wenige Spuren hinterlassen. Auch die Geschichtswissenschaft hat sich kaum mit ihr beschäftigt. Laut dem Historiker Stefan Müller zählt sie zu den am »wenigsten erforschten Pandemien des 20. Jahrhunderts«.⁹

Dies liegt sicherlich auch daran, dass der Grippe schon zeitgenössisch geringere Aufmerksamkeit zuteilwurde als der Coronapandemie. »Einen Christian Drosten der 68er hat es damals nicht gegeben«, brachte der Medizinhistoriker Wilfried Witte die Unterschiede der öffentlichen Aushandlungsprozesse auf den Punkt.¹⁰ Andere Themen wie die Protestbewegungen oder der Vietnamkrieg seien in den Medien präsenter gewesen. Das »gewaltige Aufmerksamkeitsgefälle« zwischen den beiden Pandemien führt der Historiker

Malte Thießen auch darauf zurück, dass Krankheit und Tod damals stärker zum Alltag gehört hätten als heute. Die Grippe als bekannte Größe habe weniger Schrecken verbreitet und auch der Umgang mit Risikogruppen sei ein ganz anderer gewesen als heute. So gab »das erhöhte Sterberisiko von Alten und Vorerkrankten während der Hongkong-Grippe [...] kaum Anlass zur Beunruhigung, im Gegenteil.«¹¹

Für die geringe öffentliche Wahrnehmung spielte auch das Agieren der Behörden eine Rolle, die das Virus unterschätzten und weitgehend ignorierten. Der Sozialwissenschaftler David Rengeling weist in diesem Zusammenhang auf einen Dissens zwischen Verwaltung und Wissenschaft über die Frage hin, anhand welcher Kriterien eine pandemische Lage nachgewiesen werden könne. Epidemiologinnen und Epidemiologen plädierten ebenso wie Ärztinnen und Ärzte dafür, die Übersterblichkeit in die Betrachtung einzubeziehen, doch das Bundesgesundheitsamt beharrte darauf, ausschließlich laborbestätigte Nachweise des Virus als Beleg für die Erkrankung zu werten. Auf diese Art konnten nur 200 Todesfälle explizit auf die Hongkong-Grippe zurückgeführt werden. Aus Sicht der Behörden lag also keine Pandemie vor, was zur Folge hatte, dass sie keine Impfempfehlung aussprechen und nicht für eventuell auftretende Impfschäden aufkommen mussten.¹² »Abwarten, Ausharren, Aussitzen – das blieb die Devise vieler Medizinalbehörden und Gesundheitsministerien im Angesicht der letzten großen Pandemie des 20. Jahrhunderts«, schreibt auch Thießen.¹³

Diese Einschätzungen basieren größtenteils auf Untersuchungen zum Agieren der Bundesbehörden. Doch gerade vor dem Hintergrund, dass sich diese zurückhaltend verhielten, stellt sich die Frage: Wie ging man in den Ländern und den Kommunen mit der pandemischen Lage um? Diese Frage ist auch deshalb relevant, weil sich bereits in den 1920er Jahren eine »eigene Kultur des städtischen Gesundheitswesens« herausgebildet hatte.¹⁴ Zugleich war das erst 1961 gegründete Bundesgesundheitsministerium im ersten Jahrzehnt seines Bestehens schwach aufgestellt und erschien vielen »wie eine Behörde auf Abruf«.¹⁵

12 Rengeling, Ausharren, S. 193 – 220.

13 Thießen, Abstand, S. 47.

14 Wolfgang Woelk / Jörg Vögele, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Geschichte der Gesundheitspolitik in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis in die Frühgeschichte der »doppelten Staatsgründung«, Berlin 2002, S. 11–48, hier S. 23.

15 Franziska Kuschel, Gesundheit als umstrittene Bundesaufgabe. Politische Gestaltungsansätze des Bundesministeriums für Gesundheitswesen in den 1960er Jahren, in: Thomas Großbölting / Klaus Große Kracht (Hrsg.), Verwaltungslogik und kommunikative Praxis. Wirtschaft, Religion und Gesundheit als Gegenstand von Bürokratie in Deutschland 1930–1960, Stuttgart 2022, S. 307–335, hier S. 332.

MARCEL BOIS

■ »DAS KÜSSEN AUF WENIGER
ERKÄLTUNGSGEFÄHRDETE
ZEITEN VERSCHIEBEN«

16 Eckbert Zylmann, 20 Jahre
Hamburger Gesundheitswesen –
Rückschau und Ausblick, in:
Hamburger Ärzteblatt, April 1970,
S. 139–145, hier S. 140.

17 Rengeling, Ausharren, S. 73;
Tom Quinn, Flu. A Social History
of Influenza, London u. a. 2008,
S. 168.

18 Vor neuer Grippewelle? In: HA,
2.9.1968.

19 Siehe exemplarisch den zeitgenös-
sischen Bericht des Bayerischen
Rundfunks, BR24Zeitreise: Die
Mao-Grippe, 18. Juli 2020, [https://
www.br.de/mediathek/video/
br24zeitreise-die-mao-grippe-
av:5f12f48ed387c0001b5ecbc8](https://www.br.de/mediathek/video/br24zeitreise-die-mao-grippe-av:5f12f48ed387c0001b5ecbc8)
[1.11.2021].

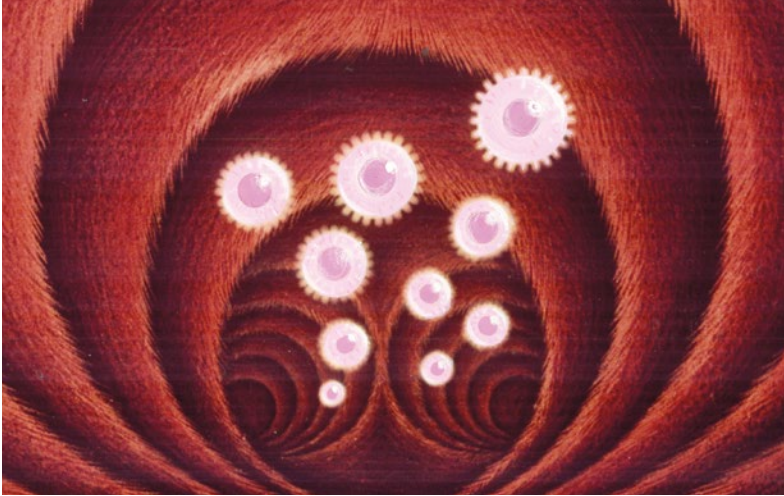
20 Müller, Spanische Grippe, S. 10.

21 Witte, Wodka, S. 2664. Zu
den Schätzzahlen siehe Witte,
Epidemien, S. 6.

Inwiefern gab es also lokale Spezifika im Umgang mit der Hongkong-Grippe? Das soll im Folgenden am Beispiel der Hansestadt Hamburg untersucht werden. Die Elbmetropole verfügte damals über »die stärkste Gesundheitsverwaltung Europas«, wie der Präsident der 13 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählenden Behörde 1970 betonte. Eine Besonderheit dieser Verwaltung war, dass sie – angesiedelt in einem Stadtstaat – Aufgaben und Befugnisse wahrnahm, »die sich in anderen Bundesländern auf Landesregierung, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden verteilen«. ¹⁶ Entsprechend kann dieser Beitrag sowohl die kommunale als auch die Länderebene in den Blick nehmen. Drei Fragen sollen dabei im Vordergrund stehen: Wie gestaltete sich die Grippe-Surveillance, also die Überwachung der Krankheit? Auf welche Art kommunizierten die Behörden gegenüber der Bevölkerung? Und wie machten sie von der Möglichkeit Gebrauch, die Menschen der Stadt durch Impfungen zu schützen? In allen drei Punkten soll auch auf die Zusammenarbeit von Bund und Land geblickt werden.

Influenza als »klassische Seuche« des 20. Jahrhunderts

Erstmalig hörte man in Europa im Juli 1968 von der Hongkong-Grippe. Die britische Zeitung *The Times* berichtete von einem Ausbruch akuter Atemwegserkrankungen in Südostchina. Genauere Informationen waren aus der autoritär geführten Volksrepublik jedoch nicht zu erlangen. Erst als die Influenza auf die britische Kronkolonie Hongkong übergriff und binnen weniger Wochen mehr als 500 000 Menschen erkrankten, konnte das neue Virus zweifelsfrei nachgewiesen werden. ¹⁷ Im September berichtete dann auch



*Unterwegs in die Atemwege: animierte Influenzaviren im Film »Grippe muß nicht sein«.
Quelle: Bodo Menck/Staatsarchiv Hamburg.*

das *Hamburger Abendblatt* von der Gefahr einer sich global ausbreitenden Krankheit.¹⁸ Schnell sprang der Boulevard auf und gab ihr – angelehnt an Herkunft und politischen Zeitgeist – den Namen »Mao-Grippe«.¹⁹

Es handelte sich keineswegs um das erste gefährliche Grippevirus, das sich über Ländergrenzen hinweg verbreitete. Nachdem im 19. Jahrhundert Pocken, Pest und Cholera zahlreiche Menschenleben gefordert hatten, wurde die Influenza »die klassische Seuche im Europa des 20. Jahrhunderts«.²⁰ Dreimal trat sie bis 1970 in pandemischer Weise auf. Der bekannteste und zweifellos tödlichste Ausbruch ereignete sich in den Jahren 1918 bis 1920: Am Ende des Ersten Weltkriegs starben an der Spanische Grippe (A/H1N1) nach konservativen Schätzungen zwischen 27 und 50 Millionen Menschen, weshalb sie als »Prototyp der desaströsen Pandemie« bezeichnet wird.²¹ 1957/58 wütete die Asiatische Grippe (A/H2N2), deren Verlauf als zweitschwerste Influenzaausbreitung des 20. Jahrhunderts gilt – allerdings mit einer deutlich geringeren Mortalität: Genau wie bei der Hongkong-Grippe, der dritten Pandemie, lag die Zahl der Opfer weltweit im niedrigen einstelligen Millionenbereich.

Die hohen Todeszahlen der Spanische Grippe lagen darin begründet, dass sich die Krankheit vielerorts fast ungehindert verbreiten konnte.

MARCEL BOIS

■ »DAS KÜSSEN AUF WENIGER ERKÄLTUNGSGEFÄHRDETE ZEITEN VERSCHIEBEN«

- 22 Rengeling, Ausharren, S. 56. Zu Hamburg siehe Sebastian Merkel, »Hier in H. hat sie große Lücken gerissen.« Die »Spanische Grippe« in Hamburg 1918/19, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 107 (2021), S. 61–84.
- 23 Rengeling, Ausharren, S. 63–69; Witte, Epidemien, S. 18; Kevin Hall, Viren im Blick. Überwachung und Sichtbarkeit der Influenza in Deutschland, Frankfurt a. M./New York 2021, S. 15. Zur Entstehungsgeschichte der WHO siehe Thomas Zimmer, Welt ohne Krankheit. Geschichte der internationalen Gesundheitspolitik 1940–1970, Göttingen 2017, S. 56–127.
- 24 Siehe den Briefwechsel zwischen Brigadier W. Strelley Martin und dem Direktor des Tropeninstituts, Ernst Georg Nauck, 11. u. 16.12.1950, Staatsarchiv Hamburg (StAHH), 352-6, 1011, Bd. 1.
- 25 Erhebungsbogen zur Grippediagnostik, 16.7.1970, StAHH, 352-6, 4666. Siehe auch die Übersicht über die Gliederung des Instituts in: Ralph Bojar / Jochen Bockemühl, 100 Jahre Hygienisches Institut der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1992, S. 31.
- 26 Oberverwaltungsdirektor Krische: Teilung des Dezernats 3 der Gesundheitsbehörde in die Dezernats 3 und 4, 11.1.1967, StAHH, 352-6, 3663, Bd. 11.
- 27 Dr. Middelhaue an Bundesgesundheitsamt Berlin (BGA), 28.5.1969, StAHH, 352-6, 3663, Bd. 11.

Im Deutschen Reich beispielsweise verhängten die Behörden kriegsbedingt kaum Maßnahmen zur Eindämmung. Lediglich auf kommunaler Ebene gab es vereinzelt Schul-, Fabrik- und Theaterschließungen.²² Erschwert wurde die Bekämpfung der Grippe dadurch, dass die Wissenschaft den Erreger noch gar nicht kannte. Erst in den 1930er Jahren entdeckten britische und US-amerikanische Mikrobiologen und Mediziner, dass Influenza nicht durch Bakterien, sondern durch Viren übertragen wird. In den USA wurden daraufhin in den frühen 1940er Jahren erste Impfstoffe entwickelt. Jedoch zeigte sich recht bald die Mutationsfähigkeit der Viren, die zur Folge haben konnte, dass ein Vakzin wirkungslos wurde. Dies ließ die Erkenntnis reifen, dass die Grippe einer permanenten Überwachung bedurfte. Deshalb gründete die selbst erst in der Entstehung begriffene Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Jahr 1947 ein in London ansässiges Weltinfluenzazentrum und installierte ein internationales Surveillance-System. Im Jahr 1970 existierten 85 Grippezentren in 55 Ländern, die die Ausbreitung des Virus beobachteten.²³

Surveillance bei Aufkommen der Hongkong-Grippe

Auch in der Bundesrepublik wurden um 1950 vier Influenzazentren eingerichtet: in West-Berlin, Frankfurt am Main, Marburg und Hamburg. In der Hansestadt befand sich die entsprechende Einrichtung im Institut für Tropenmedizin. Sie war für die Diagnostik, die Aufbewahrung von Influenzastämmen und deren Identifizierung in Epidemiezeiten zuständig.²⁴ Zusätzlich wurde seit 1966/67 die regionale Grippediagnostik für Hamburg und Umgebung in der virologischen

Abteilung der Medizinaluntersuchungsanstalt des Hygienischen Instituts durchgeführt.²⁵ Von Behördenseite war für die Seuchenbekämpfung – und damit auch für die Influenza-Surveillance – das Dezernat 4 der Gesundheitsbehörde verantwortlich.²⁶ Geleitet wurde diese Abteilung zunächst vom Medizinaldirektor Ulrich A. Salchow, im Jahr 1969 löste ihn Hans-Günther Middelhaue ab.²⁷

Im September 1968 erhielt Salchow erstmalig Post aus Bonn, die neue Influenzavariante betreffend. Kurz nachdem die ersten Presseberichte veröffentlicht worden waren, informierte das Bundesgesundheitsministerium über die Hongkong-Grippe. Offenbar nahm man dort die Entwicklung zunächst sehr ernst. Untersuchungen aus Großbritannien ließen befürchten, »daß beim Auftreten des Hongkongstammes in Europa die bisherige Gripeschutzimpfung nur einen geringen Effekt haben wird«. Die Pharmaunternehmen Asta-Werke und Behring-Werke seien informiert und würden nun prüfen, ob der bisherige Impfstoff angepasst werden müsse.²⁸

Einen Monat später bestätigte das in Berlin ansässige Bundesgesundheitsamt, dass das neue Virus in einigen Regionen Asiens und auch in Großbritannien Krankheitsfälle hervorgerufen habe. In der Bundesrepublik seien bislang keine Fälle bekannt und die Prognose sei unklar: »Die Voraussage eines Seuchenzuges von Südostasien nach Europa beruht auf Vermutungen.« Gleichwohl erfordere die Situation eine »laufende intensive Beobachtung«. Hierzu fragte das Amt bei den Landesbehörden die Kontaktdaten von Krankenkassen und Personalstellen großer Betriebe ab. Mit deren Unterstützung sollte die Zahl der Beschäftigten erfasst werden, die aus Krankheitsgründen der Arbeit fernblieben. Außerdem plante das Bundesgesundheitsamt, ab Mitte November einen Grippeinformationsdienst einzurichten und damit ein Instrument der vergangenen Jahre wiederzubeleben. Hierfür sollten die Länder wöchentlich Daten zur epidemiologischen Situation und zu ergriffenen Maßnahmen durchgeben.²⁹

Die Hamburger Gesundheitsbehörde kam diesen Bitten rasch nach. Salchow teilte die Namen und Adressen von Einrichtungen mit, die bereit waren, die gewünschten Informationen zur Verfügung zu stel-

28 Bundesgesundheitsministerium (BMG) an die obersten Landesgesundheitsbehörden, 25.9.1968, StAHH, 352-6, 4664. Siehe auch die Korrespondenz zwischen BMG und Pharmafirmen vom September 1968, Bundesarchiv (BArch) Koblenz, B 189/14122, Bl. 356 – 369.

29 BGA an die obersten Gesundheitsbehörden der Länder, 28.10.1968, StAHH, 352-6, 4664 u. BArch Koblenz, B 189/14122, Bl. 370 – 372.

- 30 Dr. Salchow an BGA, 11.11. u. 6.12.1968, StAHH, 352-6, 4664.
- 31 Dr. Salchow an die Bezirksämter, 7.11.1968, StAHH, 352-6, 4664.
- 32 Siehe die Schreiben von Dr. Salchow an das BGA, StAHH, 352-6, 4664 u. 4665.
- 33 GA Altona, 11.4.1969, StAHH 352-6, 4665.
- 34 Rengeling, Ausharren, S. 212.
- 35 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz). Vom 18. Juli 1961, Textausgabe mit Stichwortverzeichnis, Siegburg 1961, S. 8 (§3, Abs. 4).
- 36 Dr. Salchow an BGA, 31.1.1969, StAHH, 352-6, 4665.
- 37 Grippe-Meldungen, [Februar 1969], StAHH 352-6, 4665.
- 38 BMG an die obersten Landesgesundheitsbehörden, 11.11.1968, StAHH, 352-6, 4664.
- 39 Tabelle »Sterbefälle an ausgewählten meldepflichtigen Krankheiten nach der Todesursachenstatistik«, in: Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.), Gesundheitsbericht, Bonn 1971, S. 42.

len.³⁰ Zudem schrieb er alle sieben Bezirksämter an und bat darum, jeweils donnerstags die aktuellen Entwicklungen bezüglich der Grippe telefonisch mitzuteilen.³¹ Auf dieser Grundlage erstattete er in der Regel freitags per Fernschreiben Bericht nach Berlin.³² Doch wie valide waren diese Informationen? Ein Blick in die Akten zeigt, dass die Rückmeldungen von sehr unterschiedlicher Qualität und Quantität waren. Der Obermedizinalrat des Gesundheitsamts Wandsbek lieferte beispielsweise Woche um Woche detaillierte Berichte, übermittelte die Zahl von Infizierten und benannte einzelne Schulklassen, die wegen der Häufung von Erkältungskrankheiten zu Hause blieben. Seine Angaben basierten auf der Abfrage bei Großbetrieben, niedergelassenen Ärzten, dem Versorgungsheim Farmesen, der ärztlichen Abteilung der Jugendbehörde, dem Bezirksamt und dem schulärztlichen Dienst. Ganz anders verhielt es sich mit den Bezirken Bergedorf, Eimsbüttel, Harburg, Mitte und Nord. Von hier kamen nur unregelmäßige und oftmals sehr knapp gehaltene Berichte. Noch schlechter war der Rücklauf aus Altona. Nahezu ein halbes Jahr lang hieß es lediglich: »Fehl-anzeige« – bis zum 11. April 1969, der letzten Abfrage vor dem Sommer. Nun lieferte das Gesundheitsamt des westlichen Bezirks fast einen ganzen Satz: »Fieberhafte Infekte allgemein rückläufig.«³³

Die sehr unterschiedlichen Rückmeldungen aus Wandsbek und Altona werfen ein Schlaglicht darauf, wie stark Behördenhandeln vom Engagement einzelner Beamtinnen und Beamter abhängen kann – und wie ihm durch die Widerständigkeit von Teilen des Apparats Grenzen gesetzt werden können. Zugleich verweisen sie auf eine methodische Schwierigkeit der historischen Behördenforschung: Über die Frage, wer in Altona die Auskunft über den Stand der Grippe verweigerte und aus welchen Motiven, schweigen sich die

Quellen aus. Das ist kein Einzelfall. Selbst wenn umfangreiche Archivbestände vorliegen, ist es oftmals kaum möglich, aus den Akten tieferegehende Informationen über Personen zu erlangen, die unterhalb der Leitungsebene agierten.

Nicht zuletzt belegen die Befunde eine grundsätzliche Problematik im zeitgenössischen Surveillance-System, auf die schon Rengeling hingewiesen hat: Der Föderalismus erschwerte die Erfassung von Infektionszahlen.³⁴ Denn das Bundesgesundheitsamt war auf Beobachtungen und zuverlässige Rückmeldungen der Länder angewiesen. Influenza war laut Bundesseuchengesetz keine meldepflichtige Krankheit, lediglich Todesfälle mussten den Behörden mitgeteilt werden.³⁵ Dementsprechend war für einen Überblick über die Infektionszahlen ein aktives Vorgehen der kommunalen Gesundheitsämter notwendig. Es ist durchaus denkbar, dass es sich in anderen Bundesländern ähnlich wie in Hamburg verhielt, wo lediglich einer von sieben Bezirken eine vorbildliche Grippe-Überwachung leistete. Insofern muss die Frage gestellt werden, wie realistisch die Einschätzungen waren, die die zentralen Behörden in Bonn und Berlin von der Lage hatten.

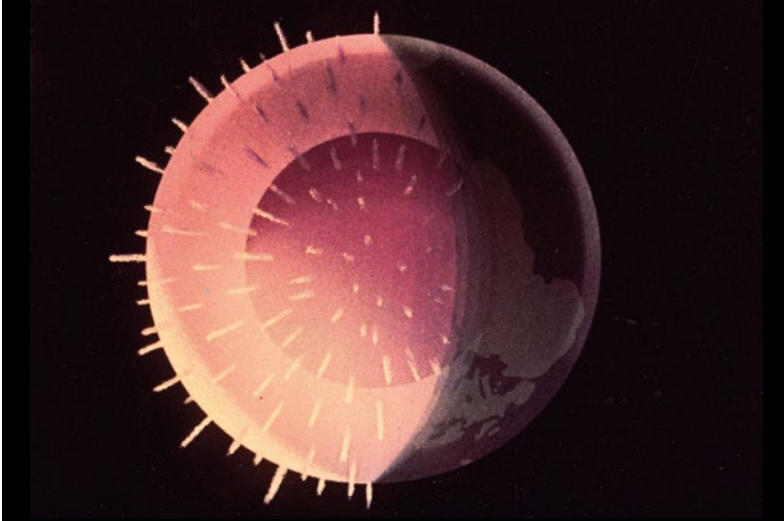
Schenkt man den Meldungen Glauben, dann blieb das Hamburger Infektionsgeschehen in der Grippesaison 1968/69 weitgehend unauffällig. Zwar erkrankten im Januar 1969 knapp 40 Prozent der Soldaten eines Bataillons der Bismarck-Kaserne in Wentorf bei Hamburg an Influenza, aber es blieb unklar, ob es sich um die Hongkong-Variante handelte.³⁶ Erst im Folge Monat konnte A/H3N2 bei einem Patienten aus der Hansestadt eindeutig nachgewiesen werden.³⁷ Insgesamt zeigte man sich in der Gesundheitsbehörde aber ebenso wenig beunruhigt wie im Bundesgesundheitsamt. Aus Behördensicht schien sich zu bewahrheiten, was das Bundesgesundheitsministerium bereits im November 1968 vermutet hatte: Die Einschätzungen der Weltgesundheitsorganisation bezüglich der Gefährlichkeit der neuen Influenzavariante würden für Deutschland »nicht in vollem Umfange« zutreffen. Eine »Dramatisierung der epidemiologischen Situation« sei »durch nichts gerechtfertigt«. In der deutschen Bevölkerung habe sich »durch die A2-Streifälle der letzten Jahre sowie die Gripeschutzimpfungen ein gewisser Kollektivschutz entwickelt, der ohne Zweifel auch einen Schutz gegen die Hongkong-Variante darstellen wird«. ³⁸ Dass sich im ersten Pandemiejahr die bundesweite Zahl der Influenzatoten gegenüber den Vorjahren verdreifacht hatte, ignorierte man geflissentlich.³⁹

- 40 BGA, Rundfarnschreiben Nr. 516, 9.12.1969, StAHH, 352-6, 4665. Text im Original in Kleinschreibung.
- 41 Dr. Middelhaue an die Bezirksamter, 10.12.1969; Sofort die Gesundheitsämter befragen, [Dezember 1969]; Dr. Middelhaue, Betr. Grippe-situation, 15.12.1969, StAHH 352-6, 4665.
- 42 Letzte Meldung des Gesundheitsamtes Wandsbek, 15.12.1969, StAHH 352-6, 4665.
- 43 Ärztlicher Bericht über die Grippeerkrankungen im Senator-Neumann-Heim, 29.12.1969, StAHH 352-6, 4666.
- 44 Gesundheitsamt Bergedorf, 30.12.1969, StAHH 352-6, 4665.
- 45 Vermerk, betr. Grippe-situation, 5.1.1970; AOK, Mitglieder mit Anspruch auf sofortige Barleistung, 6.1.1970, StAHH 352-6, 4666.
- 46 Ärztlicher Notdienst in Hamburg verstärkt, in: HA, 27. / 28.12.1969.
- 47 Max Conradt, Ganz Hamburg wie eine Klink, in: HA, 29.12.1969.

Die Winterwelle 1969/70

Entsprechend unbesorgt gingen die Behörden im Herbst in die nächste Grippesaison. Das Bundesgesundheitsamt startete den wöchentlichen Influenza-Informationsdienst sogar erst am 9. Dezember 1969 – und damit einen Monat später als im Vorjahr. Im ersten Newsletter wies es darauf hin, dass seit dem Wiederauftreten der Grippe Mitte Oktober weltweit ausschließlich die Hongkong-Variante nachgewiesen worden sei. Auch falle auf, dass nun vor allem Regionen betroffen seien, die die Influenzawelle im Winter 1968/69 kaum oder gar nicht erfasst habe, wie Thailand, Neuguinea, Nordspanien und Südfrankreich. Über mögliche Schlussfolgerungen für die Bundesrepublik schwieg sich der Bericht allerdings aus. Vielmehr hieß es, dass »die unauffaellige Situation keinen Anlass zur Besorgnis« liefere.⁴⁰

Am nächsten Tag bat Hans-Günther Middelhaue, der mittlerweile die Leitung des Dezernats 4 der Gesundheitsbehörde übernommen hatte, die Bezirke darum, ihn wieder regelmäßig über Influenzafälle zu informieren. Ersten Berichten zufolge – auch Altona meldete sich nun zurück – ließ sich keine auffällige Erhöhung feststellen. Die AOK meldete ebenfalls einen »normalen« Krankenstand.⁴¹ Einzig aus Wandsbek kamen beunruhigende Nachrichten. Im Senator-Neumann-Heim, einer Einrichtung für Menschen mit Körperbehinderung, war seit einer Woche ein »explosionsartiges Auftreten von grippeartigen Erkrankungen« zu beobachten. Etwa 40 Bewohnerinnen und Bewohner seien betroffen, eine 46-jährige Frau war bereits verstorben, eine weitere Person liege im Sterben. Alles in allem schein sich »eine Verschärfung der Situation abzuzeichnen«.⁴² Tatsächlich verschied bald darauf auch die zweite Frau, gerade einmal 40 Jahre alt.



*Ein Virus geht um die Welt: Standfoto aus dem Film »Grippe muß nicht sein«.
Quelle: Bodo Menck/Staatsarchiv Hamburg.*

In beiden Fällen vergingen nur wenige Tage zwischen Krankheitsausbruch und Tod. Innerhalb einer Woche infizierten sich 54 der 151 Heimbewohnerinnen und -bewohner.⁴³

Bald stiegen auch die Infektionszahlen in der restlichen Stadt massiv an. Am 30. Dezember 1969 meldeten zwei Firmen aus Bergedorf jeweils einen Krankenstand von knapp 25 Prozent.⁴⁴ Eine Woche später waren 15 Prozent der Belegschaft der Deutschen Werft erkrankt. Auch die AOK beobachtete eine steigende Tendenz bei den Krankmeldungen.⁴⁵ Die Kassenärztliche Vereinigung stellte »überrascht und erschrocken« fest, dass »noch soviel [sic!] Ärzte mit Grippe im Bett gelegen haben wie augenblicklich«.⁴⁶ Nach Weihnachten gingen 10 000 Anrufe bei der Zentrale des Ärztlichen Notdienstes ein. »Eine Welle grippaler Erkrankungen machte die zurückliegenden fünf Tage für die Ärzteschaft zu einem noch nie erlebten Wettlauf mit der Zeit«, beobachtete das *Hamburger Abendblatt* am 29. Dezember. »Die Notdienstzentrale glich noch gestern einem Ameisenhaufen. Die Telefone waren praktisch keine Sekunde lang frei.«⁴⁷ Die Influenzawelle traf die Stadt also genau »zwischen den Jahren«, als viele Arztpraxen geschlossen waren und Krankenhäuser und Behörden nur mit reduzierter Beleg-

48 Middelhaue bat deshalb darum, ihn in jenen Tagen telefonisch über Grippetodesfälle auf dem Laufenden zu halten. Dr. Middelhaue an – 6 –, 23.12.1969, StAHH 352-6, 4665.

49 Dr. Middelhaue an BGA, 30.12.1969, StAHH, 352-6, 4665.

50 Notruf aus Hamburgs Krankenhäusern: Wer kann uns schnell helfen? In: HA, 29.12.1969; 47 Ärzte auf Grippe-Wache, in: Hamburger Morgenpost (Mopo), 30.12.1969.

51 Entwurf für Pressekonferenz am 7.1.1970, Bl. 3, StAHH, 352-6, 4666.

52 Anteil der Fälle von Grippe und grippeähnlichen Erkrankungen am Krankenstand der AOK Hamburg, Bl. 2, StAHH, 352-6, 4666.

53 Dr. Middelhaue, Vermerk, 30.12.1969, StAHH, 352-6, 4665.

54 Erhebungsbogen zur Grippe-diagnostik, 16.7.1970, StAHH, 352-6, 4666.

55 Entwurf für Pressekonferenz am 7.1.1970, Bl. 1f., StAHH, 352-6, 4666; Die Grippewelle verschonte Hamburg, in: Mopo, 31.12.1969.

56 Dr. Middelhaue, Vermerk, 30.12.1969, StAHH, 352-6, 4665.

schaft arbeiteten, was die Überwachung der Situation noch erschwerte.⁴⁸

Kurz vor Silvester meldete Middelhaue dem Bundesgesundheitsamt eine »erhebliche Zunahme grippeartiger Erkrankungen, die zu einer Überbeanspruchung des ärztlichen Notfalldienstes und Belastung der Krankenhäuser bis an die Grenze der Bettenkapazität führte«.⁴⁹ Allein in den vier Tagen nach Heiligabend wurden 2000 Personen in die Hamburger Krankenhäuser eingeliefert, so dass zugleich Patientinnen und Patienten zur Entlastung in Kliniken jenseits der Stadtgrenzen verlegt werden mussten. Zudem bat die Gesundheitsbehörde die Bundeswehr, ihr Lazarett in Wandsbek für Grippekranke zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt rief sie ehemalige Pflegekräfte dazu auf, in den Kliniken auszuhelfen.⁵⁰

Einige Tage später ging die Behörde davon aus, dass mittlerweile etwa 48000 Hamburgerinnen und Hamburger »an Grippe und grippalen Infekten« erkrankt seien. In »normalen« Zeiten lag die Zahl der Infizierten lediglich bei 5000 bis 7000.⁵¹ Auch die AOK meldete, dass der Anteil derartiger Infektionen am Gesamt-krankenstand ihrer Hamburger Versicherten mehr als 40 Prozent betrage – und damit doppelt so hoch war wie im Vorjahr.⁵² In einem internen Vermerk wies Middelhaue auf Informationen aus Niedersachsen hin, wonach davon auszugehen sei, dass bald knapp 30 Prozent der Bevölkerung erkranken würden. Angesichts »der raschen Verbreitung der Infektionen mit z.T. explosionsartigem Auftreten« vermutete nun auch er, dass die Infektionen »überwiegend durch A2-Hongkong verursacht werden«.⁵³

Diese Zahlen zeigen, dass die Behörden ein weiteres Problem bei der Erfassung von Influenzafällen hatten. Oftmals fand diese nur auf Grundlage des klinischen Bildes statt, also anhand der äußerlichen Untersu-

chung einer Patientin oder eines Patienten. Doch auf diese Weise ließen sich Virusgrippe und grippaler Infekt schlecht voneinander unterscheiden, da in beiden Fällen ähnliche Symptome wie Kopfschmerzen, Husten oder Fieber auftreten konnten. Nur selten wurde das Virus im Labor nachgewiesen, da nur ein Bruchteil der Erkrankten überhaupt labor diagnostisch untersucht wurde. Im ersten Quartal 1970 analysierte die Virologische Abteilung des Hygienischen Instituts beispielsweise das Material von lediglich 667 Patientinnen und Patienten.⁵⁴ Dass Hamburg angesichts dessen um die Jahreswende 1969/70 gerade einmal 112 Grippe- und Grippeverdachtsfälle und nur sechs Tote durch die Hongkong-Grippe meldete, verwundert kaum.⁵⁵

Die unklaren Erfassungskriterien und die unzureichende Meldetätigkeit einzelner Bezirke führten dazu, dass die Gesundheitsbehörde ein unvollständiges Bild der Hongkong-Grippe erhielt. Auch wenn sie seit Herbst 1968 gewissenhaft das Infektionsgeschehen verfolgte, nahm sie die Pandemie lediglich zwischen Weihnachten 1969 und Anfang Januar 1970 als relevantes Problem für die Hansestadt war – also in jener Zeit, als die Krankheitszahlen regelrecht explodierten und die medizinische Infrastruktur an ihre Grenzen stieß. Sobald sich eine leichte Beruhigung des Geschehens einstellte, verließ die Behörde den Notfallmodus wieder. Bereits am 30. Dezember – also in einer Zeit, als aufgrund der Feiertage kaum eine realistische Einschätzung möglich war – meinte Middelhaue, dass »z. Zt. gewisse Anzeichen für ein Abflauen der Erkrankungswelle« sprächen.⁵⁶ Eine Woche später übernahm das *Hamburger Abendblatt* das Narrativ und titelte: »Grippewelle klingt langsam ab«.⁵⁷ Auch die WHO glaubte nun, dass der Höchststand der Infektionen in der Bundesrepublik überschritten sei. Das Bundesgesundheitsamt nahm diese rückläufige Tendenz zum Anlass, um bereits am 4. Februar seinen Influenza-Schnellinformationsdienst einzustellen.⁵⁸ Im Jahr zuvor, als die Situation bei weitem nicht so dramatisch war, hatte das Amt die wöchentliche Abfrage hingegen bis zum April aufrechterhalten.

Dieser entspannte Umgang der Behörden mit der Influenzapandemie stand in einem eklatanten Widerspruch zur Haltung der Wissenschaft. Schon früh hatten Fachleute vor der Gefährlichkeit der Hongkong-Grippe gewarnt, auch wenn sie selbst von der heftigen

57 Grippewelle klingt langsam ab, in: HA, 8.1.1970.

58 WHO, Press Release: Influenza, 9.1.1970; BGA: Rundfenschreiben Nr. 70, 4.2.1970, StAHH, 352-6, 4666.

- 59 Rengeling, Ausharren, S. 236 f.
Siehe auch die Einschätzung des Hannoveraner Epidemiologen R[udolf] Wohlrab: Zum Jahresanfang 1970, in: Gesundheitswesen und Desinfektion 62 (1970), Nr. 1, S. 1.
- 60 Dr. Middelhaue, Vermerk, 31.12.1969, StAHH 352-6, 4665.
- 61 E. Emminger, Die Hongkong-Grippe 1969/70 aus der Sicht des Pathologen, in: Influenza report 71, S. 29–34, hier S. 30.
- 62 Wohlrab / Höpken / Willers, A2-Grippe, S. 2.
- 63 Mein herzlicher Dank geht an Volker Reißmann, der mir eine Kopie des Filmes zur Verfügung gestellt hat. Zur Entstehungsgeschichte und Rezeption des Filmes siehe die Akte StAHH 621-1, 105.
- 64 Bonn trifft Maßnahmen gegen »Mao-Grippe«, in: HA, 5.11.1968.
- 65 Rengeling, Ausharren, S. 242.
- 66 Text für die Telefon-Ansage über 1159 im März 1969, StAHH 352-6, 4538.
- 67 Grippe in Hamburg auf dem Höhepunkt, in: HA, 28.2.1969.

Welle im Winter 1969/70 überrascht wurden.⁵⁹ Neben der hohen Ausbreitungsgeschwindigkeit bereitete ihnen vor allem das klinische Bild Sorge. Ein Pathologe, der eine 27-Jährige obduzierte, die am 28. Dezember 1969 im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek verstorben war, notierte einen »rasanten Krankheitsverlauf«. Bereits am dritten Krankheitstag sei die Frau der Grippe erlegen. Er stellte ein Absterben des Gewebes in den oberen Luftwegen fest und starke Blutungen. Letzteres sei bei Influenza eine »äußerste Seltenheit«, ihm selbst sei das »nur aus Beschreibungen bzw. Bildern von der Grippe 1918« bekannt.⁶⁰ Auch andernorts beobachteten Pathologen einen schnellen Krankheitsverlauf und viele junge Todesopfer.⁶¹ Wissenschaftler warnten vor der »grundsätzlich besonderen Gefahr«, die von dieser Influenzavariante ausging. Es handele sich um »die einzige Groß-Seuche der gegenwärtigen Welt, sozusagen die *Weißer Pest* unseres Zeitalters. Es liegt kein Grund vor, den Tatbestand zu verharmlosen«. ⁶² Doch genau das taten die Behörden.

Öffentliches Krisenmanagement

Im Juni 1971 wurde in Berlin ein Kurzfilm uraufgeführt, den das Internationale Grüne Kreuz in Genf in Auftrag gegeben hatte. »Grippe muß nicht sein«, lautete der programmatische Titel. Für Drehbuch und Regie zeichnete der Hamburger Filmemacher Bodo Menck verantwortlich, der Film war in der Hansestadt gedreht worden.⁶³ Im Zentrum des zwanzigminütigen Lehrfilms, der im Vorprogramm der Kinos gezeigt wurde, stand ein Mann, der sich mit Grippe infiziert hatte. Er nahm die Krankheit nicht ernst, ging weiter zur Arbeit und in die Kneipe und erkrankte schließlich so schwer, dass er in eine Klinik eingewiesen werden

musste. Immer wieder wurde dieser fiktive Erzählstrang durch aufklärende Elemente zur Influenza unterbrochen. Dabei konnten die Zuschauerinnen und Zuschauer Grundlegendes lernen, etwa die Verbreitungswege von Viren oder den Unterschied zwischen einem grippalen Infekt und einer echten Grippe. Ferner klärte der Film über Verhaltensregeln im Falle einer Erkrankung auf und warb für die Impfung.

»Grippe muß nicht sein« wurde ein Jahr nach dem Ende der globalen Influenzapandemie veröffentlicht. Schließt man vom Inhalt des Filmes auf den Kenntnisstand der Bevölkerung über die Krankheit, so muss man konstatieren, dass dieser auffällig niedrig war. Hierfür waren auch die Behörden verantwortlich. Soweit es sich nachvollziehen lässt, führten sie während der Pandemiejahre kaum öffentliche Aufklärungskampagnen durch, weder im Bund noch in Hamburg. Nach dem Auftreten der Grippe in Asien empfahl das Bundesgesundheitsministerium lediglich eine »gesunde Lebensführung«: Die Menschen sollten wenig Alkohol und Tabakprodukte konsumieren und stattdessen viel Obst oder Vitamin-C-Tabletten zu sich nehmen.⁶⁴ Gerade letzteres hielten Medizinerinnen und Mediziner als Prävention gegen die Hongkong-Grippe für »völlig sinnlos«, was einmal mehr die gelegentliche Missachtung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch die Behörden zeigt.⁶⁵

Differenzierter war dagegen eine Telefonansage der Hamburger Gesundheitsbehörde vom März 1969 zum Thema »Vorsorge gegen Erkältungskrankheiten«. Hier wurde ein Rat zur optimalen Raumtemperatur im Schlafzimmer erteilt, die Besonderheit der echten Grippe erklärt und dargestellt, dass gebrauchte Papiertaschentücher »gefährliche Bazillenträger« seien, die man nach Gebrauch gleich in einem Kunststoffbeutel verstauen und später verbrennen solle.⁶⁶ Medial blieb davon jedoch wenig hängen. Das *Hamburger Abendblatt* überlieferte lediglich Ratschläge wie Wechsel duschen und weniger Händeschütteln, ferner empfahl es, »das Küssen auf weniger erkältungsgefährdete Zeiten [zu] verschieben«.⁶⁷ Andere Aufklärungsmaterialien wie Broschüren oder Konzepte für Kampagnen, die in der Art des Kurzfilms massenwirksam vor den Gefahren der Grippe warnten, finden sich in den Akten der Hamburger Gesundheitsbehörde nicht. Im Gegenteil: Noch zu dem Zeitpunkt, als die Krankheitszahlen im Winter 1969/70 ihren Höhepunkt erreichten, bediente sie in der Öffentlichkeit die Erzählung, dass es zwar eine schwere Erkältungswelle in der Stadt gebe.

- 68 Die Grippewelle verschonte Hamburg, in: Mopo, 31.12.1969.
- 69 Gesundheitsbehörde an Innenbehörde, 6.1.1970, StAHH 352-6, 4666.
- 70 Grippewelle klingt langsam ab, in: HA, 8.1.1970.
- 71 Rundspruch Plan B der Gesundheitsbehörde, 29.12.1969, StAHH 352-8/9, 192.
- 72 Staatliche Pressestelle: Krankenhäuser brauchen noch Hilfskräfte, 7.1.1970, StAHH 352-6, 4666.
- 73 Sitzung Ltd. Med. Bea. 7./8. Nov. 1968, StAHH 352-6, 4538.
- 74 Rengeling, Ausharren, S. 75 – 77 u. 241
- 75 Schuß mit atü, in: Der Spiegel, Nr. 7, 11.2.1968, S. 116–118. Siehe auch Malte Thießen, Immunisierte Gesellschaft. Impfen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2017, S. 280 f.
- 76 Thießen, Gesellschaft, S. 216 – 218.

Aber von der Hongkong-Grippe, die rund um Hamburg wütete, bleibe man glücklicherweise verschont.⁶⁸

Überhaupt war die Behörde auffällig zurückhaltend mit öffentlichen Verlautbarungen bezüglich der Grippe. Erst als die medizinische Infrastruktur der Stadt an ihre Belastungsgrenzen stieß, sah sich Gesundheits senator Hans-Joachim Seeler (SPD) genötigt, vor die Presse zu treten. Am 7. Januar 1970 lud er zu einem Lagebericht ins Krankenhaus St. Georg.⁶⁹ Selbst jetzt beschwichtigte er und betonte, die Grippewelle klinge bereits ab. Zugleich bestätigte er aber, dass etwa 17 Prozent des Krankenhauspersonals krankheitsbedingt nicht arbeiten könnten. Auch wenn die Pflegestationen bereits durch Bundeswehr, Feuerwehr und Privatpersonen unterstützt würden, erneuerte er den Appell an »alle Männer und Frauen, die Kenntnisse in der Krankenpflege besitzen oder voll ausgebildet sind, sich vorübergehend in den Allgemeinen Krankenhäusern zur Verfügung zu stellen«. Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte bat er zudem, »nur nach kritischer Prüfung dringende Fälle in die Krankenhäuser einzuweisen«.⁷⁰ Derweil ermutigte die Behörde die Kliniken, Patientinnen und Patienten möglichst zu entlassen.⁷¹ Hinweise an die Bevölkerung, wie sie sich vor der Grippe schützen könnte, gab sie hingegen nicht heraus.

Bemerkenswert im Zusammenhang dieser Pressekonferenz ist eine Mitteilung der Staatlichen Pressestelle, in der diese die Medien der Stadt scharf kritisierte. »An verschiedenen Stellen ist die Bevölkerung durch Berichte über den Anstieg der Grippeerkrankungen in Panik geraten und hat durch Hamsterkäufe von Medikamenten zur Überlastung der Auslieferungslager beigetragen«, hieß es dort.⁷² Dabei war die Berichterstattung bislang eher moderat und sachlich gewesen. Abgesehen von den letzten Dezembertagen des Jahres 1969 hatten *Hamburger Abendblatt* und *Morgenpost* in

anderthalb Jahren fast gar nicht über die Grippe berichtet. Für die Kritik der Pressestelle gab es also keine Grundlage. Es drängt sich vielmehr der Verdacht auf, dass sie hier eine Sichtweise der Bundesbehörden übernahm, die seit Pandemiebeginn vor der Verbreitung von Panik durch die Medien gewarnt hatten. »Man solle sich nicht durch Presse-Mitteilungen unter Druck setzen lassen«, hieß es etwa bei einem Treffen der leitenden Medizinalbeamten im November 1968.⁷³

Prävention durch Impfung

Schon lange war die Wissenschaft auf der Suche nach einem Mittel gegen Influenza, doch die meisten Medikamente erwiesen sich als wirkungslos zur Bekämpfung der Krankheit. Trotz aller medizinischer Fortschritte dienten sie nur der symptomatischen Behandlung, indem sie etwa fiebersenkend oder herzleistungssteigernd wirkten. Antibiotika konnten zusätzlich gegen bakterielle Sekundärfektionen eingesetzt werden, den Verlauf der viralen Infektion beeinflussen sie allerdings nicht. Die Grippe zu verhindern waren einzig Impfstoffe imstande. Anfangs führte deren Verabreichung jedoch häufig zu Nebenwirkungen und wurden deshalb von vielen Menschen skeptisch betrachtet. Im Lauf der 1960er Jahre nahm das Vertrauen in die Impfung zu, auch weil sich die Reinheit der Vakzine und der Trägersubstanzen verbesserte, so dass Wirksamkeit und Verträglichkeit stiegen. Allein im Jahr 1969 ließen sich fünf Millionen Bundesdeutsche gegen die Grippe impfen.⁷⁴ Verwendet wurden hierbei meist Impfpistolen, mit denen sich die Vakzine schmerzfrei per Hochdruck injizieren ließen.⁷⁵

Trotz der erwiesenen Wirksamkeit weigerten sich die Behörden, eine allgemeine Impfpflicht auszusprechen. Dies hing mit der bereits erwähnten Befürchtung zusammen, für Impfschäden aufkommen zu müssen. Denn bei diesem Thema standen sie tatsächlich unter Druck durch die Medien, die regelmäßig über Probleme im Zusammenhang mit der Pockenimpfung berichteten.⁷⁶ Doch es gab noch einen weiteren Grund für die behördliche Zurückhaltung: Es war nicht genug Grippeimpfstoff vorhanden. Schon zu Beginn der Pandemie hieß es aus dem Bundesgesundheitsministerium, die Reserven würden nicht für die gesamte Bevölkerung ausreichen. Daher sei es erforderlich, die vorhandenen Vakzine in erster

MARCEL BOIS

■ »DAS KÜSSEN AUF WENIGER
ERKÄLTUNGSGEFÄHRDETE
ZEITEN VERSCHIEBEN«

- 77 Ludwig von Manger-Koenig an Heinrich Hemsath, 19.11.[1968], StAHH, 352-6, 4664. Text im Original in Kleinschreibung.
- 78 Ergebnisprotokoll einer Besprechung über die Möglichkeit der Einrichtung einer Epidemiereserve von Grippeimpfstoff am 16.6.1969 im BGA, StAHH 352-6, 4538.
- 79 Ich danke Friederike Gebhard für ihre juristische Expertise in dieser Frage. Von ihr ist soeben erschienen: Impfpflicht und Grundgesetz. Eine verfassungsrechtliche Analyse der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht, Tübingen 2022.
- 80 BMG an die obersten Landesgesundheitsbehörden, 11.11.1968, Anlage, StAHH, 352-6, 4664.
- 81 Siehe die Schreiben aus Nordrhein-Westfalen (14.8.1970), Berlin (14.8.1970) und Bayern (8.9.1970) an BMG, StAHH 352-6, 4539.
- 82 Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD), 59. Sitzung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Städtetags am 3./4. Juli 1969 in Köln, 24.6.1969, StAHH 352-6, 4538.
- 83 Innenbehörde, Senatsdirektor Asbeck, an das Personalamt, 26.6.1967, StAHH 352-6, 4538.



Ärmel hoch: Vorbereitung für den Pils bei einer Impfkation des Studentenwerks der Universität Hamburg in den späten 1960er Jahren. Quelle: Conti-Press, Staatsarchiv Hamburg.

Linie dem gefährdeten Personenkreis – »Alte, chronisch Kranke, Schwangere« – sowie dem »Schlüsselpersonal« vorzubehalten, also Beschäftigten in medizinischen Berufen und der kritischen Infrastruktur.⁷⁷ Ein halbes Jahr später stellten die Teilnehmenden einer Besprechung im Bundesgesundheitsamt fest, dass allein für diese beiden Personengruppen, die 25 Prozent der Bevölkerung ausmachten, kurzfristig nicht genügend Impfstoff hergestellt werden könne. Aufgrund dieses Mangels entschied man, dass »der Katalog der primär schutzbedürftigen Personen entsprechend gekürzt werden« müsse. Dabei wurden Prioritäten gesetzt, die das eingangs erwähnte geringe Problembewusstsein der Behörden für das erhöhte Sterberisiko von Alten und Kranken belegen: »Dem Schlüsselpersonal soll der Vorrang vor den Risikopersonen eingeräumt werden.«⁷⁸

Formal lag die Zuständigkeit für Impfpfehlungen bei den Ländern. In der Regel folgten sie dabei aber

den Vorgaben aus dem Bundesgesundheitsministerium.⁷⁹ Doch in Bezug auf die Influenza hielt sich das Ministerium zurück und betonte, die Impfempfehlung sei »alleine Sache der Länder«.⁸⁰ Diese gingen mit dieser Verantwortlichkeit sehr unterschiedlich um. West-Berlin empfahl bereits seit 1964 die Grippeimpfung – und zwar für die Gesamtbevölkerung, während Nordrhein-Westfalen seit 1965 immerhin »Risikogruppen und Schlüsselpersonen« zur Impfung aufrief. Bayern hingegen lehnte jede Empfehlung ab.⁸¹ Auch in Hamburg hielt man sich zunächst zurück, bot aber zumindest dem »Schlüsselpersonal« Impfungen an. So führte die Gesundheitsbehörde seit 1965 jährliche Gripeschutzimpfungen beim Krankenhaus- und Pflegepersonal sowie bei den Angestellten der Bezirksämter durch.⁸²

Im Jahr 1967 stellte die Innenbehörde diese Maßnahme auf den Prüfstand. Eine Abfrage ergab, dass sich im Vorjahr 838 Beschäftigte der Bezirksämter gegen die Grippe hatten immunisieren lassen. Im Anschluss hatte sich die Zahl der krankheitsbedingten Fehltag halbiert. Ein Zusammenhang zur Impfung erschien wahrscheinlich, zumal sich diese Vermutung auch mit den Ergebnissen anderer Studien dieser Zeit deckte. Die Behörde aber lieferte ein weiteres Beispiel für das geringe Vertrauen, dass die Hamburger Verwaltung der Wissenschaft entgegenbrachte. Sie beharrte darauf, dass der Rückgang bestenfalls zum Teil auf die Impfung zurückzuführen sei. Der verantwortliche Senatsdirektor mutmaßte, die Datenbasis sei möglicherweise fehlerhaft. Sicherlich habe der milde Winter eine Rolle gespielt, ferner »die gegenüber den Vorjahren allgemein festzustellende Neigung der Bediensteten, sich nicht bereits bei leichten Unpäßlichkeiten krank zu melden«. Folgerichtig sah man davon ab, dem Verwaltungspersonal weiterhin zur Impfung zu raten.⁸³

Die Gesundheitsbehörde bewertete dies anders und hielt das Angebot für Klinikbeschäftigte und Angestellte der Bezirksämter aufrecht. Doch auf andere Teile der Bevölkerung weitete sie es nicht aus. Als die Justizbehörde anfragte, ob man sämtliche Strafgefangene der Stadt impfen lassen solle, antwortete Medizinaldirektor Salchow, dies sei nicht erforderlich. Es müsse auch kein Impfstoff für »Eventualfälle« gelagert werden. Dieser Verzicht auf den Aufbau einer Impfeserve hatte zweifellos monetäre Gründe, denn durch die regelmäßige Auffrischung wäre ein kontinuierlicher Kostenpunkt im Haushalt entstanden. Salchow war sich des daraus resultierenden Risikos bewusst und gab zu bedenken, dass es »Schwierigkeiten in der

- 84 Dr. Salchow an Dr. Thurau, Justizbehörde, 16.12.1968, StAHH 352-6, 4538. Siehe auch Thießen, Gesellschaft, S. 273.
- 85 ÖGD an die Bezirksämter, 26.11. u. 18.12.1969, StAHH 352-6, 4538.
- 86 Staatliche Pressestelle Hamburg, Vorbeugung gegen Grippe, 8.9.1970, StAHH 352-6, 4539.
- 87 Siehe hierzu den Briefwechsel zwischen dem BGA und der Hamburger Gesundheitsbehörde, Februar – Oktober 1970, BArch Koblenz, B 208/1025.
- 88 PD Dr. D. Ricken, Bonn, an Dr. Middelhaue, 3.3.1970; Dr. Middelhaue an Dr. Klaus Fischer, 9.2.1970, StAHH 352-6, 4539. Bei der Studie handelte es sich um: Roswitha Kellner, Erfahrungen mit der Gripeschutzimpfung bei Hamburger Studenten, Diss., Hamburg 1970.
- 89 ÖGD an die Bezirksämter, 1.6.1970, StAHH 352-6, 4539.
- 90 Gesundheitsbehörde, Auszug aus der Niederschrift über die 232. Sitzung der Deputation der Gesundheitsbehörde am 5.11.1970, StAHH 352-6, 4539.
- 91 Thießen, Gesellschaft, S. 213.

Impfstoffbeschaffung« geben könnte, falls es zu einer »Grippeepidemie« kommen sollte.⁸⁴

Als sich die Krankheit dann tatsächlich massiv in der Stadt ausbreitete, änderte die Gesundheitsbehörde ihre Haltung. Zwar hatte Dezernatsleiter Middelhaue noch Ende November 1969 den Bezirksämtern mittgeteilt, dass sie keine öffentliche Impfempfehlung aussprechen dürften. Doch schon drei Wochen später schrieb er, diese Anweisung sei »als gegenstandslos anzusehen«. Die Gesundheitsbehörde empfehle nun selbst eine Impfung für Ältere und Risikopersonen.⁸⁵ Im Folgejahr riet sie der gesamten Bevölkerung der Stadt, sich im September und Oktober gegen die Grippe immunisieren zu lassen.⁸⁶ Ohnehin lässt sich ab dieser Zeit ein Wandel in der Haltung der Hamburger Verwaltung gegenüber der Impfung beobachten. Middelhaue beschäftigte sich nun intensiv mit dem Thema. Mit dem Bundesgesundheitsamt tauschte er sich über die Frage aus, wie wirkungsvoll eine Impfkampagne während einer bereits laufenden Epidemie sei.⁸⁷ Ferner korrespondierte er mit einigen Experten der Universität Bonn und nahm »mit Interesse« eine Studie zur Wirksamkeit der Gripeschutzimpfung zur Kenntnis, die an der Universität Hamburg erstellt worden war.⁸⁸ Zugleich stellte seine Abteilung eigene Forschungen an. So versuchte sie, nachträglich den Impfstatus von mehr als hundert Personen zu erfassen, die zwischen Dezember 1969 und Februar 1970 »mit Sicherheit oder Wahrscheinlichkeit« an Grippe gestorben waren.⁸⁹ Unterdessen untersuchte die Impfanstalt als zuständige Unterabteilung der Gesundheitsbehörde die Wirksamkeit einer nasal verabreichten Influenzaimpfung.⁹⁰

Dieser Sinneswandel war zweifellos durch die Schwere der Grippewelle um den Jahreswechsel 1969/70 begründet und ließ sich auch in Behörden



*Mithilfe von Impfpistolen ließen sich die Vakzine schmerzfrei injizieren.
Quelle: Conti-Press, Staatsarchiv Hamburg.*

außerhalb Hamburgs beobachten. Deutlichster Ausdruck hierfür war sicherlich ein ZDF-Werbespot zur Grippeimpfung aus dem Jahr 1973, für den Bundesgesundheitsministerin Katharina Focke mit ihren Länderkolleginnen und -kollegen selbst vor die Kamera trat.⁹¹

Fazit

Während der Coronapandemie wurde häufig das zögerliche Agieren von Politik und Behörden kritisiert. Das stand in einer langen Tradition: Zur Zeit der Hongkong-Grippe war eine derart abwartende Haltung sogar noch stärker ausgeprägt. Die verantwortlichen Behörden spielten die Gefahr, die von der Krankheit ausging, lange Zeit herunter und ignorierten häufig wissenschaftliche Erkenntnisse. Erst nach Abklingen der Pandemie gestand die Hamburger Gesundheitsverwaltung überhaupt deren Existenz ein. Auch wartete sie sehr lange damit, eine öffentliche Impfpflicht her auszugeben. Doch dass sie es schlussendlich tat, zeigt zumindest, dass hier eine »lernende Verwaltung« agierte, die zu Kurswechseln fähig war. Hierfür spricht auch, dass Hamburg nach dem Ende der Pandemie gemeinsam mit

MARCEL BOIS

■ »DAS KÜSSEN AUF WENIGER ERKÄLTUNGSGEFÄHRDETE ZEITEN VERSCHIEBEN«

92 Middelhaue: Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Leitenden Medizinalbeamten der Länder am 6./7.10.1970, StAHH, 352-6, 4666.

93 Hans-Joachim Seeler, Die Sitzung ist eröffnet. Ein Hamburger Senator erinnert sich, Hamburg 1983.

ALEXANDRA JAEGER

■ »ARBEITSZEITFRAGEN SIND IMMER AUCH GLEICHSTELLUNGSFRAGEN«

- 1 Für die Unterstützung bei der Recherche danke ich Kaptan Bayraktar und Svea Gruber. Hannah Rentschler und Marcel Bois haben mir mit wichtigen Hinweisen geholfen.
- 2 Bettina Kohlrausch, Gleichberechtigung während der Pandemie, in: Wirtschaftsdienst, 101 (2021), H. 10, S. 765–768, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/10/beitrag/gleichberechtigung-waehrend-der-pandemie.html> [10.4.2022]; Nadine Absenger u. a., Arbeitszeiten in Deutschland. Entwicklungstendenzen und Herausforderungen für eine moderne Arbeitszeitpolitik, WSI Report, 19.11.2014, S. 44.
- 3 Sonja Ernst, Teilzeit ist ein Karrierekiller. Deshalb variable 32-Stunden-Woche für Männer wie Frauen, 10.4.2017, <https://www.bpb.de/themen/familie/familienpolitik/244597/teilzeit-ist-ein-karrierekiller/> [11.2.2022].

den anderen Ländergesundheitsbehörden über neue belastbare Kriterien zur Ermittlung der Zahl der Grippekranken beriet.⁹²

Doch es gab auch einen großen Unterschied zu heute: Corona war seit März 2020 das bestimmende politische Thema in der Bundesrepublik. Nicht nur in Nachrichtensendungen, Talkshows und sozialen Netzwerken wurde regelmäßig der angemessene gesellschaftliche Umgang mit dem neuartigen Virus verhandelt, sondern auch in politischen Gremien. Zeitweilig traf sich die Bundeskanzlerin in kurzen Abständen mit den Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen der Länder. Anschließend debattierten die Länderparlamente über die Maßnahmen, die diese Bund-Länder-Runden vorgeschlagen hatten. Unterdessen verabschiedeten Bundestag und Bundesrat neue Gesetze, um das Regierungshandeln auf eine juristische Grundlage zu stellen.

Zur Zeit der Hongkong-Grippe geschah nichts von alledem. Die Pandemie fand weitgehend außerhalb der Parlamente und der Kabinette statt. Speziell für Hamburg lässt sich festhalten, dass sie weder in den Sitzungen des Senats noch der Bürgerschaft eine Rolle spielte. Selbst der zuständige Gesundheitssenator Seeler brachte sich nicht mehr als nötig in die Pandemiebekämpfung ein. Wie wenig ihn dieses Thema beschäftigte, belegt auch ein Blick in seine Erinnerungen. Dort taucht die Hongkong-Grippe mit keinem Satz auf.⁹³ Und trotzdem: Auch 1969/70 schlug die während der Coronapandemie oftmals bemühte »Stunde der Exekutive«. Allerdings agierte damals deren wenig sichtbarer Arm: die Verwaltung.

- Dr. Marcel Bois ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

»ARBEITSZEITFRAGEN SIND IMMER AUCH GLEICHSTELLUNGS- FRAGEN«

Gewerkschaftliche Debatten über Arbeitszeitpolitik aus
Geschlechterperspektive von den 1970er bis zu den 2000er Jahren¹

Bis heute verbringen Frauen deutlich weniger Zeit mit Erwerbsarbeit als Männer. Im Jahr 2020 lag der Gender-Time-Gap, also der Unterschied bei den durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten, in Deutschland bei fünf Stunden, vor wenigen Jahren sogar noch bei neun Stunden. Durch die Coronapandemie stieg er wieder auf sechs Stunden an, weil Frauen häufiger als Männer ihre Arbeitszeit reduzierten, um in den Familien zusätzlich anfallende Sorgearbeit zu übernehmen. Der Gender-Time-Gap korreliert also mit dem Gender-Care-Gap – der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit.² Angesichts der fortdauernden strukturellen Geschlechterungleichheit forderte die Soziologin Jutta Allmendinger die variable 32-Stunden-Woche für Männer und Frauen, um »endlich so etwas wie Gleichberechtigung und Chancengleichheit bei der Erwirtschaftung eines selbständigen Lebens für Männer und Frauen zu erreichen«. Frauen – insbesondere Mütter jüngerer Kinder – sollten nicht länger auf Teilzeitbeschäftigungen angewiesen sein, denn diese seien nicht nur ein »Karrierekiller«, sondern führten auch zu niedrigen Renten, die kaum zum Leben reichten.³

Allmendingers Forderung ist keineswegs neu. Schon in den 1970er Jahren setzten sich Frauen in den DGB-Gewerkschaften für die 30-Stunden-Woche bzw. den 6-Stunden-Tag für alle ein, um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Sie reagierten damit auf die deutliche Ungleichverteilung von Arbeit, Einkommen und Chancen zwischen den Geschlechtern in der Bundesrepublik. Die meisten Familien waren damals nach dem »Ernährer-Hausfrau / Zuverdienerin-Modell« organisiert, mit einem männlichen (Haupt-)Verdiener und einer Vollzeithausfrau oder in Teilzeit erwerbstätigen Part-

- 4 Vgl. dazu Monika Mattes, Krisenverliererinnen? Frauen, Arbeit und das Ende des Booms, in: Knud Andresen / Ursula Bitzegeio / Jürgen Mittag (Hrsg.), »Nach dem Strukturbruch«? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er Jahren, Bonn 2011, S. 127–140, hier S. 128–130; Karin Hausen, Frauenerwerbstätigkeit und erwerbstätige Frauen. Anmerkungen zur historischen Forschung, in: Gunilla-Friederike Budde (Hrsg.), Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997, S. 19–45.
- 5 Christopher Neumaier, Familie im 20. Jahrhundert. Konflikte um Ideale, Politiken und Praktiken, Berlin / Boston 2019, S. 456–498.
- 6 O. A., Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik beeinflussen die Frauen- und Familienpolitik, 1.3.1995, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), DGB-Bundesvorstand (DGB-Buvo), Sekretariat Ursula Engelen-Kefer, 5/DGDY000038.
- 7 Absenger u. a., Arbeitszeiten, S. 54.
- 8 Mattes, Krisenverliererinnen?, S. 127.
- 9 Carola Sachse, Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939–1994, Göttingen 2002; Christine von Oertzen, Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969, Göttingen 1999.

nerin. In beiden Varianten waren überwiegend Frauen für die unbezahlte Sorgearbeit zuständig.⁴ Obwohl sich gesellschaftliche Vorstellungen von Aufgaben der Geschlechter in den 1960er Jahren zu wandeln begannen, blieben starke Ungleichheiten in dieser Frage bestehen. Das Ideal einer partnerschaftlichen und die jeweiligen Aufgaben nicht strikt trennenden Beziehung gewann zwar an Zustimmung, aber in der sozialen Realität wirkten traditionelle Geschlechterrollen fort.⁵

Angesichts dessen hieß es auch noch 1995 in einem DGB-Redemanuskript zur Frauenpolitik: »Arbeitszeitfragen sind immer auch Gleichstellungsfragen«.⁶ Denn die ungleiche Verteilung von (Erwerbs-)Arbeitszeit und Sorgearbeit führt nicht nur zu unterschiedlichen zeitlichen Belastungen, sondern auch zu erheblichen Unterschieden der Einkommensverteilung, die zudem noch durch den Gender-Pay-Gap verstärkt werden, den Unterschied bei den durchschnittlichen Brutto-Stundenlöhnen von Männern und Frauen. Aus dieser doppelten Differenz erwächst Frauen nicht nur ein Nachteil im Hinblick auf die aktuelle Existenzsicherung, sondern auch eine im Schnitt niedrigere Rente und damit ein höheres Risiko für Altersarmut. Außerdem sind Teilzeit- gegenüber Vollzeitbeschäftigten in der Erwerbssphäre selbst häufig schlechter gestellt und haben deshalb kaum Chancen auf beruflichen Aufstieg. Was geschlechtergerechte Arbeitszeitregelungen genau ausmacht und wie diese erreicht werden können, war (und ist) umstritten – auch in den Gewerkschaften, wie dieser Beitrag zeigen soll. Im Kern ging es um die gleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern sowie eine eigenständige Existenzsicherung für Männer und Frauen. Aktuelle Forderungen nach einer Stärkung der Zeitsouveränität und der Möglichkeit zur flexiblen Anpassung der Arbeitszeiten an unterschiedliche Lebensphasen, etwa

durch befristete Teilzeit, waren in den Gewerkschaften lange umstritten und sind erst allmählich in den Fokus gerückt.⁷

Die Gewerkschaften waren und sind zentrale Akteure in Aushandlungsprozessen um die Gestaltung von Arbeitszeiten. In Tarifverhandlungen versuchen sie nicht nur Lohn- und Gehaltserhöhungen durchzusetzen, vielmehr streiten sie mit der Arbeitgeberseite auch über Fragen der Arbeitszeit und fordern Arbeitszeitverkürzungen oder Möglichkeiten der Mitbestimmung über die Lage der Arbeitszeit am Tag bzw. in der Woche. Zudem nehmen sie in Betriebsräten Einfluss auf betriebliche Regelungen zu Arbeitszeitfragen. Die Untersuchung gewerkschaftlicher Zeit- und Arbeitszeitpolitiken seit den 1970er Jahren aus Geschlechterperspektive schärft somit den Blick für ein wichtiges Feld der Geschichte der Arbeitswelten. Für viele Aspekte der Geschichte der Arbeitswelten »nach dem Boom« besteht aus geschlechterhistorischer Sicht noch erheblicher Forschungsbedarf. So verweist Monika Mattes auf Leerstellen, die durch den alleinigen Blick auf den Niedergang männlicher Industriearbeit und das »Normalarbeitsverhältnis« entstehen. Eine Betrachtung unter der oben vorgestellten Perspektive auf das »Ernährer-Hausfrau / Zuverdienerin-Modell« zeigt, dass die Erwerbsarbeit von Frauen »schon immer anderen Bedingungen, Bewertungen und Verlaufsmustern« unterlag als die von Männern, und verleiht dem Bild der Arbeitswelten im Wandel größere Tiefenschärfe.⁸ Dies gilt auch für die Geschichte von Arbeitszeitfragen, zu der bislang vor allem Forschungen zur frühen Bundesrepublik vorliegen, etwa zum Hausarbeitstag oder zur Teilzeitarbeit.⁹

Häufig wird die Vernachlässigung der Interessen von weiblichen Beschäftigten innerhalb der Gewerkschaften auf deren Fokussierung auf das »Normalarbeitsverhältnis« zurückgeführt.¹⁰ Hierunter versteht man eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung in sozialversicherungspflichtiger, abhängiger und unmittelbarer Beschäftigung in einem Unternehmen, was sogenannte atypische Beschäftigungen wie Befristung, Leiharbeit oder geringfügige Beschäftigung ausschließt.¹¹ Die der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik attestierte Konzentration auf das Normalarbeitsverhältnis erwies sich vor allem dann als ein Problem, wenn dies (von Män-

10 Sibylle Raasch, Gleichstellungspolitik ohne Normalarbeits(zeit)verhältnis?, in: Margareta Steinrücke u. a. (Hrsg.), Neue Zeiten – neue Gewerkschaften. Auf der Suche nach einer neuen Zeitpolitik, Berlin 2001, S. 193–208; Dietmar Süß, Stempeln, Stechen, Zeit erfassen. Überlegungen zu einer Ideen- und Sozialgeschichte der Flexibilisierung 1970–1990, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 139–162, hier S. 154.

11 Ulrich Mückenberger, Der Wandel des Normalarbeitsverhältnisses unter Bedingungen einer »Krise der Normalität« in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 4/1989, S. 211–223.

nern besetzte) Vollzeitarbeitsplätze meinte. Allerdings war die gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik komplexer und ambivalenter, wie im Folgenden gezeigt wird. Denn bei anderen Arbeitszeitfragen, etwa dem gewerkschaftlichen Einsatz gegen Befristungen oder geringfügige Beschäftigungen, war das Festhalten am Normalarbeitsverhältnis durchaus auch im Interesse von Frauen.

Dieser Beitrag präsentiert erste Ergebnisse zur gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik seit den 1970er Jahren aus Geschlechterperspektive. Er basiert auf den bisherigen Recherchen im Rahmen des Forschungsprojekts »Gewerkschaftliche Zeitpolitiken von den 1970er bis zu den 2000er Jahren«, für die vor allem die gewerkschaftliche Publizistik sowie Archivalien des DGB-Bundesvorstands ausgewertet wurden. Zunächst wird anhand der gewerkschaftlichen Publizistik gezeigt, wann und wie Arbeitszeitfragen, die Frauen in besonderem Maße betrafen, sichtbar und in ihrer geschlechtsspezifischen Ausprägung verstanden wurden. Danach richtet sich der Fokus auf die gewerkschaftliche Programmatik zu Arbeitszeitverkürzung und Teilzeit, die bei der ungleichen Verteilung von Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern im Mittelpunkt stehen. Abschließend wird die gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik im Kontext der patriarchalen Strukturen innerhalb der Gewerkschaften betrachtet.

Die Sichtbarkeit weiblicher Perspektiven auf Arbeitszeitfragen

Weibliche Perspektiven auf Arbeitszeitfragen wurden in den Gewerkschaften vor allem von Frauenabteilungen diskutiert. Aber auch in der gewerkschaftlichen Publizistik und in den Fachabteilungen des

12 Nicole Mayer-Ahuja, Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen »Normalarbeitsverhältnis« zu prekärer Beschäftigung seit 1973, Göttingen 2002, S. 127–135.

13 Norbert Hüsson, Freiheit – nein danke, in: Die Quelle, Nr. 2/1992, S. 14.

DGB wurden Geschlechterperspektiven berücksichtigt – wenn auch in unterschiedlichem Maße. Dies ermöglicht es, weibliche Perspektiven und Arbeitsbedingungen anhand gewerkschaftlicher Quellen in den Blick zu nehmen. Geschlecht fand im Untersuchungszeitraum in den Gewerkschaften als Kategorie regelmäßig Berücksichtigung, etwa bei Mitteilungen über die Mitgliederentwicklung oder Gehaltsunterschiede oder bei Analysen der Arbeitslosenzahlen. Das galt auch bei Arbeitszeitfragen, etwa bei Umfragen zu Arbeitszeitwünschen der Beschäftigten, deren Ergebnisse in der Regel nach Geschlechtern aufgeschlüsselt wurden. Ausländische Beschäftigte bildeten für die Gewerkschaften in jenen Jahren hingegen noch keine feste Kategorie. Für sie haben die gewerkschaftlichen Quellen nur begrenzte Aussagekraft, denn sie werden als eigene Gruppe meist gar nicht kenntlich gemacht. Während Frauen sichtbar sind, lassen sich daher intersektionalen Perspektiven, die Mehrfachdiskriminierungen berücksichtigten, bei der Analyse nur bedingt mit einbeziehen. Wie wir wissen, war beispielsweise der Anteil von ausländischen Frauen im Reinigungsgewerbe besonders hoch.¹² Zugleich gab es in dieser Branche einen besonders hohen Anteil von geringfügig Beschäftigten, die deutlich schlechter abgesichert waren als Beschäftigte in einem Normalarbeitsverhältnis. In den gewerkschaftlichen Quellen wird jedoch meist nur der hohe Anteil von Frauen in dieser Branche im Kontext von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung thematisiert.¹³ So gerät eine wichtige Analysedimension aus dem Blick.

Trotz dieser Einschränkungen kommen in Umfragen oder Berichten aus den Betrieben Frauen zu Wort, die in auflagenstarken Tages- und Wochenzeitungen kaum ein Gesicht oder eine Stimme bekamen und deren Lebens-



Die Funktionärszeitschrift der IG Metall berichtete 1976 über die besonderen Arbeitsbedingungen von Frauen.
Quelle: Der Gewerkschafter, Nr. 6/1976.

14 Nele Löw-Beer, Erwerbsarbeit der Frau. Die rauhe Wirklichkeit, in: *Der Gewerkschafter*, Nr. 6/1976, S. 8–11, Zitat S. 11.

15 Regina Becker-Schmidt, u. a., Nicht wir haben die Minuten, die Minuten haben uns. Zeitprobleme und Zeiterfahrungen von Arbeitermüttern in Fabrik und Familie, Bonn 1982, S. 35.

16 Siehe z. B. Jörg Schneider, Textverarbeitung zermürbt Büroangestellte, in: *Die Quelle*, Nr. 6/1981, S. 352.

17 Edeltraud Rimmel, DGB-Frauenkonferenz: Frauen spüren als erste Rationalisierungsfolgen, in: *Die Quelle*, Nr. 6/1981, S. 374–375.

18 Adalbert Kuhlwein, Ist die Arbeitswelt humaner geworden?, in: *Die Quelle*, Nr. 2/1978, S. 92–94.

19 db, Tarifbewegung, in: *Die Quelle*, Nr. 5/1975, S. 210.

lagen nicht thematisiert wurden. So berichtete die IG-Metall-Funktionärszeitschrift *Der Gewerkschafter* 1976 über die »rauhe Wirklichkeit« der Frauenerwerbsarbeit in der Industrie. Dabei spielte auch das Thema Zeit eine Rolle. Zum Beispiel arbeiteten einige Frauen bei Blaupunkt in viereinhalbstündigen »Hausfrauenschichten« am Abend. Die Frauen begnügten sich mit einer fünfminütigen Pause, um möglichst schnell wieder zu Hause zu sein. In den Berichten der Frauen nahm die Vereinbarkeit der Lohn- mit der Sorgearbeit in der Familie großen Raum ein. Die abendliche Erwerbsarbeit mit Akkordarbeit am Band schloss sich an den Arbeitstag als Hausfrau an, was zu einer starken Erschöpfung führte: »Bis sechs Uhr abends geht's, dann lässt man sehr nach. Die Luft ist miserabel, die Arbeit geht auf die Augen und die Gelenke. Man verkrampft sich und wird immer nervöser.«¹⁴

Dies waren gängige Beschreibungen der Akkordarbeit, die für Frauenarbeitsplätze in der Industrie noch in den 1980er Jahren typisch war.¹⁵ Hier zeigte sich, wie nicht nur die Länge von Arbeitszeiten, sondern auch ihre Lage am Tag, die durch das Zeitregime der Akkordarbeit bestimmte Arbeitsintensität sowie die Doppelbelastung als Hausfrau und Lohnarbeiterin die Bedeutung von Arbeitszeitfragen für Frauen beeinflussten.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie konkrete Arbeitszeitfragen aus einer spezifisch weiblichen Perspektive beleuchtet wurden, waren Rationalisierungsmaßnahmen im Angestelltenbereich etwa durch die Einführung von Textverarbeitung und Phontypie, die dazu beitrugen, dass in den 1970er Jahren auch hier die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schnellten. Daneben bewirkten die Rationalisierungsmaßnahmen einen grundlegenden Wandel des Sekretärinnenberufs, der in erster Linie von Frauen ausgeübt wurde. Die

Gewerkschaften thematisierten wiederholt die Entstehung von Schreibsätzen, die eine Taylorisierung im Angestelltenbereich bedeutete. Die Folge: Monotonie und Akkordarbeit.¹⁶ Gewerkschafterinnen berichteten 1981 von einer jährlich geforderten Anschlagsleistung von 68 000 Anschlägen. Wenige Jahre zuvor seien noch 10 000 Anschläge und zusätzliche Nebenarbeiten das verlangte Maß gewesen. Durch »Mehr-Zeilen-Prämien« würden die Sekretärinnen unter Leistungsdruck gestellt.¹⁷ Akkordarbeit oder Prämienlohn bedeuteten erhöhten Druck und wurden häufig als belastend wahrgenommen. Es gibt Hinweise, dass Frauen insgesamt von Akkordarbeit weit überproportional betroffen waren: So arbeiteten laut einer Umfrage unter Unternehmen mit bis zu tausend Beschäftigten in Bayern Frauen zu 41,75 Prozent, Männer dagegen nur zu 25,2 Prozent im Akkord- oder Prämienlohnsystem.¹⁸

Akkordarbeit und Teilzeitarbeit – wie in der oben geschilderten Variante der Hausfrauenschicht – waren nur zwei der Felder, in denen Arbeitszeitfragen zur Debatte standen, die Frauen in besonderem Maße betrafen. Eng verknüpft mit der Teilzeitarbeit war immer wieder die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit die Frage einer generellen Umverteilung von Arbeit und Arbeitszeit. Weitere Themen waren das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen sowie eine zunehmende Wochenend- und Sonntagsarbeit von Frauen. Zudem waren Frauen in besonderem Maße von der in den 1980er Jahren einsetzenden Flexibilisierungsoffensive betroffen, was neben einer Flexibilisierung von Arbeitszeiten auch die Zunahme von atypischen Beschäftigungen förderte.

Feministische Utopien vs. Beschäftigungseffekte – gewerkschaftliche Debatten über Arbeitszeitverkürzung

Bis Mitte der 1970er Jahre hatte sich bei Vollzeitbeschäftigten mit Tarifvertrag überwiegend die 40-Stunden-Woche durchgesetzt.¹⁹ Angesichts der durch die Ölpreiskrisen, den Strukturwandel und die Automatisierung rapide angestiegenen Arbeitslosigkeit sahen die Gewerkschaften seit Ende der 1970er Jahre unterschiedliche Formen der Arbeitszeitverkürzung (mehr Urlaub, Vermeidung und Begrenzung von Überstunden etc.) als zentrales Mittel an, um die Beschäftigtenzahlen wieder zu erhöhen. Im Mittel-

- 20 Brigitte Stahn-Willig/ Gerhard Bäcker, 35 Stunden sind immer noch zuviel. Arbeitszeitprobleme im Lebenszusammenhang von Frauen, in: WSI-Mitteilungen (37) 1984, H. 1, S. 14 – 23.
- 21 Udo Henken, Frauenarbeitsplätze, Ursachen für Belastungen liegen nicht nur bei den Frauen, in: Die Quelle, Nr. 6/1979, S. 351 – 352.
- 22 Brigitte Kassel, Differenz und Gleichheit. Zur Zeitpolitik der Gewerkschaft ÖTV als Geschlechterpolitik 1949 – 1989, in: Karl Christian Führer (Hrsg.), Tarifbeziehungen und Tarifpolitik in Deutschland im historischen Wandel, Bonn 2004, S. 201 – 223, hier S. 206.
- 23 Heribert Kohl/ Hartmut Seifert, Überlegungen zu einer zukunftsbezogenen Arbeitszeitpolitik. Gesellschafts-, arbeitsmarkt- und betriebspolitische Grundfragen, in: WSI-Mitteilungen 33 (1980), H. 1, S. 4 – 18.
- 24 Edeltraud Rimmel, DGB-Frauenkonferenz: Frauen spüren als erste Rationalisierungsfolgen, in: Die Quelle, Nr. 6/1981, S. 374 – 375.
- 25 Ursula Engelen-Kefer, 66. IAK bringt weiteren sozialen Fortschritt, in: Die Quelle, Nr. 7-8/1980, S. 431f.; DGB Grundsatzprogramm 1981, in: Die Quelle, Nr. 4/1981, S. 11 – 238.

punkt ihrer Bemühungen stand indes die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich durch die 35-Stunden-Woche. Höhepunkt war 1984 der Streik in der Metall- und Druckindustrie, der als größter Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik gilt. Mit der Einigung auf die 37,5-Stunden-Woche brachen die Gewerkschaften das »Tabu« der Arbeitgeber – eine Wochenarbeitszeit von unter 40 Stunden.

Die 35-Stunden-Woche war jedoch nicht nur gesellschaftlich umstritten, auch die Gewerkschaften waren in zwei Lager gespalten. Das eine Lager, zu dem die IG Metall, die IG Druck und Papier und die ÖTV gehörten, setzte sich für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein; das andere präferierte die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Regelungen wie den Vorruhestand ab 58 Jahren, für den sich die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und die IG Chemie-Papier-Keramik aussprachen. In Umfragen zeigte sich unter den Beschäftigten eine höhere Zustimmung zu den Vorruhestandsregelungen und Skepsis gegenüber der 35-Stunden-Woche. Allerdings scheint im Laufe der 1980er Jahre die Verkürzung der Wochenarbeitszeit an Zustimmung gewonnen zu haben. 1990 setzten IG Metall und IG Druck schließlich die Umsetzung der 35-Stunden-Woche bis 1995 durch.

Aufgrund der Konzentration auf die beschäftigungspolitischen Effekte der Arbeitszeitverkürzung und die kontroversen Debatten darüber, welche Form der Arbeitszeitverkürzung mehr Arbeitsplätze schaffen würde, gingen arbeitszeitpolitische Interessen von Frauen weitgehend unter. Zwar wurde argumentiert, dass Frauen von der 35-Stunden-Woche stärker profitieren würden als von einem früheren Renteneintritt, weil die verkürzte Wochenarbeitszeit für alle mehr Freiräume im Alltag schuf²⁰ – ein wichtiger Gewinn zumal für Frauen, weil diese (in einem Vier-Personen-

Haushalt) neben der Erwerbsarbeit zusätzlich ca. 30–40 Stunden unbezahlte Sorgearbeit leisteten.²¹ Aber in der öffentlichen Debatte kam die Geschlechterperspektive kaum vor. Das gilt in weiten Teilen auch für die gewerkschaftsinterne Diskussion, wie Brigitte Kassel für die ÖTV gezeigt hat, wo weibliche Perspektiven auf Arbeitszeitverkürzung in der Tarifkommission keine Rolle spielten und sogar der Bundesfrauenausschuss diese »eher zweitrangig« behandelte. Eine Ausnahme stellte allein die gezielte Ansprache von Frauen durch die ÖTV im Rahmen der Kampagne für die 35-Stunden-Woche dar.²² Schon 1980 erschien deshalb ein kritischer Beitrag in den WSI-Mitteilungen, der Zeitschrift des DGB-eigenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI): Der Fokus auf die beschäftigungspolitischen Aspekte der Arbeitszeitverkürzung blende andere Fragen, wie die Lage von Familien oder die Doppelbelastung von Frauen, aus.²³

Diejenigen, die die ungleiche Arbeitszeitverteilung problematisierten, forderten deshalb eine viel radikalere Verkürzung der Wochenarbeitszeit, nämlich die 30-Stunden-Woche bzw. den 6-Stunden-Tag. Nur so könne die geschlechtergerechte Verteilung von Arbeitszeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingen.²⁴ Es waren meist Frauen oder Frauengremien in den Gewerkschaften sowie Wissenschaftler:innen, insbesondere aus dem WSI, die diese Position vertraten. Die zentralen Forderungen der Gewerkschaften beeinflussten sie nicht. Zwar beschloss der DGB-Bundeskongress 1978 die Forderung nach »partnerschaftlicher Teilhabe von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen« und das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Arbeitswelt und Gesellschaft fand Eingang in das 1981 verabschiedete Grundsatzprogramm,²⁵ aber in der Arbeitszeitpolitik bzw. in Tarifauseinandersetzungen schlug sich dies nur begrenzt nieder. Dies lag zum einen an dem androzentrischen Charakter der Gewerkschaften – dazu später mehr –,²⁶ zum anderen aber daran, dass schon die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche größter Kraftanstrengung bedurfte, wie die DGB-Abteilung Tarifpolitik 1990 feststellte. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf lasse sich zwar nur mit einer 30-Stunden-Woche herstellen, so die Abteilung, aber diese sei nur längerfristig erreichbar. Deshalb forderte das DGB-Konzept für eine »moderne Normalarbeitszeit« zunächst vor

26 Ingrid Artus, Wenn Frauen* streiken ... – Zur Vergeschlechtlichung von Arbeitskämpfen, in: dies. u. a. (Hrsg.), Arbeitskämpfe sind Geschlechterkämpfe. Sozialwissenschaftliche und historische Perspektiven, Münster 2020, S. 75–97, hier S. 92.

- 27 Norbert Hüsson, Perspektiven. Auf zur 30-Stundenwoche?, in: Die Quelle, Nr. 5/1990, S. 23.
- 28 Arbeitszeiten. Beruf und Familie – Thema für Tarifpolitiker, in: Die Quelle, Nr. 9/1990, S. 21.
- 29 Maria Weber, Die Gleichberechtigung der Frauen und Männer muß verwirklicht werden, in: Die Quelle, Nr. 1/1979, S. 12.
- 30 Engelen-Kefer, DGB, an Sybille Stamm, IG Medien, 15.2.1991, AdsD, DGB-Buvo, Abteilung Frauen, 5/DGAR001584.
- 31 https://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/art_31.html [4.3.2022].
- 32 DGB-Forderungen an Einigungsvertrag. Eine neue Verfassung für Deutschland, in: Die Quelle, Nr. 9/1990, S. 28 f.
- 33 Engelen-Kefer, DGB, In der Krise keine Konjunktur? – Betriebliche Gleichstellungspolitik und Anforderungen an Gesetzgeber und Tarifpolitik, Veranstaltung der IG Metall-Bezirksleitung Stuttgart, 16.5.1995, AdsD, DGB-Buvo, Sekretariat Ursula Engelen-Kefer, 5/DGDY000038.
- 34 Engelen-Kefer, Material für die Presse für das Hintergrundgespräch veranstaltet von der ASF, 1.12.1995, S. 3 f., AdsD, DGB-Buvo, Sekretariat Ursula Engelen-Kefer, 5/DGDY000038.

allein die 35-Stunden-Woche, mehr Erziehungsurlaub und Wahlmöglichkeiten zwischen Voll- und Teilzeit.²⁷

Tarifverträge sahen lange keine spezifischen Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor. Erst 1990 stellte eine Studie des WSI fest, dass es zunehmend tarifliche Regelungen zu erziehungsfreundlicher Erwerbsarbeit gebe: Zuerst hätten diese im Bereich Handel und Banken Einzug gehalten, seit 1989 auch im Metallbereich. Dabei ging es allerdings im Wesentlichen um ein Recht auf Wiedereingliederung nach einer Erziehungspause, was meist noch an eine mehrjährige Betriebszugehörigkeit geknüpft war und vor allem von Frauen in Anspruch genommen wurde.²⁸ Diese Regelungen stellten die Unterteilung zwischen männlicher Vollzeit- und weiblicher Teilzeitarbeit nicht infrage, verbesserten aber die Lage von Frauen. Dass die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hier eine Vorreiterrolle einnahm, erklärt sich wohl durch den hohen Frauenanteil unter den Beschäftigten in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten waren nicht zuletzt dadurch beschränkt, dass viele Maßnahmen, die nachhaltige Veränderungen im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit versprachen, nicht Gegenstand von Tarifverhandlungen sein konnten, sondern in die Zuständigkeit des Gesetzgebers fielen: etwa Regelungen zum Mutterschutz, Freistellungen zur Kindererziehung (Erziehungsurlaub, ab 2001 Elternzeit) oder das Recht auf Kinderbetreuung. In diesen Fragen vertraten die Gewerkschaften die Interessen der Beschäftigten als Akteur im politischen Diskurs und nahmen durch öffentliche Stellungnahmen und Beschlüsse oder durch ihr Einwirken auf politische Parteien – insbesondere die SPD – Einfluss. So setzte sich der DGB seit 1959 für Sonderurlaub zur Kinderbetreuung ein und forderte immer wieder einen Ausbau

von Kinderbetreuungseinrichtungen.²⁹ Auch hatte der DGB laut seiner damaligen stellvertretenden Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer maßgeblich mit darauf hingewirkt, dass im deutsch-deutschen Einigungsvertrag der Artikel 31 zu Familie und Frauen aufgenommen wurde.³⁰ Dieser mahnte eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an: »Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, angesichts unterschiedlicher rechtlicher und institutioneller Ausgangssituationen bei der Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern die Rechtslage unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gestalten.«³¹ Die Gewerkschaftsfrauen hatten sich angesichts der höheren Erwerbsquote von Frauen in der DDR und eines größeren Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen einen positiven Effekt durch die Deutsche Einheit erhofft,³² waren wenige Jahre später aber ernüchtert. In Westdeutschland fehlten weiterhin Kinderbetreuungseinrichtungen, im Osten seien viele geschlossen worden oder forderten zu hohe Gebühren. Erwerbsarbeit von Frauen sei so nur eingeschränkt möglich.³³

Freilich erfolgten zentrale Aushandlungsprozesse nicht allein im öffentlichen, sondern im privaten Raum bzw. in einem komplizierten Geflecht aus gesellschaftlichem und medialem Diskurs, Gesetzesänderungen und individueller bzw. familialer Praxis. Wenn sich die geschlechtsspezifische Aufgabenverteilung in den Familien nicht änderte oder aus diesen nicht zumindest der Wunsch nach einer gleichberechtigten Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit kam, dann halfen tarifvertragliche und gesetzliche Regelungen allein nicht weiter. So erklärte Ursula Engelen-Kefer 1995, Vereinbarkeit dürfe nicht länger nur als Problem von Frauen, sondern müsse auch als Chance für Männer und für die Gesellschaft gesehen werden, und kritisierte deutlich die Zurückhaltung der Väter bei der Kinderbetreuung: Es sei unverständlich, dass ein Geschlecht »so wenig vehement seinen Anspruch anmeldet, Kinder nicht nur haben zu wollen, sondern auch mit ihnen leben zu wollen«.³⁴



1992 rückte die DGB-Zeitschrift *die Quelle* erstmals Männer in den Mittelpunkt bei der Frage der Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit. *Quelle: Die Quelle*, Nr. 1/1992.

- 35 Rose-Marie Christ, Fahrstuhl nach oben blockiert, in: Die Quelle, Nr. 1/1992, S. 7 f.
- 36 Mattes, Krisenverliererinnen, S. 131; von Oertzen, Teilzeitarbeit.
- 37 Ursula Engelen-Kefer, BA-Statistik enthält Doppelzählungen bei Erwerbstätigen, in: Die Quelle, Nr. 11/1986, S. 618 f.; Karl Schoer, Teilzeitbeschäftigung in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 39 (1986), H. 1, S. 21–29.
- 38 Erich Ott, »Neue Arbeitszeitpolitik« und Job-Sharing. Bedingungen, Interessen und Gefährdungen einer Individualisierung der Arbeitszeit, in: WSI-Mitteilungen 35 (1982), H. 3, S. 163–175.
- 39 Bernhard Teriet, Job Sharing – eine neue Form der Arbeitsvertragsgestaltung, in: PERSONAL. Mensch und Arbeit, Heft 6/1977, S. 214–217.
- 40 SWF I, Wieviel Arbeit braucht der Mensch?, 27.7.1981, AdsD, Bestand DGB-Buvo, Abteilung Arbeitsmarktpolitik, 5/DGAP000059.
- 41 Dpa, Job-Sharing, o. D. [ca. November 1981], AdsD, Bestand DGB-Buvo, Abteilung Arbeitsmarktpolitik, 5/DGAP000059.
- 42 Job-Sharing taugt nicht zum Abbau der Frauenerbeitslosigkeit, in: Frankfurter Rundschau, 14.9.1981.

Allerdings waren auch die Gewerkschaften in dieser Frage kaum treibende Kraft: Zwar wurden Beschlüsse gefasst und Diskussionsbeiträge mit weitreichenden Forderungen publiziert, aber in der Breite setzte sich dies in den Organisationen lange nicht durch. So richtete sich in der gewerkschaftsinternen Debatte der Blick ebenfalls lange Zeit nicht auf die Männer. Erst 1992 erschien erstmals der »neue Mann« auf dem Titelblatt der DGB-Funktionärszeitschrift und in einem Artikel wurde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus männlicher Perspektive beleuchtet und problematisiert, dass nur wenige Männer in Teilzeit gingen oder Erziehungsurlaub nähmen.³⁵

Zwischen Ablehnung und Gestaltung: Gewerkschaftliche Positionierungen zu Teilzeitarbeit

Teilzeitarbeit ist schon lange eine Frauendomäne. Schon in den 1950er Jahren hatten Frauen als Teilzeitarbeitskräfte verstärkt auf den Arbeitsmarkt gedrängt. Der Grund für die Zunahme dieser Arbeitsverhältnisse lag zum einen darin, dass Frauen vermehrt zum Haushaltseinkommen beitragen wollten oder mussten. Der Zuverdienst von Frauen, zumal von Müttern, blieb freilich politisch höchst umstritten, und auch die Frage, ob die Entscheidung zur Aufnahme einer Teilzeitarbeit dem Wunsch nach »Selbstverwirklichung« oder materieller Notwendigkeit entsprang, wurde debattiert. Zum anderen hatten die Arbeitgeber seit Ende der 1950er Jahre großes Interesse an weiblichen Teilzeitbeschäftigten, weil sie Arbeitskräfte benötigten.³⁶ In den 1970er Jahren veränderte sich die Situation. Teilzeitarbeit nahm weiter zu, zwischen 1976 und 1985 stieg die Anzahl von Teilzeitverhältnissen

von 450 000 auf 1,87 Millionen. Der Frauenanteil lag hier im Jahr 1983 bei 90 Prozent.³⁷ Die Rahmenbedingungen hatten sich jedoch grundlegend gewandelt. Durch die hohe Zahl an Arbeitslosen erschien eine Steigerung der weiblichen Erwerbsquote aus Arbeitgebersicht nicht mehr erforderlich. Es ging nunmehr weniger darum, mit Teilzeitstellen bis dahin erwerbslose Frauen in Beschäftigung zu bringen, sondern eher um eine Umverteilung von Arbeit. So wurden die Teilzeittenden der 1980er und 1990er Jahre von konservativer Seite vor allem als probates Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angesehen und mit dieser Begründung von der CDU/CSU, den Bundesregierungen unter Helmut Kohl sowie von den Arbeitgeberverbänden forciert. Die Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitstellen sollte Kosten sparen und gleichzeitig mehr Menschen eine Erwerbstätigkeit ermöglichen. Verbunden wurde dies mit der Debatte um die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, was suggerierte, Beschäftigte könnten durch Teilzeitarbeit ihre Arbeitszeit individueller gestalten. Ein Beispiel hierfür ist das 1981 von CDU/CSU vorgeschlagene Modell des Job-Sharing, nach dem sich zwei Beschäftigte einen Vollzeitarbeitsplatz teilen und die Arbeitszeiten nach ihren individuellen Vorstellungen unter sich regeln sollten.³⁸

Auch der Mitarbeiter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Bernhard Teriet, der sich seit den 1970er Jahren für eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten einsetzte, sah darin ein Instrument, um den Beschäftigten zu größerer Zeitsouveränität zu verhelfen, und die Medien entdeckten die Idee von einem Leben mit wenig Erwerbsarbeit und viel Freizeit zunehmend als Thema.³⁹ Letzteres lag vermutlich daran, dass die Frage, wie viel Arbeit der Mensch brauche – so erörtert in einem Radiobeitrag über das Job-Sharing –⁴⁰ in akademischen Kreisen auf Interesse stieß. Umfragen zeigten, dass es vor allem höherqualifizierte Menschen mit höherem Einkommen waren, die sich für diese besondere Form der Teilzeit interessierten.⁴¹ Für die Kernklientel der Gewerkschaften, die industriellen Facharbeiter, war das Modell weniger interessant, weil ihr geringeres Einkommen die damit verbundenen finanziellen Einbußen kaum zuließ. Denn Job-Sharing bedeutete im Gegensatz zur 35-Stunden-Woche Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und zudem häufig Leistungsverdichtung – gerade für Frauen.⁴²

Für die allermeisten Frauen brachte Teilzeitarbeit gewiss keinen Zuzug an Freizeit, sondern eher eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbs-

- 43 Arthur Baier / Andreas Balog, Fallstudien über Gleitzeitregelung, in: WSI-Mitteilungen 39 (1986), H. 2, S. 77 – 86.
- 44 DIW, Frauen in Familie und Beruf im Wochenbericht des DIW Nr. 29/1990, S. 400 – 409, AdSD, DGB-Buvo, Abt. Frauen, 5/DGAR001584.
- 45 Gerhard Bäcker, Teilzeitarbeit und individuelle Arbeitszeitflexibilisierung. Festschreibung der Benachteiligung von Frauen im Beruf und Familie, in: WSI-Mitteilungen 1981 (34), H. 4, S. 194 – 203.
- 46 Ingrid Kurz-Scherf, Zum Stellenwert der Teilzeitarbeit in einer emanzipatorischen Arbeitszeitpolitik, in: WSI-Mitteilungen 38 (1985), H. 11, S. 659 – 668.
- 47 Ingrid Kurz-Scherf, Mitbestimmung durch Tarifvertrag. Konzeptionelle und praktische Ansätze zur Begrenzung unternehmerischer Entscheidungsgewalt durch gewerkschaftliche Tarifmacht, in: WSI-Mitteilungen 39 (1986), H. 3, S. 185 – 201.
- 48 Urteil EuGH, 171/88, 13.7.1989; Ullrich Schauen, Schützenhilfe vom Eu gh ha, in: Die Quelle, Nr. 3/1991, S. 14.

und Sorgearbeit, wie auch gewerkschaftliche Berichte immer wieder belegten. Frauen entschieden sich aus pragmatischen Erwägungen für Hausfrauenschichten oder erste Modellprojekte der Heimarbeit, weil sie sich so besser um Haushalt und Familie kümmern konnten. Unter dem gleichen Aspekt betrachteten sie auch flexible Arbeitszeiten. Einer österreichischen Studie zufolge favorisierten Frauen Modelle wie Gleitzeit in erster Linie, weil sie es ihnen erleichterten, ihre familiären Verpflichtungen zu erledigen; Männer gaben deutlich häufiger Freizeitpläne an.⁴³ Für erwerbstätige Frauen führte die Doppelbelastung hingegen laut Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) dazu, dass sie praktisch gar keine Freizeit hatten.⁴⁴

Innerhalb der Gewerkschaften zeigten sich in Fragen der Teilzeitpolitik unterschiedliche Konfliktlinien. In den 1970er und frühen 1980er Jahren dominierte in den Frauenabteilungen die Position, dass die Ausweitung von Teilzeitstellen strikt abzulehnen sei, weil sie den Abbau von Vollzeitstellen und damit eine Zementierung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Länge und Verteilung der Arbeitszeiten nach sich ziehe. Zudem bedeutete Teilzeit, wie eingangs dargelegt, geringere Karrierechancen und eine niedrige Rente. Allerdings standen die Gewerkschaften vor dem Problem, dass die scharfe Ablehnung von Teilzeitarbeit sie in Konflikt mit weiblichen Beschäftigten brachte, die eben genau diese Stellen nachfragten. So warnte der Sozialwissenschaftler Gerhard Bäcker 1981 in den WSI-Mitteilungen zwar vor einem Ausbau von Teilzeitstellen, merkte aber zugleich an, dass diese wegen der hohen Nachfrage nicht abgebaut werden könnten, weil Frauen oft gezwungen seien, diese Stellen anzunehmen. Deshalb sei einerseits ein besserer Schutz der Teilzeitbeschäftigten nötig, andererseits eine bessere

Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit Frauen auch Vollzeitstellen annehmen könnten.⁴⁵

Diese Wortmeldung aus dem WSI stellte keinen Einzelfall dar. Das Institut war ein gewerkschaftlicher Akteur, der wiederholt eine neue Teilzeitpolitik der Gewerkschaften anmahnte. So verlangte etwa Ingrid Kurz-Scherf 1984, damals wissenschaftliche Referentin im WSI, die Gewerkschaften müssten die gesellschaftlichen Bedarfe erkennen, als langfristiges Ziel aber eine allgemeine und einheitliche Verkürzung der Arbeitszeit anstreben.⁴⁶ Zwei Jahre später forderte sie sogar ein Recht auf Teilzeit und entsprechende tarifvertragliche Regelungen.⁴⁷ Die im Vergleich zu anderen gewerkschaftlichen Publikationen feministische Ausrichtung des WSI spiegelte vermutlich den Einfluss von Kurz-Scherf wider, die innerhalb der Gewerkschaften in den 1980er Jahren zu einer der wichtigsten Expertinnen für Arbeitszeitfragen avancierte und in den meisten Arbeitsgruppen zu dem Thema vertreten war. Aber auch jüngere männliche Sozialwissenschaftler wie der erwähnte Gerhard Bäcker und Hartmut Seifert beschäftigten sich mit dem Thema.

Zum Schutz von Teilzeitbeschäftigten setzten die Gewerkschaften auf rechtlichem Wege einige Verbesserungen durch, indem sie betroffene Frauen vor Gericht bei Klagen gegen ihre Arbeitgeber unterstützten. So urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) Anfang der 1990er Jahre in mehreren Fällen, dass schlechtere Arbeitsbedingungen für Teilzeitbeschäftigte unzulässig waren. Er begründete dies mit dem sehr hohen Frauenanteil unter Teilzeitbeschäftigten, weshalb eine Schlechterstellung von Teilzeitbeschäftigten zugleich eine Diskriminierung von Frauen bedeute, die nach Artikel 119 des EWG-Vertrags verboten war. Geklagt hatten teilzeitbeschäftigte Sekretärinnen der Universität Hamburg, deren Aufstieg in der Erfahrungsstufe im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten erst nach der doppelten Zeit erfolgte, sowie eine teilzeitbeschäftigte Reinigungskraft, die keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erhielt.⁴⁸

Im Fall der Sekretärinnen erklärte der EuGH, dass der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) in diesem Punkt ungültig sei. Dies stellte aus gewerkschaftlicher Sicht einen Erfolg dar, wirft aber zugleich Fragen auf: Die ÖTV hatte diesen Tarifvertrag mit ausgehandelt, aber erst 1988 den gleichen Stufenaufstieg erwirkt. Hatte sie die Problematik der entsprechenden Regelung für Teilzeitkräfte vorher nicht erkannt oder hatte sie eine Änderung nicht

49 Ebd.

50 Ursula Engelen-Kefer, Arbeitsmarktpolitische Auswirkungen ungeschützter Arbeitsverhältnisse, in: Die Quelle, Nr. 1/1987, S. 34 f.

51 G. P., Streitgespräch mit Norbert Blüm, CDA-Kollege: »Uns blutet oft das Herz bei deiner Politik«, in: Die Quelle, Nr. 11/1986, S. 595.

52 Karl Kehrmann, »Beschäftigungsförderungsgesetz«. Schlechte Erfahrungen mit einem neuen Gesetz gegen die Arbeitnehmer, in: Die Quelle, Nr. 6/1986, S. 333 f.

53 Norbert Hüsson, Freiheit – nein danke, in: Die Quelle, Nr. 2/1992, S. 14.

54 Artus, Frauen*, S. 92; Alicia Gorny, »Unsichtbare Motoren«? Die Fraueninitiative Hattingen, in: Artus u. a., Arbeitskonflikte, S. 184–198. Siehe auch: Uwe Fuhrmann, Gewerkschafterinnen in der Erinnerungskultur der Gewerkschaften, in: Stefan Berger / Wolfgang Jäger / Ulf Teichmann (Hrsg.), Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie. Welche Rolle spielen soziale Kämpfe in der Erinnerungskultur?, Bielefeld 2022, S. 161–185.

durchsetzen können? Dies ist eine Frage, die über den Einzelfall hinausweist. Eine Studie von Heide Pfarr und Klaus Bertelsmann identifizierte 1983 zahlreiche weitere Regelungen in Tarifverträgen, durch die Teilzeitbeschäftigte – und damit in erster Linie Frauen – benachteiligt würden, so z. B. bei Pausenregelungen, Urlaubsgeld, Schichtzulagen oder freien Tagen. Laut einem Artikel in der DGB-Funktionärszeitschrift *Die Quelle* von 1991 wurden diese Diskriminierungen erst allmählich getilgt. Die ÖTV habe etwa erst 1991 die tarifliche Gleichbehandlung von Voll- und Teilzeitkräften durchgesetzt.⁴⁹ Dies legt die Vermutung nahe, dass die Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen die Rechte von Teilzeitbeschäftigten lange Zeit nicht ausreichend im Blick hatten.

Nicht nur von der Teilzeitarbeit, auch von der Ausdehnung atypischer Beschäftigungsverhältnisse seit den 1980er Jahren waren weibliche Beschäftigte besonders betroffen. Hier markierte 1985 das Beschäftigungsförderungsgesetz der christlich-liberalen Bundesregierung unter Helmut Kohl einen Einschnitt, weil es Befristungen, Leiharbeit und geringfügige Beschäftigungen erleichterte. Die Gewerkschaften berichteten in der Folge über die Zunahme ungeschützter Arbeitsverhältnisse: Bis 1987 habe sich etwa die Befristungsquote auf 8 Prozent verdoppelt.⁵⁰

Gerade in Branchen mit hohem Frauenanteil war ein Anstieg zu beobachten, wie in der Textilbranche, wo 1986 67,4 Prozent der befristet Beschäftigten Frauen waren. Durch die Befristungen würden die Beschäftigten zu »Arbeitnehmern 2. Klasse«, klagte die Gewerkschaft Textil und Bekleidung, weil sie befürchten müssten, nicht in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen zu werden. Diese Angst führe vielfach zu einer Intensivierung der Arbeit, etwa zum Verzicht auf Pausen, und könne weibliche Beschäftigte sogar zum

Abbruch einer Schwangerschaft treiben.⁵¹ Im Einzelhandel erfolgte eine Ausdehnung der kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit (KAPOVAZ), also der Arbeit auf Abruf – eine der radikalsten Formen der Flexibilisierung und Gegenstand heftiger Kritik vonseiten der HBV. Auch hier waren vor allem Frauen betroffen.⁵²

Für den Bereich der Gebäudereinigung forderte die IG BAU 1992 die Abschaffung geringfügiger Beschäftigung. Von 700 000 Beschäftigten in dieser Branche waren 500 000 geringfügig beschäftigt, davon waren 90 Prozent Frauen.⁵³

Diese Beispiele zeigen, dass die gewerkschaftliche Orientierung am Normalarbeitsverhältnis nicht nur zum Nachteil von Frauen war. Während dies zwar für die Fokussierung auf Vollzeitstellen zutreffend ist, nutzte Frauen der Einsatz gegen atypische Beschäftigungen durchaus, weil sie von dem Abbau der Schutzrechte in besonderem Maße betroffen waren. Gleichwohl müsste genauer untersucht werden, wie erfolgreich die Gewerkschaften mit diesem Engagement waren. Insgesamt standen die Zeitinteressen von Frauen, wie sich an der Debatte um Arbeitszeitverkürzung in den 1980er Jahren ablesen lässt, allerdings nicht im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Aktivitäten.

»Nicht nur samstags gehört Vati mir« – geschlechtsspezifische Arbeitszeitkonflikte in den Gewerkschaften

Die Vernachlässigung von frauenspezifischen Interessen in der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik stand im Kontext einer umfassenden männlichen Ausrichtung der Gewerkschaften. Dazu gehörten neben einer überwiegend männlichen Mitgliedschaft männerbündische Strukturen, männlich geprägte Narrative, eine Orientierung an männlichen Interessen und eine männlich geprägte Erinnerungskultur.⁵⁴ Vor diesem Hintergrund erschienen Frauen als Sonderfall und galten als schwer organisierbar. Alicia Gorny zeigt indes am Beispiel der Textilbranche, dass Frauen keineswegs generell schwerer für gewerkschaftliche Belange zu gewinnen waren. Die Gründe für die geringere Sichtbarkeit von Frauen in Arbeitskämpfen und Gewerkschaften seien vielmehr in der besagten androzentrischen Ausrichtung der gewerkschaftlichen Strukturen und Praktiken zu

55 Alicia Gorny, Frauen und Gewerkschaften. Ein Plädoyer für eine Neuperspektivierung in der Gewerkschaftsgeschichte am Beispiel der Frauen in der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (1949–1998), <https://hiko.hypothesen.org/659> [11.4.2022]. Gorny arbeitet an einer Dissertation über »Die Unorganisierbaren«. Weibliche Gewerkschaftsarbeit in der Bekleidungsindustrie, im Bergbau und der Metallindustrie. <http://www.isb.ruhr-uni-bochum.de/mitarbeiter/aliciagorny.html> [20.5.2022].

56 Rose-Marie Christ, Dokumentation der Gewerkschaft Textil-Bekleidung. »Ich habe gemerkt, daß sich etwas bewegt.«, in: Die Quelle, Nr. 11/1985, S. 611.

57 Frauenförderpläne. NGG und ÖTV beschließen Konzepte für Frauen, in: Die Quelle, Nr. 1/1987, S. 59; Ende der Goodwill-Tour?, in: Die Quelle, Nr. 6/1991, S. 28 f.

58 Rose-Marie Christ, DGB: Neuen Themen und Gruppen öffnen, in: Die Quelle, Nr. 6/7/1990, S. 3; Klaus Lohrlein, Das Plus ist weiblich, in: Die Quelle Nr. 7/8/1991, S. 19.

59 Rose-Marie Christ, Der 1. Mai wird zum »Tag der Frau«, in: Die Quelle, Nr. 6/1992, S. 14.

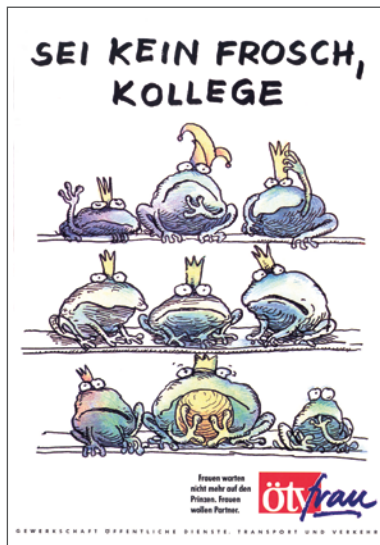
60 Rose-Marie Christ, »Das Patriarchat schlägt zurück«, in: Die Quelle, Nr. 10/1992, S. 18.

suchen.⁵⁵ Zudem schilderten Gewerkschafterinnen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, wie schwierig es war, Erwerbsarbeit, Familie und gewerkschaftliche Arbeit miteinander zu vereinbaren: Sie berichteten von Schuldgefühlen und Problemen, wenn der Ehemann ihre Arbeit nicht unterstützte.⁵⁶ Die Dreifachbelastung dieser Frauen bedeutete, dass die Ehemänner die Sorgearbeit übernehmen mussten, wenn ihre Frauen an abendlichen Sitzungen oder an mehrtägigen Gewerkschaftskongressen teilnahmen. Der niedrigere Organisationsgrad und erst recht der niedrigere Anteil von Frauen auf der Funktionärschicht erklärt sich auch aus diesen Zeitkonflikten. Hinzu kam, dass viele der frauenspezifischen Arbeitszeitfragen vor allem in den Frauenabteilungen der Gewerkschaften und des DGB erörtert wurden, deren Positionen und Expertise aber nicht in die allgemeinen Arbeitszeitdebatten innerhalb des DGB einfließen. Diese wurden federführend von verschiedenen Fachabteilungen entwickelt, die Frauenabteilungen blieben außen vor.

Dies begann erst seit Ende der 1980er Jahre allmählich aufzubrechen. So verabschiedeten 1987 die NGG und die ÖTV erste Frauenförderpläne, 1991 folgte auch der DGB.⁵⁷ Bei seinem Bundeskongress 1990 hatte der gewerkschaftliche Dachverband erkannt, dass er sich weiteren Gruppen öffnen müsse, neben Frauen auch Jugendlichen und Angestellten. Seit Jahren kamen Mitgliederzuwächse vor allem durch den Eintritt von Frauen zustande, 1990 waren 74 Prozent der neuen Mitglieder weiblich, auch wenn der Frauenanteil insgesamt mit 24,4 Prozent immer noch überschaubar war.⁵⁸ Diese Entwicklung hing auch mit der Deutschen Einheit und dem höheren Anteil von



Die Frauenabteilung der ÖTV wandelte 1996 das bekannte Plakat des DGB aus den 1950er Jahren »Samstags gehört Vati mir« um und kritisierte damit auch die von den Gewerkschaften bekräftigte ungleiche Verteilung von Sorgearbeit. Quelle: ÖTV frau, Postkarte, 1996.



In den 1990er Jahren kritisierte die Frauenabteilung der ÖTV mit einer Postkartenserie die bestehenden Geschlechterverhältnisse – auch in den Gewerkschaften. Quelle: ÖTV frau, Postkarte, 1996.

erwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland zusammen. Die gewerkschaftliche Publizistik berichtete nun, dass der vermehrte Einzug von Frauen in Betriebsräte die Frauenförderung in den Betrieben forciert und etwa die Durchsetzung familienfreundlicher Arbeitszeiten befördert habe. In den Jahren 1992 bis 1994 propagierte der DGB die Kampagne »Frau geht vor«, die auch Arbeitszeitfragen adressierte, etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder geringfügige Beschäftigungen.⁵⁹

Diese neue Offensive war Ausdruck eines sich allmählich wandelnden Selbstverständnisses. Allerdings verlief dieser Wandlungsprozess nicht ohne Konflikte. Frauen außerhalb des DGB kritisierten, der Verband gehe das Thema zu zaghaft an, und auch innerhalb der Gewerkschaften waren Tempo und Verlauf umstritten.⁶⁰ Ein Beispiel für die internen Konflikte waren die Auseinandersetzungen um das Motto für den 1. Mai 1993. Das ursprünglich vorgesehene Motto »Frau geht vor« wurde wieder zurückge-

nommen. Das lag wohl nicht nur an den rassistischen Morden und Ausschreitungen in Mölln und Rostock-Lichtenhagen, die das Land 1992 erschüttert hatten, sondern auch an der Intervention des IG Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler, der argumentierte, das Motto solle alle Beschäftigten repräsentieren. Der neue Slogan lautete: »Zeichen setzen: Für Gleichberechtigung, Toleranz und Gerechtigkeit«. Frauen im DGB waren enttäuscht, zeigte der Vorgang doch aus ihrer Sicht erneut, dass Frauen in der Gewerkschaft nicht ernst genommen und übergangen würden. Ein Mitarbeiter des DGB-Vorsitzenden wies dies zurück.⁶¹ Auch unter den Frauen in den Gewerkschaften kam es zu Konflikten, etwa zwischen der stellvertretenden Vorsitzenden Engelen-Kefer und den Vertreterinnen der Frauenabteilungen in den Gewerkschaftsvorständen. Auch wenn Engelen-Kefer rückblickend selbstkritisch bilanzierte, sie habe die Frauenpolitik nicht mit dem gleichen Nachdruck verfolgt wie andere Themen,⁶² hat sie doch entscheidend dazu beigetragen, dass frauenpolitische Themen stärker auf die gewerkschaftliche Tagesordnung rückten.

Fazit

Der Blick auf die gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik aus Geschlechterperspektive offenbart ambivalente Entwicklungen. Einerseits waren die Gewerkschaften bemüht, sich ein Bild über geschlechtsspezifische Aspekte von Arbeitszeitfragen zu machen, und engagierten sich auch für die spezifischen Interessen weiblicher Beschäftigter. Der Fokus auf das Normalarbeitsverhältnis, so sehr dieses auch auf den männlichen Vollzeitarbeiter zugeschnitten war, kam durchaus auch Frauen zugute, etwa wenn sich die Gewerkschaften

61 Günther Horzetzky, Frauenoffensive wird fortgeführt; Leserbrief, in: Die Quelle Nr. 1/1993, S. 4f.

62 Sibylle Plogstedt, Mit vereinten Kräften. Die Gleichstellungsarbeit der DGB-Frauen in Ost und West (1990–2010), Gießen 2015, S. 88–90.

gegen die Ausdehnung atypischer Beschäftigungen stemmten. Denn das Normalarbeitsverhältnis war zwar männlich codiert, aber eben auch durch Sozialversicherungspflicht, unbefristete Beschäftigung und eine direkte Anstellung beim Arbeitgeber statt Leiharbeit gekennzeichnet, und die Deregulierung in diesen Fragen traf oft in erster Linie Frauen. Andererseits führte die gewerkschaftliche Orientierung an Vollzeitstellen dennoch zu einer Vernachlässigung der Interessen weiblicher Beschäftigter in puncto Arbeitszeiten: Bei den Debatten um Arbeitszeitverkürzung ging es in erster Linie um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nicht um Geschlechtergerechtigkeit, und zudem wurde die Gestaltung von Teilzeitarbeit lange vernachlässigt. Dies korrespondierte mit dem androzentrischen Charakter der Gewerkschaften.

Lange blieb es in den Gewerkschaften weitgehend Frauen vorbehalten, Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu thematisieren. Erst in den 1990er Jahren brach dies allmählich auf. Dies lag vermutlich an mehreren Faktoren: Der Anteil der weiblichen Mitglieder wuchs, und auch die Anzahl von Frauen, die in den Gewerkschaften Funktionen übernahmen, stieg an. Gerade in einflussreichen Positionen waren es vor allem Frauen, die sich für frauenpolitische Themen stark machten, etwa Rose-Marie Christ als Redakteurin der Funktionärszeitschrift *Die Quelle* oder Ursula Engelen-Kefer als stellvertretende DGB-Vorsitzende. Zudem erkannte der DGB, dass er sich angesichts stagnierender Mitgliederzahlen für neue Gruppen öffnen und für deren Belange einsetzen musste, darunter auch Frauen. Erst 2022 jedoch wählte der Dachverband der deutschen Gewerkschaften mit Yasmin Fahimi erstmals eine weibliche Vorsitzende an seine Spitze. Die in jüngster Zeit zunehmende Zahl von Streiks in Branchen mit hohem Frauenanteil, etwa der Erziehungsbereich oder die Pflege, bestätigt, dass von einer grundsätzlichen Unorganisierbarkeit von Frauen in Gewerkschaften keine Rede sein kann. Allerdings zeigt der Blick auf die ungleiche Verteilung von Arbeitszeit, dass wir von Geschlechtergerechtigkeit immer noch weit entfernt sind.

- Dr. Alexandra Jaeger, bis März 2022 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), ist Referentin für Public History im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. (FES).

LUCY DEBUS, LISA HELLRIEGEL
UND JONAS JAKUBOWSKI

■ ZWISCHEN FORSCHUNG,
VERMITTLUNG UND
POLITISCHEM ENGAGEMENT:
DIE INIATIAIVE DESSAUER
UFER



Das Lagerhaus G am Dessauer Ufer. Foto: Initiative Dessauer Ufer.

- 1 Initiative Dessauer Ufer,
<https://initiatedessauerufer.noblogs.org> [10.1.2022].
- 2 Lucy Debus u. a., Lagerhaus G – Gedenken ohne Gedenkstätte? Geschichtsvermittlung auf dem Kleinen Grasbrook in Hamburg, in: Zeitschrift für christlich-jüdische Begegnung im Kontext 6 (2020), H. 1/2, S. 76–81, <https://ojs2.uni-tuebingen.de/ojs/index.php/cjbk/article/view/447/535>.

ZWISCHEN FORSCHUNG, VERMITTLUNG UND POLITISCHEM ENGAGEMENT: DIE INITIATIVE DESSAUER UFER

Das Lagerhaus G auf dem Kleinen Grasbrook in Hamburg wurde in den Jahren 1903 bis 1907 unter Leitung der Hamburger Freihafen-Lagerhaus-Gesellschaft, Vorgängerin der heutigen Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA), im Zuge der Hafenerweiterung nach Süden gebaut und zunächst als Lager für Kolonialwaren genutzt. Im Zweiten Weltkrieg funktionierten SS und Wehrmacht das Gebäude zur Unterbringung von KZ-Häftlingen und italienischen Militärinternierten (IMI) um. In den Jahren 1944/45 diente es als eines von über 80 Außenlagern des KZ Neuenhamme. Das Gebäude ist weitgehend erhalten, für die Öffentlichkeit jedoch kaum zugänglich. Es befindet sich an der Grenze des entstehenden Stadtteils Grasbrook und der Stadtteile Veddel und Wilhelmsburg.

2017 hat sich die Initiative Dessauer Ufer (IDU)¹ gegründet. Personen mit verschiedenen Hintergründen – unter anderem Historiker*innen, Künstler*innen, Stadtteilaktive und Architekt*innen – setzen sich in der IDU für den Erhalt und die Gestaltung des Lagerhaus G ein. Zu den wichtigsten Zielen zählt die Einrichtung eines Lern- und Gedenkorts sowie die Bereitstellung von Räumen zur nicht kommerziellen Nutzung für die Bewohner*innen der angrenzenden Stadtteile. Die Initiative betreibt historische Forschung zur Geschichte des Lagerhaus G und vermittelt ihre Ergebnisse in die wissenschaftliche und eine breitere interessierte Öffentlichkeit. Neben Publikationen² findet die Vermittlungsarbeit vor allem in Rundgängen am historischen Ort sowie in Gedenkveranstaltungen, Vorträgen und Ausstellungen statt.

Als die IDU begann, sich mit der Geschichte des Lagerhaus G zu beschäftigen, war diese nicht gänzlich unerforscht, sondern wurde in Forschungen

LUCY DEBUS, LISA HELLRIEGEL
UND JONAS JAKUBOWSKI

■ ZWISCHEN FORSCHUNG,
VERMITTLUNG UND
POLITISCHEM ENGAGEMENT:
DIE INITIATIVE DESSAUER
UFER

3 Grundlegend: Marc Buggeln, Arbeit & Gewalt. Das Außenlagerssystem des KZ Neuengamme, Göttingen 2009; Hans Ellger, Zwangsarbeit und weibliche Überlebensstrategien. Die Frauenaußenlager des KZ Neuengamme, Berlin 2007.

4 Lucy Debus, »Hamburg, das war die Wende«. Das KZ-Außenlager Dessauer Ufer in den Erinnerungen weiblicher Überlebender, Universität Bremen, unveröff. Masterarbeit 2021; Victoria Dlugokinski, Gestalterische Untersuchung zum Umgang mit dem Lagerhaus G, Hafen-City Universität Hamburg, unveröff. Masterarbeit 2020; Lisa Hellriegel, Weibliche Überlebensstrategien? Eine Sekundäranalyse der Oral-History-Interviews von Hans Ellger mit den Überlebenden der Hamburger Frauen-Außenlager des KZ Neuengamme, Universität Hamburg, unveröff. Masterarbeit 2021.

5 Studentische Forschungsgruppe Dessauer Ufer / Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen (Hrsg.), Das Lagerhaus G am Dessauer Ufer. Ein ehemaliges Außenlager des KZ Neuengamme auf dem Kleinen Grasbrook, Hamburg 2022.



*Gedenkveranstaltung der Initiative Dessauer Ufer 2019.
Foto: Initiative Dessauer Ufer.*

zu den Neuengammer Außenlagern behandelt.³ Den Forschungsstand zusammenzutragen und zu erweitern, gehört zu den primären Aufgaben der Initiative.⁴ Aktuell erarbeitet eine studentische Forschungsgruppe in Kooperation mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und der Universität Hamburg eine Broschüre zur Geschichte des Lagerhaus G, die im Frühjahr 2022 erscheint.⁵

Der forschende Blick auf das Lagerhaus G am Dessauer Ufer enthüllt unterschiedliche Formen der NS-Zwangsarbeit im Hamburger Hafen, das Ausmaß sowie die besondere Topografie: Sowohl zivile Zwangsarbeiter*innen als auch Kriegsgefangene und Militärinternierte sowie KZ-Häftlinge mussten Zwangsarbeit im Hafen leisten. Dabei unterschieden sich die Gruppen hinsichtlich ihrer Bewachung und Behandlung. Im Hafengebiet existierte eine Vielzahl von Zwangsarbeitslagern,⁶ von denen sich einige in Sichtweite des Lagerhaus G befanden: Zwischen 1943 und 1945 waren im unmittelbaren Umfeld des Lager-



Tschechische Überlebende am Dessauer Ufer 1999. Quelle: ANg, F 2015-273.

hauses mehrere tausend weitere Zwangsarbeiter*innen untergebracht. Beispielsweise sind für Oktober 1944 mindestens 2500 italienische Militärinternierte und Zivilarbeiter im benachbarten Lagerhaus F nachweisbar.⁷ Dass die verschiedenen institutionellen Formen von Gefangenschaft und Zwangsarbeit auch unter einem Dach existieren konnten, wird am Lagerhaus G deutlich: Dort waren sowohl italienische Militärinternierte als auch KZ-Häftlinge untergebracht. Der Fokus auf den konkreten Ort erlaubt es, unterschiedliche Arten von Zwangsarbeit anhand des Lagerhaus G zu erforschen, ihre Geschichte an eine interessierte Öffentlichkeit zu vermitteln und damit auf ein bisher wenig beleuchtetes Thema in der Hamburger Erinnerungskultur aufmerksam zu machen.

Zu den Quellen für die Forschung der Initiative zählen vor allem schriftliche und mündliche Selbstzeugnisse Überlebender. Denn die IDU ist nicht die erste, die die Geschichte des Lagerhaus G erzählt: Bereits in den 1980er und 1990er Jahren veröffentlichten Überlebende des Dessauer Ufers Autobiografien, in denen

⁶ Siehe dazu die Karte »Zwangsarbeit in Hamburg«, die auf der Dissertation von Friederike Littmann basiert: <http://zwangsarbeit-in-hamburg.de/> [4.3.2022]; Friederike Littmann, *Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939–1945*, Hamburg/München 2006.

⁷ Dessauer Ufer (Italienerlager / Schuppen F), <http://zwangsarbeit-in-hamburg.de/> [4.3.2022].

- 8 Ruth Elias, *Die Hoffnung erhielt mich am Leben. Mein Weg von Theresienstadt und Auschwitz nach Israel*, München 1988; Margit Hermannová, *Hamburger Intermezzo*, in: *Harburger Jahrbuch 18* (1993), S. 175–192.
- 9 Diese Interviews sind im Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zu finden. Zu den Interviewprojekten: Ulrike Jureit / Karin Orth, *Überlebensgeschichten. Gespräche mit Überlebenden des KZ Neuengamme*, Hamburg 1994 sowie Ellger, *Zwangsarbeit*.
- 10 Buggeln, *Arbeit & Gewalt*, S. 90.
- 11 Ellger, *Zwangsarbeit*, S. 35–37.
- 12 Lucille Eichengreen, *Von Asche zum Leben. Erinnerungen*, Hamburg 2009.
- 13 Elias, *Hoffnung*, S. 162; Hermannová, *Hamburger Intermezzo*, S. 176; Dita Kraus, *Ein aufgeschobenes Leben. Kindheit im Konzentrationslager – Neuanfang in Israel*, Göttingen 2020, S. 159 f.
- 14 Hédi Fried, *Fragmente meines Lebens. Ein Leben bis Auschwitz und ein Leben danach*, Hamburg 2013, S. 123.

sie ihre Verfolgungsgeschichte erzählten.⁸ Andere gaben im Rahmen des Oral-History-Projekts der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in den 1990er Jahren lebensgeschichtliche Interviews oder wurden Anfang der 2000er Jahre von Hans Ellger für seine Forschung zu den Neuengammer Frauenaußenlagern befragt.⁹ Seit den 1990er Jahren haben zudem Überlebende zu verschiedenen Anlässen das Dessauer Ufer besucht. Ihre Perspektiven und die der Angehörigen sind zentral für die Entwicklung eines Gedenk- und Lernorts am Dessauer Ufer. Der Kontakt zu ihnen zählt zu den Hauptanliegen der Initiative.

Anhand von Berichten Überlebender führt der vorliegende Aufsatz in die Geschichte des Lagerhaus G ein. Abschließend stellt er die aktuelle Situation am Lagerhaus sowie die Forderungen der Initiative vor.

Das Frauenaußenlager Dessauer Ufer (Juli–September 1944)

Ab Juni 1944 richtete die SS gemeinsam mit der Hamburger Bauverwaltung das Außenlager Dessauer Ufer ein. Ein wichtiger Akteur war Senatssyndikus Wilhelm Tegeler, der die Häftlinge vermutlich auch bei der SS mit dem Ziel angefordert hatte, sie für den Bau von Behelfswohnungen für die ausgebombte Bevölkerung einzusetzen. Vor dem Hintergrund verstärkter alliierter Luftangriffe auf Hamburger Raffinerien ab Juni 1944 erfolgte der Einsatz der weiblichen KZ-Gefangenen jedoch auf Drängen der Hamburger Gauwirtschaftskammer schließlich bei der Trümmerräumung bzw. der Wiederherstellung der kriegswichtigen Treibstoffindustrie im Rahmen des Geilenberg-Programms.¹⁰ Mitte Juli 1944 erreichte der erste Transport aus dem Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-

Birkenau mit 1000 als Jüdinnen verfolgte Frauen das Außenlager Dessauer Ufer. 600 Frauen stammten aus der Tschechoslowakei und 400 Frauen aus Ungarn. Im August wurden weitere 500 als Jüdinnen verfolgte Frauen aus Auschwitz ans Dessauer Ufer deportiert.¹¹ Unter den insgesamt 1500 Frauen befanden sich auch vereinzelt Hamburgerinnen, zum Beispiel Lucille Eichengreen (1925–2020), die 1941 über den Hannoverschen Bahnhof ins Ghetto Litzmannstadt und von dort nach Auschwitz deportiert worden war.¹²

Die Haftzeit im Außenlager Dessauer Ufer stellte einen vergleichsweise kurzen Zeitraum in der Verfolgungsgeschichte der Frauen dar. Dennoch beschreiben viele Überlebende die Bedingungen dort detailliert. Zwar hatten die Frauen verschiedene Verfolgungserfahrungen vor der Haft am Dessauer Ufer gemacht: vom unterschiedlichen Beginn der Verfolgung in verschiedenen Ländern bis hin zu den unterschiedlichen Bedingungen in den Ghettos, in die die Frauen verschleppt wurden, bevor sie nach Auschwitz deportiert wurden. Gemein ist den Berichtenden jedoch, dass sie antisemitisch verfolgt wurden und dies als Frauen erlebten. In ihren Selbstzeugnissen wird deutlich, dass sie sich an die Haft in Auschwitz als eine Zeit der permanenten Bedrohung mit dem Tod und insbesondere an die Selektionen als Moment erinnern, in dem die SS über Leben und Tod entschied. Der Transport von Auschwitz nach Hamburg wird in ihren Erinnerungen oftmals mit der Hoffnung verknüpft, dieser akuten Todesgefahr entkommen zu sein.¹³ Infolgedessen beschreiben Überlebende die Ankunft und die Haftbedingungen im Außenlager Dessauer Ufer häufig in Kontrast zu den Haftbedingungen in Auschwitz. Der Moment der Ankunft in Hamburg stellt also eine bedeutsame Zäsur in ihren Erinnerungen dar. So schreibt die ungarische Überlebende Hédi Fried (*1924): »Die helle Halle stand in protzigem Kontrast zu unserem finsternen Barackenraum in Auschwitz. Wir waren von der Hölle in den Himmel gekommen.«¹⁴ Diese Beschreibung sollte nicht als Verklärung des Außenlagers Dessauer Ufer verstanden werden, sondern als eine indirekte Beschreibung der Bedingungen in Auschwitz: Diese hatte Fried als so schlecht in Erinnerung, dass ihr dagegen ein Hamburger KZ-Außenlager als himmlisch erschien.

Die Lebensgefahr, der die Frauen weiter ausgesetzt waren, wird mit einem Blick auf die Zwangsarbeit, die sie verrichten mussten, besonders deutlich. Die SS hatte sie in Auschwitz zur Zwangsarbeit selektiert, da sie

15 Elias, Hoffnung, S. 165 –199.

16 Hermannová, Hamburger Intermezzo, S. 179; Kraus, Ein aufgeschobenes Leben, S. 170 f.

17 Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (ANg) HB 1781, Hédi Fried, S. 10; ANg M 2013-0050, Interview mit Paula Herrmann am 5.3.2000 in Haifa, Interviewer Hans Ellger, Gesamtlänge 01:48:29, hier Min. 35:45 – 36:30.

18 Ellger, Zwangsarbeit, S. 46 – 48.

19 Kraus, Ein aufgeschobenes Leben, S. 159 f.

20 Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter, S. 578 – 587, bes. S. 580 f.

21 Staatsarchiv Hamburg 322-3/B 22, Lager für Arbeitskräfte, in- und ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene, Stand: 31.10.1943 und 30.11.1943.

in ihren Augen als »arbeitsfähig« galten. Die harte körperliche Arbeit in Verbindung mit der mangelnden Versorgung der Häftlinge mit Kleidung, Essen und Medizin bedeutete eine extreme physische Belastung. Sie befürchteten, wieder nach Auschwitz zurückgeschickt zu werden, falls sie für »arbeitsunfähig« erklärt würden. Dies bewahrheitete sich im Fall von Ruth Elias (1922 – 2008), der es gelungen war, ihre Schwangerschaft bei der Selektion in Auschwitz zu verbergen. Nur vier Tage nach der Ankunft in Hamburg wurde diese jedoch an die Wachmannschaften gemeldet. Gemeinsam mit einer zweiten schwangeren Frau wurde sie daraufhin zurück nach Auschwitz deportiert. Dort wurden sie und ihr Kind Opfer sogenannter medizinischer Experimente, die nur Ruth Elias überlebte.¹⁵

Die Diskrepanz zwischen der Hoffnung, die KZ-Haft in Hamburg zu überleben, und der ständig drohenden Gefahr wird auch angesichts der Situation der Frauen bei Fliegeralarm deutlich. Die SS stellte den Häftlingen keinen sicheren Luftschutzbunker zur Verfügung – vielmehr wurden sie im Falle von Bombardierungen gewaltsam in den Keller des Gebäudes getrieben. Der Keller, zu einer Seite zum Saalehafen hin geöffnet und somit der Tide ausgesetzt, wird in den Selbstzeugnissen ambivalent beschrieben: auf der einen Seite als dunkler, nasser, dreckiger und beängstigender Ort, der keinen Schutz versprach.¹⁶ Auf der anderen Seite erinnern einige Überlebende die Bombardierungen auch als Momente der Hoffnung auf ein baldiges Ende der Gefangenschaft und auf die Kriegsniederlage des Deutschen Reichs.¹⁷

Mitte September 1944 wurden die Frauen in Gruppen zu je 500 in die neu entstandenen Frauenaußenlager Wedel, Neugraben und Sasel verlegt, wo sie unter anderem im Behelfswohnungsbau eingesetzt wurden. Viele von ihnen wurden später in andere Außenlager

weiter transportiert.¹⁸ Im Zuge der Räumung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager ab März 1945 brachte die SS die Frauen in das KZ Bergen-Belsen. Am 15. April 1945 befreite die britische Armee dort die Überlebenden.

Italienische Militärinternierte am Dessauer Ufer (Herbst 1943–Sommer 1944)

Die Ankunft am Dessauer Ufer beschreibt die Überlebende Dita Kraus (*1929) wie folgt: »Als die Schiebetüren der Güterwagen geöffnet wurden, erwartete uns ein überraschender, geradezu wundersamer Anblick: eine lange Reihe von Lagerhäusern aus rotem Backstein, aus deren Fenstern Dutzende junger, gesund aussehender dunkelhaariger Männer herauschauten [...]. Als sie uns sahen, grinnten sie, winkten sie und riefen ›Bella signorina!‹ Sie machten uns lautstark Komplimente und Heiratsanträge – auf Italienisch. Ein Gefühl großer Erleichterung erfasste uns [...].«¹⁹

Bei den beschriebenen Männern handelte es sich um italienische Militärinternierte, die ab Herbst 1943 aus den Kriegsgefangenenlagern Sandbostel (Stalag X B) und Schleswig (Stalag X A) nach Hamburg gekommen waren.²⁰ Ein Großteil der mehr als 12 500 Männer wurde in den Lagerhäusern G und F am Dessauer Ufer interniert. Ende November 1943 war mit 5100 Italienern fast die Hälfte aller Militärinternierten in Hamburg am Dessauer Ufer untergebracht.²¹ Damit war das Lager für IMI am Dessauer Ufer nach heutigem Kenntnisstand das weitaus größte in Hamburg. Die italienischen Soldaten waren für Unternehmen wie für die NS-Führung eine willkommene Ergänzung der knappen Arbeitskraftreserven. Sie wurden völkerrechtswidrig in Rüstungsbetrieben, jedoch auch in hunderten weiteren Unternehmen und im Auftrag von Behörden zur Trümmerräumung oder dem Bau von Behelfswohnungen eingesetzt. Die Italiener waren, ebenso wie andere Gruppen von Zwangsarbeiter*innen, für die Hamburger Bevölkerung ein alltäglicher Anblick.

Die Berichte der überlebenden Frauen deuten darauf hin, dass zwischen den weiblichen Häftlingen und den Italienern Kontakte bestanden. Neben Gesprächen am offenen Fenster boten die Fährfahrten zu den Arbeitseinsätzen Möglichkeiten zu kommunizieren, obwohl die KZ-Häftlinge

- 22 Zum Begriff des sexuellen Tauschhandels: Anna Hájková, Den Holocaust queer erzählen, in: Janin Afken u. a. (Hrsg.), *Jahrbuch Sexualitäten* 2018, Göttingen 2018, S. 86–110, hier S. 89; zu sexuellem Tauschhandel am Dessauer Ufer: Debus, »Hamburg«, S. 72–76.
- 23 Buggeln, Arbeit & Gewalt, S. 270.
- 24 Detlef Garbe, Doppelt betroffene Opfer der NS-Verfolgung und der »Operation Gomorrha«. Das Leiden der ausländischen Zwangsarbeiter und der Einsatz von KZ-Häftlingen bei den Bergungs- und Aufräumungsarbeiten, in: Förderkreis Mahnmahl St. Nikolai e.V. (Hrsg.), *Gomorrha 1943 – Die Zerstörung Hamburgs im Luftkrieg*, Hamburg 2013, S. 53–72, hier S. 69.
- 25 Hermann Kaienburg, Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945, Bonn 1997, S. 123–126, hier S. 124.
- 26 Außenlagerliste, Hamburg-Veddel (Männer), <https://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/geschichte/kz-aussenlager/aussenlagerliste/hamburg-veddel-maenner/> [10.8.2021]; vgl. Marc Buggeln, Hamburg-Dessauer Ufer (Männer), in: Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 5: Hinzert, Auschwitz, Neuengamme, München 2007, S. 396–399, hier S. 397.

und IMI auf getrennten Decks untergebracht waren. Zudem kam es zum Austausch von Briefen, kleinen Geschenken und Lebensmitteln. Der Kontakt zu den Italienern bot den Frauen, die wesentlich schlechter versorgt wurden als jene, Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen. Gleichwohl beschreiben sie die Bedingungen, unter denen dieser zustande kam, unterschiedlich. Während viele die Beziehungen zu den IMI als freundschaftlich beschreiben, wird auch vereinzelt davon berichtet, dass Gegenleistungen in Form von Aufmerksamkeit oder sexuellen Handlungen eingefordert wurden. Zur Bedeutung der Kontakte im Spannungsfeld von Überlebensstrategien und Selbstbehauptung entstehen aktuell einige Forschungsarbeiten.²²

Das Männeraußenlager Dessauer Ufer (September 1944–April 1945)

Nachdem die SS Mitte September 1944 alle weiblichen Häftlinge in andere KZ-Außenlager gebracht hatte, transportierte sie 2000 männliche Häftlinge aus dem Stammlager Neuengamme an das Dessauer Ufer. Mithilfe der Totenbücher des KZ Neuengamme kann ermittelt werden, dass ein Großteil dieser Häftlinge aus der Sowjetunion, Polen, Frankreich und Belgien kam.²³ Auch sie mussten Zwangsarbeit in den Raffinerien und im Hamburger Hafen leisten.

Am 25. Oktober 1944 wurde das Lagerhaus G von alliierten Bomben getroffen. Etwa 150 Häftlinge, die sich im sogenannten Krankenrevier befanden und daher nicht in den Arbeitskommandos waren, kamen dabei ums Leben.²⁴ Die SS hatte auch den männlichen Häftlingen keine ausreichenden Luftschutzräume zur Verfügung gestellt und ihren Tod billigend in Kauf genommen. Weil das Gebäude durch Bomben beschä-

digst wurde, verlegte die SS die verbleibenden Häftlinge zunächst in einen Gebäudeteil des Zuchthauses Fuhlsbüttel, das zu einem Außenlager des KZ Neuengamme umfunktionierte wurde. Anschließend kamen die KZ-Gefangenen in das Außenlager Spaldingstraße. Die Häftlinge mussten weiterhin im Hafen Zwangsarbeit leisten. Ein zusätzliches Kommando setzte das teils zerstörte Lagerhaus G in Stand, sodass ab Februar bis Mitte April 1945 erneut männliche KZ-Häftlinge am Dessauer Ufer untergebracht wurden. In seinem letzten Vierteljahresbericht gibt der Neuengammer SS-Standortarzt Alfred Trzebinski als Belegung der



Das Lagerhaus G 1944/45. Foto: unbekannt. Quelle: Frihedsmuseet fotoarkiv / Museum of Danish Resistance 1940–1945.

Außenlager Spaldingstraße und Dessauer Ufer ca. 3500 Häftlinge an,²⁵ die im Rahmen des Geilenberg-Programms eingesetzt waren. Die Anzahl der Häftlinge für die Zeit von Februar bis April 1945 betrug für das Außenlager Dessauer Ufer zwischen 800 und 1500 Männern.²⁶ Es ist anzunehmen, dass sich die nationale Zusammensetzung der Häftlinge im Vergleich zur Erstbelegung etwas verändert hat: Für die letzte Phase am Dessauer Ufer sind im Neuengammer Totenbuch auch vermehrt dänische und niederländische Häftlinge verzeichnet.

Im März 1945 begann die SS mit der Auflösung der Außenlager des KZ Neuengamme. Sie plante, die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen und die Häftlinge nicht in die Hände der rasch vorrückenden Alliierten fallen zu lassen. Auch die Hamburger NS-Führung hatte angesichts der sich abzeichnenden Kriegsniederlage die Absicht, die KZ-Häftlinge der Hamburger Außenlager und des Stammlagers Neuengamme aus dem Stadtgebiet bringen zu lassen. Die geplante Übergabe der Stadt an die Briten sollte nicht durch die Bilder geschwächter und dem Tode naher Häftlinge belastet werden. Dies bildete eine Grundlage für die Legende, der Nationalsozialis-

27 Rudolf Petersen, der erste Hamburger Nachkriegsbürgermeister, im Sommer 1945, zitiert nach: Karl-Heinz Roth, *Ökonomie und politische Macht: Die »Firma Hamburg« 1930–1945*, in: Angelika Ebbinghaus / Karsten Linne (Hrsg.), *Kein abgeschlossenes Kapitel. Hamburg im »Dritten Reich«*, Hamburg 1997, S. 15–176, hier S. 141.

28 Michael Grill; Ulrike Jensen, »Auf dem Weg nach Hause«, *Skandinavische Häftlinge im KZ Neuengamme und im »Skandinavierlager«*, in: Oliver von Wrochem (Hrsg.), *Skandinavien im Zweiten Weltkrieg und die Rettungsaktion »Weiße Busse« – Ereignisse und Erinnerung*, Berlin 2012, S. 71–93.

29 ANg, HB 1544, Jean le Bris, Bl. 115.

30 Andreas Ehresmann (Hrsg.), *Das Stalag X B Sandbostel. Geschichte und Nachgeschichte eines Kriegsgefangenenlagers*, Hamburg / München 2015, S. 200.

31 Rita Bake u. a., *KZ-Arbeiterinnen. Speicher G am Dessauer Ufer*, in: dies. (Hrsg.), *Frauen im Hamburger Hafen*, Hamburg 1989, S. 90–94.

32 Denkmalschutzamt 39-136, 403, *Gutachten Dessauer Straße / Lagerhaus G vom 23.6.1998*, unpaginiert.

mus sei »in Hamburg im Vergleich zum übrigen Reich relativ wenig eingedrungen«. ²⁷

Die auf den Räumungsbefehl folgenden Erfahrungen der Häftlinge des Dessauer Ufers waren unterschiedlich. Ein Großteil der Häftlinge wurde in das Kriegsgefangenenlager Sandbostel bei Bremervörde weitertransportiert. Die dänischen Häftlinge kamen hingegen zunächst in das sogenannte Skandinavierlager, das im Neuengammer Stammlager eingerichtet worden war, und wurden von dort mit der Rettungsaktion »Weiße Busse« nach Dänemark zurückgebracht. ²⁸

Für diejenigen KZ-Gefangenen des Dessauer Ufers, die nach Sandbostel deportiert wurden, war die letzte Phase ihrer Gefangenschaft von einer nochmaligen Steigerung ihres Leids geprägt. Deutlich wird dies an einem Zitat, das aus einem Interview mit dem französischen Widerstandskämpfer Jean le Bris (1924–2012) stammt: »Ich glaube, die Geschichte von Sandbostel ist gut bekannt, das war wie in Bergen-Belsen, das war kein Lager mehr, das war eine Stätte des Sterbens, dort haben sich unglaubliche Dinge abgespielt, wir waren dabei, wir haben alles gesehen.« ²⁹ Am 29. April 1945 befreiten britische Truppen das Kriegsgefangenenlager Sandbostel. Von den etwa 9500 Neuengammer Häftlingen, die dorthin kurz vor Kriegsende deportiert worden waren, überlebte etwa ein Drittel die menschenunwürdigen Bedingungen nicht. ³⁰

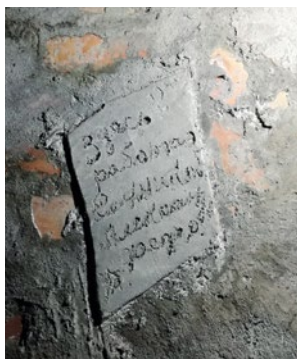
Das Lagerhaus G nach 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Lagerhaus G erneut durch die HHLA genutzt. Zu den Pächter*innen gehörte unter anderem die Firma Reemtsma. Die nationalsozialistische Vergangenheit des Gebäudes



*Besuch des damaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard am Dessauer Ufer 1963.
Quelle: Reemtsma-Archiv/Museum der Arbeit-SHMH.*

wurde bis in die 1980er Jahre kaum thematisiert.³¹ In den 1990er Jahren verkaufte die Stadt das Lagerhaus an einen privaten Unternehmer. Nach dessen Tod wurde es 2017 an die aktuellen Eigentümer*innen verkauft, die als Lagerhaus G Heritage Foundation KG (Kommanditgesellschaft) auftreten. Bereits 1998 hat die Hamburger Kulturbehörde das Lagerhaus unter Denkmalschutz gestellt, da es die »historische Form der Lagerhaltung außerhalb der Speicherstadt«³² dokumentiere und sich zudem im Inneren noch Spuren der am Dessauer Ufer Gefangenen finden, etwa eine Einritzung eines vermutlich sowjetischen Zwangsarbeiters. Von außen erinnerten lange Zeit nur zwei Tafeln aus dem Programm »Stätten der Verfolgung und des Widerstands 1933–1945« sowie ein Stolperstein für Margarethe Müller (1899–1944), die am Dessauer Ufer infolge einer unbehandelten Blutvergiftung



Einritzung im Keller. Foto: Initiative Dessauer Ufer.

- 33 Margarethe Müller (geb. Meissl), https://www.stolpersteine-hamburg.de/index.php?&MAIN_ID=7&p=1&r_name=m%FCller&r_strasse=&r_bezirk=&r_stteil=&r_sort=Nachname_AUF&recherche=recherche&submitter=suchen&BIO_ID=3855 [10.1.2022].
- 34 Gedenkveranstaltung anlässlich der Ankunft der ersten 1000 inhaftierten Frauen am Dessauer Ufer (16.7.2019), <https://www.youtube.com/watch?v=EP7hvpLgZDQ> [18.1.2022].
- 35 Jahrestag der Auflösung des KZ-Aussenlagers Dessauer Ufer, <https://vimeo.com/407581276> [10.1.2022].
- 36 »Nein gesagt«. Italienische Militärinternierte in Hamburg 1943 – 45, <https://nein-gesagt-podcast.de/> [10.1.2022].
- 37 Eine Aufzeichnung des Gesprächs findet sich hier: Helen Epstein in conversation with Initiative Dessauer Ufer, <https://www.youtube.com/watch?v=fvhyP1VCm0g> [18.1.2022].
- 38 Initiative Dessauer Ufer: Lagerhaus G. Perspektiven, Visionen, Forderungen, Hamburg 2021, <https://initiativedessauerufer.noblogs.org/files/2021/02/LAGERHAUS-G-%E2%80%93-Perspektiven-Visionen-Forderungen.pdf> [10.1.2022].

starb,³³ an die Geschichte des ehemaligen Außenlagers. Mittlerweile haben auch die aktuellen Eigentümer*innen Gedenktafeln angebracht.

Auch für die Initiative Dessauer Ufer steht das Gedenken vor Ort im Mittelpunkt: So organisierte die IDU anlässlich des Jahrestags der Ankunft der ersten weiblichen Häftlinge am Lagerhaus G im Juli 2019 eine Gedenkveranstaltung, bei der Berichte von Überlebenden im Vordergrund standen.³⁴ Anlässlich des 75. Jahrestags der Räumung des KZ-Außenlagers Dessauer Ufer im April 2020 gestaltete die Initiative einen Kurzfilm, um auch während der Coronapandemie Gedenken zu ermöglichen.³⁵ Besonders deutlich wird die Kombination von Forschung, Erinnerung und politischem Engagement am Beispiel der italienischen Militärinternierten: Bis heute gibt es wenig öffentliche Erinnerung an diese Gruppe von Zwangsarbeitern. Auch hat die Bundesrepublik Deutschland die ehemaligen italienischen Militärinternierten bis heute nicht entschädigt. Die 2020 gegründete Projektgruppe »Italienische Militärinternierte in Hamburg 1943 – 45«, in der die Initiative Dessauer Ufer Mitglied ist, erforscht ihre Geschichte, erinnert an sie und setzt sich für ihre Entschädigung ein. Zudem stellen die Mitglieder der Projektgruppe im Podcast »Nein gesagt« Orte in Hamburg vor, die in Verbindung mit der Geschichte der Militärinternierten stehen, so auch das Dessauer Ufer.³⁶ Ebenso zählt der Kontakt zu Überlebenden und Angehörigen zu den zentralen Aktivitäten der Initiative, so etwa mit Helen Epstein, die die Autobiografie ihrer am Dessauer Ufer inhaftierten Mutter Franci Epstein (1920 – 1989) herausgegeben hat.³⁷

Perspektiven für das Lagerhaus G

Als sich die Initiative Dessauer Ufer 2017 gründete, prägte der Konflikt um das Stadthaus in der Hamburger Innenstadt, an dem sich der von vielen Seiten kritisierte Umgang der Stadt Hamburg mit ihrer NS-Vergangenheit kristallisierte, die lokale erinnerungspolitische Debatte. Zeitgleich wurde bekannt, dass die HafenCity GmbH im Umfeld des Lagerhaus G den neuen Stadtteil Grasbrook plant. Das weckte bei den Gründungsmitgliedern der IDU Sorge um den Erhalt des ehemaligen KZ-Außenlagers. Gleichzeitig wurde für die Initiative das Potenzial des Ortes deutlich. Im Lagerhaus G könnte einerseits im Rahmen eines Gedenk- und Lernorts die Geschichte der NS-Zwangsarbeit in Hamburg thematisiert und mit Bildungsangeboten vermittelt werden, andererseits ein Treffpunkt für die Anwohner*innen entstehen. Dafür bietet es sich nicht nur durch seine Größe, sondern auch durch seine Lage als Scharnier zwischen Grasbrook und Veddel an.

Neben der Tätigkeit in Forschung und Vermittlung entwickelt die IDU daher auch Zukunftsperspektiven für das Lagerhaus G und bemüht sich intensiv um die Vernetzung mit anderen Akteur*innen. Zu letzteren zählen Initiativen aus den angrenzenden Stadtteilen, zum Beispiel das Stadtteilgesundheitszentrum Poliklinik auf der Veddel, aber auch Gedenkstätten und -initiativen, etwa die KZ-Gedenkstätte Neuengamme oder die Gedenkstätte Lager Sandbostel. Ziel der Vernetzung ist, sich gemeinsam für die Zukunft des Lagerhaus G einzusetzen. Wie diese Zukunft aussehen könnte, hat die Initiative Dessauer Ufer in ihren Nutzungsvisionen beschrieben:³⁸ Zentral ist ein Gedenk- und Lernort. Dort soll die bisher nur wenig beleuchtete Geschichte der NS-Zwangsarbeit in Hamburg und besonders im Hafen dargestellt werden. Die Vor- und Nachgeschichte des Lagerhaus G bietet darüber hinaus Anlass, die Geschichte des Hamburger Hafens am konkreten Ort von der Nutzung als Lagerhaus im kolonialen Kontext bis hin zur Containerisierung zu erzählen. Da die bisherige Forschung daraufhin deutet, dass das gesamte Gebäude als KZ-Außenlager beziehungsweise Lager für italienische Militärinternierte genutzt wurde, lässt sich die Geschichte des Hauses nicht nur in einem Teil behandeln. Das Gebäude sollte als Einheit gedacht werden. Grundlegend ist die Idee, dass die Geschichte auch die Rahmenbedingungen für die zukünftige Nutzung vorgibt. Auf 24 000 Quadratmetern kann noch viel mehr Platz finden, so auch Räume

LUCY DEBUS, LISA HELLRIEGEL
UND JONAS JAKUBOWSKI

■ ZWISCHEN FORSCHUNG,
VERMITTLUNG UND
POLITISCHEM ENGAGEMENT:
DIE INIATIAIVE DESSAUER
UFER

39 Initiative Dessauer Ufer: Aktuelles zu den baulichen Schäden am Lagerhaus G, <https://initiativedessauerufer.noblogs.org/post/2022/02/07/aktuelles-zu-den-baulichen-schaeden-am-lagerhaus-g/> [3.3.2022].

40 Debus u. a., Lagerhaus G.

41 Curating the Invisible: Lagerhaus G, <https://sites.google.com/view/lagerhaus-g-hamburg/lagerhaus-g-schon-mal-geh%C3%B6rt> [10.1.2022].

42 Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg, Kunst und Kultur, <https://www.hamburg.de/senatsthemen/koalitionsvertrag/kunst-und-kultur/> [10.1.2022].

43 1. Rang, <https://www.grasbrook.de/1-rang-wb3-herzog-de-meuron-basel-ltd-mit-vogt-landschaftsarchitekten-ag/> [10.1.2022].

für die umliegenden Stadtteile – etwa für Jugendliche, für Kunst und Kultur – oder auch zum solidarischen Wirtschaften. Getragen werden könnte das in eine solche gemischte Nutzung überführte Gebäude durch eine Genossenschaft, also eine Rechtsform, die sich in den letzten Jahren bereits bei mehreren Großprojekten wie der fux-Kaserne in Altona bewährt hat.

Unabdingbare Voraussetzung für jede weitere Nutzung des Lagerhaus G ist jedoch eine dringend anstehende Bestandssicherung des Gebäudes. Die Initiative dokumentierte mehrere gravierende bauliche Schäden am eigentlich denkmalgeschützten Haus.³⁹ Einer umfassenden Sanierung sollte zudem eine archäologische Erforschung des Gebäudes und die Sicherung der bis heute erhaltenen Spuren seiner Geschichte vorausgehen. Zu den aktuellen Herausforderungen für die Initiative zählt, dass sie keinen dauerhaften Zugang zum Haus hat, obwohl sich viele ihrer Vermittlungsformate stark auf den historischen Ort beziehen. Wie »Gedenken ohne Gedenkstätte«⁴⁰ möglich werden kann, erprobt die IDU etwa, indem sie verstärkt andere Orte nutzt, um auf das Lagerhaus G aufmerksam zu machen. So zeigte die Initiative 2021 die Installation »Zeitkapsel Lagerhaus G«, die in die Geschichte des



Schäden an der Fassade des Lagerhaus G. Foto: Initiative Dessauer Ufer.



Die Installation »Zeitkapsel Lagerhaus G« im Freiraum des MK&G. Foto: Initiative Dessauer Ufer.

Hauses einführt und partizipativ Fragen nach dessen Zukunft stellt, im Freiraum des Museums für Kunst & Gewerbe. Zusätzlich nutzt die Initiative den digitalen Raum, um die Geschichte des Lagerhaus G zu erzählen: Aus einem Projektseminar an der Universität Hamburg ging 2020/21 eine virtuelle Ausstellung hervor.⁴¹ Vor allem seit der Coronapandemie nutzt die Initiative verstärkt Social-Media-Kanäle.

Erfreulich ist, dass die Initiative Dessauer Ufer mit ihren Forderungen zunehmend Gehör findet: So ist im Hamburger Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2020 festgeschrieben, dass ein Gedenkort am Lagerhaus G entwickelt werden soll.⁴² Und im Siegerentwurf des Architekturbüros Herzog & de Meuron für die städtebauliche Entwicklung des Grasbrooks ist eine Gedenkstätte für das Lagerhaus G festgehalten.⁴³ Aus Perspektive der Initiative bleiben jedoch noch viele Fragen offen: Werden sich die Unternehmen und die Stadt Hamburg als Profitierende der NS-Zwangsarbeit ihrer historischen Verantwortung stellen und die Sanierung des Lagerhaus G finanziell unterstützen? Wie viel Raum wird für eine Gedenkstätte im Lagerhaus G zur Verfügung stehen? Und was wird im Rest des Hauses geschehen – ist eine nicht kommerzielle Nutzung möglich?

Auch die aktuellen Besitzverhältnisse werfen Fragen auf: 2021 trat die »Stiftung Lagerhaus G Heritage Foundation« erstmals öffentlich auf. Her-

LUCY DEBUS, LISA HELLRIEGEL
UND JONAS JAKUBOWSKI

■ ZWISCHEN FORSCHUNG,
VERMITTLUNG UND
POLITISCHEM ENGAGEMENT:
DIE INITIATIVE DESSAUER
UFER

44 Dazu kritisch: Initiative Dessauer Ufer, Stellungnahme der Initiative Dessauer Ufer zum Mahnmal am Lagerhaus G, <https://initiativedessauerufer.noblogs.org/post/2022/04/03/stellungnahme-der-initiative-dessauer-ufer-zum-mahnmal-am-lagerhaus-g/> [27.6.2022].

45 Beide Projekte zu finden über: <https://www.holtburgh.nl/> [10.1.2022].

MICHAEL WILDT

■ DIE TAGEBÜCHER DER LUISE
SOLMITZ – ZWEI ORIGINALE

1 Werner Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922 – 1933. Dokumente, Frankfurt am Main 1963; Richard Evans, Das Dritte Reich, 3 Bde, München 2004 – 2009; Dietmar Süß, »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«. Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich, München 2017; Michael Wildt, Zerborstene Zeit. Deutsche Geschichte 1918 – 1945, München 2022. Ich danke Linde Apel für Kritik und Rat.

2 Frank Bajohr / Beate Meyer / Joachim Szodrzynski (Hrsg.), Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933. Göttingen 2013; Daniel Führer, Alltagsorgen und Gemeinschaftsschneise. Tagebücher der Weimarer Republik (1913 – 1934), Stuttgart 2020, S. 70 – 93.

vorzuheben ist, dass es der Foundation gelang, Kontakt zu mehreren Angehörigen ehemals Verfolgter aufzunehmen, die sich für ein Gedenken vor Ort einsetzen. Doch mehrere der Gedenkformate der Foundation haben sich in der Vergangenheit als äußerst fragwürdig erwiesen: etwa ein illuminiertes Kreuz am Lagerhaus G, das aller Verfolgten gedenken soll, aber an einem Ort, an dem viele Personen als jüdisch verfolgt wurden, deplatziert wirkt; die erwähnten Gedenktafeln, die teilweise historisch falsche Inhalte reproduzieren; zuletzt die Aufstellung eines Denkmals des Künstlers Carsten Bardehle, das im begleitenden Text sehr unkritisch von einer kleinen Elite spricht, die die Deutschen zum Nationalsozialismus verführt habe, und dabei verkennt, wie anschlussfähig der Nationalsozialismus für einen Großteil der deutschen Bevölkerung war.⁴⁴ Durchaus skeptisch stimmt auch die Tatsache, dass der niederländische Investor Holtburgh, der das Lagerhaus G auf seiner Website als Projekt aufführt, derzeit an der ehemaligen SS-Ordensburg Vogelsang in der Eifel ein Freizeit- und Kongresshotel plant.⁴⁵ Es bleibt abzuwarten, ob am Lagerhaus G ein angemessener erinnerungspolitischer Umgang gefunden wird – eine kritische Begleitung durch unabhängige Akteur*innen wie die Initiative Dessauer Ufer ist umso nötiger.

- Lucy Debus, M. A., ist freiberufliche Referentin in der historisch-politischen Bildungsarbeit und Mitglied der Initiative Dessauer Ufer (IDU).
- Lisa Hellriegel, M. A., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) und Mitglied der Initiative Dessauer Ufer (IDU).
- Jonas Jakubowski studiert Geschichte an der Universität Hamburg und ist Mitglied der Initiative Dessauer Ufer (IDU).

DIE TAGEBÜCHER DER LUISE SOLMITZ – ZWEI ORIGINALE

N ahezu ein Dreivierteljahrhundert, von 1905 bis 1973, hat die Hamburgerin Luise Solmitz (1889 – 1973) ein ausführliches Tagebuch geführt, in dem sie nicht nur persönliche und familiäre Dinge aufzeichnete, sondern aufmerksam auch die politische Entwicklung verfolgte. Kein Wunder, dass ihre Tagebücher, insbesondere zur NS-Zeit, seit Werner Jochmann einen Teil von ihnen zum ersten Mal 1963 veröffentlicht hatte, in etlichen Darstellungen wie von Richard Evans oder Dietmar Süß, nicht zuletzt in meinem eigenen Buch zur deutschen Geschichte zwischen 1918 und 1945 einen respektablen Platz einnehmen.¹ Frank Bajohr, Beate Meyer und Joachim Szodrzynski haben Solmitz' Aufzeichnungen für das Jahr 1933 zusammen mit drei anderen Tagebüchern publiziert, Daniel Führer hat ihr in seiner Dissertation zu Tagebüchern aus der Weimarer Republik ein eigenes Kapitel gewidmet.²

Die Besonderheit der Tagebücher von Luise Solmitz liegt allerdings nicht allein darin begründet, dass sie eine lohnenswerte Quelle für die unmittelbaren Wahrnehmungen und Erfahrungen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert darstellen. Darüber hinaus besitzen sie durch ihre spezifische Überlieferung einen zusätzlichen Wert, da die Autorin ihre eigenen Aufzeichnungen aus retrospektiver Sicht nach 1945 noch einmal bearbeitete und kommentierte. Bereits zu Beginn der 1950er Jahre wurde sie in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs von 1933 bis 1945 (dem ersten Vorgängerinstitut der heutigen Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg) von der Schulbehörde von ihren Lehrverpflichtungen teilweise freigestellt, um ihr umfangreiches Tagebuch als Quelle für die Forschung zu bearbeiten.³ Ihre bis dahin über vierzig Bände an täglichen Notizen übergab Solmitz im Juli 1953 dem

³ Siehe Korrespondenz zwischen Dr. Heffter und Luise Solmitz 1951–1955, Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Archiv FZH), 376-21, Schriftwechsel L – S, 1949–1956.

Hamburger Staatsarchiv zur depositorischen Verwahrung, um sie anderthalb Jahre später, im Dezember 1954, wieder abzuholen, weil sie sich erneut mit ihnen beschäftigen wollte. Von 1962 bis 1970 setzte sie die Bearbeitung ihrer Tagebücher, nun als Pensionärin, für die Forschungsstelle fort, von der ihre handschriftliche Fassung maschinenschriftlich abgeschrieben wurde. Die entsprechenden Notate aus den Jahren 1932 und 1933 wurden von Werner Jochmann in seiner Dokumentation 1963 teilweise publiziert.⁴

In den 1960er Jahren verfügte Luise Solmitz, dass ihre Tagebücher, die sie bis 1973 fortführte, sowie andere persönliche Manuskripte, schriftstellerische Texte und Familiendokumente nach ihrem Tod endgültig dem Staatsarchiv Hamburg übergeben würden. Heute können diese Unterlagen unter der Bestandsnummer 622-1/140 eingesehen werden. Im Archiv der Forschungsstelle verblieben die maschinenschriftlichen Abschriften für die Zeit von 1908 bis 1945 unter der Bestandssignatur 11/S 1 – 13.

Für die meisten Forscherinnen und Forscher liegt es nahe, nach den Abschriften in der Forschungsstelle zu zitieren, die sehr viel einfacher zu lesen sind als Solmitz' schwer entzifferbare Handschrift. Doch in der Auswertung ihrer Tagebucheintragen für mein Buch zu deutschen Geschichte 1918 bis 1945 wurde mir deutlich, dass sich beide Fassungen signifikant unterscheiden. Bei der »Abschrift«, die Luise Solmitz von ihren Originaltagebüchern anfertigte, handelt es sich um keine originalgetreue Wiedergabe, sondern um eine immer wieder, oftmals ohne entsprechende Hinweise, gekürzte und, in der Regel stillschweigend, veränderte Fassung, wie ich an drei Beispielen im Folgenden zeigen möchte.

4 Dr. Hans Robinsohn an Luise Solmitz 23.11.1961; Korrespondenz zwischen Dr. Werner Jochmann und Luise Solmitz, 1963, Archiv FZH, 376-22, Schriftwechsel A – Z, 1961–1970; Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, S. 400 – 432. Dass es sich um eine bearbeitete Fassung handelte, war den Beteiligten klar.

5 Zur Biografie von Luise Solmitz siehe Führer, Alltagsorgen, S. 70 – 93; Beate Meyer, »Ich schlüpfte unbeachtet wie eine graue Motte mit durch.« Die Wandlungen der Luise Solmitz zwischen 1933 und 1945 im Spiegel ihrer Tagebücher, in: Frank Bajohr / Sybille Steinbacher (Hrsg.), »... Zeugnis ablegen bis zum letzten.« Tagebücher und persönliche Zeugnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus und des Holocaust, Göttingen 2015, S. 61 – 80.

6 Tagebuch Luise Solmitz, Eintrag unter dem 24.9.1923, Staatsarchiv Hamburg (StAHH), 622-1/140, Band 24, bzw. Archiv FZH, 11/S 7.

I.

Luise Solmitz stammte aus einer gutbürgerlichen Familie aus Altona, ihr Vater war Stadtverordneter und bekennender Antisemit.⁵ Auch wenn Luise in der frühen Weimarer Republik eher der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die von zahlreichen jüdischen Deutschen unterstützt wurde, zuneigte, behielt sie stets ein antijüdisches Ressentiment bei, das sich in zahlreichen Originaleintragungen auffinden lässt, in der späteren Abschrift jedoch nur zum Teil oder verändert übernommen wurde. So notierte sie in der Zeit der Hyperinflation am 24. September 1923: »Und so denkt das gesamte Ausland u. findet, daß es uns immer noch zu gut geht, wenn es Juden, Schieber – u. Ausländer auf dem Jungfernstieg u. in den Kaffees sieht.« In ihrer Abschrift tilgt sie die Erwähnung der Juden und schmückt aus: »Schieber und Ausländer, sie dürfen schlemmen auf dem Jungfernstieg, wir aber dürfen in der Askese leben. So denkt das gesamte Ausland und findet, daß es uns immer noch zu gut geht.« Ihr bürgerlicher Distinktionswille in diesen turbulenten Zeiten war ihr offenbar nach dem Krieg ein wenig suspekt. Schrieb sie im selben Tagebucheintrag: »Daß uns, die Bodenständigen, daß uns, das Bürgertum, daß uns, die Gesitteten der tolle, widerliche Wirbel, der manche Kreise ergriffen hat, ekelt und abstößt, ist selbstverständlich. Es sind die Reichgewordenen u.[nd] es sind die Jugendlichen, bes.[onders] die niederen Stände, die gut verdienen.« In der Abschrift fehlen »die niederen Stände« – ohne dass sie all diese Bearbeitungen kenntlich gemacht hätte.⁶

II.

In den Krisenjahren der Weimarer Republik rückte Luise Solmitz immer weiter nach rechts, obwohl ihre antikommunistischen und antijüdischen Ressentiments, gepaart mit Nationalstolz, auch in ihrer eher liberalen Zeit vorhanden gewesen waren. Bei den Reichstagswahlen im September 1930 wählte sie sogar NSDAP, dann obsiegte aber das Faible für den rechtskonservativen Franz von Papen, den auch ihr Ehemann Friedrich unterstützte, der als altgedienter kaiserlicher Offizier deutschnationale und monarchische Gesinnung verband. Obwohl sie sich von den Nationalsozialisten

17.4.32

Umzug der verbotenen SA ohne Uniformen. Ueber eine Stunde lang. Preussische Militärmärsche u. Sonntagsglocken. Nachbar Umzug Linksgerichteter m. Weib u. Kind. Rote Fahnen und Marseillaise.

20.4.32

Hitlers Geburtstag, nationalsozial. Umzug ohne Fackeln, die als "Schlagwerkzeug" verboten waren.

23.4.32

Um 11 fahren wir nach Lokstedt auf die stillgelegte Aschenbahn von riesigen Ausmassen. Fussgänger in nicht abreisendem Strom, Bahn um Bahn. Ach, und da standen wir in der ungeheuren Bahn, Tausende waren schon da, und es war erst 12, und um 3 Uhr sollte Hitler kommen. Bänke, die Platz für Tausende boten, gähnten noch leer, aber wir durften nicht hin. Kriegsbeschädigte, Alte und Inhaber von 4 RM's-Karten sollten dort sitzen.- Schräg vor uns das mit der Hakenkreuzlagge umkleidete Rednerpult, das sich gegen den Himmel abhob. Menschen, Menschen, Menschen, wie Mauern hinter uns; um uns ein Meer von Menschen und immer neue, immer mehr strömten auf den gewaltigen Platz, der sie verschluckte wie nichts. Ein idegler Sammelplatz; welcher Saal hätte 120.000 Menschen zu fassen vermocht!

Sommerlich heiss strahlte die Aprilsonne und gestaltete alles zu einem Bild fröhlichster Erwartung. Tadellose Ordnung u. Disziplin, obwohl die Polizei den ganzen Platz den Ordnern überliess u. sich am Rande aufhielt. Keiner sagte "Hitler", immer nur "der Führer". "Der Führer sagt", "Der Führer will", und was der sagte und wollte, das schien richtig und gut. Die Stunden gingen hin, die Sonne strahlte, die Erwartung stieg. Im Hintergrund auf dem Rand der Bahn Träckerkolonnen, wie Munitionsträger. Was sie schleppten, waren Kästen mit Bier. Flieger über uns. Prüfung der Lautsprecher, Surren der Kinoapparate. Es ging auf 3 Uhr. "Der Führer kommt!" Ein Ruck ging durch die Massen. Um die Rednertribüne sah man Hände zum Hitlergruss erhoben. Ein Redner eröffnete die Versammlung, schalt aufs "System", keiner hörte auf ihn. Ein zweiter Redner hiess Hitler willkommen und gab den Weg frei für den, der 120.000 Menschen zu sich gezogen hatte, Menschen aller Stände u. jeden Alters. Da stand Hitler im einfachen schwarzen Rock u. blickte wartend über die Menge.- Ein Wald von Hakenkreuzfahnelein rauschte empor, in brausendem Heilruf machte sich der "ubel über diesen Augenblick Luft. Dann sprach Hitler. Hauptgedanke: Aus Parteien soll ein Volk werden, das deutsche Volk.- Er geisselte das "System" ["Ich möchte wissen, was an diesem Staat noch zu ruinieren ist!"] "Auf der Fahrt hierher sind mir Sozialisten entgegengetreten m. einem Plakat "Adolf Hitler, kehre um!" Vor 13 Jahren bin ich ein einfacher unbekannter Soldat gewesen, ich bin meinen Weg gegangen, umgekehrt bin ich nie. Auch jetzt kehre ich nicht um". Im Übrigen enthielt er sich persönlicher Angriffe u. auch unbestimmter u. bestimmter Versprechungen. Die Stimme war heiser vom vielen Reden der letzten Tage.

Als die Rede beendet war, erhob sich brausender Jubel u. Beifall. Hitler grüsste, dankte, das Deutschlandlied tönte über die Bahn. Man half Hitler in den Mantel. Dann ging er.- Wieviele sehen zu ihm auf in ergreifender Gläubigkeit als dem Helfer, Erretter, als dem Erlöser aus übergrosser Not.- Zu ihm, der den preussischen Prinzen, den Gelehrten, den Geistlichen, den Bauern, den Arbeiter, den Erwerbslosen aus der Partei rettet ins Volk hinein.

wegen des gewalttätigen Auftretens der SA wieder distanzierte, war sie doch von Hitler ganz eingenommen und blieb es auch die NS-Zeit hindurch. Während des Wahlkampfes im Frühjahr 1932 erlebte sie am 23. April in Hamburg eine Großkundgebung Hitlers, der mit seinen »Deutschlandflügen« spektakulär Propaganda machte.

»Um 11 fuhren wir nach Lokstedt auf die stillgelegte Aschenbahn von riesigen Ausmassen«, so schrieb sie in ihrem Originaltagebuch. »Sommerlich heiss strahlte die Sonne u. gestaltete alles zu einem Bild fröhlicher Erwartung; es war wundervoll. Tadellose Ordnung u. Disziplin, obwohl die Polizei den ganzen Platz den Ordnern überließ u. sich am Rande aufhielt. Keiner sagte ›Hitler‹, voll unendlichen Vertrauens u. gläubiger Liebe immer nur ›der Führer‹.« In ihrer Abschrift ließ sie »voll unendlichen Vertrauens u. gläubiger Liebe« weg, so wie sie weitere Sätze strich, die ihre persönliche Hingabe an Hitler, ihre eigene Gläubigkeit zeigten.

In der Abschrift hieß es eher nüchtern: »Ein Redner eröffnete die Versammlung, schalt aufs ›System‹, keiner hörte auf ihn. Ein zweiter Redner hieß Hitler willkommen und gab den Weg frei für den, der 120.000 Menschen zu sich gezogen hatte, Menschen aller Stände u. Alters. Da stand Hitler im einfachen schwarzen Rock u. blickte wartend über die Menge.« Im Original liest sich diese Beschreibung viel emotionaler und ergreifender: »Ein Redner eröffnete die Versammlung, schalt aufs ›Sisystem‹, keiner hörte auf ihn, Hitler, Hitler flog es durch alle Herzen. [...] Ein zweiter Redner hieß Hitler willkommen u. gab den Weg frei für den, der 120.000 Menschen zu sich gezogen hatte, Menschen aller Stände in des Vaterlands [unles.] wie 1813, wie 1914. – Da stand Hitler, im einfachen schwarzen Rock, ein männlicher Mann, nichts weibliches, aber hinreißend.«

7 Tagebuch Luise Solmitz, Eintrag unter dem 23.4.1923, StAHH, 622-1/140, Band 28, bzw. Archiv FZH, 11 / S 8.

Und weiter im Original: »Als die Rede beendet war, erhob sich brausender Jubel u. Zuruf. Hitler grüßte dankte, das Deutschlandlied tönte über die Bahn. [...] Man half Hitler in den Mantel. Dann ging er. [...] So wie wir alle zu Hitler aufsehen, in ergreifender Gläubigkeit, wie zu dem Helfer, Erretter, zu dem Erlöser aus so übergroßer Not. Zu ihm, der den preuß. Prinzen, den Gelehrten, den Geistlichen, den Bauern, den Arbeiter, den Erwerbslosen aus der Partei rettet ins Volk hinein. Auf, Hitler, bleibe dir selbst treu!« In der späteren Abschrift deutlich schrieb sie zurückgenommener und ihre persönliche Begeisterung abblendend: »Als die Rede beendet war, erhob sich brausender Jubel u. Beifall. Hitler grüßte dankte, das Deutschlandlied tönte über die Bahn. Man half Hitler in den Mantel. Dann ging er. Wieviele sehen zu ihm auf in ergreifender Gläubigkeit als dem Helfer, Erretter, als dem Erlöser in übergrosser Not. Zu ihm, der den preussischen Prinzen, den Gelehrten, den Geistlichen, den Bauern, den Arbeiter, den Erwerbslosen aus der Partei rettet ins Volk hinein.«⁷ Alle Veränderungen der Abschrift erfolgten wie ersichtlich ohne entsprechenden Hinweis. Bezeichnend ist der Kommentar, den Luise Solmitz an den Schluss ihrer Abschrift dieses Tagebucheintrages schrieb: »Nachtrag: unvergesslich ist meinem Mann und mir Hitlers Wort: ›Ich möchte nur wissen, was an diesem Staat noch zu ruinieren ist, – hundertfach von uns zitiert in den Schrecken der Bombennächte!«

Wer die originalen zeitgenössischen Einträge der Tagebücher von Luise Solmitz auswerten will, kann sich daher nicht auf die maschinenschriftlichen Abschriften verlassen. Für das Jahr 1933, in der die Familie Solmitz trotz ihrer Begeisterung für die neu gebildete »Regierung der nationalen Erhebung« plötzlich wegen der jüdischen Herkunft von Ehemann Friedrich mit antisemitischer Diskriminierung konfrontiert wurde und Luise wie Friedrich Solmitz sich zutiefst missverstanden und gedemütigt fühlten, sind wir mit der Edition von Bajohr / Meyer / Szodrzynski, die auf den Originaltagebüchern basiert, auf der sicheren Seite. Doch für die Jahre davor und danach türmen sich die ungekennzeichneten Diskrepanzen zwischen Original und Abschrift auf, wie ein letztes, aufschlussreiches Beispiel aus dem Jahr 1945 zeigt.

8 Tagebuch Luise Solmitz, Einträge unter dem 18., 19., 20., 21.4.1945, StAHH, 622-1/140, Band 34. Die von Renate Hauschild-Thiessen besorgte Veröffentlichung mit Tagebucheinträgen zu den letzten Kriegswochen in Hamburg, darunter unter anderen von Luise Solmitz, stützt sich auf die maschinenschriftliche Abschrift im Archiv der FZH: Vor 50 Jahren. Hamburg in den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges, in: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter, hrsg. vom Vorstand des Vereins für Hamburgische Geschichte, Band 13, Hamburg 1997, S. 137 – 184.

9 Tagebuch Luise Solmitz, Eintrag unter dem 1.5.1945, StAHH, 622-1/140, Band 34. Dieser Satz fehlt entsprechend in der o. a. Publikation.

III.

Luise Solmitz erlebte die letzten Kriegswochen mit ihrem Ehemann und ihrem Enkel Richard in Hamburg, verzweifelt zwischen Todesangst in den Bombennächten und Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende. Jedes Gerücht über eine Übergabe der Stadt an die britischen Truppen erfüllte sie mit Zuversicht, die dann durch das Warten und fortgesetzten Kämpfe wieder zerschlagen wurde.

Mitte April verbrannte Luisens Mutter die Hakenkreuzfahnen, die Tochter tat es ihr nach. Auch hieß es, vor den Parteihäusern würden Akten ins Feuer geworfen. »Merkwürdige Stimmung über uns allen. Alles wird unwirklich, verliert seinen Wert; man wartet auf den Daueralarm.« Eine Nachbarin sagte kummervoll, so hörte es Luise Solmitz: »Der Führer ist seiner Zeit weit voraus, aber er scheitert leider an der Unzulänglichkeit der Menschen.« Morgens ließ sich schon das Schießen der herannahenden Front hören. »Es ist wieder wie im Aug. 43, Nachbarn stehen beieinander, ratlos, angstvoll.« Ehemann Friedrich beschwichtigte: »Ruhe bewahren u. Ordnung – auch im Falle der Feindbesetzung.« Durch die Stadt schwirrten die Gerüchte, ob Hamburg zur offenen Stadt erklärt werde. »»Festung«, dann sind wir alle verloren.«⁸

Hitlers Satz: Gebt mir zehn Jahre Zeit und ihr werdet sehen, was ich aus Deutschland gemacht habe, sei, so Luise Solmitz am 1. Mai 1945, der mit Bitterkeit meistzitierte der letzten Monate. »Vielleicht ist es noch eine Stunde zu früh. Aber meine Einstellung, seit er 1939 mit blutigen, verbrecherischen, plumphen Händen den Krieg herbeifuschte: der schäbigste Versager der Weltgeschichte.« Kein Wort äußerte sie zu den Verfolgungen, den Verbrechen des Regimes. Was Hitler nun vorgeworfen wurde, war, dass er seine Versprechen

nicht eingelöst, dass er versagt habe. Und dann brach die tiefe Enttäuschung aus Luise Solmitz heraus: Wie sehr sie darunter leide, dass es kein Wort, keine Bezeichnung für Hitler gebe. »Man mag zus.[ammen]tragen, was die Sprache bietet an Schimpf, Schande, Ekel, Vorwurf, – es sind Liebkosungen für diese Höllenbrut. – nein auch das stimmt schon wieder nicht, – denn der Satan würde den Unhold nicht in seiner Hölle, am heißesten Platz nicht dulden. Er würde bei aller Schwärze schamrot werden, wollte man's ihm zumuten!« Abends um halb zehn erfuhr sie im Radio, dass der Teufel doch noch ein Erbarmen mit Luise Solmitz gehabt hatte. Und an diesem 1. Mai 1945, wenige Tage vor dem Ende des NS-Regimes, war es ihr angelegen – ohne dass diese Passage in der Abschrift erscheint –, ihre Haltung zur »Judenfrage« zu formulieren: »An der empört mich ihre Handhabung, die jeder Menschlichkeit ins Gesicht schlägt, aber Judenfreund werde ich nie.«⁹

IV.

Die erste Schlussfolgerung dieser Beispiele ist eindeutig. Wer mit den Tagebüchern von Luise Solmitz als zeitgenössischer Quelle arbeiten will, kommt in keinem Fall umhin – trotz der Mühe, die ihre Handschrift heutigen Leserinnen und Lesern macht –, auf die Originale im Staatsarchiv Hamburg zurückzugreifen.

Die zweite Konsequenz dieser Befunde weist indes auf ein spannendes Forschungsfeld, denn mit der Bearbeitung ihrer Tagebuchaufzeichnungen in der Abschrift eröffnet sich die seltene Möglichkeit, zu untersuchen, wie eine Tagebuchautorin im retrospektiven Blick nach 1945 auf die Jahre des Ersten Weltkrieges, der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieges ihre damaligen Wahrnehmungen betrachtet und umschreibt. Die hier dokumentierten Beispiele zeigen, wie Luise Solmitz im Rückblick ihre persönliche emotionale Begeisterung für Hitler milderte beziehungsweise in eine allgemeine Zustimmung verwandelte und eigene drastische antisemitische Äußerungen tilgte, auch wenn selbst die Abschrift ihre judenfeindliche Einstellung immer wieder zu erkennen gibt. Was sich als Abschrift präsentiert, stellt sich als eine weitere Originalquelle heraus, die sehr viel über die Distanzierungen von den Emotionen, Begeisterungen, Zugehörigkeiten aussagt. Wer also mehr über die postnationalsozialistische

MICHAEL WILDT

■ DIE TAGEBÜCHER DER LUISE
SOLMITZ – ZWEI ORIGINALE

Mentalität im Nachkriegsdeutschland, das Fortwirken des »Volksgemeinschafts«-Gefühls und die Verarbeitung von Erfahrungen wie die Veränderungen des Sagbaren wissen will, wird im Nachkriegs-Original der Tagebücher von Luise Solmitz auf ein reichhaltiges Material stoßen.

- Prof. Dr. Michael Wildt ist emeritierter Professor für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin.

ANDREA ALTHAUS UND
CLAUDIA BADE

■ »WAS ICH VOM HIMMEL SEH,
IST NUR EIN KLEINES STÜCK«

- 1 Claudia Bade, »Man war auch nach 1945 eine Ausnahme«. Akteure und Akteurinnen des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) nach der Befreiung, in: Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen (Hrsg.), NS-Verfolgte nach der Befreiung. Ausgrenzungserfahrungen und Neubeginn, Göttingen 2022 (im Erscheinen).
- 2 Zum ISK gibt es einige ältere Veröffentlichungen, beispielhaft seien zwei herausgegriffen: Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964; Sabine Lemke-Müller, Ethik des Widerstands. Der Kampf des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1996.

»WAS ICH VOM HIMMEL SEH, IST NUR EIN KLEINES STÜCK«

Entdeckung, Geschichte und Klang eines
Gedichtes

In der Werkstatt der Erinnerung (WdE) werden seit 30 Jahren lebensgeschichtliche Interviews gesammelt und für die wissenschaftliche Forschung und historische Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt. In der Begegnung mit Archivnutzer:innen ergeben sich häufig interessante Gespräche. Manchmal vertiefen sich diese zu einem inspirierenden Austausch oder gar einer guten Zusammenarbeit. Aus einer solchen entstand dieser Werkstattbericht, in dem wir – Andrea Althaus (WdE-Mitarbeiterin) und Claudia Bade (WdE-Nutzerin) – die Geschichte eines einzigartigen archivalischen Fundes erzählen wollen, der in einem Bücherregal der Familie Bade eine überraschende Fortsetzung fand. In unseren Ausführungen stellen wir nicht nur das Fundstück – ein Gedicht – vor, sondern situieren dieses in seinem historischen und biografischen Entstehungskontext. Zudem reflektieren wir den besonderen Wert von Audioaufnahmen für die Interviewauswertung.

Im August 2021 besuchte ich, Claudia Bade, die WdE, um für einen Aufsatz Interviews mit Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) anzuhören und auszuwerten.¹ Der ISK formierte sich 1925 als linke Abspaltung der SPD.² Der Grün-

■ »WAS ICH VOM HIMMEL SEH,
IST NUR EIN KLEINES STÜCK«

- 3 Leonard Nelson (1882–1927) war ein Philosophieprofessor in Göttingen, für den Praxis, Ethik und Pädagogik zur Philosophie dazugehörten. Er begründete das Konzept des ethischen Sozialismus, für den der ISK stand.
- 4 Als die Werkstatt der Erinnerung 1990 gegründet wurde, sollten insbesondere »Widerstandskämpfer« befragt werden, deren Erzählungen das demokratische Bewusstsein der Bevölkerung stärken sollten. Vgl. Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte (FZH-Archiv) 376–22, Detlev Peukert, Projektvorschlag, Hamburg 1989.
- 5 Es gibt jedoch journalistische Videointerviews mit Emmi Kalbitzer, vgl. etwa ihr Porträt in der vierteiligen Filmreihe von Gretl Brand, *Frauen im Widerstand*, WDR 1990.
- 6 Vgl. dazu ihre Kurzbiografie in: SPD Landesorganisation Hamburg, Arbeitskreis Geschichte und Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (Hrsg.), *Für Freiheit und Demokratie. Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand 1933–1945*, Hamburg 2003, S. 60; Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg/Werkstatt der Erinnerung (FZH/WdE) 62, Interview mit Luise Gabrieli vom 27.11.1990. Interviewerin: Beate Meyer.

der Leonard Nelson war der Auffassung, dass es eine ethische Verpflichtung sei und dass es in der Handlungsbereitschaft jedes und jeder Einzelnen liege, für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.³ Die Mitgliedschaft im ISK verlangte daher auch der Lebensführung einiges ab: Die Verpflichtung zur Mitarbeit in anderen Organisationen der Arbeiterbewegung, die Einhaltung einer vegetarischen Lebensweise, Abstinenz von Alkohol und vor allem der Austritt aus der Kirche gehörten zu den unabdingbaren und rigoros gehandhabten Forderungen an die Mitglieder. So entstand ein sehr fester Zusammenhalt unter den Akteuren und Akteurinnen. Gegen Ende der Weimarer Republik trat der ISK für eine Einheitsfront von KPD und SPD ein, schulte aber zugleich die Mitglieder schon intensiv für die erwartete kommende Zeit der Illegalität. Der Bund blieb eine recht kleine Gruppierung (etwa 300 Mitglieder und insgesamt 1000 Sympathisierende reichsweit), doch ein großer Teil leistete in der NS-Zeit Widerstand gegen das Regime. Die Gruppe wurde verfolgt; einigen Mitgliedern gelang die Flucht ins Exil, andere wurden inhaftiert oder ermordet.

In der WdE sind sechs Gespräche mit ehemaligen ISK-Angehörigen aus Hamburg archiviert, die zwischen 1988 und 1999 interviewt wurden.⁴ Die Interviewten sind mir nicht nur aus meiner wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem ISK bekannt, sondern ich kenne manche von ihnen auch persönlich respektive aus Familienerzählungen. Meine Großeltern Emmi und Hellmut Kalbitzer gehörten beide dem ISK an, waren im Widerstand aktiv und wurden jeweils wegen dieser Aktivitäten inhaftiert und verurteilt. Während in der WdE ein Gespräch mit meinem Großvater überliefert ist, wurde meine Großmutter leider nicht befragt.⁵ Sie kommt jedoch indirekt – und unerwartet – im Interview mit Luise Gabrieli zu Wort.



Klebezettel des ISK, o. D., vermutlich Hamburg. Quelle: FZH, Nachlass Otto Piel 11-P15.



Luise Gabriely, o. O., vermutlich 1940er Jahre. Foto: privat.

Luise Gabriely, geb. Zobel, wurde am 8. Mai 1911 in Hamburg geboren und wuchs in einer sozialdemokratischen Familie in Winterhude auf. Anfang der 1930er Jahre kam sie durch ihren Lehrer Hans Kose zur Jugendgruppe des ISK. Sie blieb auch nach der Machtübernahme der Nazis aktiv und war vermutlich seit etwa 1935 in der Hamburger vegetarischen Gaststätte tätig. Solche sogenannten Vegas eröffnete der ISK in vielen deutschen Städten, um die Widerstandsarbeit zu finanzieren und Kurieren einen konspirativen Anlaufpunkt zu bieten. Die Lokale arbeiteten meist wirtschaftlich erfolgreich. Zudem fanden arbeitslose ISK-Aktive auf diese Weise eine Beschäftigung – die Entlohnung war allerdings eher gering. Zweimal wurde Luise Gabriely verhaftet, konnte sich aber gegenüber der Gestapo immer als »unbedeutende« und ahnungslose junge Frau darstellen. Sie wurde nie verurteilt, trug aber durch die Haft erhebliche gesundheitliche Schäden davon. Am 9. August 2002 starb sie in Hamburg.⁶

1990 wurde sie von der damaligen WdE-Leiterin Beate Meyer interviewt. Gegen Ende des aufgezeichneten Gesprächs findet Gabriely beim Durchblättern alter Unterlagen ein Gedicht und erzählt, dass Emmi Kalbitzer es für sie geschrieben habe. Emmi Kalbitzer, geb. Volkmann, kam am 17. Feb-



Luise Gabriely während des Interviews, Hamburg 27.11.1990.
Foto: FZH/WdE 62.

- 7 Vgl. Emmi Kalbitzer, Autobiografische Aufzeichnung, in: Deutscher Frauenring e. V. (Hrsg.), *Lebensbilder von Frauen in Hamburg nach 1945*. Gesellschaftspolitisch aktive Frauen berichten über ihre Erfahrungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit, Grüne Reihe Nr. 21, Hamburg 1989, S. 51–61.
- 8 Die Tageszeitung »Der Funke« erschien zwischen Januar 1932 und dem 17. Februar 1933 und ist mittlerweile beim Archiv der sozialen Demokratie digitalisiert verfügbar: <http://library.fes.de/inhalt/digital/funke/funke.html> [14.12.2021].
- 9 Vgl. Kalbitzer, *Autobiografische*, S. 53 und SPD Landesorganisation Hamburg, *Freiheit*, S. 78 f.
- 10 Vgl. die Auflistung fast aller Verfahren und Urteile gegen ISK-Mitglieder bei Link, *Geschichte*, S. 227–231. Das Berliner Kammergericht entsprach und entspricht noch heute in seiner Zuständigkeit den Oberlandesgerichten in anderen Gerichtsbezirken.

ruar 1912 im heute niedersächsischen Obernkirchen zur Welt. Sie wuchs in einem sozialdemokratischen Elternhaus in Bochum auf, besuchte die Handelsschule und machte eine Ausbildung zur Kontoristin. Über ihren Bruder Ernst Volkmann lernte sie den ISK kennen und trat ihm 1930 bei.⁷ Drei Jahre später ging sie nach Paris, um für die ISK-Zeitung *Der Funke* zu arbeiten.⁸ Doch kurz nach der Machtübernahme wurden in Deutschland alle linken Zeitungen verboten und so konnte auch von Paris aus nicht mehr für den *Funken* geschrieben werden. In der Folge arbeitete Emmi dort in einer vom ISK betriebenen vegetarischen Gaststätte. Weil sie keine Aufenthaltserlaubnis besaß, wurde sie allerdings 1934 von der französischen Polizei ausgewiesen. Sie zog nach Hamburg und war hier an der Eröffnung der »Vega« an der Börsenbrücke 4 beteiligt.⁹

Dort arbeitete später auch Luise Gabriely, mit der Emmi in einer ISK-Wohngemeinschaft zusammen-



Emmi Kalbitzer 1935 in Hamburg-Finkenwerder. Foto: privat.

wohnte. Im Januar 1938 verhaftete die Gestapo die beiden jungen Frauen gemeinsam und lieferte sie in das Berliner Polizeigefängnis am Alexanderplatz sowie anschließend ins Frauengefängnis Barnimstraße ein. Während Luise Gabriely nach einem halben Jahr entlassen wurde, verurteilte das Berliner Kammergericht Emmi Kalbitzer wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu zwei Jahren Gefängnis. Untersuchungshaft und Prozess fanden vermutlich deshalb in Berlin statt, weil zu dieser Zeit der Volksgerichtshof einige exponierte ISK-Aktive verfolgte und daher kleinere Verfahren gegen andere, weniger bekannte ISK-Mitglieder von diesen Hauptverfahren abtrennt und an das Kammergericht abgegeben wurden.¹⁰

Aus dieser Zeit stammt das Gedicht, das Luise Gabriely während des Interviews findet. Emmi schrieb es zu Beginn ihrer Haftzeit, vermutlich noch in Einzelhaft, im Frühjahr 1938. Sie und Luise Gabriely hatten zeitweise direkt nebeneinander liegende Zellen und konnten über Klopfzeichen miteinander kommunizieren, wie Gabriely erzählt. Weil es von Hand in Kurrentschrift geschrieben sei – und wohl um es auf Band zu haben –, bat Beate Meyer, die Interviewerin, Luise Gabriely darum, es vorzulesen. Entstanden ist auf diese Weise nicht nur eine informativ-erhellende, sondern auch eine emotional-berührende Interviewpassage. Luise Gabriely

■ »WAS ICH VOM HIMMEL SEH,
IST NUR EIN KLEINES STÜCK«

- 11 FZH/WdE 62, Interview mit Luise Gabriely vom 27.11.1990. Interviewerin: Beate Meyer, Originaltranskript, S. 28.
- 12 Transkriptionssysteme legen die Regeln fest, nach denen das gesprochene Wort in die Schriftsprache übersetzt wird. Je nach System werden mehr oder weniger nonverbale Äußerungen (Paraverbales, Betonungen, Lautstärke, Tonhöhe, Dialektfärbung, Gestik etc.) aufgenommen. Die WdE verwendet – zugunsten einer besseren Lesbarkeit – ein relativ einfaches Transkriptionssystem.
- 13 FZH/WdE 62, Auszug aus dem Interview mit Luise Gabriely vom 27.11.1990, Interviewerin: Beate Meyer, 2B 00:13:39. Der Auszug ist zu hören unter: https://web.archive.org/web/20220530101242/http://www.werkstatt-der-erinnerung.de/data/audios/FZH_WdE_62_Gabriely_1990_Gedicht.mp3 [31.5.2022].
- 14 Barbara Duden, Mitfühlende Ohren – Auf der Suche nach dem Hörsinn des Forschers. Ein Kommentar zu den Studien einer indischen Anthropologin, in: Daniela Münkel / Jutta Schwarzkopf (Hrsg.), Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Adelheid von Saldern, Frankfurt a. M. / New York 2004, S. 169–179, hier S. 169–172.

rezitiert den Text teils zögerlich, teils bestimmt. Sie schiebt immer wieder Erläuterungssätze ein und ist zeitweise emotional ergriffen. Im Transkript, das wir hier bewusst nicht korrigiert im Original belassen haben, liest sich die Passage so:

»Gucken Sie mal, das hat mir Emmi Kallwitzer damals geschrieben in der Haft, das ist noch in deutscher Schrift. [BM: Können Sie mir das nicht vorlesen?] März, 1938. Das war in Berlin, wo wir immer geklopft haben, und ich ihr dann auch mal etwas rübergeschickt habe. ›Der Frühling naht. Schon ist der Frühling himmelsblau, die Sonne scheint schon stundenweise, und Kinderlärm hier auf der Straße, von der noch blassen Sonne angezogen. Was ich vom Himmel seh, ist nur ein kleines Stück fünf Zentimeter breit, fünf Zentimeter lang und einen breit ...‹ Wir hatten diesen Stab, und dann hatten wir nur dieses kleine Stückchen, was offen war. ... fünf Zentimeter lang und einen breit, und doch bedeutet es für mich den ganzen Frühling. Es sagt mir: Das Leben geht weiter. Und eines Tages stehst auch du wieder da in diesem Leben, das trotz allem wunderschön sein kann, und wieder rinnt ein Tag hin zu dem anderen, die langsam drüben in das Dunkel sanken, gleichmäßig zogen sie dahin wie graue Brüder, äußerlich sich gleich und doch gleicht einer nie dem anderen völlig. Zwar gab es Tage düster und verzweifelt, doch andere waren leicht und hoffnungsfroh. Ein Stückchen blassen Himmels, das Kinderlärm auf der Straße, das Zwitschern eines Vogels, ein liebes Wort, ein liebenswerter Mensch. Auch nur die Erinnerung an längst vergangenes Schönes färbt sie bunt und heiter. Das hat Emmi mir damals geschrieben.«¹¹

Würde man nur das Transkript des Gedichts lesen und nicht die Tonaufnahme des Interviews anhören, ginge

viel von seinem Sinn (und noch mehr von seinem Zauber) verloren. Es beginnt damit, dass der Name von Emmi Kalbitzer falsch geschrieben ist (»Kallwitzer«). Gravierender als diese Ungenauigkeit auf der faktischen Ebene scheint uns jedoch der Verlust auf der semantischen Ebene zu sein. Ziel von Transkriptionen ist es, den Wortlaut möglichst exakt festzuhalten. Die Darstellung richtet sich dabei nach den Vorgaben des verwendeten Transkriptionssystems und nicht nach dem Genre des Gehörten.¹² In der Transkription des Gedichts fehlt die ansonsten für die Darstellung von Lyrik übliche Trennung der Verse durch Absätze. Zudem verschwimmen die Grenzen zwischen dem Gedicht und Gabrielys Erläuterungen. Sind anfänglich noch Anführungszeichen gesetzt, um die beiden textlichen Ebenen auseinanderzuhalten, fließen sie später ohne sichtliche Kennzeichnung ineinander über. Der Rhythmus des Gedichts, sein Flow, wird erst in der Tonaufnahme hörbar. Neben den erklärenden Einschüben von Luise Gabriely erschweren auch Wiederholungen, Abbrüche und Pausen die Orientierung in der Niederschrift. Hört man ihr zu, ist es aber gerade ihre stockende Art zu lesen, die das Verständnis und die Erkenntnis fördern.

Die Tonaufnahme¹³ verdeutlicht, dass es sich um eine spontane Lesung – und keine eingeübte Rezitation – handelt. Luise Gabriely scheint das Gedicht lange Zeit nicht mehr gelesen zu haben, denn es fällt ihr, wie zu hören ist, zufällig in die Hände, als sie nach Unterlagen zu Entnazifizierungsverfahren sucht, an denen sie als Laienschöffin beteiligt war. Wenn wir genau hinhören, wird klar, dass die Pausen, die Wiederholungen und das Stocken unterschiedliche Qualitäten haben. An einigen Stellen muss sie schlicht die Schrift entziffern, an anderen ergänzt sie etwas, um das Gedicht für die Interviewerin verständlich zu machen. Das Erläutern der Gefängnissituation und das Beschreiben der dortigen räumlichen Gegebenheiten lösen eigene Erinnerungen und Emotionen aus. Bei den Verszeilen »und eines Tages stehst auch du wieder darin, in diesem Leben, das trotz allem wunderschön sein kann« wird sie hörbar von Gefühlen überwältigt; ihre Stimme bricht und sie pausiert einen Moment, wohl um sich zu fassen, bevor sie klar und flüssig weiterliest. Die Erkenntnis, dass Tonfall, Rhythmus, Klangfarbe, Sprechgeschwindigkeit oder Lautstärke Bedeutungen transportieren, ist nicht neu.¹⁴ Seit Langem fordern Oral Historians, genau hinzuhören und die Mündlichkeit von mündlichen Quellen zu beachten

ANDREA ALTHAUS UND
CLAUDIA BADE

■ »WAS ICH VOM HIMMEL SEH,
IST NUR EIN KLEINES STÜCK«

15 Alessandro Portelli, What Makes Oral History Different, in: Robert Perk / Alistair Thomson (Hrsg.), The Oral History Reader, London / New York 2016, S. 48 – 57, hier S. 49 [1979 erstmals auf Italienisch erschienen]; Herwart Vorländer, Mündliches Erfragen von Geschichte, in: ders. (Hrsg.), Oral History. Mündlich erfragte Geschichte, Göttingen 1990, S. 7 – 28, hier S. 22 – 24.

16 Zum Mehrwert des Hörens in der Auswertung von Oral-History-Interviews vgl. ausführlicher Andrea Althaus u. a., Ein Interview, zwei Gesprächspartner, drei Fragehorizonte, vier Mithörerinnen. Deutungsmöglichkeiten einer archivierten Audioaufnahme, in: Linde Apel (Hrsg.), Erinnern, erzählen, Geschichte schreiben. Oral History im 21. Jahrhundert, Berlin 2022, S. 81–117.

17 Vgl. Gespräch mit Marta Damkowsky, aufgezeichnet von Elke Kröplien, in: Lemke-Müller, Ethik, S. 158–173, hier S. 167.

18 Vgl. Rita Bake, Text zu Emmi Kalbitzer auf der Website des »Garten der Frauen«, hier: Friedhof Blankenese: http://www.garten-der-frauen.de/andereFriedhoeefe/friedhof_altona2.html [14.12.2021].



Emmi Kalbitzer 1940 im Sauerland. Foto: privat.

und ernst zu nehmen.¹⁵ Trotzdem wurde und wird der auditiven Dimension von Interviews nach wie vor nur wenig Beachtung geschenkt. Mit unseren Ausführungen wollen wir dafür plädieren, bei der Interviewanalyse vermehrt genau hinzuhören und nicht nur Transkripte zu lesen.¹⁶

Widmen wir uns der thematisch-inhaltlichen Ebene des Gedichts, hören wir die Poesie einer jungen, sechsundzwanzigjährigen Frau, die als politisch Verfolgte in Einzelhaft sitzt, sich also in einer äußerst bedrohlichen Ausnahmesituation mit ungewissem Ausgang befindet. Und trotzdem ist das Gedicht in optimistisch-hoffnungsvollem Ton verfasst: »Zwar gab es Tage düster und verzweifelt, doch andere waren licht und hoffnungsfroh«. Genährt wird ihre Hoffnung vom beginnenden Frühling, den sie in ihrer Zelle nur ahnen kann, der ihr aber verspricht, dass das Leben eines Tages wieder schön sein wird. Auch andere Frauen schrieben Gedichte in der Haft. Die Hamburger ISK-Akteurin Marta Damkowsky berichtete später, sie habe viele Gedichte geschrieben, denn dies habe ihr über schwere Stunden hinweggeholfen.¹⁷ Fast zwei Jah-

Februar 1938,

Der Frühling naht- schon ist der Himmel frühlingsblau,
Die Sonne scheint schon stundenweise
und Kinder lärmten wieder auf der Strasse,
von der noch blassen Sonne angelockt.
Was ich vom Himmel sah, ist nur ein ~~klein~~ kleines Stück,
fünf Zentimeter breit und einen lang ~~cm~~
und doch bedeutet es für mich den ganzen Frühling.
Es sagt mir: das Leben geht weiter
und eines Tages stehst auch Du wieder darin,
in diesem Leben, das trotz allem wunderschön sein kann.

Und wieder rinnt ein Tag hin zu den andern
die langsam drüben in das Dunkel sanken.
Gleichmässig zogen sie dahin,
wie graue Brüder küsserlich sich gleich
und doch gleicht einer nie dem andern völlig.
Zwar gab es Tage düster und verzweifelt,
doch andre waren licht und hoffnungsfroh.
Ein Stückchen blassen Himmel,
der Kinder Lärmen auf der Strasse,
das Zwitschern eines Vogels,
ein liebes Wort, ein liebenswerter Mensch,
oder auch die Erinnerung an Längstvergangenes, Schönes,
färbten sie bunt und heiter.

Gedicht von Emmi Kalbitzer. Berlin 1938. Quelle: privat.

re sollte es noch dauern, bis Emmi mehr als nur »ein kleines Stück« vom Himmel sehen konnte. Nach ihrer Entlassung im Jahr 1940 kehrte sie nach Hamburg zurück und heiratete ihren Freund Hellmut Kalbitzer, den sie von der gemeinsamen Widerstandsarbeit beim ISK kannte. Sie bekamen drei Kinder zusammen. 1945 trat Emmi der SPD bei und blieb ihr Leben lang politisch engagiert – ob in leitender Position im SPD-Ortsverein Rissen-Süllndorf oder als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft.¹⁸

Emmis Gedicht aus dem Frühjahr 1938, das sie Luise Gabriely im Gefängnis geschrieben hat, ist komplett in Vergessenheit geraten. Von Gabriely sind in der WdE zwar einige wenige Dokumente überliefert, das Gedicht gehört jedoch nicht dazu. Auch im Gedächtnis meiner Familie hatte niemand Kenntnis davon – bis ich in der WdE zufällig darauf stieß. Als ich meiner Mutter Anneliese Bade, einer Tochter von Emmi und Hellmut Kalbitzer, von meinem unerwarteten »Fund« erzählte, erinnerte sie sich, dass ihr kürzlich ein Karton mit persönlichen Dokumenten ihrer Eltern in die Hände gefallen ist. In der Schachtel befanden sich vorwiegend Familienfotos, die mein Großvater kurz vor seinem Tod 2006 noch beschriftet hatte. Und zwischen den Fotos lag ein Umschlag mit von Emmi abgetippten Gedichten, vor allem von Rainer Maria Rilke und Albrecht Haushofer, darunter aber auch ein Gedicht ohne Autorenangabe mit dem Titel »Februar

ANDREA ALTHAUS UND
CLAUDIA BADE

■ »WAS ICH VOM HIMMEL SEH,
IST NUR EIN KLEINES STÜCK«

19 Vgl. u. a. Christl Wickert (Hrsg.),
Frauen gegen die Diktatur –
Widerstand und Verfolgung im
nationalsozialistischen Deutsch-
land, Berlin 1995.

ALEXANDER BUERSTEDDE
UND SANDRA FRÜHAUF

■ ABSCHIED VON
»HOCHWÜRDEN«?

1 Julius Döpfner, Das Bleibende und
Sich-Wandelnde im Priestertum
der Kirche, in: Carl Holenstein
(Hrsg.), Churer Dokumente.
Bischofs-Symposion 7. bis 10.
Juli 1969. Texte der Bischöfe und
Priester im Wortlaut, Zürich 1969,
S. 13 – 25, hier S. 15.

2 Ebd.

1938«. Meine Mutter und ich fanden schnell heraus,
dass es sich um das gleiche Gedicht handelt, das Lui-
se Gabriely im Interview vorliest – mit einem kleinen
Unterschied. In der Hörversion heißt es »März 1938«

Dank des doppelten Zufallsfundes im Archiv und in
einem privaten Bücherregal konnte dieses besondere
Gedicht seiner Autorin zugeordnet werden. Indem wir
die Geschichte hier einem breiten Publikum zugänglich
machen, wollen wir Emmi Kalbitzer eine späte Wür-
digung zukommen lassen, zumal ihre Verfolgungsges-
chichte – im Vergleich zu der ihres Mannes – sowohl
in Hamburg insgesamt als auch im Familiengedächtnis
weniger präsent ist. Es wäre lohnend, diese ungleiche
Repräsentation einmal stärker in den Blick zu neh-
men. Der Beitrag von Frauen zum Widerstand gegen
den Nationalsozialismus erfährt zwar dank zahlrei-
cher wegweisender Forschungen mittlerweile größere
Anerkennung,¹⁹ doch scheint er uns in der allgemeinen
öffentlichen Wahrnehmung noch nicht breit präsent
zu sein. Inzwischen ist die Widerstandsforschung eher
ein Randphänomen der Zeitgeschichtsschreibung und
erfahrungsgeschichtliche Ansätze – erst recht solche,
die weibliche Erfahrungen zum Gegenstand haben –
sind auch hier eine Seltenheit. Da die Familie Bade / Kal-
bitzer der WdE dankenswerterweise einen Scan des
Gedichts zur Verfügung stellt, kann es zukünftig von
interessierten Personen eingesehen werden – zusam-
men mit den Interviews mit Luise Gabriely, Hellmut
Kalbitzer oder anderen Mitgliedern des ISK.

- Dr. Andrea Althaus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in
der Werkstatt der Erinnerung an der Forschungsstelle für
Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).
- Dr. Claudia Bade ist freiberufliche Historikerin in Hamburg
und befasst sich u. a. mit Projekten zur NS-Militärjustiz und
zum jüdischen Sport.

ABSCHIED VON »HOCHWÜRDEN«?

Die »Priesterkrise« in der römisch-katholischen Kirche
nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil

Es war eine schonungslose Feststellung, mit der der römisch-katholische Kardinal Julius Döpfner die anderen Teilnehmenden des Bischofssymposiums im schweizerischen Chur am 7. Juli 1969 konfrontierte. Die Gegenwart zeige, so der Erzbischof des Erzbistums München und Freising, »daß viele Priester offensichtlich nicht mehr wissen, wer sie sind, was sie sollen und wo sie in der Kirche und Welt ihren Ort haben«. ¹ Diese Situation könne zwar »auf dem Hintergrund der totalen ›Säkularisierung‹ der modernen Welt, einer wachsenden Glaubensunsicherheit, der Gärung in der heutigen Gesellschaft, des Mißtrauens gegen alles Institutionelle, gegen bestehende Autorität« eingeordnet werden. ² Doch ohne Zweifel hätten ebenso einzel-



Kardinal Julius Döpfner (im Vordergrund, zweiter von links, stehend) auf dem Bischofssymposium in Chur. Quelle: Katholische Nachrichten-Agentur GmbH.

- 3 Vgl. Karl Gabriel, Zwischen Aufbruch und Absturz in die Moderne. Die katholische Kirche in den 60er Jahren, in: Axel Schildt / Detlef Siegfried / Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 528 – 543, hier S. 542.
- 4 Döpfner, Bleibende, S. 13 f., 17– 24.
- 5 Beide Projekte stehen im Forschungszusammenhang der DFG-Forschungsgruppe »Katholischsein in der Bundesrepublik Deutschland«.
- 6 So der Titel einer zeitgenössischen Arbeit; vgl. Josef Othmar Zoeller, Abschied von Hochwürden. Seelsorger der Zukunft, Frankfurt a. M. 1969.
- 7 Archiv des Erzbistums München und Freising (AEM), BB001/2/1 4863, Michael Höck, Unterlagen zum Dialog des Herrn Kardinals mit Vertretern des öffentlichen Lebens in Freising zur Frage Verlegung der Theologenausbildung von Freising nach München (undatiert, wohl 1966), S. 3 f. (im Folgenden als Höck, Unterlagen).
- 8 Das Projekt wird von Alexander Buerstedde bearbeitet.
- 9 Hier und im Folgenden Michael Keller, Priesterliche Heiligkeit – Priesterliche Sendung, in: Unsere Seelsorge 9 (1959), H. 4, S. 1– 2, hier S. 1 (Hervorhebungen im Original gesperrt, A. B.); vgl. hierzu auch schon Thomas Großbölting, Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013, S. 243.

ne Interpretationen der Dekrete des im Dezember 1965 nach drei Jahren konfliktreicher Beratungen abgeschlossenen Zweiten Vatikanischen Konzils, mit dem die Kirche ihr Verhältnis zur ›modernen‹ Welt neu zu bestimmen suchte und innere Reformen ins Werk setzte,³ die Verunsicherung der Priesterschaft begünstigt. Die Aufwertung der bis zum Konzil scharf vom Klerus abgegrenzten Laien und der Abschied von einem rein sakralisiert-kultischen Verständnis des Priestertums seien vielerorts als Abwertung des Priestertums und der Weihe wahrgenommen worden. Die funktionale Ausdifferenzierung des priesterlichen Amtes würde dafür sorgen, dass es Priestern schwerfalle, den Kern ihrer Berufung zu erkennen.⁴

Die hier behauptete »Priesterkrise« der römisch-katholischen Kirche ist Ausgangspunkt zweier Forschungsprojekte, die für den Zeitraum von 1965 bis 1989/90 jeweils eigene Blickwinkel auf diese Umbruchsituation in Klerus, Kirche und westdeutscher Gesellschaft einnehmen.⁵ Zum einen wird anhand der Priesterausbildung untersucht, inwiefern die katholische Kirche als Organisation den »Abschied von Hochwürden«⁶ einleitete, begleitete oder zu verhindern suchte und wie die Umbruchsituation von angehenden Priestern gestaltet und wahrgenommen wurde. Zum anderen wird anhand der neu entstehenden Priester- und Solidaritätsgruppen gefragt, welche Antworten diejenigen Kleriker gaben, die sich öffentlich und vor allem kritisch mit dem priesterlichen Dasein und der Kirche auseinandersetzten. Hierbei nehmen beide Forschungsprojekte fallstudienartig unterschiedliche Orte katholischen Lebens in der Bundesrepublik in den Blick.

»Die Kirche darf nicht zurückblicken, sie muß den Priester für morgen heranbilden.«⁷ Priesterbild und -ausbildung nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil zwischen Veränderung und Beharrung⁸

Gerade einmal zehn Jahre vor Döpfners offenen Worten in Chur waren noch andere Töne angeschlagen worden. »Zeiten und Menschen ändern sich. Wesen und Aufgabe des Priestertums«, so schrieb Bischof Michael Keller im Jahr 1959, »bleiben allezeit die gleichen.«⁹ Denn, so Keller weiter: »Im Grunde genommen wollen die Menschen heute – selbst wenn sie sich dessen nicht ausdrücklich bewußt sind – den heiligen, den gottverbundenen, den ehrlich frommen Priester, der es allerdings mehr *ist*, als zeigt, den Priester, der ›die Messe *lebt*‹.« Mit diesen Worten beschwor der Oberhirte des Bistums Münster mit restaurativem Impetus ein priesterliches Ideal, das eng mit demjenigen modernen Katholizismus verbunden war, der sich im 19. Jahrhundert als Reaktion auf die »Häresie« der Neuzeit herausgebildet hatte.¹⁰ In diesem Prozess war die katholische Kirche zum einen immer stärker in deutlicher Abgrenzung von der Welt sakralisiert und zum anderen das herkömmliche Feudalsystem der Kirche zentralisiert und bürokratisiert worden.¹¹ Von großer Wichtigkeit hierfür war eine in sich geschlossene Ausbildung von Kadern in den Theologenkonvikten und Priesterseminaren gewesen, in der Heiligkeit mit Weltabwendung, Absonderung, Askese, Dienst am Kult und priesterlicher Männlichkeit korrespondieren sollte.¹² Die so geformten Priester fungierten anschließend, mit einem Wort Olaf Blaschkes, nicht nur als »Milieumanager« im Zentrum einer relativ geschlossenen katholischen Lebenswelt, sondern sollten zugleich in zölibatärer Lebensform und der Stilisierung als fast schon engelsgleiche Heilige das Leitbild gesamt-katholischer Identität verkörpern.¹³ Gegen Ende der 1950er Jahre verwiesen Durchhalteparolen

10 Zur Verurteilung der Entwicklungen »der« Moderne als »Häresien« durch die katholische Kirche für viele José Casanova, *Europas Angst vor der Religion*, Berlin 2009, S. 46.

11 Vgl. Karl Gabriel, *Christentum zwischen Tradition und Postmoderne*, Freiburg i. Br. 1992, S. 80–93.

12 Vgl. Thomas Schulte-Umbreg, *Profession und Charisma. Herkunft und Ausbildung des Klerus im Bistum Münster 1776–1940*, Paderborn u. a. 1999; Thomas Forstner, *Priester in Zeiten des Umbruchs. Identität und Lebenswelt des katholischen Pfarrklerus in Oberbayern 1918 bis 1945*, Göttingen 2014, S. 158–187.

13 Siehe Olaf Blaschke, *Die Kolonialisierung der Laienwelt. Priester als Milieumanager und die Kanäle klerikaler Kuratel*, in: ders./Frank-Michael Kuhlemann (Hrsg.), *Religion im Kaiserreich. Milieus, Mentalitäten, Krisen, Gütersloh 1996*, S. 93–135; vgl. zudem Daniela Blum/Florian Bock, »... nicht nur Engel, sondern auch Götter« versus Abschied von Hochwürden. Das katholische Priesterbild zwischen Kirche und Welt, in: *Zeitschrift für Pastoraltheologie* 37 (2017), H. 1, S. 181–194, hier besonders S. 184 f.

■ ABSCHIED VON

»HOCHWÜRDEN«?

- 14 Vgl. Joachim Koehler / Ulrike Altherr (Hrsg.), Siegerin in Trümmern. Die Rolle der katholischen Kirche in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Stuttgart 1998; Großbölting, Himmel, S. 13, 22–34.
- 15 Vgl. Großbölting, Himmel, S. 94.
- 16 D. i. der Leiter eines Priesterseminars.
- 17 Hier und im Folgenden Höck, Unterlagen, S. 3f.; zur Person Höcks und dessen Wirken als Regens in den 1950er Jahren vgl. Forstner, Priester, besonders S. 128, 166.
- 18 Zum Neubau vgl. AEM, BB001/2/1 4863, Zusammenfassung der Gründe und Gegengründe für die Verlegung der Theologen-Ausbildung unserer Erzdiözese von Freising nach München (undatiert), S. 2.
- 19 Hier und im Folgenden AEM, BB001/2/1 4863, Protokoll über die Klausurtagung, betr. Seminarfrage, am Dienstag, 16.2.1965, S. 7f. (Hervorhebungen im Original unterstrichen, A. B.).
- 20 Das dem erzbischöflichen Zugriff stärker entzogene Herzogliche Georgianum war und ist eng mit der katholischen Fakultät der Universität München verbunden. In den 1930er Jahren war es zudem durch eine liberale Hausführung geprägt; vgl. Forstner, Priester, S. 188–193.
- 21 Vgl. die Beiträge in AEM, BB001/2/1 4863, Protokoll über die Klausurtagung, betr. Seminarfrage vom 16.2.1965.
- 22 Höck, Unterlagen, S. 2, 5.

wie diejenige Kellers aber nicht mehr auf die Geschlossenheit einer katholischen Gegenwart, sondern vielmehr darauf, dass der Milieukatholizismus und das mit ihm verbundene Priesterbild zunehmend brüchig geworden waren. Obwohl die katholische Kirche in Westdeutschland als vermeintliche »Siegerin in Trümmern« aus Nationalsozialismus und Kriegsniederlage hervorgegangen war, erlebten katholische Glaubenspraxis und kirchliche Selbstdarstellung in dieser Zeit lediglich vordergründig eine kurzzeitige Renaissance.¹⁴ Doch hinter der Kulisse setzte sich der Erosionsprozess des katholischen Milieus weiter fort.¹⁵

Die Kirchenleitungen registrierten dies aufmerksam und zogen Schlussfolgerungen für den aus ihrer Perspektive zentralen Schalthebel der Priesterausbildung. So hielt zum Beispiel Michael Höck, der ehemalige Regens¹⁶ des Freisinger Klerikalseminars und damalige Priesterreferent im Erzbistum München und Freising, intern Mitte der 1960er Jahre fest: »Die Kirche darf nicht zurückblicken, sie muß den Priester für morgen heranbilden.«¹⁷ Und, so führte Höck aus: »Der große Umbruch, der sich heute auf der ganzen Linie vollzieht, beeinflusst auch das kirchliche Geschehen. Die Kirche sieht sich gezwungen, ihre Einrichtungen, in kluger Voraussicht, dem **Zeitgeist*** anzupassen.« Hiermit stützte er die Überlegung, den Schwerpunkt der Ausbildung des Diözesanklerus aus dem erst 1961 fertiggestellten Neubau im beschaulichen Freising in das großstädtische München zu verlegen.¹⁸

Dieses Vorgehen beruhe allerdings, so der Jesuit Pater Robert Goll, Gefahren. Denn der Glaube der Kandidaten habe »zu wenig Überzeugung und [sei] darum leicht zu erschüttern«.¹⁹ Hier punkte Freising, da er sich »in der relativen *Ruhe* und *Geschlossenheit* des Seminars [...] leichter entfalten« könne. Dies gelte auch für den Zölibat, sei doch »[d]ie Atmosphäre in

*Zeitgeschehen



In geschlossener Gesellschaft – Freisinger Dom samt Priesterausbildungsstätten in den 1930er Jahren. Quelle: Archiv des Erzbistums München und Freising.

Freising [...] relativ *unerotisch*«. Für den Standort München gelte dagegen: »Wer überfordert ist, kann sich nicht bewähren.«

Dennoch entschied sich Kardinal Döpfner für die Verlegung. Ausschlaggebend war wohl nicht zuletzt die Prognose, dass vor dem Hintergrund des rasanten wirtschaftlich-gesellschaftlichen Wandels die Zukunft der Seelsorge in der Großstadt liegen werde und liegen müsse. Angesichts des wachsenden Bildungsstands der Bevölkerung biete die dortige Hochschule ganz andere Möglichkeiten der wissenschaftlichen Ausbildung, die aber bislang nur den Georgianern vom überdiözesanen Priesterseminar und vielen Laientheologen zugutekomme.²⁰ Das zu erwartende Gefälle zwischen den theologischen Kenntnissen der Laientheologen und denen des Diözesanklerus wurde als Hypothek wahrgenommen.²¹ Zudem würde das Studium an der Universität München mit den Worten Höcks »den Dialog mit den anderen Fakultäten« ermöglichen. Hiermit wurde eine zentrale Vokabel des schon eingangs erwähnten Zweiten Vatikanischen Konzils aufgenommen, das Höck noch einmal explizit stark machte: »Gerade jetzt nach dem Konzil wird vor allem auch um der Glaubwürdigkeit der Anregungen willen, die vom Konzil ausgegangen sind, rechtzeitiges Handeln gefordert.«²²

23 Siehe Benjamin Ziemann, Zwischen sozialer Bewegung und Dienstleistung am Individuum. Katholiken und katholische Kirche im therapeutischen Jahrzehnt, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 357–393, Zitat S. 390; zur Transformation des Milieukatholizismus vgl. Wilhelm Damberg, Abschied vom Milieu? Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden 1945–1980, Paderborn u. a. 1997.

24 Siehe Hans Joas, Braucht der Mensch Religion?, in: ders. (Hrsg.), Braucht der Mensch Religion? Über Erfahrungen der Selbsttranszendenz, Freiburg i. Br. u. a. 2004, S. 12–31, hier besonders S. 17, 25 f.; Pascal Eitler / Monique Scheer, Emotionengeschichte als Körpergeschichte. Eine heuristische Perspektive auf religiöse Konversionen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 35 (2009), H. 2, S. 282–313.

25 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2012, S. 130–132, Zitat S. 29; zu den Potenzialen vgl. Thomas Großbölting, Religionsgeschichte als »Problemgeschichte der Gegenwart«. Ein Vorschlag zu künftigen Perspektiven der Katholizismusforschung, in: Wilhelm Damberg / Karl-Joseph Hummel (Hrsg.), Katholizismus in Deutschland. Zeitgeschichte und Gegenwart, Paderborn 2011, S. 169–185, hier S. 175 f.

Das hier sichtbar werdende spannungsreiche Nebeneinander von traditionellem Priesterbild und Reformbemühungen, Auflösung des Milieus und missionarischer Seelsorge, asketisch-geistlichem Leben und pastoraler Dialogfähigkeit bilden den Ausgangspunkt dieses Teilprojekts, das nach den Entwicklungen in der westdeutschen Priesterausbildung zwischen Veränderung und Beharrung im Zeitraum von 1965 bis 1989/90 fragt. Damit rückt zum einen die Frage in den Vordergrund, inwieweit sich der Abschied von der »traditionellen ›Priesterkirche« und dem Milieukatholizismus in der Priesterausbildung niedergeschlagen hat und inwiefern die Ausbildungsstrukturen diesen Übergang begünstigt oder abzuschwächen gesucht haben.²³ Zum anderen sollen durch die Untersuchung des Priesterwerdens Perspektiven auf zeitgeschichtliche Auseinandersetzungen darum eröffnet werden, wie Praktiken der »Selbsttranszendenz« hergestellt, vermittelt und als Lebensform integriert werden können.²⁴ Hiermit soll die Studie einen Beitrag zu einer »Vorgeschichte der Gegenwart« zwischen religiöser Transformation und Säkularisierung leisten.²⁵

Um diesen Fragen nachzugehen, sollen drei unterschiedliche sachthematische Zusammenhänge im Untersuchungszeitraum verschränkt betrachtet werden. Auf einer ersten Ebene wird untersucht, welche Faktoren dazu führten, dass sich junge Männer dazu entschlossen oder eben nicht mehr entschlossen, Priester werden zu wollen. Anders als beim rein psychoanalytischen Ansatz Eugen Drewermanns sollen hier sozial- und kulturgeschichtliche Dynamiken im Bereich der Familie, der Geschlechterverhältnisse und Männlichkeiten, der Sexualität, an den Schulen und Universitäten sowie Entwicklungen in den Gemeinden berücksichtigt werden.²⁶ Galt beispielsweise Mitte der 1950er Jahre für Wilhelm Delbeck, den Direktor

des Münsteraner Theologenkonvikt Collegium Borromaeum, noch, dass es »entscheidend ist, ob Vater und Mutter darum gewusst haben, dass die Familie das erste Priesterseminar ist«,²⁷ so scheint die Familie spätestens seit den 1970er Jahren in den Hintergrund getreten zu sein oder gar als abwehrendes Moment gegolten zu haben.²⁸ Stattdessen wurden für manche Interessenten der Priesterausbildung nach dem »Ahlener Modell« des Bistums Münster, in dessen Rahmen Männer ohne Abitur nach einer Ausbildung vor Ort in den Gemeinden zu Priestern geweiht wurden, andere Faktoren wichtig: zum Beispiel ihr Engagement in der Christlichen Arbeiterjugend oder ihre Sozialisation im Gemeindebereich, vor allem im Bereich der Messdienerarbeit.²⁹ Hierzu passend hieß es in einer internen Sitzung der »Großen Kommission Priesterausbildung in der Praxis« im August 1980, dass das Priesterbild der Kandidaten in der Ausbildungskommune Bocholt vielfach »ungeklärt« sei, denn für die einen sei »der Priester eine Art Obermeßdiener, für die anderen eine Art Sozialarbeiter«.³⁰

Hieran schließt die zweite Ebene an, in der Überlegungen und Konflikte zwischen den Bischöfen, Theologen, Regenten, Spiritualen, weiteren Auszubildenden, Laienvertreter:innen, Sachkommissionen und Arbeitsgruppen im Vordergrund stehen. Die Debatten um die Reform der Priesterausbildung gemäß des Konzilsdekrets *Optatam Totius* und dessen Überführung in eine westdeutsche Richtlinie sowie die Diskussionen auf der Würzburger Synode und in den Kommissionen der Deutschen Bischofskonferenz zeigen, dass nicht nur unter dem Nachwuchs das Priesterbild so umkämpft wie ungeklärt war.³¹ Diese Auseinandersetzungen verschärften sich noch weiter, als der neue laientheologische Beruf des Pastoralreferenten Anfang der 1970er Jahre in Konkurrenz mit dem Weihepriestertum trat.³² Des Weiteren spielte das *hidden curriculum*, also das,

26 Vgl. Eugen Drewermann, Kleriker. Psychogramm eines Ideals, Olten 1989.

27 Bistumsarchiv Münster (BAM), Nachlass Wilhelm Delbeck, Wilhelm Delbeck, Manuskript »Die Große Ernte« (wahrscheinlich 1956), S. 1.

28 Vgl. Gerhard Schmidtchen, Umfrage unter Priesteramtskandidaten, Freiburg i. Br. 1975, S. 11–15; BAM, Collegium Borromaeum (im Folgenden CB), A 322, Protokoll der Klausurtagung der Bistumsleitung im Provinzialhaus der Marienschwestern in Borken, 9. – 11.1.1975, S. 25 f.

29 Vgl. die Motivationsschreiben und Berichte in BAM, Büro Diözesanstelle Berufe der Kirche, A 10.

30 BAM, Generalvikariat Münster Neues Archiv, Büro Diözesanbischof Dr. Reinhard Lettmann, A 33–913, Protokoll der Sitzung der »Großen Kommission« am 16.6.1980, o. P. (S. 1).

31 Vgl. Erwin Gatz, Entwicklungen seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil, in: ders. (Hrsg.), Der Diözesanklerus, Freiburg 1995, S. 218–249, hier S. 225–229; Benjamin Ziemann, Katholische Kirche und Sozialwissenschaften, Göttingen 2007, S. 206–225.

32 Vgl. Andreas Henkelmann, Keine Mitspracherechte? Die Entstehung des Berufs des*der Pastoralreferent*in in partizipatorischer Perspektive – eine pastoralgeschichtliche Betrachtung, in: Zeitschrift für Pastoraltheologie 40 (2020), H. 1, S. 87–104.

33 Vgl. Andreas Reckwitz, Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive, in: Zeitschrift für Soziologie 32 (2003), H. 4, S. 282 – 301; zum Vorrang der »Einübung eines geistlichen Lebensstils« vor dem Studium siehe auch Norbert Trippen, Umbrüche in den Priesterseminaren während der Jahre 1965–1980, in: Pastoralblatt für die Diözesen Aachen, Berlin, Essen, Hildesheim, Köln, Osnabrück 59 (2007), H. 6, S. 186–188, Zitat S. 186.

34 Zu »totalen Institutionen« siehe Erving Goffmann, Asylums. Essay on the Social Situation of Mental Patients and Other Inmates, New York 1961, S. 5f.; vgl. auch Blum/Bock, Priesterbild, S. 185; zur Einführung von Hausschlüsseln im CB siehe Hans-Bernd Serries, Ein Haus zum Leben und Arbeiten, in: ders. (Hrsg.) Ein Querschnitt zum 150-jährigen Bestehen des Collegium Borromaeum Münster, Münster 2004, S. 30–51, hier S. 44; zudem zeitgenössisch zur Lockerung allgemein Josef Sayer, Sozialer Wandel in der Kirche. Eine empirische Untersuchung der Sozialisation beim Priesterberuf, Düsseldorf 1976, S. 168–172.

35 Vgl. die Hinweise bei Sayer, Wandel, S. 170f. sowie die autobiografischen Eindrücke bei Trippen, Umbrüche, S. 186f. sowie die Konzeption eines konfliktlösenden Planspiels im Priesterseminar Münster in BAM, Bischöfliches Priesterseminar, Karton 1, 005, A 121–132 (undatiert, wohl Anfang der 1970er Jahre).

was abseits der Studienordnungen und Richtlinien in den Konvikten und Priesterseminaren vermittelt und inkorporiert werden sollte – oder, praxeologisch gewendet, das Inkorporieren von *doing holiness* im priesterlichen Sinne –, in der Priesterausbildung weiterhin die ausschlaggebende Rolle.³³

Hiermit wird eine dritte Ebene berührt, die die Situation in den Ausbildungsorten und die Perspektive »von unten« stark machen möchte. Konflikte entzündeten sich vor allem an der Frage, ob und wie offen die Seminarerziehung gestaltet werden könne und solle. Stellten die Theologenkonvikte in den ersten zwei Jahrzehnten der Nachkriegszeit im Idealfall weiterhin – um mit Erving Goffmann zu sprechen – totale Institutionen mit strenger Hausordnung, strikt getaktetem Tagesablauf und entindividualisierender Vergemeinschaftung dar, symbolisierte die Ausgabe von Hausschlüsseln in den 1960er Jahren den Beginn einer Öffnungspolitik.³⁴ Die Einübung in das geistliche Leben dagegen stand vor immer größeren Herausforderungen. Nicht nur waren viele der Priesteramtskandidaten mit herkömmlichen Formen des Gebets immer weniger vertraut, sondern deren Praxis wurde vor allem durch linke Priesteramtskandidaten schon seit Mitte der 1960er Jahre immer stärker zugunsten einer intellektuellen Auseinandersetzung mit theologischen Ansätzen ersetzt.³⁵ Dies lässt sich als ein Aspekt von Versuchen begreifen, ein frommes Priesterbild – das seit dem 19. Jahrhundert durch seine Assoziation mit meist weiblich codierten Praktiken des Betens und der Demut vor allem protestantischen und reformkatholischen Zeitgenossen mehrheitlich als effeminiert gegolten hatte – durch seine Rationalisierung und Politisierung zu »vermännlichen«.³⁶ Die Kandidaten durch die Ausbildung zu einer homogenen Gruppe zu formen, gelang kaum noch. Vielmehr spiegelte sich



Nicht nur er durfte nun auch hinein – John Lennon. Die Bildunterschrift im Spiegel lautete: »Priesterseminar: Damen im Zimmer erlaubt«. Quelle: Der Spiegel, Nr. 43, 17.10.1971, S. 92.

in den 1970er Jahren auch in den Ausbildungsorten die Milieuerosion sowie die innerkatholische Polarisierung wider. Die Studenten taten »sich«, so gab der damalige Direktor des Borromaeums Heinrich Remfert im Jahr 1975 zu Protokoll, »ungeheuer schwer mit dem Zusammenleben im Haus und mit dem Studium. [...] Der Pluralismus der Meinungen und Anschauungen im Hause wird unerträglich.«³⁷ Dabei war die Diversifizierung des priesterlichen Habitus nicht nur unter Priesteramtskandidaten, sondern auch im schon ausgebildeten Klerus längst Realität, wie der Blick auf Priester- und Solidaritätsgruppen zeigt.

³⁶ Zum Verhältnis von Männlichkeiten und Christentum in der Neuzeit vgl. Yvonne Maria Werner, *Studying Christian Masculinity. An Introduction*, in: dies. (Hrsg.), *Christian Masculinity. Men and Religion in Northern Europe in the 19th and 20th Century*, Leuven 2011, S. 7–17; zur Feminisierung und Remaskulinisierung katholischer Priester Derek K. Hastings, *Fears of a Feminized Church. Catholicism, Clerical Celibacy, and the Crisis of Masculinity in Wilhelmine Germany*, in: *European History Quarterly* 38 (2008), H. 1, S. 34–65.

³⁷ Hier und im Folgenden BAM, CB, A 322, Protokoll der Klausurtagung der Bistumsleitung im Provinzialhaus der Marienschwestern in Borken, 9.–11.1.1975, S. 25.

Priester im Protest. Priester- und Solidaritätsgruppen zwischen sozialer Bewegung und innerkirchlicher Reform³⁸

Kardinal Döpfner hatte auf dem eingangs zitierten Bischofssymposium über »Fragen und Probleme des Priesters«³⁹ von »Unruhe, Unsicherheit, gelegentlich auch Protest« der nachkonziliaren Geistlichen gesprochen und diesen eine Rollenunsicherheit attestiert.⁴⁰ Die zeitgleich ebenfalls in Chur zum selben Thema tagenden europäischen Priestergruppen hielten dagegen: Der Auslöser der Proteste sei nicht – wie vom Münchner Kardinal behauptet – die Identitätskrise des Priesters, sondern dass die Kirche als Ganzes ihre Identität verloren habe. Der Wesensverlust der katholischen Institution zeige sich an ihrem Verhältnis zur Welt. Die Kirche versuche, sich selbst zu retten, während sie doch vielmehr ihr Leben für die Rettung der Welt einsetzen müsste, denn Priestertum »zeigt sich da, wo ein Mensch aus dem Geist Christi wie ein Katalysator Prozesse der Treue zu den Hungernden, Gefangenen und Einsamen in Gang bringt.«⁴¹

Diese Einschätzung gibt die Meinung der Priestervereinigungen wieder, die sich seit 1968 in westeuropäischen Ländern gegründet hatten und die nun mit 102 Vertretern in der Schweizer Stadt zum ersten Mal gemeinsam tagten.⁴² Unter den Delegationen aus zehn europäischen Ländern waren die deutschen Priestergruppen mit 22 Teilnehmern am stärksten vertreten.⁴³

Nachdem sich auch in westdeutschen Diözesen 1968 erste Priestergruppen gebildet hatten,⁴⁴ waren solche Zusammenschlüsse bis 1970 in fast jedem Bistum tätig.⁴⁵ Diese Gruppen formierten sich aufgrund der oben geschilderten Krise, um die Möglichkeit der kirchlichen Erneuerung, die das Zweite Vatikanische

38 Das Projekt wird von Sandra Frühauf bearbeitet.

39 Vgl. Leo Waltermann, Europäische Bischofskonferenz in Chur. Ein Bericht von Leo Waltermann, in: SOG-Papiere 3 (1969), S. 2–11.

40 Döpfner, Bleibende, S. 13; vgl. zur Berufskrise der Priester und ihrer Rollenunsicherheit auch Ziemann, Katholische Kirche, S. 206–225.

41 Siehe Europäische Priestergruppen in Chur, Das Bleibende und Sichnicht-Wandelnde im Bischofsamt der Kirche, in: Holenstein (Hrsg.), Churer Dokumente, S. 54, Zitat ebd.

42 Vgl. Carl Holenstein, Die Teilnehmer der europäischen Priesterversammlung in Chur, in: Holenstein (Hrsg.), Churer Dokumente, S. 62 f. Aus den USA waren Beobachter angereist.

43 Vgl. ebd.; Edgar Utsch/Carl-Peter Klusmann (Hrsg.), Dem Konzil verpflichtet – verantwortlich in Kirche und Welt. Priester- und Solidaritätsgruppen in Deutschland (AGP) 1969–2010: Eine Bilanz nach 40 Jahren, Berlin 2010, S. 37.

44 Vgl. Ulrich Teiner, Solidaritätsbewegung kritischer Priester, in: SOG-Papiere 1 (1968), S. 43–45.

45 Vgl. Günter Saltin (Hrsg.), Impulse zur Freiheit. Initiativen der Solidaritätsgruppen, Düsseldorf 1971, S. 13.

Konzil bot, zu forcieren und restaurativen Tendenzen in der Kirche entgegenzuwirken.⁴⁶ Dementsprechend formulierten die Priester- und Solidaritätsgruppen, die schließlich am 27. Mai 1969 die »Arbeitsgemeinschaft von Priestergruppen in der Bundesrepublik Deutschland« (AGP) als »Organ der Aktion und Repräsentation«⁴⁷ der einzelnen eigenständigen Mitgliedsgruppen auf Bundesebene gründeten,⁴⁸ ihre Leitforderungen: »Demokratisierung kirchlicher Strukturen, Humanisierung institutioneller Verfestigungen im kirchlichen Leben und Solidarisierung von Priestergruppen«.⁴⁹

Die Kirche müsse eine Gemeinschaft freier Menschen werden, in der Entscheidungen sachlich, öffentlich und verantwortlich gemeinsam getroffen würden (Demokratisierung), in der man Achtung voreinander habe und Menschenrechte wie Meinungsfreiheit, Gewissensfreiheit und Gewaltenteilung eingehalten würden (Humanisierung).⁵⁰ Dann könnten durch die kirchliche Erneuerung, den vollzogenen »Wandel im Bewusstsein und in den gesellschaftlichen Strukturen« und durch die christliche Botschaft humane Lösungen der globalen sozialen und politischen Probleme der Zeit angestoßen werden.⁵¹ Um diese Ziele zu erreichen, benötige man »Solidarität untereinander, in der Kirche, mit den Menschen anderer Gruppen in unserer Gesellschaft« (Solidarisierung).⁵² Im Jahr 1971 gehörten 20 Mitgliedsgruppen und zwei assoziierte Gruppen der AGP an. Damit waren 2300 Personen Mitglieder der AGP, davon 2000 Priester. Das entsprach 10 Prozent des in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Klerus.⁵³

Aber die in Chur versammelten europäischen Priestergruppen protestierten nicht nur mit Worten. Am 6. Juli 1969 hielten sie unter enormer medialer Aufmerksamkeit – sämtliche Veranstaltungen der kritischen Priester waren in bewusster Abgrenzung zu den Bischöfen öffentlich – eine bemerkenswerte Eucharistiefeyer ab.⁵⁴ Nach dem Konzilsdekret *Sacrosanctum concilium* sollte die katholische Messfeier nicht weniger

46 Vgl. o. A., Was wollen die Priestergruppen? Eine Einführung, in: Michael Raske / Klaus Schäfer / Norbert Wetzel (Hrsg.), Eine freie Kirche für eine freie Welt. Delegiertenkonferenz europäischer Priestergruppen Rom 10.–16.10.1969, Düsseldorf 1969, S. 9–37, hier: S. 35.

47 Utsch / Klusmann (Hrsg.), Konzil, S. 33.

48 Vgl. ebd., S. 8. 1971 erfolgte die Namensweiterung »Priester- und Solidaritätsgruppen« aufgrund der Veränderung der Mitgliederstruktur in den einzelnen Gruppen, die sich nun auch für Laien öffneten.

49 o. A., Königstein – Januar 1969, in: SOG-Papiere 1 (1969), S. 5.

50 Vgl. o. A., Priestergruppen, S. 28.

51 Utsch / Klusmann (Hrsg.), Konzil, S. 3.

52 o. A., Priestergruppen, S. 31. Von der Leitforderung der Solidarisierung leitet sich auch die Bezeichnung »Solidaritätspriester« ab.

53 Vgl. Saltin, Impulse, S. 12 f.

54 Vgl. Michael Raske, Chur – intern. Informationen über die Versammlung Europäischer Priestergruppen in Chur vom 5.–10.7.1969, in: SOG-Papiere 3 (1969), S. 12–27, hier: S. 14; Waltermann, Europäische Bischofskonferenz, S. 4.

55 Vat. II, SC 10.

56 Vgl. o. A., Priestergruppen im Volkshaus von Chur. Loyal zur Kirche trotz allen Aufbegehrens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.7.1969, S. 4.

57 Vgl. o. A., Entsakralisierte (?) Eucharistiefeier, in: SOG-Papiere 4 (1969), S. 25.

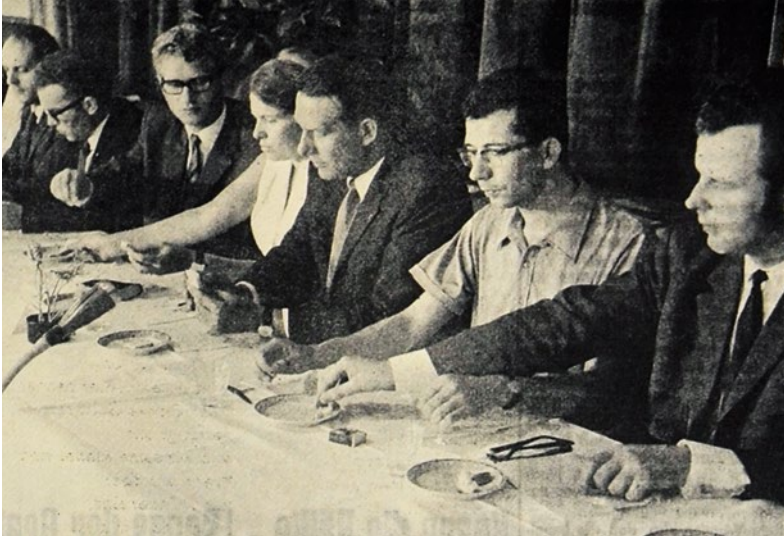
58 Zur Konzelebration, der gemeinsamen Feier der Eucharistie durch mehrere Priester, vgl. Martin Stuflesser, Eucharistie. Liturgische Feier und theologische Erschließung, Regensburg 2013, S. 254.

59 Vgl. o. A., Priestergruppen bestehen auf Dialog mit den Bischöfen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.7.1969, S. 4; o. A., Tischordnung, in: SOG-Papiere 4 (1969), S. 27, o. A.: Entsakralisierte (?) Eucharistiefeier, S. 25; zur Konzeption von Agapefeiern im Unterschied zur Eucharistie vgl. Klemens Richter, »Art. Agape II. Liturgisch«, in: Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 1, Freiburg i. Br. 2009, Sp. 222 – 223, hier: Sp. 222. Seit 150 n. Chr. hatte die »Verbindung von Eucharistie und Gemeinschaftsmahl aus liturgieth[eo]logischen u[nd] sozial-gesellschaftl[ichen] Gründen als problematisch« gegolten. Siehe ebd.

60 Vgl. Vat. II, SC 22.

61 Presseamt des Erzbistums Köln (Hrsg.), Interview mit Kardinal Höffner, in: SOG-Papiere 3 (1969), S. 15–19; 22; 44–47, hier: S. 15.

als den »Höhepunkt, dem das Tun der Kirche zustrebt, und die Quelle, aus der all ihre Kraft strömt«, darstellen.⁵⁵ Aber bereits mit der Wahl des Tagungsortes, dem Rätischen Volkshaus in der Churer Unterstadt,⁵⁶ sahen die kritischen Priester von einem geheiligten Ort mit einem geweihten und gesegneten Altar ab. Stattdessen entschieden sie sich für einen Gasthof mit gewöhnlichen Tischen, die nicht auf einen Altar hin ausgerichtet, sondern in einer rechteckigen Form angeordnet waren, was die Gleichwertigkeit der Teilnehmenden versinnbildlichte. Ebenso verzichteten sie auf liturgische Gewänder und wählten Zivilkleidung, die eine Unterscheidbarkeit von Laien verhinderte.⁵⁷ Im weiteren Messablauf, der nicht von einem einzelnen Geistlichen gestaltet, sondern durch mehrere Priester zelebriert wurde,⁵⁸ orientierten sich die Priester an einer Form der Eucharistiefeier, wie sie in einigen holländischen Priestergruppen üblich war. Sie kombinierten dabei eine Agapefeier, ein gemeinschaftliches Mahl mit ritueller Prägung, bei dem jedoch anders als bei der symbolisch-sakramentalen Eucharistie die Sättigung im Vordergrund steht, mit dem anschließenden eucharistischen Hochgebet. Die kritischen Priester verstießen auf diese Weise nicht nur gegen die liturgischen Regeln, sondern besprachen während der Eucharistiefeier zudem politische Gegebenheiten.⁵⁹ Mit ihrem Vorgehen widersetzten sie sich offen den Anordnungen des Konzilsdekrets *Sacrosanctum concilium*, das einzig der Autorität der Kirche das Recht zuspricht, die heilige Liturgie zu ordnen, und auch Priestern verbietet, diese zu ändern.⁶⁰ Während bereits die zeitgleiche Anwesenheit der europäischen Priestergruppen mit den Bischöfen in Chur unter anderem vom Erzbischof von Köln, Kardinal Höffner, als Versuch missbilligt wurde, »Publizitätswirkung und Einfluss auf die öffentliche Meinung zu gewinnen«,⁶¹ fiel die Kritik an dieser Form der Messe



Europäische Priestergruppen während der Eucharistiefeier. Quelle: Kirchenzeitung für das Bistum Hildesheim 24 (1969), Nr. 29, S. 5.

ungleich härter aus. Höffner bezeichnete sie gar als »entsakralisierte Eucharistiefeier«. ⁶² Denn mit ihrer Form der Messe hielten sich die Priestergruppen nicht an das für die katholische Kirche konstitutive herkömmliche Ritual. Die geschilderte Abgrenzung zu diesem und die Inszenierung in der Öffentlichkeit sprechen für die Interpretation als Antiritual, womit »ein gegen bestehende Rituale und andere Handlungsformen gerichtetes Gegen-Ritual« gemeint ist. ⁶³ Ziel dieses Antirituals war der Protest gegen die strengen liturgischen Richtlinien, die die Eucharistiefeier mit viel Pathos aufluden, und die Repräsentation eines »entdivinisierten«, Weltzugewandtheit betonenden Priesterbildes.

Mit der Protestform des Antirituals bedienten sich die europäischen Priestergruppen aus dem Repertoire der sozialen Bewegungen, ⁶⁴ die in den »langen« 1960er Jahren zu zentralen gesellschaftlichen Akteuren avan-

62 o. A., Entsakralisierte (?) Eucharistiefeier, S. 25.

63 Joachim Scharloth, 1968. Eine Kommunikationsgeschichte, München 2011, S. 31, 65 – 67, Zitat S. 66. Vgl. auch Joachim Raschke, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss, Frankfurt a. M. 1988, S. 279.

64 Der Politikwissenschaftler Joachim Raschke definiert eine soziale Bewegung als »mobilisierende[n] kollektive[n] Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, sozialen Wandel herbei zu führen, zu verhindern oder rückgängig zu machen«. Raschke, Soziale Bewegungen, S. 77.

65 Axel Schildt / Detlef Siegfried / Karl Christian Lammers, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Dynamische Zeiten*, S. 11–20, hier S. 18.

66 Vgl. u. a. Detlef Siegfried, 1968. Protest, Revolte, Gegenkultur, *Ditzingen* 2018, S. 13–21; Christina von Hodenberg / Detlef Siegfried, *Reform und Revolte. 1968 und die langen sechziger Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik*, in: dies. (Hrsg.), *Wo »1968« liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2006, S. 7–15, hier besonders S. 10–12; Axel Schildt, *Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik*, in: Schildt / Siegfried / Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten*, S. 21–53; Matthias Frese / Julia Paulus, *Geschwindigkeiten und Faktoren des Wandels – die 1960er Jahre in der Bundesrepublik*, in: dies. (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2005, S. 1–23.

67 Siegfried, 1968, S. 9.

68 Sayer, *Wandel*, S. 62, Fußnote 94.

69 o. A.: *Priester-APO*, in: *Kirchenzeitung für das Bistum Hildesheim* 29, 24 (1969), S. 1.

cierten. In diesem »dynamischen Jahrzehnt [...]«⁶⁵ führten wirtschaftlicher Aufschwung, Bildungsexpansion und mehr Möglichkeiten, die Freizeit zu gestalten und kulturelle sowie politische Interessen zu entwickeln, zu einer Öffnung und einem Wertewandel der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Miteinander verschränkte Prozesse der gesellschaftlichen Liberalisierung, der Individualisierung sowie der Demokratisierung führten zu einer Pluralisierung der Lebensstile und einem ausgeprägteren Wunsch nach politischer Partizipation.⁶⁶ Diese Transformationen gingen mit zahlreichen Konflikten einher, weshalb Detlef Siegfried für die Jahre 1967 bis 1969 von einer »Hochzeit des Zusammenfalls von politischem Protest und lebensweltlichem Umbruch« spricht.⁶⁷ Sichtbar wurde dies unter anderem an Aktionen der sozialen Bewegungen, die Streiks, Straßendemonstrationen, das Verteilen von Flugblättern und das Anbringen von Parolen, aber auch gezielte Regelverletzungen im Alltag (direkte Aktionen) oder Ritualkritik und die Ausbildung von Antiritualen umfassten.

Angesichts der in Chur sichtbar werdenden Bereitschaft der Solidaritätspriester, sich für ihre Ziele gegen die Autorität aufzulehnen und – auffallend »unpriesterlich« – öffentlichen Protest zu üben, gilt es zu prüfen, inwiefern hier eine bisher von der Forschung nicht beachtete soziale Bewegung vorliegt. Daher wird in dem Dissertationsprojekt unter diesem Blickwinkel untersucht, welche Rolle Priester- und Solidaritätsgruppen in der westdeutschen katholischen Kirche und gesamtgesellschaftlich bei den Transformationen im Untersuchungszeitraum von 1965 bis 1989/90 einnahmen, welche Rollenzuschreibungen und Selbstwahrnehmungen damit verbunden waren und ob sich diese im Lauf der Zeit veränderten. Hierbei eröffnet sich eine Spannweite von Priester- und

Solidaritätsgruppen als soziale Bewegung, die den innerkirchlichen Wandel weiter dynamisierte und auch auf die bundesrepublikanische Gesellschaft einwirkte, bis zu der Auslegung als rein innerkirchliche Reformbewegung, deren Stimme möglicherweise nur wenig Beachtung fand. Bereits skeptische Zeitgenossen verglichen die Priestergruppen spöttisch mit der außerparlamentarischen Opposition und bezeichneten sie als »katholische außerparlamentarische Opposition«⁶⁸, »Priester-APO«⁶⁹ oder, aufgrund anfänglicher Überlegungen, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, als »Priestergewerkschaft«.⁷⁰ Als Analysekategorie soll das Konzept der sozialen Bewegung dazu dienen, die Formierung und Struktur der Priestergruppen, ihre Mobilisierungsstrategien, ihren Entwicklungsverlauf, ihre Ziele und die Protestformen sowie ihre Wirkungsmacht zu untersuchen.⁷¹

Vorläufigen Ergebnissen zufolge lassen sich im Hinblick auf diese Aspekte drei Phasen unterscheiden. Die erste Phase des postkonziliaren Aufbruchs von 1965 bis 1971 war geprägt von enthusiastischen Gruppen Gründungen vor Ort in den Bistümern, internationaler Zusammenarbeit und zahlreichen Aktionen aus dem Repertoire der sozialen Bewegungen. Die zweite Phase von 1971 bis 1975 zeichnete sich durch eine thematische Öffnung aus, neben eher innerkirchliche Kritikpunkte⁷² traten nun politische und gesellschaftliche Themen. Im Zuge dessen entstand auch die Rolle des öffentlich politische Kritik übenden Priesters. Schließlich wird in der dritten Phase der Resignation von 1975 bis 1989 unter anderem das zunehmende Abflachen der Aktivitäten und Gruppenauflösungen thematisiert. In diesen drei Phasen versuchten die Priester- und Solidaritätsgruppen auf die eingangs vorgestellte Priester- oder – aus ihrer Sicht – Kirchenkrise und ihr säkulares Umfeld zu reagieren und dem Priester eine neue Rolle in Kirche und Gesellschaft zu geben.

70 Teiner, Solidaritätsbewegung, S. 43 – 45 und o. A., Am Fernsehen notiert, – Am Fernsehen, in: SOG-Papiere 1 (1968), S. 46 – 49.

71 Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, Prolog. 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, in: dies. (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 7 – 10, hier S. 8.

72 In der ersten Phase setzten sich die Priestergruppen vor allem mit dem Zölibat, der Stellung von Priestern ohne Amt, der Mischehe und Wiederheirat Geschiedener, der Buße und der Offenen Kommunion auseinander.

Ausblick

Was Döpfner und andere kirchliche Entscheidungsträger seit Ende der 1960er Jahre als zunehmenden Kontrollverlust erlebten, stellte sich für die Mitglieder der Priester- und Solidaritätsgruppen sowie beträchtliche Teile der Priesteramtskandidaten als Ermögungsspielraum, ja als Kairos, als gottgegebene Gelegenheit, dar, Priesterwerden und -sein gänzlich neu zu fassen. Am Erwartungshorizont dieser Gruppen stand nicht nur eine neue Kirche, sondern auch eine veränderte, bessere Welt. Dabei waren – wie Entwicklungen in der Priesterausbildung zeigen – diesen Konflikten und Deutungsdifferenzen zunächst kirchliche Öffnungsschritte vorausgegangen, die gezielt von den Leitungsstellen initiiert wurden. Dies bereitete den Boden, um die gesellschaftliche Pluralisierung verkörpert in jungen katholischen Männern auch in den Konvikten und Seminaren ankommen zu lassen. Hier ergab sich nun ein komplexes Wechselverhältnis zwischen Diversifizierung von Praktiken, Professionalisierungsdruck bei gleichzeitiger priesterlicher Profilsuche und binnenkirchlich neu zu verhandelnden Machtverhältnissen. Das Spannungsfeld zwischen Offenheit und Ablehnung verwies dabei nicht nur auf Auseinandersetzungen über die Ausrichtung der westdeutschen katholischen Glaubensgemeinschaft, sondern auch auf das Verhältnis der katholischen Kirche zur bundesrepublikanischen Gesellschaft. Diese Verflechtung von gesamtgesellschaftlichen und innerkirchlichen Entwicklungen wird ebenso an den Priester- und Solidaritätsgruppen erkennbar. Ziele, Protestformen und Entwicklungsverlauf der Priestervereinigungen korrelierten mit denen anderer sozialer Bewegungen. Gleichzeitig ist eine Polarisierung der katholischen Kirche zwischen »Progressiven« und »Restaurativen« mit dezidiert unter-

schiedlichen Priesterbildern unübersehbar. Die Priestergruppen wurden mit ihren Leitlinien der Demokratisierung, Humanisierung und Solidarisierung und ihrem daraus resultierenden politischen Engagement von der kirchlichen Obrigkeit zumindest kritisch beobachtet. Besonders ihre Art der öffentlichen Konfliktaustragung stieß auf amtskirchlichen Widerstand, bezeugte aber ihre Anschlussfähigkeit an gesamtgesellschaftliche Umbrüche. Als Sonden eröffnen beide Untersuchungen somit weitere Perspektiven auf die Frage nach dem Verhältnis von Religion und (Nach-)Moderne.

- Alexander Buerstedde, M. A., M. Ed., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).
- Sandra Frühauf, M. A., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

EVANGELISCHE SPEZIFIKA? DIE FORUM- STUDIE

Zur Erforschung von sexualisierter Gewalt und
Machtmissbrauch in den evangelischen Kirchen

- 1 Vgl. etwa »Unbegreifliches Leid, unbeschreiblicher Schmerz«, in: Der Tagesspiegel, 26.5.2021, <https://www.tagesspiegel.de/politik/gewalt-gegen-kinder-deutlich-gestiegen-unbegreifliches-leid-unbeschreiblicher-schmerz/27224462.html> [19.1.2022].
- 2 Vgl. jüngst Sabine Andresen / Marie Demant / Anna Galliker / Luzia Rott, Sexuelle Gewalt in der Familie. Gesellschaftliche Aufarbeitung sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche von 1945 bis in die Gegenwart, 2021, S. 7, https://www.aufarbeitungskommission.de/wp-content/uploads/Studie_Sexuelle-Gewalt-in-der-Familie_bf.pdf [19.1.2022].
- 3 Johannes-Wilhelm Rörig bei der Vorstellung der Zahlen kindlicher Gewaltopfer im Rahmen der Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), 2020, https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2021/Presse2021/210526_pmkindergewaltopfer.html [19.1.2022].

Zusammen mit anderen Formen des Machtmissbrauchs rückt sexualisierte Gewalt zunehmend in den öffentlichen Fokus – sie wird als gesamtgesellschaftliches Problem erkennbar. Auslöser dieser neuen Aufmerksamkeit gegenüber unterschiedlichen Formen des Machtmissbrauchs sind zum einen neue Debatten um sexualisierte Gewalt vor allem gegenüber Frauen, die zunächst in den sozialen Medien unter dem Hashtag #metoo geführt wurden und schließlich eine breite Öffentlichkeit erreichten. Zum anderen sind es Auseinandersetzungen mit anderen Formen des Machtmissbrauchs, bei denen Menschen und Gruppen betroffen sind, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres sozialen Status etc. Diskriminierungen erfahren. Diese jüngsten Debatten haben ihren Ursprung in den USA, fielen in der deutschen Öffentlichkeit jedoch auf fruchtbaren Boden und verbanden sich zum Teil mit spezifisch deutschen oder europäischen Diskursen, etwa um die Frage nach dem Umgang mit der eigenen kolonialen Vergangenheit. Wie sehr hierbei der aus dem US-amerikanischen stammende Begriff »woke« und die damit verbundenen Auseinandersetzungen die Öffentlichkeit polarisierten, ist auch als Gradmesser für die neue Relevanz

gesellschaftlicher Diversität und damit einhergehender Fragen nach gesellschaftlicher Teilhabe und Gerechtigkeit zu lesen.

Die wachsende – wenn zum Teil auch abgelehnte – Sensibilisierung für unterschiedliche Formen des Machtmissbrauchs betrifft auch den Bereich der sexualisierten Gewalt. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Coronapandemie hatte hierbei, wie in anderen Feldern auch, einen katalytischen Effekt. Dies betraf vor allem Fälle häuslicher Gewalt, von denen Expter:innen vermuten, dass sich ihre Zahl durch die zeitweilige Schließung von Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen und die für einen Teil der Arbeitnehmer:innen ausgewiesene Homeoffice-Pflicht seit Beginn der Pandemie vervielfachten. Darüber hinaus wurde in den Medien immer wieder über den massiven Anstieg von Kinderpornografie und die damit einhergehende sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche während der Pandemie berichtet.¹

Sexualisierte Gewalt findet primär im nahen sozialen Umfeld statt.² Johannes-Wilhelm Rörig, ehemaliger unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, vermerkte hierzu im Mai 2021: »Sexuelle Gewalt gibt es überall, sie ist trauriger Alltag und findet meistens dort statt, wo sie niemand vermuten möchte: ganz nah dran, in Familien, in der Nachbarschaft, im Sportverein und im Netz.«³ Schon seit Jahren mahnen Rörig und andere Expert:innen an, die Allgegenwärtigkeit und Alltäglichkeit von sexualisierter Gewalt und Machtmissbrauch stärker wahrzunehmen und zu thematisieren. Seit der Jahrtausendwende waren es vor allem die Skandale um pädagogische Einrichtungen und die christlichen Kirchen, mit denen das Problem sexualisierter Gewalt medial primär verknüpft wurde. Diese Institutionen sowie die dort ausgeübte sexualisierte Gewalt wecken auch deswegen verstärkt das Interesse der Öffentlichkeit, weil es sich um Institutionen mit hohen moralischen und ethischen Ansprüchen handelt und um solche, die auch dem Schutz von Kindern und Jugendlichen dienen und deshalb eine hohe moralische Fallhöhe haben. Die Frage, wie dort trotz – oder wegen – der hohen moralischen Ansprüche sexualisierte Gewalt möglich sein kann, impliziert dabei immer auch die Frage nach dem Selbst- und Grundverständnis dieser Institutionen.

Gerade die von Fällen sexualisierter Gewalt erfassten Institutionen und ihre verantwortlichen Akteur:innen tun sich schwer damit, die eigenen Strukturen und das eigene Grundverständnis als einen wichtigen Faktor in

- 4 Vgl. Heinz Kindler / Jörg M. Fegert, Missbrauch in Institutionen. Empirische Befunde zur grundlegenden Orientierung, in: Jörg M. Fegert / Mechthild Wolff (Hrsg.), Kompendium »Sexueller Missbrauch in Institutionen«. Entstehungsbedingungen, Prävention und Intervention, Weinheim / Basel 2015, S. 167 – 185.
- 5 Vgl. Anonym, Wir kratzen am Kern der Kirche, in: Glaube und Heimat, 16.1.2022, S. 3; Melanie Werren, Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im kirchlichen Kontext. Ein Überblick und eine Fallanalyse, in: Mathias Wirth / Isabelle Noth / Silvia Schroer (Hrsg.), Sexualisierte Gewalt in kirchlichen Kontexten. Neue interdisziplinäre Perspektiven, Berlin/Boston 2022, S. 42.
- 6 Vgl. Renate Böhn u. a., Sexuelle Gewalt. Aufarbeitung auf Augenhöhe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.9.2021.
- 7 Vgl. Thomas Zippert, Sexualisierte Gewalt – und der Umgang der Evangelischen Kirchen damit, in: Pastoraltheologie 110 (2021), S. 382.
- 8 Vgl. Fabian Klask, Skandal im Windschatten, in: Die ZEIT, 19.10.2018.

der Entstehung sexualisierter Gewalt zu verstehen und ihren Umgang mit diesen Fällen kritisch zu hinterfragen.⁴ Sowohl in der katholischen Kirche als auch in den evangelischen Kirchen lässt sich bis in die Gegenwart die Tendenz erkennen, beim Umgang mit Fällen sexualisierter Gewalt primär die eigene institutionelle Integrität erhalten zu wollen. Die Frage nach Täterschaft und der Schutz der Institution rücken dadurch vielfach in den Vordergrund,⁵ während die von Expert:innen eingeforderte Partizipation von Betroffenen in Aufarbeitungsprozessen in den Hintergrund gerät.⁶ Diese Tendenzen im Umgang mit sexualisierter Gewalt in den christlichen Kirchen erschweren eine differenzierte Auseinandersetzung mit möglichen problematischen institutionellen Strukturen, Kulturen und Praktiken, die asymmetrische Machtverhältnisse und damit Entstehungskontexte für die Ausnutzung bzw. den Missbrauch von Macht hervorbringen.⁷

Die evangelische Kirche befand sich, was die eigene wie die öffentliche Wahrnehmung von Fällen sexualisierter Gewalt sowie ihrer Auseinandersetzung damit angeht, lange Zeit im »Windschatten« der katholischen Kirche.⁸ Nachdem jedoch Betroffene 2010 Erfahrungen von sexualisierter Gewalt in einer Gemeinde in Ahrensburg durch einen Pfarrer während der 1970er und 1980er Jahre öffentlich gemacht hatten, gerieten auch die evangelischen Kirchen verstärkt in den Fokus.⁹ In der Folge wurden weitere Fälle bekannt, auch diese in der Regel durch die Meldung der Betroffenen selbst. Bislang sind seitens der evangelischen Kirchen im Rahmen eines Verfahrens zur sogenannten Anerkennung des Leids knapp 1000 Fälle sexualisierter Gewalt bestätigt worden. Diese erstrecken sich auf den Zeitraum von 1949 bis zur Gegenwart. Zwei Drittel der Fälle lassen sich dem diakonischen Verantwortungsbereich der Kirchen, vor allem konfessionellen Heimen, zuordnen.

Ein Drittel ereignete sich in Kirchengemeinden und anderen kirchlichen Verantwortungsbereichen.¹⁰ Die Zahl der tatsächlichen Fälle dürfte deutlich höher liegen, allerdings liegt hierzu bislang nur eine rudimentäre Dunkelfeldstudie vor.¹¹ Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Dachverband der evangelischen Landeskirchen in Deutschland, verabschiedete im November 2018 einen 11-Punkte-Plan gegen sexualisierete Gewalt. Neben der Beteiligung Betroffener, der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle und der Stärkung präventiver Maßnahmen und Strukturen sah der Plan eine institutionelle »Aufarbeitung des Vergangenen« vor, die in Form einer Studie von externen Wissenschaftler:innen durchgeführt werden sollte.¹² 2019 schrieb die EKD öffentlich »Forschungsaufträge zur wissenschaftlichen Aufarbeitung sexualisierter Gewalt in der Evangelischen Kirche und Diakonie in Deutschland« aus, die 2020 an den interdisziplinären Forschungsverbund »ForuM«, »Forschung zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderen Missbrauchsformen in der Evangelischen Kirche und Diakonie in Deutschland«, vergeben wurden. Der Forschungsverbund hat sich zum Ziel gesetzt, eine Analyse evangelischer Strukturen und systemischer Bedingungen, die (sexualisierte) Gewalt und Machtmissbrauch begünstigen, vorzulegen. Er arbeitet dabei unabhängig und wird von der EKD mittels einer Zuwendungsvereinbarung finanziell unterstützt. Die Forschungen und deren Veröffentlichungen erfolgen ohne Einflussnahme durch die EKD oder die angeschlossenen Landeskirchen und Institutionen.

Eins der insgesamt fünf Teilprojekte wird an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg bearbeitet. Dieses Projekt zu »Evangelischen Spezifika – Kirche und Gesellschaft« behandelt die historischen Dimensionen sexualisierter Gewalt in den evangelischen Kirchen am Beispiel von Fällen in Kirchengemeinden und anderen evangelisch-seelsorgerlichen Kontexten zwischen den 1960er und 1990er Jahren. Die Relevanz des jeweiligen gesellschaftlichen Kontextes und des politischen Systems für die Hervorbrin-

9 Vgl. Petra Ladenburger u. a., Schlussbericht der unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung von Missbrauchsfällen im Gebiet der ehemaligen Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, heute Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland, Hamburg/Köln/Bonn 2014, S. 12.

10 Vgl. Katja Schmidtke, Zwei Kinder in jeder Klasse, in: Glaube und Heimat, 16.1.2022, S. 1.

11 Vgl. Andreas Witt u. a., Different Contexts of Sexual Abuse with a Special Focus on the Context of Christian Institutions. Results From the General Population in Germany, in: Journal of Interpersonal Violence 34 (2019), S. 1–22.

12 Vgl. 11-Punkte-Handlungsplan gegen sexualisierte Gewalt. Maßnahmenpaket der EKD zur systematischen Aufarbeitung von Fällen sexualisierter Gewalt in der evangelischen Kirche, 14.11.2018, <https://www.ekd.de/11-punkte-plan-missbrauch-evangelische-kirche-44841.htm> [18.1.2022].

- 13 Gabriele Rosenthal, Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Weinheim / Basel 2011, S. 43.
- 14 Alfred Schütz, Wissenschaftliche Interpretationen und Alltagsverständnis menschlichen Handelns, in: ders., Gesammelte Aufsätze I, Den Haag 1971, S. 3 – 54.
- 15 Gabriele Rosenthal, Biographisch-narrative Gesprächsführung. Zu den Bedingungen heilsamen Erzählens im Forschungs- und Beratungskontext, in: Psychotherapie und Sozialwissenschaft. Zeitschrift für qualitative Forschung 4 (2002), H. 3, S. 204 – 227.
- 16 Jo Reichertz, Die coronabedingte Krise der qualitativen Sozialforschung, in: Soziologie 50 (2021), H. 3, S. 313 – 335.
- 17 Ebd., S. 321.

gung von sexualisierter Gewalt in den Kirchen sowie der Umgang mit bekannt gewordenen Fällen stehen im Vordergrund. Wie entstand und funktionierte sexualisierte Gewalt, wie wurde das Thema in den evangelischen Kirchen und den ihr angegliederten Einrichtungen behandelt? Lässt sich im zeitlichen Verlauf ein Wandel in der Auseinandersetzung mit Taten, Tätern und Betroffenen feststellen? Welche Rolle spielten organisatorische, theologische, personelle und andere Strukturen für die Entstehung von und beim Umgang mit sexualisierter Gewalt innerhalb der Kirchen? Welchen Einfluss hatten gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse, etwa im Bereich von Erziehung und Pädagogik? Wurde mit sexualisierter Gewalt in der DDR, in der Kirchen vielfältigen Repressalien unterlagen, anders umgegangen als im Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland? Es steht mithin die Frage im Raum, ob und was an vergangenen Fällen sexualisierter Gewalt in den evangelischen Kirchen und am kirchlichen wie nichtkirchlichen – etwa staatlichen – Umgang damit, historisch spezifisch und evangelisch spezifisch ist – und was nicht.

Wie sexualisierte Gewalt historisch erforschen?

Die Annäherung an die Forschungsfragen erfolgt mittels eines Forschungsdesigns, das mehrere methodische Zugänge miteinander kombiniert. Die zwei zentralen Erhebungsperspektiven werden dabei zum einen von Interviews, zum anderen durch die Analyse von schriftlichen Quellen gebildet.

In unseren als Einzelfallstudien konzipierten Untersuchungen bedienen wir uns der Methoden der Oral History bzw. der Qualitativen Sozialforschung. Um unterschiedliche Perspektiven zu erfassen, führen

wir Interviews mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt ebenso wie mit Zeitzeug:innen. Dieser letztere Kreis umfasst neben Amtspersonen der Kirche auch Personen, die als Gemeindemitglieder aktiv waren, Jugendliche, die an kirchlichen Angeboten teilgenommen haben, sowie Menschen, die aus dem unmittelbaren Nahfeld von Tätern und Betroffenen stammen. Als schriftliche Quellen stehen uns neben den Beständen aus kirchlichen und staatlichen Archiven veröffentlichte Quellen sowie graue Literatur zur Verfügung.

Die narrativen Interviews gestalten wir nach dem Prinzip der Offenheit und der Kommunikation.¹³ Sie werden, anders als bei einem leitfadengestützten Vorgehen, ohne vorbereitete Fragen geführt. An ihrem Beginn steht ein Stimulus, welcher die Interviewpartner:innen einlädt, alles, was für sie im Zusammenhang mit dem Gewaltgeschehen relevant scheint, zu erzählen. Die Orientierung am »Relevanzsystem der Alltagshandelnden«¹⁴ ermöglicht es, Sinnzusammenhänge und Referenzrahmen aus der Perspektive der Gesprächspartner:innen zu rekonstruieren. Darüber hinaus erlaubt die Interviewführung es den Betroffenen, sich ihre eigene Geschichte narrativ zu erschließen. Die Erfahrung einer heilsamen Wirkung des Erzählens artikulierten auch mehrere unserer bisherigen Interviewpartner:innen.¹⁵

Betroffene spiegelten uns zurück, dass sie das Interview als bereichernde Erfahrung im eigenen Verarbeitungsprozess ansehen und ihnen dadurch neue Sichtweise und Bezüge deutlich geworden sind. Diese Erfahrungen wurden unabhängig von der Art der Durchführung des Interviews artikuliert. Die andauernde pandemische Lage erzwang eine Änderung für die alltäglichen Bereiche der empirischen Forschung.¹⁶ Für die qualitativen Interviews bedeutet das, dass für ihre Durchführung gegebenenfalls auf digitale Plattformen zurückgegriffen werden muss. Damit geht ein Verlust von Felderfahrungen und teilnehmenden Beobachtungen einher, wie sie in Präsenz stattfindende Interviews ermöglichen. Eigene leibliche Erfahrungen können von den Forscher:innen nicht mehr in die Analyse miteinbezogen werden. Auch Pausen im Interview gestaltet man nicht mehr mit der interviewten Person gemeinsam, sondern getrennt vor schwarzen Bildschirmen. Generell ist die Wahrnehmung des Gegenübers auf den Bildschirmausschnitt begrenzt. Hier sehen wir einen Wahrnehmungsverlust, der wiederum Auswirkungen auf die im Interview gemeinsam erzeugte soziale Wirklichkeit hat.¹⁷ Die Befürchtung, dass digital geführte Interviews

grundsätzlich für unser Forschungsvorhaben und -vorgehen nicht geeignet seien, sehen wir allerdings nicht bestätigt. Ob sich Interviewpartner:innen auf längere Erzählsequenzen einlassen, hängt nicht allein und ursächlich am digitalen oder analogen Format. Eine entstehende digitale Distanz kann dafür genutzt werden, sich einem Erinnerungsprozess zu verschließen. Sie kann der interviewten Person aber auch eine Sicherheit (durch Distanz) vermitteln, sich einem belastenden Thema zuzuwenden. Als Herausforderung betrachten wir die Notwendigkeit, auf emotional krisenhafte Zustände als Interviewer:in im digitalen Format verlässlich in gebotener Form reagieren zu können.

Normal- oder Sonderfall? Sexualisierte Gewalt und die evangelischen Kirchen in der DDR

Die Erforschung sexualisierter Gewalt in den evangelischen Kirchen in der DDR bildet einen Schwerpunkt des ForuM-Teilprojekts.¹⁸ Auf den ersten Blick stellt das Thema sexualisierte Gewalt in den evangelischen Kirchen in der DDR sowohl quantitativ als auch qualitativ einen Sonderfall im Vergleich mit dem Fallgeschehen in der alten Bundesrepublik dar. Quantitativ lässt sich nach derzeitigem Kenntnisstand und basierend auf den Meldungen der Kirchen zu Anerkennungsverfahren eine mittlere zweistellige Zahl von Fällen den evangelischen Kirchen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zuordnen. Etwa zwei Dutzend dieser bekannten Fälle haben sich vor 1990 und damit zu DDR-Zeiten ereignet. Auch unter Berücksichtigung des grundsätzlichen zahlenmäßigen Ungleichgewichts zwischen den evangelischen Kirchen in Ost und West vor der Wiedervereinigung, etwa hinsichtlich der Anzahl von Kirchenmitgliedern und Pfarrer:innen, ist diese gerin-

18 Mit demselben Untersuchungsdesign und dem Ziel eines kontrastierenden Vergleichs wird in unserem Teilprojekt A parallel ein »westdeutscher« Fall auf dem Gebiet der Hannoverschen Landeskirche im Zeitraum von den 1970er bis zu den 1990er Jahren erhoben.

ge Zahl auffällig. Natürlich mag diese Zahl nur vorläufig sein und sich in Zukunft noch deutlich erhöhen. Zur weiteren Einordnung der geringen Zahlen seien zwei Punkte erwähnt, die bei der historischen Erforschung berücksichtigt werden müssen. Dazu gehört erstens die Frage, wie viele der insgesamt fast 1000 bislang bekannt gewordenen Fälle in den evangelischen Kirchen sich in der Zeit vor 1990 und damit in der »alten« Bundesrepublik ereignet haben – wie also die westdeutsche Referenzzahl für die DDR-Zahlen aussähe. Es ist zu vermuten, dass eine Mehrzahl der Fälle der jüngeren Zeit entstammt. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass über sexualisierte Gewalt erst ab den 1990er Jahren überhaupt gesprochen wurde und dass dieses Thema erst seit der Jahrtausendwende durch die Skandale an der Odenwaldschule und am Canisius-Kolleg eine breite Öffentlichkeit erreichte. Dies ermutigte andere Betroffene, sich mit ihrer Geschichte an die Kirche oder die Presse zu wenden. Es muss davon ausgegangen werden, dass insbesondere für die ersten beiden Dekaden in der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR etliche Fälle niemals bekannt werden. In vielen Fällen sind Forschende auf das Wissen und die Erzählungen der Betroffenen angewiesen, weil keine anderen Quellen existieren, die den Missbrauch explizit benennen. Je länger das Geschehen sexualisierter Gewalt oder einer anderen Form des Machtmissbrauchs jedoch zurückliegt, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Betroffene das an ihnen begangene Unrecht nicht mit heute geläufigen Begriffen wie sexualisierte Gewalt oder Missbrauch rahmen, sondern womöglich gar nicht als Störfall der damaligen gesellschaftlichen Norm wahrnehmen und sich somit selbst nicht als Betroffene verstehen. Zweitens stellen die Zahlen nur eine Momentaufnahme dar. Waren 2018 in den evangelischen Kirchen etwa 500 Fälle sexualisierter Gewalt bekannt, verdoppelte sich deren Zahl innerhalb von knapp vier Jahren auf etwa 1000. Es ist anzunehmen, dass sich angesichts einer kontinuierlichen medialen Thematisierung in den nächsten Jahren noch mehr Betroffene melden und die Zahlen für das sogenannte Hellfeld noch steigen werden. Nicht nur die Aufarbeitung, sondern auch die Erforschung sexualisierter Gewalt bleibt damit sehr dynamisch.

Ungeachtet dieser Vorläufigkeit der Zahlen haben sich seit Beginn der Auseinandersetzung um sexualisierte Gewalt in den evangelischen Kirchen im Jahr 2010 Narrative über das vermeintlich geringere Fallaufkommen in der DDR gebildet. Am plausibelsten erscheint darunter die Annahme,

dass sich eine im Vergleich geringere Fallzahl durch die staatliche Einschränkung kirchlicher Tätigkeit auf dem Feld der Heimerziehung erklären lässt. Wie bereits erwähnt, entfallen zwei Drittel der bisher von den evangelischen Kirchen insgesamt anerkannten Fälle auf diakonische Zusammenhänge mit einem Schwerpunkt auf Heimen. In der DDR wurden die Kirchen sukzessive aus den Verantwortlichkeiten für Kinder- und Jugendarbeit, Bildung und Heimbetreuung und damit aus dem Staat hinausgedrängt.¹⁹ Dadurch ging die Zahl von Kindern und Jugendlichen in konfessionellen Heimeinrichtungen in den 1960er und 1970er Jahren kontinuierlich zurück und spielte im Vergleich mit der Bundesrepublik nur eine untergeordnete Rolle im Bereich der Kinder- und Jugendfürsorge.²⁰

Ein anderes Narrativ, das zudem weit verbreitet scheint, wie zahlreiche Zeugenaussagen im Disziplinarverfahren eines Pfarrers der damaligen Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen nahelegen, benennt das spannungsvolle Verhältnis von Staat und Kirchen in der DDR. Das Disziplinarverfahren fand zwischen 2012 und 2017 statt und richtete sich gegen einen Gemeindepfarrer, der in den 1970er Jahren mindestens zwei Jugendlichen mehrfach schwere sexualisierte Gewalt angetan hatte. Die verantwortliche landeskirchliche Disziplinarkammer sah die Aussagen der als Zeugen erschienenen Betroffenen als erwiesen an und ordnete 2016 die nachträgliche Entfernung des sich zum damaligen Zeitpunkt bereits im Ruhestand befindlichen Beklagten aus dem kirchlichen Dienst und den dauerhaften Entzug seiner Ordinationsrechte an, was 2017 in einem Berufungsverfahren vom Kirchengenrichtshof der EKD bestätigt wurde. Zur Verteidigung hatte der Beklagte zuvor mehr als 40 Zeug:innen aus der damaligen Gemeinde geladen.²¹ Etliche gaben an, selbst nichts von irgendwelchen Taten mitbekommen

19 Vgl. Thomas Brechenmacher, Im Sog der Säkularisierung. Die deutschen Kirchen in Politik und Gesellschaft (1945–1990), Berlin 2021, S. 55.

20 Vgl. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (Hrsg.), Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR. Bericht, Berlin 2012, S. 31; Karsten Laudien/Christian Sachse, Erziehungsvorstellungen in der Heimerziehung der DDR, Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR, Berlin 2012, S. 210.

21 Die Informationen entstammen den Akten aus dem betreffenden Disziplinarverfahren, welches aus Anonymisierungsgründen hier und im Folgenden nicht namentlich zitiert wird.

22 Vgl. Petra Ladenburger u. a., Schlussbericht der unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung von Missbrauchsfällen im Gebiet der ehemaligen Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, heute Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland, Hamburg/Köln/Bonn 2014, S. 163.

zu haben, obwohl sie selbst, etwa als Konfirmand:in, in den genannten Zeiträumen unmittelbar Umgang mit dem Pfarrer gehabt hatten. Daneben sticht eine andere Erklärung zur Verteidigung des Pfarrers heraus, die von mehreren Zeug:innen geäußert wurde. Demnach entsprächen die Aussagen der Betroffenen schon allein deswegen nicht der Wahrheit, weil die Kirchen und damit auch deren erste Repräsentant:innen vor Ort, die Pfarrer:innen, unter ständiger Beobachtung des Staats, genauer des Ministeriums für Staatssicherheit gestanden hätten. Der Anwalt des Pfarrers baute dieses Narrativ zu einer zentralen Verteidigungsstrategie im Disziplinarverfahren auf. Denn, so der Anwalt, wer tatsächlich glaube, dass es »einem Pfarrer in der ehemaligen DDR [...] über mehrere Jahre möglich gewesen« sei, »von der Staatssicherheit unentdeckt sexuelle Missbrauchshandlungen an jugendlichen Gemeindemitgliedern wie in der hier behaupteten Häufigkeit und Ausführung vorzunehmen«, verkenne »grob fahrlässig die allgegenwärtige Überwachungsmechanik, mit der der sozialistische Staat insbesondere kirchliche Jugendarbeit systematisch kontrollierte«. Unter der Annahme einer flächendeckenden Beobachtung von Kirche und deren Vertreter:innen hätten damit Fälle sexualisierter Gewalt im klerikalen Kontext von der Stasi nicht nur mehrheitlich erfasst, sondern von staatlicher Seite auch zur Agitation gegen die Kirchen verwendet werden können. Erwiesenermaßen standen die christlichen Kirchen als die einzigen formal unabhängigen öffentlichen Institutionen in der DDR unter besonderer Beobachtung des Staates. Zum einen aber wies etwa die Infiltrierung der Kirchen durch »Inoffizielle Mitarbeiter« im zeitlichen Verlauf und in den einzelnen Landeskirchen einen unterschiedlich hohen Grad auf. Zum anderen stellte sich die Überwachung der Stasi nach dem Mauerfall und in der Rückschau als nicht so omnipräsent heraus, wie sie zeitgenössisch zum Teil wahrgenommen wurde. Auch das Potenzial technischer Überwachungen wurde in der DDR-Bevölkerung lange Zeit überbewertet, während der personelle Faktor unterschätzt wurde. Die Vorstellung, sexualisierte Gewalt sei in den Kirchen der DDR nicht oder weniger häufig vorgekommen, wird von Ursula Enders und Dirk Bange als »Mythos« bezeichnet.²² Gleichwohl gibt es dazu bislang keine grundlegenden Forschungen.²³ Wie die erst in den

23 Eine Ausnahme bildet die im Auftrag des Hamburger Erzbischofs Stefan Heße am Ulmer Lehrstuhl für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie durchgeführte Studie zu sexualisierter Gewalt in der katholischen Kirche in Mecklenburg. Das Projekt soll im Februar 2023 abgeschlossen werden. Vgl. Kirche reagiert zu langsam, in: Domradio, 16.12.2021, <https://www.domradio.de/artikel/kirche-reagierte-zu-langsam-studie-zu-missbrauch-mecklenburg-vorge stellt> [17.1.2022].

2000er Jahren einsetzende Aufarbeitung gezeigt hat, war sexualisierte Gewalt in Deutschland lange Zeit ein Tabuthema. Anders als in der Bundesrepublik galten jedoch in der DDR Fälle sexualisierter Gewalt zusammen mit anderen Straftaten bis in die 1980er Jahre hinein als ein Auswuchs des kapitalistischen Systems und damit als ein dem sozialistischen Gesellschaftsideal wesensfremdes Phänomen. Möglicherweise hat diese staatliche Tabuisierung dazu beigetragen, dass sexualisierte Gewalt in den Kirchen deutlich weniger in den Fokus geriet bzw. verfolgt wurde, als der grundsätzliche Antagonismus zwischen DDR-Staat und christlichen Kirchen zunächst vermuten lässt. Die Auswertung von Akten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv zu etwa einem Dutzend Fällen sexualisierter Gewalt in den evangelischen Kirchen, die tatsächlich zur Kenntnis der Stasi gelangten, weist auf einen ambivalenten und keinesfalls systematischen Umgang des SED-Staats mit diesen Taten hin. Die Tabuisierung mag ferner dazu beigetragen haben, dass auch nach der Wiedervereinigung weniger Betroffene ihre Geschichte öffentlich gemacht haben. Schließlich legen Forschungen zu sexualisierter Gewalt in der DDR nahe, dass die Prävalenz von sexualisierter Gewalt in etwa gleich hoch lag wie im deutschen Nachbarstaat.²⁴ Bestehende Narrative und erste empirische Erkenntnisse laden in jedem Fall dazu ein, das Verhältnis von Staat bzw. Gesellschaft und den evangelischen Kirchen in der DDR und dessen Einfluss auf Entstehungskontexte sexualisierter Gewalt und den Umgang damit weiter auszuleuchten und historisch zu differenzieren. Wenn der Staat Fälle sexualisierter Gewalt in den evangelischen Kirchen nicht systematisch erfasste und instrumentalisierte, welche Handlungsmuster staatlicher Institutionen lassen sich dann anhand einzelner Fälle erkennen und wie sind diese räumlich und zeitlich kontextualisiert? Wie reagierten

24 Vgl. Christian Sachse / Stefanie Knorr / Benjamin Baumgart, Sexueller Missbrauch in der DDR. Historische, rechtliche und psychologische Hintergründe des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen in der DDR, Wiesbaden 2018, S. 54.

25 Vgl. Jan Hermelink, Kirchliche Organisation und das Jenseits des Glaubens. Eine praktisch-theologische Theorie der evangelischen Kirche, Gütersloh 2011, S. 159.

die Verantwortlichen in den jeweiligen Landeskirchen darauf und welche kirchlichen organisationalen Handlungsmuster werden dabei erkennbar? Kam es zwischen Staat und Kirchen im Sinne einer doppelten Vermachtung zu Absprachen, wie damit umzugehen sei? Lässt sich der Umgang mit sexualisierter Gewalt damit als eine doppelte Tabuisierung beschreiben, die für Betroffene besonders schmerzhaft war und ist? Wie der skizzierte Fall eines erst Jahrzehnte später von der evangelischen Kirche disziplinarisch belangten Pfarrers nahelegt, konnten sogar schwere und vor allem wiederholte Taten sexualisierter Gewalt in Kirchengemeinden vom Staat offenbar unbeobachtet bleiben. Förderte der staatliche Druck auf Kirchen und Gemeinden in der DDR möglicherweise sogar Entstehungskontexte von sexualisierter Gewalt, weil die Mitglieder evangelischer Kirchengemeinden der Gesellschaft, bisweilen sogar der eigenen Kirchenleitung,²⁵ misstrauten und sich dadurch mental in einer Wagenburg einrichteten, die für Täter sexualisierter Gewalt zu einer Schutzburg werden konnte? Diese Fragen verdeutlichen die Notwendigkeit, bei der historischen Erforschung sexualisierter Gewalt eine systematisch angelegte multiperspektivische Kontextualisierung mehrerer Fälle vorzunehmen, um sie miteinander in Bezug zu setzen und so zu über Einzelfälle hinausgehenden Erkenntnissen zu gelangen.

Ausblick

Unser Forschungsvorhaben ist von verschiedenen Anforderungen begleitet. Die unterschiedlichen Akteur:innen formulieren, explizit oder implizit, Erwartungen, in deren Spannungsfeld wir unsere Forschung auszurichten haben.

Für die Betroffenen ist das Engagement in unserer Forschung beispielsweise mit der Hoffnung auf Sichtbarkeit und Anerkennung ihrer Erfahrungen verbunden. Darüber hinaus artikuliert sich in vielen Interviews die Unzufriedenheit über den bisherigen kirchlichen Umgang mit den Missbrauchsfällen und die sich daran anschließende Forderung nach sichtbaren Konsequenzen innerhalb der kirchlichen Strukturen. In der direkten Interaktion sind wir als Forschende dann gefordert, diesen Bedürfnissen einen narrativen Raum zu geben, zugleich aber möglichen Erwartungen, die damit an unser Handeln und unsere Rolle geknüpft werden, realistisch

SEBASTIAN JUSTKE UND
JOHANNA SIGL

■ EVANGELISCHE SPEZIFIKA?
DIE FORUM-STUDIE

zu begegnen. Dies erfordert, schon vor dem eigentlichen Interview in der Kommunikation sensibel für die Motivationen zu sein, mit der ein:e Betroffene:r einen Interviewtermin zusagt, und nicht zugunsten eines Interviewtermins Erwartungen entstehen zu lassen, die in der Folge dann zwangsläufig enttäuscht werden würden. Die dafür erforderliche Klarheit in der eigenen professionellen Haltung scheint uns Herausforderung und Grundbedingung zugleich, um uns in unserem Forschungsfeld bewegen zu können.

Gilt dies zwar insbesondere für Interviews mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt, werden gleichwohl auch von Seiten der Kirche Deutungen und Erwartungen mit der Forschung verbundenen, denen wir klar begegnen müssen. Die geforderte Abgrenzung besteht hier häufig darin zu betonen, dass wir als Forschende zwar zur Aufarbeitung des Geschehens beitragen, in keiner Weise aber die erforderliche Aufarbeitungsleistung von Seiten der Institution ersetzen können – und wollen. Die implizit gewünschte Entlastung von der Verantwortung, die auf der jeweiligen Kirchengemeinde wie auch der Landeskirche und der EKD im Ganzen lastet, wird in der Analyse erkenntnisbildend, muss aber im Prozess kommunikativ permanent zurückgewiesen werden.

- Dr. Sebastian Justke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).
- Dr. Johanna Sigl war bis Februar 2022 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) und ist mittlerweile Professorin an der Hochschule RheinMain in Wiesbaden. Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung bleibt ihre Beteiligung an dem Forschungsprojekt ForuM bestehen.

ALEXANDER WEIDLE

■ NEUNTES NETZWERKTRÉFFEN
ORAL HISTORY

- 1 Der Tagungsbericht ist zunächst erschienen in: H-Soz-Kult, 25.6.2021, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-127543>.

NEUNTES NETZWERK- TREFFEN ORAL HISTORY¹

Mit rund 140 Interessierten aus den Bereichen Archivarbeit, Forschung und Wissenschaft sowie Öffentlichkeits- oder Vermittlungsarbeit erreichte die Teilnehmer:innenzahl beim 9. Netzwerktreffen einen erneuten Höchststand. 2021 hätte mit dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig erstmals eine Institution in Ostdeutschland Gastgeberin sein sollen; aufgrund der Covid-19-Pandemie musste die Tagung am 29. und 30. April 2021 aber online stattfinden. Thematisch hatte dies jedoch keine Auswirkungen, denn das Treffen widmete sich zwei Aspekten, die sich beide am Beispiel der Leipziger Einrichtung nachzeichnen lassen: Erstens ging es um den Umgang mit lebensgeschichtlichen Interviews in Museen und Ausstellungen. Zweitens standen Interviewsammlungen im Fokus, die sich insbesondere mit der ehemaligen DDR und deren Vor- und Nachgeschichte auseinandersetzen. Darüber hinaus wurden mehrere Forschungsprojekte präsentiert sowie – auch durch ausgezeichnete Organisation und sinnvolle digitale Vernetzungs-Tools – persönlicher Austausch ermöglicht. Letzterer zählt zu den wesentlichen Eigenschaften der Netzwerktreffen, deren kommunikativer Workshopcharakter auch während der digitalen Tagung beibehalten werden konnte.

Zu Beginn gingen Linde Apel (Hamburg) und Stefan Müller (Bonn) als Mitinitiator:innen des Netzwerks auf Neuerungen im Tagungsmodus ein: Die große Bereitschaft, eigene Projekte und Fragestellun-

gen vorzustellen, habe dazu geführt, dass erstmals zwei parallele Panels realisiert werden konnten.

Anschließend begrüßte Uta Bretschneider (Leipzig) die Teilnehmenden im Namen des Zeitgeschichtlichen Forums und stellte anhand eines »kurzen Rundgangs in 20 Bildern« die 2018 neu konzeptionierte Dauerausstellung vor. Heute ermöglichen dort zehn Medienstationen individuelle Perspektiven auf die (Nach-)Geschichte(n) der ehemaligen DDR. Durch die Verwendung von Auszügen aus Interviews ließen sich differenzierte Bilder vermitteln, die verschiedene »Graustufen zwischen schwarz und weiß« abbilden und damit das Spannungsfeld zwischen Diktatur und Heimat ins Zentrum stellen.

Annabelle Petschow und Markus Würz (beide Bonn) präsentierten anschließend, wie die Leipziger Dauerausstellung mit biographischen Abbildungen umgeht. Sie betonten, dass Interviews die individuelle Auslegung von Geschichte verdeutlichen und damit Brücken in die Lebenswirklichkeit der Besucher:innen schlagen könnten: Sie trügen dazu bei, die Distanz zur »großen« Geschichte zu mindern. Um deutlich zu machen, dass es sich bei den Erzählungen immer um tradierte Narrative handle bzw. ausdrücklich nicht um Expert:innen-Interviews, seien jedoch für jede gezeigte Interviewpassage umfassende Kontextualisierungen nötig.

Angewandter Oral History widmete sich das erste Panel, in dem es um weitere Möglichkeiten und Herausforderungen bei der Verwendung von Interviews in Museen und Ausstellungen ging. Olaf Schmidt-Rutsch (Hattingen) präsentierte zunächst das Erinnerungsarchiv Industriearbeit des LWL-Industriemuseums, das zum Westfälischen Landesmuseum für Industriekultur gehört. Dort liegen heute rund 1200 Intervieweinheiten vor, und die Altbestände konnten mittlerweile –

zentrale Aufgabe in nahezu allen vorgestellten Institutionen – digitalisiert werden. Für die Ausstellungs- und Vermittlungsarbeit sei der biographische Ansatz vor allem wichtig, um Besucher:innen persönliche Zugänge zu komplexen Inhalten zu ermöglichen.

Ruth Rosenberger (Bonn) präsentierte die umfängliche Zeitzeug:innen-Arbeit der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, unter deren Dach zahlreiche Institutionen organisiert sind. Für alle sei »erzählte Geschichte« gleichsam Herzensangelegenheit wie Teil des Kerngeschäfts, denn Zeitzeug:innen und ihre Erzählungen könnten gerade in Museen und Ausstellungen den multiperspektivischen Charakter von Geschichte besonders niederschwellig vermitteln. Auch Rosenberger plädierte im Vermittlungskontext für eine bewusste Kontextualisierung und Einordnung der Gespräche. Darüber hinaus seien Erzählungen als Quelle(n) für die wissenschaftliche Erschließung der Sammlung dienlich, denn sie könnten Objekten eine unverwechselbare Geschichte und Biographie geben.

Diesen Aspekt griff auch Ewa Kruppa (Friedland) auf. Sie präsentierte die Interviewsammlung des Museums Friedland, das sich der Geschichte des dortigen Grenzdurchgangslagers widmet. Seit 1945 seien in unterschiedlichen Flucht- und (Zwangs-)Migrationskontexten rund vier Millionen Menschen über das Lager gekommen. Ihre Geschichten stünden im Zentrum des Museums, das heterogene Erzählungen von Flucht und Ankommen abbildet. Der biographische Ansatz diene aktuell vor allem dazu, Ausstellungsexponate als Bedeutungsträger zu individualisieren. Für die Zukunft seien weitere Interviewprojekte geplant, die ihren Fokus noch stärker auf die Gegenwart legen sollen.

Das zweite Panel widmete sich den Herausforderungen von Mehrsprachigkeit(en) in Oral-History-Projekten. Stefan Müller (Bonn) betonte zunächst die Bedeutung dieser Thematik für Arbeiten im Kontext von (Zwangs-)Migration und Exil und führte verschiedene Formen der Multilingualität in Interviewsituationen aus.

Danae Christodoulou (Frankfurt/Main) präsentierte einen Aspekt ihres Promotionsvorhabens zur Weitergabe von Erinnerungen zur griechischen Militärdiktatur. Darin setzt sie sich u. a. mit der Frage auseinander, wie Erinnerungen an die Obristendiktatur in griechischsprachigen Familien ausgehandelt und welche Ereignisse, Emotionen und Werte tradiert wer-

den. Eine für die Oral History zentrale Frage ist dabei, in welchem Verhältnis das im Interview zum Tragen kommende kommunikative Gedächtnis zur kulturellen Erinnerung an die Diktatur steht. In Bezug auf die Mehrsprachigkeit ist laut der Referentin vor allem die Übersetzung von Begriffen eine Herausforderung, für die es im Deutschen keine Entsprechung gibt. Damit stellen sich Fragen nach der Transkriptionsform, dem Umfang und dem Sinn, Transkriptionen extern anfertigen zu lassen.

Die Übersetzungsproblematik nahm Sofie Steinberger (Köln) auf, die zu multilingualen Interviews mit Menschen aus Melilla (Spanien) und Nador (Marokko) referierte. Rund 60 Gespräche führte sie im Rahmen ihres Dissertationsprojektes, das schon allein aufgrund der drei Interviewsprachen (Spanisch, Französisch, Tamazight) als multilingual bezeichnet werden kann. Darüber hinaus seien durch die komplexen Sprachsituationen in den Untersuchungsorten auch viele Interviewpartner:innen in der Lage, sich in mehreren Sprachen zu äußern. Steinberger sprach sich dafür aus, dass aus unterschiedlichen (Fremd-)Sprachniveaus der Gesprächspartner:innen keine Rückschlüsse auf Bildung oder sozialen Status gezogen werden sollten. Sie thematisierte auch, wie sich die Übersetzung auf die inhaltliche Vermittlung auswirkt, und schlug vor, dass nicht nur das multilinguale Setting eingeordnet werden, sondern auch andersartige kulturelle Referenzpunkte übersetzt werden müssten: Eine Beschreibung des Übersetzungsprozesses, die Abbildung des sprachlichen und kulturellen Kontextes sowie der intellektuellen Biographie der Forscher:innen lege wichtige Interpretationszugänge offen. In der Diskussion wurde unter anderem dafür plädiert, gerade angesichts der Herausforderungen von Multilingualität und Multikulturalität die Arbeit am transkribierten Interview

versuchsweise im Kollektiv durchzuführen, um so die eigenen Deutungen intersubjektiv zu prüfen.

Daniel Baranowski (Berlin) eröffnete das dritte Panel »Oral History in politischen Kontexten«, das sich Schwierigkeiten in Projekten widmet, die an Schnittstellen zwischen gesellschaftlichen und politischen Interessensgebieten angesiedelt sind.

Andrea Althaus (Hamburg) bildete anhand mehrerer Beispiele aus aktuellen Aufarbeitungsprojekten ab, wie sich die Erwartungen verschiedener Akteur:innen während der Projektlaufzeit verändern können. Oft haben sie zu Beginn große Hoffnungen, die mit der Zeit enttäuscht werden. Um dies zu verhindern, warb sie dafür, deutlich zu kommunizieren, was Oral History überhaupt leisten kann: Weil Interviews immer subjektiv, widersprüchlich und vielseitig sei(n könn)en, gehe es im Ergebnis nie um die Suche nach »der einen Wahrheit«, sondern immer darum, ein Interpretationsangebot auf der Basis subjektiver, multiperspektivischer Äußerungen anzubieten. Sie stellte fest, dass sich grundlegende Erkenntnisse der Oral-History-Forschung nicht so zügig verbreiten wie die Methode selbst, die heute in zahlreichen Aufarbeitungsprojekten ein Mittel sei, um die Stimmen von Betroffenen festzuhalten. Dass es damit jedoch nicht getan sei und eine (immer notwendige) Analyse der Äußerungen gegebenenfalls zu Spannungen führen kann, müsse im Rahmen verstärkter Wissenskommunikation weiter nach außen getragen werden. Wichtig sei auch, unterschiedliche Akteur:innen als bewusste Bestandteile der Projekte (stärker) wahrzunehmen und beispielsweise im Sinne der »shared authority« frühzeitig in (Problemlösungs-)Prozesse einzubeziehen. Oral History müsse gerade im Rahmen historischer Aufarbeitungsprojekte stärker mit Ansätzen aus der partizipativen Forschung kombiniert werden. Ziel sollte es sein, in einen echten Dialog mit den »Betroffenen« zu treten, d.h. weder über ihre Köpfe hinweg zu deuten noch ihre Sichtweisen unwidersprochen zu reproduzieren.

Anschließend stellte Franziska Zollweg (Hamburg) ihr Dissertationsprojekt vor, das die Handlungsoptionen und Spielräume Helmut Schmidts als Bundeskanzler ins Zentrum rückt. Dazu führte sie u. a. Gespräche mit Vertreter:innen aus den Medien, aus Religion und Kultur sowie aus seinem privaten Umfeld. Gerade (ehemalige) hochrangige Politiker:innen seien professionelle und geübte Gesprächspartner:innen, die exakte Vorstellun-

gen vom Interviewablauf besäßen. Zugleich beschrieb Zollweg ein hierarchisches Gefälle, da sie als junge, weibliche Historikerin, die vor allem älteren Männern gegenüber sitze, mehrfach fachliches Wissen beweisen und eine hohe Sozialkompetenz an den Tag legen müsse.

Die anschließende Diskussion rückte Interessensverbände und heterogene Akteur:innen in Oral-History-Projekten ins Zentrum, aber auch die zu problematisierende Interaktion zwischen Interviewenden und Interviewten. Im Plenum kamen Fragen der Interviewauswahl zur Sprache, und es wurde die Entwicklung eines institutionsübergreifenden Leitfadens für Museen und Ausstellungen vorgeschlagen. Daneben wurde das Netzwerktreffen als Schutzraum hervorgehoben, in dem prozessuale Schwierigkeiten geäußert und konstruktive Perspektiven eingebracht werden könnten.

Im Round Table zu »Erfahrungen, Erinnerungen und Erzählungen zur DDR« richteten sich Schlaglichter auf verschiedene Zeitzeug:innenprojekte und Interviewsammlungen im Kontext der ehemaligen DDR – ein Thema, das laut Moderatorin Susanne Freund (Potsdam) geradezu prädestiniert sei für die Methode der Oral History.

Agnès Arp (Jena) präsentierte zunächst die Hintergründe einer sich im Aufbau befindlichen Oral-History-Forschungsstelle zur »ostdeutschen Erfahrung«, die an der Universität Erfurt angesiedelt ist. Ziel sei einerseits, einen Ort zu schaffen, der (zukünftige) Mediator:innen ausbildet. Andererseits sollen Forschung und gesellschaftliche Debatten in Austausch gebracht sowie ein besseres Verständnis für spezifische Lebenswege von Menschen aus der (ehemaligen) DDR vermittelt werden.

Patrice G. Poutrus (Erfurt) führte weiter aus, dass zahlreiche Interviews aus der Transformationszeit

vorlägen, die es qualifiziert zu sichern gelte. Wichtig sei dabei, Skepsis gegenüber einer Zentralisierung zu zerstreuen. In Bezug auf die DDR sei außerdem wichtig, dem großen Bedürfnis nach dem Erzählen des eigenen Lebens nachzugehen: Weil die Familie vornehmliches Informationsmedium sei, um sich mit der Geschichte der DDR auseinanderzusetzen, müsse ein breites Verständnis für Familienerinnerungen und -erzählungen über die Diktaturerfahrung und die Transformationszeit geschaffen werden.

Patrick Wagner (Halle/Saale) stellte anschließend ein Projekt der Universität Halle-Wittenberg vor, das (Lehramts-)Studierende in der Methode der Oral History und zum reflektierten Umgang mit Zeitzeug:innen befähigen soll. Daneben soll ein umfassender regionaler Bestand an lebensgeschichtlichen Interviews aufgebaut werden. Bislang festgehaltene Lebensgeschichten eine, dass ihr sinnstiftendes Zentrum in den 1990er Jahren und damit in der erfolgreichen Meisterung der Transformation liege, die dank der in der DDR erworbenen biographischen Ressourcen bewältigt werden konnte. Möglicherweise sei dies jedoch auf das homogene Profil bisheriger Interviewpartner:innen zurückzuführen, die vor allem zur Erfahrungsgemeinschaft der DDR-Qualifizierten gezählt werden können.

Claudia Pawlowitsch und Nick Wetschel (beide Dresden) stellten im Anschluss das Lebensgeschichtliche Archiv für Sachsen vor, das zum Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde gehört. Der Umgang mit Egodokumenten und Interviews sei deshalb besonders anspruchsvoll, weil er im Zuge der Langzeitarchivierung immer wieder neu gedacht werden müsse. Gesammeltes Quellenmaterial sei sowohl hinsichtlich seiner zeitlichen als auch seiner materiellen Dimension sehr divers. Heute verwahre die Sammlung rund 30 laufende Meter Nachlässe, Photographien oder autobiographische Texte sowie 500 Intervieweinheiten, die in unterschiedlichen Kontexten entstanden sind und heute diverse Fragestellungen zulassen.

In der anschließenden Diskussion resümierte Susanne Freund, dass in der ehemaligen DDR ein großes Bedürfnis vorliege, Geschichte »richtig« zu erzählen: Den Befragten gehe es darum, eigene Erzählungen in die Geschichtsschreibung einzubringen, in der spezifisch östliche Erfahrungen nur unzureichend abgebildet seien. Festgestellt wurde, dass der Frage, wessen Geschichte(n) festgehalten werden, in Zukunft deutlich größere Aufmerksamkeit zukommen müsse: Es sei entscheidend, sich bewusst zu machen, wer wozu befragt wird und wer berichten mag, aber auch, wer sich

nicht bereiterklärt oder schlicht nicht angesprochen wurde. Weil teilweise Vorbehalte gegen Forscher:innen aus dem Westen existieren, sei ein partizipativer Ansatz zentral. Betont wurde auch die Bedeutung von Folgeinterviews, auch wenn diese einen größeren Zeitaufwand erfordern. So hob Poutrus hervor, dass Erzählungen über 1989/90 häufig diverser seien als diejenigen über die Zeit danach, weshalb ein wiederholter Besuch ermöglichen könne, hinter Strukturen des »sozial Sagbaren« zu blicken.

Nach einem weiteren »offenen Meeting«, das den Austausch in Einzelgesprächen ebenso ermöglichte wie größere Gesprächsrunden, fand das letzte Panel des Treffens statt. Moderatorin Almuth Leh (Hagen) ging zunächst auf die zunehmende Bedeutung von Künstlicher Intelligenz (KI) ein, die auch im Oral-History-Kontext bereits in einigen Projekten eine Rolle gespielt habe.

Anschließend präsentierten Nike Matthiesen (Bonn) und Michael Greif (Sankt Augustin) ein Projekt, das von der Stiftung Haus der Geschichte in Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Intelligente Analyse- und Informationssysteme (IAIS) umgesetzt wird. Es zielt darauf ab, einen Prototypen zu entwickeln, der menschliche Emotionen in audiovisuellen Zeitzeug:innen-Interviews automatisiert erkennt und Interviewsammlungen auf solche durchsuchbar macht, womit die Arbeit in Vermittlungseinrichtungen erleichtert werden soll. Anschließend Rückfragen thematisierten mögliche Widersprüche zwischen emotionaler Äußerung bzw. Mimik oder Gestik und gesprochenem Wort. Gerade in Bezug auf Oral History sei es unabdingbarer Bestandteil der Analyse(n), solche zu erkennen. Thematisiert wurden auch hier wieder Fragen der Partizipation und eines größeren Einbezugs der Gesprächspartner:innen, von denen sich

viele zum Zeitpunkt der Interviews wohl nicht hätten vorstellen können, dass ihre Lebensgeschichten einmal von KI untersucht werden könnten.

Zuletzt wurde der Vorschlag von Ewa Kruppa, eine Arbeitsgemeinschaft zu museumsrelevanten Themen innerhalb des Netzwerks zu gründen, kontrovers diskutiert. Am Ende wurden kurz zentrale Themen und Herausforderungen in den Blick genommen, die im kommenden Netzwerktreffen aufgegriffen werden könnten.

- Alexander Weidle ist Doktorand und Assoziierter Wissenschaftler im Arbeitsbereich Verflechtungsgeschichte Deutschlands mit dem östlichen Europa an der Universität Augsburg.

GESCHICHTE/N HÖREN. ORAL HISTORY UND MIGRATION¹

Oral History boomt – so ließe sich sagen. Dabei kann sie auf eine beachtliche eigene Geschichte und Institutionalisierung zurückblicken. Für die zeit-historische Migrationsforschung gehören Methoden und Quellen der Oral History zunehmend, wenn auch noch nicht selbstverständlich, zum Repertoire der Erhebung und Auswertung. Das gesammelte Material dient nicht zuletzt der Wissenschaftskommunikation und erinnerungskulturellen Repräsentation. Um es der weiteren Forschung zur Verfügung zu stellen, wird es nicht selten in eigens dafür geschaffene Archive und Sammlungen gegeben. Da Forscher:innen, die auf die Interviews in Sekundäranalysen zugreifen, selbst nicht an der Entstehung dieser Quellen beteiligt waren, begegnen sie ihnen mit einem anderen Erkenntnisinteresse als dem, für das das Interview originär geschaffen wurde. Hinzu kommt, dass mit Interviews Forschende dazu neigen, häufig nur auf die Transkripte zurückzugreifen und die Audioaufnahmen während ihrer Analysen weniger zu berücksichtigen. Aus dieser Gemengelage ergeben sich besondere Chancen und Herausforderungen, Potenziale und Grenzen bei der Sekundäranalyse von Interviews, die es lohnt, genauer in den Blick zu nehmen.²

Zu diesem Zweck veranstaltete die Werkstatt der Erinnerung – das Oral-HistoryArchiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg – die

- 1 Der Tagungsbericht ist zunächst erschienen in: H-Soz-Kult, 23.10.2021, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-127657>.
- 2 Linde Apel, Oral History reloaded. Zur Zweitauswertung von mündlichen Quellen, in: Westfälische Forschungen – Zeitschrift des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte 65 (2015), S. 243 – 254, https://www.zeitgeschichte-hamburg.de/contao/files/fzh/pdf/Apel_westf_forsch_Bd%2065_2015.pdf [20.9.2021].
- 3 Migration und Mobilität, <http://www.werkstatt-der-erinnerung.de/migration/index.html> [20.9.2021].
- 4 Peter Gatrell, The Unsettling of Europe. The Great Migration, 1945 to the Present, London 2019.
- 5 Alistair Thomson, Moving Stories: Oral History and Migration Studies, in: Oral History 27 (1999), H. 1, S. 24 – 37.

von der VW-Stiftung geförderte Sommerschule, die ursprünglich für letztes Jahr anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Werkstatt geplant war. Eine interdisziplinär und international zusammengesetzte Gruppe von Nachwuchswissenschaftler:innen fand sich zusammen, um auch in der Wissenschaft wieder gemeinsam zu arbeiten, zu hören, zu interpretieren und zu diskutieren. Die Grundlage für die kontinuierliche Arbeit in Kleingruppen, auf der der Schwerpunkt des Workshops lag, bildeten vier Interviews aus dem Bestand der Werkstatt der Erinnerung zum Thema Migration.³ Das von der Alfred-Toepfer-Stiftung F. V. S. unterhaltene Seminarzentrum Gut Siggen erwies sich als geeigneter Ort für das freie, gemeinsame und intensive Arbeiten an den Quellen. Für die Werkstatt der Erinnerung war es zudem die erste Sommerschule und – ohne ein Fazit vorweg nehmen zu wollen – ein Erfolg.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer:innen durch den Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Thomas Großbölting (Hamburg) und einer kleinen Geschichte des sich wandelnden Umgangs mit mündlichen Quellen an der Forschungsstelle durch Linde Apel (Hamburg) machte Kristina Schulz (Neuchâtel) den thematischen Auftakt zur Sommerschule. Sie schnürte in ihrem Online-Vortrag die zwei Themenkomplexe Migration und Oral History einfürend zusammen und zeichnete die großen Linien der Migrationsgeschichte (West-)Europas seit 1945 nach. Peter Gatrell folgend stelle das Jahr 1945 auch eine »natürliche« Grenze für Oral-History-Ansätze dar, sofern nicht intergenerationelles Erzählen im Fokus des Forschungsinteresses stehe.⁴ Schulz betonte vor allem das Potenzial, das die Oral History für die historische Migrationsforschung biete, da Migrant:innen oft weniger Schriftlichkeit hinterließen. Um diese Überlieferungslücken zu schließen, erweise sich ein lebensgeschichtlicher Zugang als besonders fruchtbar.

Man könne so Erkenntnisse über die historischen Erfahrungen und deren Deutungen von migrantischen Akteur:innen selbst gewinnen. In der US-amerikanischen Oral History seien Prozessorientierung und Bestandsergänzung demnach schon lange Teil der Forschungstradition. Angesichts weniger Oral-History-Studien im Bereich der Migrationsforschung erscheint Schulz die These von der Unterforschung, die Alistair Thomson bereits 1999 in seinem Aufsatz »Moving Stories. Oral History and Migration Studies«⁵ ausformulierte, immer noch aktuell. Gleichzeitig plädierte

sie für ein anspruchsvolles Selbstverständnis einer zeitgemäßen Geschichtswissenschaft, die ohne Einbezug von Migration und ihren Akteur:innen undenkbar sei. Neben diesen grundlegenden inhaltlichen Aspekten wurden methodische und forschungsethische Fragen für den Umgang mit der besonderen Quellenform und den quellenimmanenten Interaktionssituationen aufgeworfen – Fragen, die im Verlauf der Sommerschule wieder aufgegriffen wurden, wie etwa die, ob es überhaupt legitim und möglich sei, eine Zweitauswertung eines Interviews vorzunehmen, wenn man nun ganz andere Fragen daran stellt.

In Vorbereitung auf die Sommerschule hatten die Veranstalterinnen Andrea Althaus, Linde Apel, Lina Nikou und Janine Schemmer ein archiviertes Interview aus den 1990er Jahren einer Zweit- und Kollektivauswertung unterzogen.⁶ Das Interview war ursprünglich im Rahmen einer Arbeit entstanden, die sich für die Erfahrungen von Kommunist:innen im Nationalsozialismus interessierte. Bei der gemeinsamen Arbeit stützten sie ihre Analysen explizit auf die auditive Überlieferungsform. In ihrem Beitrag zu den Deutungsmöglichkeiten mündlicher Quellen in der Sekundäranalyse betonten sie deshalb, dass Interviews neben dem thematisch-inhaltlichen Aussagegehalt auch formal-sprachliche, körperlich-sinnliche und situativ-performative Dimensionen besäßen, die während der Übersetzung in Schriftsprache abhandenkommen können. Die Teilnehmer:innen wurden dazu angehalten, sich während der Kleingruppenarbeit explizit mit der Tonaufnahme zu beschäftigen und ihr Wissen um ihre vielschichtige Verfasstheit einzubringen.

Andrea Althaus und Linde Apel gestalteten eine Einheit zu den historischen, biografischen und narrativen Kontexten von lebensgeschichtlichen Erzählungen. Am Beispiel des von den Veranstalterinnen für einen Auf-

6 Andrea Althaus, Linde Apel, Lina Nikou, Janine Schemmer, Ein Interview, zwei Gesprächspartner, drei Fragehorizonte, vier Mithörerinnen. Deutungsmöglichkeiten einer archivierten Audioaufnahme, in: Linde Apel (Hrsg.), *Erinnern, erzählen, Geschichte schreiben. Oral History im 21. Jahrhundert*, Berlin 2022, S. 81–117.

satz analysierten Interviews wurden im Plenum Höreindrücke und Interpretationsangebote zu zwei markanten Sequenzen gesammelt. Zunächst ging es um den Intervieweinstieg. Besonders Eingangskonstruktionen verfügten über außerordentliches Analysepotenzial, werde aus ihnen doch bereits erkennbar, wie Menschen ihr Leben retrospektiv strukturieren, welche Themen und Topoi bedeutsam und sinnstiftend für die weitere Erzählung sein können und vor allem, *wie* erzählt werde. In der zweiten Sequenz wurde dann besonders deutlich, dass sich Interviewpartner:innen bei ihrem Lebensrückblick an kulturell bekannten Wissensbeständen und sozial vermittelten Erzählformen orientieren. So bekamen die Teilnehmerinnen eine typische, chronologische Abenteuergeschichte eines erfahrenen und gewissenhaften Erzählers zu hören. Die Prüfung von Parallelquellen während der Erarbeitung des Aufsatzes habe den Veranstalterinnen dann abermals verdeutlicht, dass lebensgeschichtliche Erzählungen, so sehr sie situationsabhängig entstehen und narrativen Konstruktionsregeln folgen, durchaus verlässlich auf historische Erfahrungen, Erlebnisse und Ereignisse verweisen, also über einen hohen Grad an Faktizität verfügen können.

Die Deutungswerkstatt »Gemeinsam Hören« nach Jochen Bonz (Münster) ist Teil der von ihm veranstalteten ethnographischen Supervisionsgruppen und nahm die Zweitauswertenden in den Blick. Stellvertretend für den kurzfristig verhinderten Jochen Bonz luden Lina Nikou und Janine Schemmer die Teilnehmer:innen dazu ein, von ihren Emotionen und Gefühlslagen beim erstmaligen Hören der Audioaufnahmen zu berichten. Es wurde deutlich, dass auch Dritte, die nicht mehr Teil der unmittelbaren Interviewkonstellation sind, während der Arbeit an den Quellen nicht unbeteiligt bleiben, sondern emotional in höherem Maße involviert sind als zuvor erwartet. Auch wenn auditive Quellen über ein größeres Potenzial verfügen, ihre Zuhörer:innen auch emotional einzubeziehen, stellt dies kein Alleinstellungsmerkmal von Tondokumenten dar. Aber besonders hier sollte eine Reflexion der eigenen Gefühlswelt beständige Begleiterin des Forschens sein.

Abends gab es eine Diskussion zu disziplinären und methodischen Gemeinsamkeiten und Unterschieden von verschiedenen Formen qualitativer Interviews sowie den forschungspraktischen Konsequenzen. Es wurden vor allem die zwei gängigsten Methoden zur Generierung von Erinnerungserzählungen besprochen: zum einen das in den 1970er Jahren in den

Sozialwissenschaften entwickelte narrativ-biografische Interview nach Fritz Schütze, zum anderen das in der deutschsprachigen Oral History gängige lebensgeschichtliche Interview. Während das von Dorothee Wierling, Lutz Niethammer und Alexander von Plato geprägte lebensgeschichtliche Interview bei der Interviewführung noch stark an Schützes Ansatz orientiert sei, unterscheide es sich vor allem hinsichtlich der Interviewauswertung vom Vorbild. Bei den Versuchen, beide Ansätze in der Diskussion idealtypisch zu fassen, wurde schnell klar, dass die Wahl der Methode letztendlich stark vom Erkenntnisinteresse der Forschenden abhängt und dass in der Forschungspraxis oft hybride Formen vorzufinden sind.⁷

Die Deutungswerkstatt vom Vortag aufgreifend, besprachen Janine Schemmer und Lina Nikou mit den Teilnehmer:innen am nächsten Tag erneut den Konnex zwischen Emotion und (Zu)Hören als Kulturtechnik.

Sie plädierten dafür, sich auf die sinnliche Wahrnehmung im Forschungs- und Analyseprozess einzulassen, da Bedeutung über Tonfall, Sprechrhythmus und Stimme transportiert werde. Während Hören nach Roland Barthes als physiologischer Akt verstanden werden kann, handelt es sich beim Zuhören nämlich um einen sozialpsychologischen Prozess. Besonders eindrücklich wurde die Verbindung anhand einer weiteren Hörprobe aus dem besagten Interview: dem überraschenden Interviewabbruch, der auf den Wunsch des Interviewten zurückging. Dass es möglich war, diesem neuralgischen Moment nachzuspüren und so nochmals relevante Einblicke in die Beziehungsdynamik der Interviewpartner zu gewinnen, ist dem Umstand zu verdanken, dass beide die Abbruchsituation nachträglich auf Band besprachen. Es zeigte sich, dass Interviews als Produkte sozialer Kommunikationsprozesse einen Verlauf einschlagen können, der

7 Die Diskussion ist nicht neu, lohnt sich aber jeweils konkret am eigenen Forschungsvorhaben zu führen; siehe: Marketa Spiritova, Narrative Interviews, in: Christine Bischoff, Karoline Oehme-Jüngling, Walter Leimgruber (Hrsg.): Methoden der Kulturanthropologie, Stuttgart 2014, S. 117 – 130; siehe auch: Frank Beier, Zwischen Geschichtswissenschaft und Soziologie: Was leistet die Biografieforschung für die Erforschung von Diktaturen?, in: Denken ohne Geländer. Der Blog des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V., https://haitblog.hypotheses.org/1886#identifler_28_1886 [20.9.2021].

8 Benno Gammerl, anders fühlen. Schwules und lesbisches Leben in der Bundesrepublik. Eine Emotionsgeschichte, München 2021.

von den Interviewer:innen und auch von den Interviewten nicht intendiert war. Aber vor allem wurden die Zuhörenden Ohrenzeug:innen davon, dass es Oral History als Forschungsmethode vermag, Gefühle und Stimmungslagen offenzulegen. Bisher eher genutzt, um historische Erfahrungen zu explorieren, gelang es u. a. Benno Gammerl kürzlich so, mit Hilfe von Interviews eine Emotionsgeschichte des queeren Lebens in der Bundesrepublik zu schreiben.⁸

Die Abschlusspräsentation erlaubte es allen Teilnehmer:innen nicht nur, erstmals mehr über die Interviews der anderen Gruppen zu erfahren, sondern offenbarte auch die unterschiedlichen Herangehensweisen und Schwerpunktsetzungen bei der Feinanalyse des Quellenmaterials. Gleich in der ersten Präsentation wurde deutlich, dass es trotz der intensiven gemeinsamen Arbeit an dem Material bei Kollektivanalysen zu divergenten Lesarten kommen kann, die wiederum selbst interessante Untersuchungsgegenstände abgaben.

In der zweiten Vorstellung lag der Schwerpunkt auf der Beziehung von Narrationsanalyse und Emotionsanalyse. Eine Interviewsequenz, in der die Interviewpartnerin über einen tragischen Moment in ihrem Leben sprach und diesen mit einem für die Zuhörer:innen irritierenden Lachen kommentierte, führte dem Plenum vor Augen, dass gerade Gefühlsäußerungen wie Lachen ambivalente Funktionen übernehmen können. Es wurde wiederholt festgestellt, dass Situationen wie diese mitunter nur unzureichend im Transkript eingefangen werden können.

In der dritten Vorstellung wurden noch einmal andere Punkte im Umgang mit Erinnerungserzählungen berührt. Anhand verschiedener Versionen der Lebensgeschichte einer »prominenten« Zeitzeugin der Shoah wurde deutlich, dass sich Erzählungen über denselben Gegenstand im Laufe der Zeit verändern können, weil sie von den Erzähler:innen angepasst werden. Interviews können auch Gegenstand einer kritischen Rezeptionsgeschichte sein, werden sie auch für erinnerungspolitische Kontexte und die historischpolitische Bildungsarbeit herangezogen. Da das Interview der letzten Gruppe als Videoaufnahme überliefert wurde, fühlten sich die Mitglieder dazu eingeladen, ihr Augenmerk auf die Beziehungsdynamiken zwischen den vier am Interview Beteiligten – dem interviewten Ehepaar, dem Interviewer und der Kamerafrau – und die Interviewführung und -gestaltung zu richten. Einmal mehr kam in der Ergebnispräsentation

durch eine sprachwissenschaftliche Verdichtung des Interviews sowie die Auseinandersetzung mit Gestik und Mimik der Sprecher:innen die interdisziplinäre Zusammensetzung der Teilnehmer:innen sowie das besondere Analysepotenzial des audiovisuellen Materials zur Geltung.

Als Fazit der Sommerschule formulierten viele Teilnehmer:innen die Absicht, die Erfahrungen der Kollektivanalyse in ihre jeweiligen Forschungsvorhaben übersetzen zu wollen und wieder vermehrt auf die auditive Überlieferungsform ihres Interviewmaterials zurückzugreifen. Es erscheint plausibel, Analysewege und -kontexte in Publikationen transparenter zu machen, auch, um das nicht immer mögliche gemeinsame Hören und Besprechen zumindest ein Stück weit zu kompensieren. Während die Sommerschule 2021 den Fokus auf das Hören legte, wurde angeregt, in einem folgerichtig nächsten Schritt den Blick gemeinsam auf den Schreibtisch zu richten.

- Lisa Weck, M. A., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg.
- Nick Wetschel, M. ed., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde, Dresden.

INHALT

1. Personal und Gremien der FZH	206
2. Forschung	210
<i>a. Geschichte des Nationalsozialismus sowie dessen »zweite Geschichte«</i>	210
<i>b. Geschichte Hamburgs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts</i>	214
<i>c. Jüngere und jüngste Zeitgeschichte</i>	218
<i>Projekte außerhalb der Schwerpunkte</i>	224
Drittmittel	229
3. Kooperationsbeziehungen	231
4. Bibliothek	235
5. Archiv	237
6. Werkstatt der Erinnerung – Hamburger Lebensläufe (WdE)	241
7. Öffentlichkeitsarbeit	245
8. Vorträge/Tagungen/Veranstaltungen 2021	248
9. Veröffentlichungen der FZH	256
10. Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH	257
11. Rezensionen über Veröffentlichungen der FZH und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH	266
12. Vorträge und öffentliche Auftritte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH	268
13. Medienecho	278
14. Lehrveranstaltungen	282

1. PERSONAL UND GREMIEN DER FZH

(Stand 31.12.2021)

DIREKTOR (VORSTAND)

Prof. Dr. Thomas Großbölting

STELLV. DIREKTORIN (VORSTAND)

Prof. Dr. Kirsten Heinsohn

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

PD Dr. Knud Andresen

Dr. Marcel Bois

Alexander Buerstedde, M. A., M. Ed.

Jessica Erdelmann, M. A.

Sandra Frühauf, M. A.

Joana Gelhart, M. Ed. (seit 1.10.)

Dr. Daniel Gerster

Dr. Alexandra Jaeger

Dr. Sebastian Justke

PD Dr. Claudia Kemper (bis 31.3.)

Ruth Pope, M. A. (seit 1.11.)

Hannah Rentschler, M. A.

Dr. Yvonne Robel

Dr. Johanna Sigl (seit 1.3.)

Dr. Christoph Strupp

WERKSTATT DER ERINNERUNG (WDE)

Dr. Linde Apel

Dr. Andrea Althaus

BIBLIOTHEK

Dorothee Mateika, Dipl. Dok.

Hartmut Finkeldey, B. A.

ARCHIV

Kirsten Schaper, M. A.

LEKTORAT

Dr. Stefan Mörchen

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Maike Raap, M. A.

VERWALTUNG

Susanne Linnig

Birgit Steude, M. A.

INFORMATIONSTECHNIK

Rupert A. Marienfeld, M. A.

GESCHÄFTSZIMMER

Joana Betke

STIPENDIAT DER ALEXANDER VON HUMBOLDT-STIFTUNG

Prof. Dr. Moritz Föllmer (1.4. bis 30.6.)

STIPENDIATIN NACH DEM HAMBURGER NACHWUCHS- FÖRDERGESETZ DER UNIVERSITÄT HAMBURG

Lena Langensiepen, M. A.

STUDENTISCHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Eike Eberhardt (bis 31.10.)

Jan Philipp Freinsheimer

Jasper Glänzer (seit 1.4.)

Janne Grashoff (seit 12.4.)

Svea Gruber

Lisa Hellriegel

Marc Kittler (seit 15.4.)

Jana Matthies

Milan Mentz (seit 1.5.)

- Direktor und Vorstand
- Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Werkstatt der Erinnerung (WdE)
- Bibliothek
- Archiv
- Lektorat
- Öffentlichkeitsarbeit
- Verwaltung
- Informationstechnik
- Geschäftszimmer
- Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung
- Stipendiatin nach dem Hamburger Nachwuchsfördergesetz der Universität Hamburg
- Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Emma Piel (seit 1.4.)
Naomi Russo (seit 1.3.)
Julia Späth (seit 15.10.)
Marlen Sundermann (bis 31.3.)

GERINGFÜGIG BESCHÄFTIGTE MITARBEITER

Matthias Merks
Karl-Otto Schütt, Dipl. Bibl., M. A.

Als assoziierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren Anne Kurr, M. A., PD Dr. Lu Seegers und Prof. Dr. Dorothee Wierling an der FZH vertreten. Die Verwaltung wurde auch in diesem Jahr wieder von Anja Ahlers als externer Personalsachbearbeiterin unterstützt. Maria Akingunsade transkribierte für die Werkstatt der Erinnerung Interviews auf Honorarbasis.

KURATORIUM

Dr. Eva Gümbel
*Staatsrätin der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung
und Bezirke (BWFG), Vorsitzende*

Katja Karger
*Vorsitzende Deutscher Gewerkschaftsbund Hamburg,
stellvertretende Vorsitzende*

Dr. Sabine Bamberger-Stemann
Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

Dr. Rita Bake
Vorschlag der BWFG

Prof. Dr. Christoph Cornelißen
*Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main,
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der FZH*

Ina Dinslage
Vorschlag der BWFG

Prof. Dr. Oliver Huck

Dekan der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität Hamburg

Dr. Manfred Jäger

Vorschlag der BWFGB

Peter Jaffé

Jüdische Gemeinde Hamburg

PD Dr. Sven Tode

Vorschlag der BWFGB

- Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Geringfügig beschäftigte Mitarbeiter
- Kuratorium
- Wissenschaftlicher Beirat

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Christoph Cornelißen

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main,

Vorsitzender

Prof. Dr. Angelika Schaser

Universität Hamburg, stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Dorothee Brantz

Center for Metropolitan Studies, TU Berlin

Prof. Dr. Christina von Hodenberg

German Historical Institute London

Prof. Dr. Birthe Kundrus

Universität Hamburg

Prof. Dr. Christina Morina

Universität Bielefeld

Prof. Dr. Cornelia Rauh

Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Detlef Siegfried

Universität Kopenhagen

Prof. Dr. Sybille Steinbacher

Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Malte Thießen

LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, Münster

2. FORSCHUNG

Die Forschungsprojekte der FZH waren 2021 weiterhin drei Hauptthemen zugeordnet:

- a. Geschichte des Nationalsozialismus sowie dessen »zweite Geschichte«
- b. Geschichte Hamburgs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts
- c. Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

Mehrere Forschungsprojekte lassen sich verschiedenen Schwerpunkten der FZH zuordnen, werden in der folgenden Kurzdarstellung aber nur in einem Themenbereich genannt.

Konzeptionen und Ideen für Forschungsprojekte werden mit dem Wissenschaftlichen Beirat erörtert und im Kuratorium der FZH vorgestellt. In internen Forschungskolloquien wird regelmäßig über den Fortgang der einzelnen Projekte diskutiert.

Die Mitarbeiter*innenversammlung und der Vorstand der FZH haben im Oktober 2020 Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis verabschiedet.

A. GESCHICHTE DES NATIONALSOZIALISMUS SOWIE DESSEN »ZWEITE GESCHICHTE«

- Erfahrungsgeschichte(n) – Die Entstehung und Entwicklung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Dr. Linde Apel)

In Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme wurden 32 Personen interviewt, die über ihr Engagement bei der Entstehung und Entwicklung der Gedenkstätte Auskunft gegeben haben. Die Videointerviews des 2020 abgeschlossenen Kooperationspro-

jekts werden an die Werkstatt der Erinnerung übergeben, um hier archiviert und für die Nutzung vorbereitet zu werden.

- **Nutznier des Nationalsozialismus nach 1945. Vermögenskontrolle und materielle Entnazifizierung in Hamburg und München** (Jessica Erdelmann, M. A.)

Das von der DFG geförderte Projekt erforscht den Umgang mit dem Privat- und Unternehmensvermögen NS-belasteter Funktionseleiten von Mai 1945 bis Ende der 1950er Jahre. Aufgrund ihrer verantwortlichen Position im NS-Herrschaftssystem zählten die Angehörigen der ehemaligen Funktionseleiten zu dem Personenkreis, bei dem die Alliierten unmittelbar nach Kriegsende eine Vermögenskontrolle anordneten. Betroffen waren alle politischen Leiter der NSDAP vom Ortsgruppenleiter aufwärts, führende Funktionäre der Nebenorganisationen und Gliederungen sowie alle Angehörigen der Gestapo und Sicherheitspolizei, aber auch höhere Beamte, Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder von Industrieunternehmen und Banken. Gefragt wird, inwiefern sich NS-Belastungen und NS-Hinterlassenschaften auf die Nachkriegsbiografien der betroffenen Personen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft materiell auswirkten und welche Rolle das »strukturelle Beziehungsgeflecht« (Frank Bajohr) zwischen verschiedenen Funktionären und Machträgern im Nationalsozialismus beim Umgang mit den Vermögenswerten spielte. Das Ziel ist, aus dem Verlauf und den Auswirkungen der Vermögenskontrolle und der materiellen Entnazifizierung Schlussfolgerungen für die Dynamiken der sozioökonomischen Transformation lokaler Eliten zwischen Restauration und Neuanfang im Übergang vom Nationalsozialismus zur Demokratie zu ziehen. Im dritten Jahr der Projektlaufzeit wurde die Sichtung und Auswertung der einschlägigen Bestände im Staatsarchiv Hamburg und im Bundesarchiv Koblenz fortgesetzt und mit dem Manuskript begonnen.

a. **Geschichte des Nationalsozialismus sowie dessen »zweite Geschichte«**

- **Erfahrungsgeschichte(n) – Die Entstehung und Entwicklung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme**
- **Nutznier des Nationalsozialismus nach 1945. Vermögenskontrolle und materielle Entnazifizierung in Hamburg und München**

- Albert Schäfer. Ein Unternehmer in Hamburg zwischen Weimar und Nachkriegszeit (1929–1949)
(Dr. Sebastian Justke)

Das Projekt wurde im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen. Die Veröffentlichung einer Monografie ist für 2022 in einer der wissenschaftlichen Buchreihen der FZH vorgesehen. Neben der Abfassung des Manuskripts wurden 2021 abschließende Recherchen im Staatsarchiv sowie in der University of Essex Library, Großbritannien durchgeführt. Aufgrund der Coronapandemie war ein Besuch im Archiv der University of Essex nicht möglich. Die für die Nachrecherchen notwendige Einsicht in die »Mac Goldsmith Papers« in der German Jewish Collection des dortigen Archivs konnte jedoch durch die Digitalisierung benötigter Akten ermöglicht werden. Das abgeschlossene Manuskript konzentriert sich auf den Zeitraum von 1933 bis 1956 und nimmt die Biografie Albert Schäfers in der Zeit des Nationalsozialismus und der jungen Bundesrepublik und damit verbundene Transitionen in den Blick. In drei Hauptkapiteln geht es erstens um die unternehmerischen Handlungsspielräume Albert Schäfers und der Phoenix AG in der NS-Zeit und hierbei insbesondere um Rüstungsgeschäfte, sogenannte Arisierungsvorgänge, die Firmenpolitik in den besetzten Gebieten Europas und Zwangsarbeit. Zweitens werden Schäfers Handlungsstrategien beim unmittelbaren Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Nachkriegszeit dargestellt. Drittens und abschließend beleuchtet die Studie am Beispiel der Ehrungen Albert Schäfers die Hamburger Erinnerungskultur und Geschichtspolitik der 1950er Jahre.

- Die Handelskammer Hamburg während der NS-Zeit
(PD Dr. Claudia Kemper / Hannah Rentschler, M. A.)

Das Projekt untersucht Handlungsspielräume und Verantwortlichkeiten der Handelskammer Hamburg während der NS-Zeit. Die Studie soll erste Grundlagen zur ambivalenten Rolle bieten,

die Hamburger Unternehmer und ihre Interessenvertretung, die Handelskammer, im NS-Regime einnahmen und wie sie dieses damit stützten. In einem ersten Teil der Studie werden die Stellung und Bedeutung der Handelskammer innerhalb des NS-Systems in Hamburg differenziert beleuchtet und eingeordnet. In einem zweiten Teil ermöglichen biografische Skizzen einen genaueren Blick auf einzelne Akteure als Handelskammermitglieder, Unternehmer und Lobbyisten. Hannah Rentschler kam im Januar 2021 als Bearbeiterin hinzu und übernahm ab April die Projektleitung von Claudia Kemper, die an das LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte nach Münster wechselte. Nach ergänzenden Recherchen im Staatsarchiv Hamburg wurde die Niederschrift des Manuskripts mit Ende der Projektlaufzeit im August 2021 abgeschlossen. Die Publikation ist für 2022 geplant.

- Vertiefende Forschungen zu den Hamburger Staatlichen Wohlfahrtsanstalten im Nationalsozialismus als Grundlage für die Etablierung eines Erinnerungs- und Lernorts auf dem Gelände des ehemaligen Versorgungsheims Farmsen (Frauke Steinhäuser, Hamburg; wissenschaftliche Betreuung durch die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Prof. Dr. Thomas Großbölting)

Die Hamburger Staatlichen Wohlfahrtsanstalten waren im Nationalsozialismus Orte von zwangsfürsorgerischem Handeln und Gewalt gegenüber Hilfsbedürftigen, die nicht den Normen der »Volksgemeinschaft« entsprachen. Die heutigen Nachfolgeeinrichtungen der Anstalten, Fördern und Wohnen AöR und Pflegen & Wohnen GmbH, haben vor diesem historischen Hintergrund beschlossen, auf dem Gelände des ehemaligen Versorgungsheims Farmsen einen Erinnerungs- und Lernort zu etablieren, um die ideologischen Voraussetzungen dieser Sozialpolitik sowie die Lebensgeschichten Betroffener sichtbar zu machen. Das von ihnen beauftragte Projekt legt dafür erste Grundlagen und formuliert zudem Empfehlungen für die Errichtung eines solchen

a. Geschichte des Nationalsozialismus sowie dessen »zweite Geschichte«

- Albert Schäfer. Ein Unternehmer in Hamburg zwischen Weimar und Nachkriegszeit (1929–1949)
- Die Handelskammer Hamburg während der NS-Zeit
- Vertiefende Forschungen zu den Hamburger Staatlichen Wohlfahrtsanstalten im Nationalsozialismus als Grundlage für die Etablierung eines Erinnerungs- und Lernorts auf dem Gelände des ehemaligen Versorgungsheims Farmsen

Ortes. Inhaltliche Schwerpunkte sind das Erforschen von Biografien Zwangseingewiesener, die Geschichte aller Großhamburger Wohlfahrtsanstalten, die Transporte aus den Wohlfahrtsanstalten in Tötungsanstalten und Konzentrationslager sowie (Dis-)Kontinuitäten fürsorgerischer Zwangsmaßnahmen bis weit in die Bundesrepublik hinein. Die bisherigen Arbeitsschritte konzentrierten sich nach einer umfassenden Sichtung relevanter Aktenbestände im Staatsarchiv Hamburg auf die ersten drei Themenbereiche. Die weitere Projektarbeit umfasst die Erforschung von (Dis-)Kontinuitäten, die Recherche beispielgebender Erinnerungsorte, die Zusammenstellung von Empfehlungen sowie die Verschriftlichung und Präsentation aller Ergebnisse. Das Projekt wird Ende 2022 abgeschlossen.

- Ein Besatzer in Norwegen. Heinrich Christens Tagebuch 1941–1943 (Prof. Dr. Dorothee Wierling)

Das Projekt wurde mit einer Publikation in der FZH-Reihe »Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte« erfolgreich abgeschlossen. Die Edition erschien im September 2021 als Quellenband unter dem Titel: »Wenn die Norskes uns schon nicht lieben, ...«. Das Tagebuch des Dienststellenleiters Heinrich Christen im besetzten Norwegen 1941–1943«.

B. GESCHICHTE HAMBURGS IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 20. JAHRHUNDERTS

- Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 1970er Jahre (Dr. Linde Apel)

Das Projekt wurde auf dem Oral-History-Workshop des Leo Baeck Institute Jerusalem, der Israeli Oral History Association und des Avraham Harman Institute of Contemporary Jewry vorgestellt.

Mitte 2021 wurde es unterbrochen, um andere Publikationsprojekte zu bearbeiten.

- **Hamburger Verwaltung als Akteurin zwischen Bürger*innen und Politik: Leitbilder, Strukturen und kommunikative Praxis von 1930 bis in die 1970er Jahre (Vorrecherchen)**
(Dr. Marcel Bois / Dr. Christoph Strupp)

Im Rahmen größerer Forschungsprojekte wird seit rund 15 Jahren die Geschichte deutscher Behörden in der NS-Zeit und ihre Nachgeschichte aufgearbeitet. Hieran anknüpfend möchte die FZH eine Forschungsgruppe initiieren, welche für Hamburg die Umsetzung von Politik in behördliches Handeln in längeren zeitlichen Horizonten und über tiefgreifende politische Umbrüche hinweg von 1930 bis in die 1970er Jahre untersuchen soll. Dabei stellen wir auch die Frage nach personellen Kontinuitäten und deren Folgen. Doch den Schwerpunkt der Untersuchungen legen wir auf Veränderungen von Leitbildern, Strukturen und kommunikativen Praxen bürokratischen Handelns. Verwaltung verstehen wir dabei als eine eigenständige Akteurin in übergeordneten gesellschaftlichen Zusammenhängen, die als Bindeglied zwischen Politik und Bevölkerung fungiert und zugleich mit »eigensinnigen« Gestaltungsmöglichkeiten und Gestaltungsansprüchen politische und gesellschaftliche Ziele umsetzt.

In unseren Untersuchungen möchten wir – neben einer grundlegenden Studie über Strukturen, Leitbilder und Praktiken der Verwaltung anhand zentraler Ämter wie der Senatskanzlei und dem Personalamt – thematisch orientierte Politikfelder in den Blick nehmen, die die Lebenswelt vieler Bürgerinnen und Bürger unmittelbar prägten und zugleich besonders von Konflikten und divergierenden politischen Leitvorstellungen überformt waren. Angedacht sind hierbei Schule und Bildung, Gesundheit sowie Städtebau und Wohnen. Im vergangenen Jahr haben hierzu umfangreiche Vorrecherchen stattgefunden. Zudem ist ein Forschungsantrag eingereicht worden.

a. **Geschichte des Nationalsozialismus sowie dessen »zweite Geschichte«**

- **Ein Besatzer in Norwegen. Heinrich Christens Tagebuch 1941 – 1943**

b. **Geschichte Hamburgs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts**

- **Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 1970er Jahre**
- **Hamburger Verwaltung als Akteurin zwischen Bürger*innen und Politik: Leitbilder, Strukturen und kommunikative Praxis von 1930 bis in die 1970er Jahre (Vorrecherchen)**

- Historische Aufarbeitung des sogenannten Radikalenerlasses von 1972 in Hamburg
(Dr. Alexandra Jaeger)

Im Auftrag des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg – Personalamt – trägt die FZH zur historischen Aufarbeitung des »Radikalenerlasses« bei, mit dem in den 1970er Jahren vermeintliche »Verfassungsfeinde« vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden sollten. Mit der Regelanfrage beim Verfassungsschutz wurden damals alle Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst überprüft. In Hamburg gab es zwischen 1971 und 1978 rund 100 000 Anfragen. Etwa 90 Personen, zumeist Lehrerinnen und Lehrer, wurden abgelehnt oder entlassen. Kritikerinnen und Kritiker sprachen von »Berufsverboten«. Das Projekt untersucht die Hamburger Überprüfungsverfahren und ordnet diese zwischen »1968«, Kaltem Krieg und den Nachwirkungen des Nationalsozialismus historisch ein.

Die im Jahr 2020 abgesagte Ausstellung mit Podiumsdiskussion im Hamburger Rathaus konnte wegen der Coronapandemie auch in diesem Jahr nicht stattfinden, soll aber nachgeholt werden. Für die Begleitbroschüre zur Ausstellung wurde eine Einleitung verfasst. Die Arbeiten an der Ausstellung sind weitgehend abgeschlossen, die letzten erfolgen, wenn ein Termin für die Ausstellung feststeht.

- Friede mit Israel – Handel mit arabischen Regionen. Hamburger Außenpolitik
(Prof. Dr. Kirsten Heinsohn)

Das Projekt soll ab 2022 in eine neue Forschungslinie der FZH integriert werden.

- Struktur- und Funktionswandel des Hamburger Hafens 1945–2005
(Dr. Christoph Strupp)

Der Hamburger Hafen spielte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine wesentliche Rolle in der Stadtpolitik. Dabei ging es um Wirtschafts-, Infrastruktur- und Verkehrsfragen im engeren Sinn, aber darüber hinaus auch um bundes- und europapolitische Bezüge sowie um Fragen gesamtstädtischer Identität und der städtischen Imagepolitik. Zeitlich weit zurückreichende Prägungen durch die maritime Tradition und der beschleunigte politische, wirtschaftliche und technologische Wandel von den 1950er Jahren bis in die Gegenwart überlagerten sich und standen in einem Spannungsverhältnis zueinander. Vor diesem Hintergrund nimmt das Projekt lokale, regionale, europäische und globale Bezüge im Hafen in den Blick und verbindet dabei wirtschafts-, politik- und kulturgeschichtliche Perspektiven. Vergleichbare Studien liegen bisher noch für keine große Seehafenstadt vor.

Im Jahr 2021 wurde eine umfangreiche Teilstudie zur Hamburger »Ostpolitik« seit den fünfziger Jahren abgeschlossen. Forschungen zur Hafenindustrie und zur Hafengewirtschaftswerbung wurden fortgesetzt. Die für 2021 vorgesehenen Präsentationen von Teilergebnissen auf dem Kongress der European Association for Urban History in Antwerpen und dem World Economic History Kongress in Paris mussten auf das Jahr 2022 verschoben werden.

- Hamburg im Visier der DDR
(Prof. Dr. Dorothee Wierling)

Das von der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderte Projekt zur Hamburg-bezogenen Westpolitik der DDR von den 1960er bis Ende der 1980er Jahre musste nach Abschluss der Recherche (im Februar 2018) unterbrochen werden, weil das umfangreiche Archivmaterial aus rechtlichen Gründen erst nach aufwendigen Schwärzungen zur Verfügung gestellt werden konnte.

- b. Geschichte Hamburgs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts
- Historische Aufarbeitung des sogenannten Radikalenerlasses von 1972 in Hamburg
- Friede mit Israel – Handel mit arabischen Regionen. Hamburger Außenpolitik
- Struktur- und Funktionswandel des Hamburger Hafens 1945–2005
- Hamburg im Visier der DDR

te. Die Wiederaufnahme erfolgte in der zweiten Jahreshälfte 2021 mit dem Ziel, nach der Sichtung des ausgewählten Quellenmaterials und neuerer Literatur zum Thema »Westpolitik« das Manuskript bis Ende 2022 fertigzustellen.

C. JÜNGERE UND JÜNGSTE ZEITGESCHICHTE

- Abschied von »Hochwürden«. Die Priesterkrise nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil
(Alexander Buerstedde, M. A., M. Ed. / Sandra Frühauf, M. A. / Prof. Dr. Thomas Großbölting)

Teilprojekt 1: Priester im Protest. Priester- und Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen sozialer Bewegung und innerkirchlicher Reform im Untersuchungszeitraum von 1965 bis 1989/90 (Sandra Frühauf)

Das Promotionsvorhaben untersucht die Rolle, die Priester- und Solidaritätsgruppen in der westdeutschen katholischen Kirche und gesamtgesellschaftlich bei den Transformationen der 1960er bis 1980er Jahre zukam. Die Priester- und Solidaritätsgruppen entstanden ab 1968 in westdeutschen Diözesen, um die reformerischen Ansätze des Zweiten Vatikanischen Konzils umzusetzen und restaurativen Tendenzen entgegenzuwirken. Bis 1970 hatten sie sich in fast allen Bistümern etabliert. Sie widmeten sich zunächst vor allem innerkirchlichen Problemen, ab 1971 verstärkt auch politischen und gesellschaftlichen Themen. Ihre Ziele lassen sich mit den Schlagworten Demokratisierung, Humanisierung und Solidarisierung zusammenfassen. Um herauszufinden, mit welchen Protestformen diese Ziele der Priester- und Solidaritätsgruppen umgesetzt werden sollten, werden die theoretischen Analysemittel der »Sozialen Bewegung« und des »(Anti-)Rituals« konzeptualisiert. Im vergangenen Jahr 2021 wurde die Sichtung und Auswertung der einschlägigen Bestände im Archiv im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets, dem Archiv des Erzbistums

München und Freising und dem Erzbischöflichen Archiv München sowie dem Bistumsarchiv Münster fortgesetzt. Vorläufige Ergebnisse des Projektes wurden in Doktorand*innenkolloquien und auf der Jahrestagung des Schwerter Arbeitskreises Katholizismusforschung vorgestellt. Außerdem wurden Veranstaltungen der DFG-Forschungsgruppe 2973 (Katholischsein in der Bundesrepublik Deutschland. Semantiken, Praktiken, Emotionen in der westdeutschen Gesellschaft 1965–1989/90) besucht.

Teilprojekt 2: Priester für morgen? Katholische Priesterausbildung in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von nachkonziliarer Krise und gesellschaftlichem Umbruch (Alexander Buerstedde)

Das Dissertationsprojekt fragt anhand von Entwicklungen im katholischen Priesterbild und in der Priesterausbildung nach Auseinandersetzungen um Sakralität und Sakralisierung in der Bundesrepublik zwischen 1965 und 1989/90. Im Zuge der Milieubildung im 19. Jahrhundert hatte der katholische Klerus nicht nur eine erhebliche Ausweitung seiner Machtstellung erfahren, sondern der Priester sollte durch die Stilisierung als fast schon engelsgleicher Heiliger als Leitbild einer gesamt katholischen Identität fungieren, die sich über negative Abgrenzung von der »Welt« konstituierte. In den 1960er Jahren wurden Priesterstand und -bild nun radikal infrage gestellt: Zum einen beschleunigte sich die Erosion einer ehemals relativ geschlossenen katholischen Lebenswelt, zum anderen forderte innerkatholisch das Zweite Vatikanische Konzil zur Weltzuwendung auf. Die hieraus entstehenden Gleichzeitigkeiten und Spannungsfelder von traditionellem Priesterbild und Reformbemühungen, Nachwuchsmangel und pluralisierter Prägung der Kandidaten, asketisch-geistlichem Leben und Ausrichtung auf gesellschaftliche Dialogfähigkeit eröffnen nicht nur die Perspektive auf ein sakralisiertes Amt in der Krise, sondern auch auf zeitgeschichtliche Aushandlungsprozesse, wie Selbsttranszendenz (Hans Joas) erfahren, vermittelt und als Lebensform integriert werden kann.

Im Jahr 2021 wurden weitere Quellenbestände ausgewertet

c. Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Abschied von »Hochwürden«. Die Priesterkrise nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil

und Expertengespräche geführt; das Projekt wurde zudem im Doktorand*innenkolloquium an der Universität Hamburg sowie auf der Jahrestagung des Schwerter Arbeitskreises Katholizismusforschung vorgestellt. Des Weiteren wurde die Zusammenarbeit mit anderen Teilprojekten der DFG-Forschungsgruppe 2973 vertieft.

- Städtische Kultur zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und kommunaler Politik in Gütersloh seit den 1970er Jahren
(Joana Gelhart, M. Ed., Prof. Dr. Thomas Großbölting)

Die Entwicklung der ostwestfälischen Stadt Gütersloh scheint sich den bundesdeutschen Niedergangs- und Krisennarrativen für die Zeit seit den 1970er Jahren zu widersetzen: Von der ländlich geprägten Klein- und Mittelstadt des 20. Jahrhunderts hin zur prosperierenden Großstadt mit globalen Bezügen nach der Jahrtausendwende nimmt die Entwicklung der Stadt einen besonderen Verlauf, dem das Projekt »Gütersloh im 20. und 21. Jahrhundert: Verwandlungen einer Stadt 1945 bis 2025« in Kooperation mit dem LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte in Münster nachspürt. Ziel ist eine moderne Stadtgeschichte, die in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt Gütersloh unter Einbezug von Alltagserfahrungen der Bürger*innen entstehen soll.

Seit Oktober 2021 widmet sich das an der FZH angesiedelte Teilprojekt, das von Joana Gelhart als Promotionsvorhaben bearbeitet wird, der städtischen Kultur und Kulturpolitik der Stadt nach 1945. Im Zentrum der Untersuchung stehen die (konfligierenden) Kulturbegriffe in der Mittel- und späteren Großstadt im Wandel der Jahrzehnte. Als Schwerpunkt bietet sich der verhältnismäßig späte und gebündelte Ausbau der kulturellen Infrastruktur seit den 1970er Jahren und damit die Professionalisierung städtischer Kulturpolitik an: Was wurde unter »Kultur« verstanden und welche Auswirkungen hatte dieses Verständnis auf die städtische Kulturlandschaft? Neben der Recherche und Auswertung von Literatur erfolgte die Sichtung von Quellenmaterial im

Stadtarchiv Gütersloh. Erste Forschungsideen konnten im internen Kolloquium der FZH vorgestellt und diskutiert werden.

- Die Stadt als nachmoderner Raum: Arbeitswelten, Migration, Public Health und Identitäten in urbanen Zentren des Ostseeraums (PD Dr. Knud Andresen, Prof. Dr. Thomas Großbölting, Prof. Dr. Kirsten Heinsohn)

Die FZH entwickelt neue Forschungsperspektiven für eine Stadtgeschichte seit den 1970er Jahren. Die klassische Rede von der Stadt als dem »Laboratorium der Moderne«, in dem sich »die vielfältigen politischen Umbrüche und sozialen Verschiebungen gewissermaßen aus mittlerer Flughöhe betrachten« lassen (Malte Zierenberg), soll für unsere Frage nach den Transformationen einer Nach- oder Spätmoderne fruchtbar gemacht werden: Der Typus Stadt ist intensiv (und mit durchaus zu problematisierenden theoretischen Annahmen) als Produkt und Promotor der Moderne analysiert worden, sodass es folgerichtig erscheint, die Auflösung dieser Konstellationen ebendort zu beobachten.

Mit unserem Perspektivwechsel stellen wir das seit den 1970er / 1980er Jahren dominierende Modernisierungsparadigma der Urbanisierungsgeschichte zur Diskussion und konzipieren diese Geschichte stattdessen als eine Vorgeschichte der städtischen Gegenwart mit modernen, spätmodernen und eben auch nachmodernen Charakteristika. Im Zentrum stehen Prozesse und Transformationen von typisch urbanen Aspekten des Städtischen wie etwa der Wandel von der klassischen Industriearbeit zur Dienstleistungsbeschäftigung, der politische und gesellschaftliche Umgang mit Migrationsprozessen und Diversität, urbane Gesundheitspolitiken sowie städtische Erinnerungskultur als Medium von Identitätsbildung.

Im Mai 2022 wird ein erstes internationales Expert:innengespräch stattfinden, welches aus eingeworbenen Mitteln der Landesforschungsförderung Hamburg finanziert wird.

c. Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Städtische Kultur zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und kommunaler Politik in Gütersloh seit den 1970er Jahren
- Die Stadt als nachmoderner Raum: Arbeitswelten, Migration, Public Health und Identitäten in urbanen Zentren des Ostseeraums

- Gewerkschaftliche Zeitpolitiken der 1970er bis 2000er Jahre
(Dr. Alexandra Jaeger)

In dem Projekt werden tarifpolitische Entscheidungen und Kontroversen um Arbeitszeiten rekonstruiert und auf ihre gesellschaftspolitischen Implikationen hin befragt. Die Analyse der gewerkschaftlichen Zeitpolitiken soll die Strategien, Konflikte und Netzwerke der gewerkschaftlichen Führungsebene herausarbeiten. Im Zentrum stehen der DGB und vier Einzelgewerkschaften (IG Metall, IG Chemie-Papier-Keramik [IG CPK], Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr [ÖTV], Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen [HBV]). Dabei werden vor allem die Unterlagen der jeweiligen Vorstandsabteilungen als Leitquellenbestände ausgewertet, auch hinsichtlich von Verbindungen und Netzwerken in Politik und Wissenschaft. Das Projekt wird von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert.

In diesem Jahr erfolgten neben der Auswertung zeitgenössischer Zeitschriften die ersten Archivrecherchen in Bonn, Bochum und Berlin, die zuvor wegen der Coronapandemie verschoben werden mussten. Im April wurden Zwischenergebnisse im wissenschaftlichen Projektbeirat vorgestellt. Ein für November mit dem Partnerprojekt des Soziologischen Forschungsinstituts in Göttingen geplanter Workshop zum Thema »Gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik« wurde ebenfalls wegen der Pandemie auf das nächste Jahr verschoben.

- Nichtstun. Zur Konstruktion gesellschaftlicher Ordnung seit den 1950er Jahren
(Dr. Yvonne Robel)

Das Projekt nimmt die gegenwärtig nahezu inflationäre Hinwendung zu Muße, Müßiggang und Faulheit zum Ausgangspunkt, um nach Kontinuitäten und Wandlungsprozessen in der öffentlichen Wahrnehmung dieser Phänomene seit den 1950er Jahren zu fragen. Ziel ist es zum einen zu zeigen, dass sich Menschen im

Sprechen über Phänomene des Nichtstuns nicht nur über ihr Verhältnis zu Arbeit und Zeit verständigen, sondern auch über Ideen vom menschlichen Zusammenleben, über Zukunftsvorstellungen, über Eigen- und Fremdzuschreibungen, Körperbilder sowie ihren Bezug zu Wohlstand und Konsum. Zum anderen soll diskutiert werden, wie sich das hierbei zutage tretende Wechselspiel aus Ängsten, Sehnsüchten und Selbstermächtigungen zu einer Geschichte der Liberalisierung und zu dem oftmals für die 1970er Jahre konstatierten gesellschaftlichen Wandel verhält.

Das Projekt befindet sich in der Phase der Niederschrift und steht vor seinem Abschluss.

- Reform »von oben«? Die Entwicklung staatlicher Frauenpolitik in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre
(Hannah Rentschler, M.A.)

Die außerparlamentarische Neue Frauenbewegung der 1970er Jahre förderte die gesellschaftliche Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung für frauenpolitische Belange. Staatliche Frauenpolitik nur als Folge von Institutionalisierungstendenzen dieser sozialen Bewegung zu interpretieren, wie es aus geschichtswissenschaftlicher Sicht bislang häufig geschieht, greift jedoch zu kurz. Vielmehr sind die Anfänge einer eigenständigen staatlichen Frauenpolitik in der Bundesrepublik bereits in den 1960er Jahren zu verorten und auf verschiedene Einflussfaktoren zurückzuführen. In dem von der DFG geförderten Dissertationsprojekt werden diese Faktoren genauer erforscht, indem Aushandlungsprozesse und innerhalb dieser insbesondere Akteur*innen und Argumentationen frauenpolitischer Debatten auf Bundes- und Länderebene – am Beispiel Hamburgs – der 1960er und 1970er Jahre untersucht werden.

Leitend ist dabei die Frage, warum die Lebenssituation von Frauen zum Diskussionsgegenstand staatlicher Institutionen wurde. Welche Argumentationen und Ansätze standen sich gegenüber? Wie verliefen diese Diskussionen und welche Personen prägten sie? Untersucht werden die wichtigsten Etappen bei der

c. Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Gewerkschaftliche Zeitpolitiken der 1970er bis 2000er Jahre
- Nichtstun. Zur Konstruktion gesellschaftlicher Ordnung seit den 1950er Jahren
- Reform »von oben«? Die Entwicklung staatlicher Frauenpolitik in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre

Etablierung institutioneller Strukturen, darunter staatlich initiierte »Frauenreports« und die Genese von Gleichstellungsstellen, bedeutsame frauenpolitische Gesetze, die Neue Frauenbewegung als Einflussfaktor sowie internationale politische Einflüsse.

Nach dem Projektstart im September wurden neben der Auswertung von Forschungsliteratur erste Archivbesuche unternommen, die im nächsten Jahr fortgesetzt werden.

PROJEKTE AUSSERHALB DER SCHWERPUNKTE

- Oral-History.Digital. Informationsinfrastruktur für die Erschließung, Recherche und Annotation von audiovisuellen narrativen Interviews (Dr. Linde Apel)

Am DFG-geförderten Projekt Oral History.digital sind der Lehrstuhl für Medieninformatik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, das Archiv Deutsches Gedächtnis im Institut für Geschichte und Biographie der FernUniversität Hagen, der Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt der Geschichte Osteuropas an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, das Center für Digitale Systeme der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin, das Bayerische Archiv für Sprachsignale der Ludwig-Maximilians-Universität München und die Werkstatt der Erinnerung beteiligt. Im Rahmen eines Expertenworkshops wurden die fachwissenschaftlichen und technologischen Anforderungen der Fachcommunity an die geplante Forschungsinfrastruktur vorgestellt und anhand der unterschiedlichen Bedarfe aus Sicht der Sammlungsinhaber*innen diskutiert und präzisiert. Werkzeuge, Datenmodelle und Workflows der Erschließungs- und Rechercheumgebung sollen so auf die Bedarfe der unterschiedlichen Sammlungen abgestimmt werden. Das Projekt wurde auf dem 53. Historikertag präsentiert. Der bis dahin entwickelte Prototyp wurde in einem weiteren Workshop vorgestellt, damit Interessierte ihn mit ihrer eigenen Sammlung testen können. Diese Pilotnutzer*innen bilden eine jüngst etablierte

working group, die die Angebote und Möglichkeiten der geplanten Plattform kontinuierlich testet und deren Rückmeldungen in die Weiterentwicklung eingehen.

- Mannwerdung »hinter Mauern«. Internatserziehung und Männlichkeit(en) in Deutschland und England, 1870–1930 (Dr. Daniel Gerster)

Während historische Studien mittlerweile facettenreich herausgearbeitet haben, wie sich »Männlichkeit« in der Geschichte wandelte, ist die Frage, welche Veränderungen sich daraus für das Aufwachsen von Jungen zu »Männern« ergaben, kaum beantwortet worden. Die Problemlage wird in dem von der DFG seit Dezember 2019 für drei Jahre geförderten Forschungsvorhaben am Beispiel von ausgewählten deutschen und britischen Internaten für die Sozialisation von Jungen aus Familien des protestantischen Bürgertums für die Jahrzehnte zwischen 1870 und 1930 erörtert. Internate eignen sich trotz der unterschiedlichen sozialen Bedeutung, die sie in Deutschland und Großbritannien spielten, als Vergleichsgegenstände, weil sie in ähnlicher Weise auf eine »ganzheitliche« Erziehung angelegt waren und das Zusammenspiel der zentralen Sozialisationsagenten – Schule, Familie und Peer-group – gut dokumentiert ist. Das Ziel der Studie ist es aufzuzeigen, wie sich die Strukturen geschlechterspezifischer Erziehung, die Ideale von »Männlichkeit« sowie die als »männlich« konnotierten Praktiken unter dem Eindruck von sozialen Umbrüchen, technischen Neuerungen, Kriegen und »Krisen« wandelten und welchen Anteil die einzelnen Akteure daran hatten. Gemeinsamkeiten und Verflechtungen zwischen der Entwicklung in Deutschland und Großbritannien werden hierbei ebenso herausgearbeitet wie Unterschiede. Im vergangenen Jahr wurde im Rahmen der Studie eine Archivreise durchgeführt, die vorläufigen Ergebnisse wurden bei Kolloquien und auf Tagungen zur Diskussion gestellt und anlässlich dessen verschriftlicht.

Projekte außerhalb der Schwerpunkte

- Oral-History.Digital. Informationsinfrastruktur für die Erschließung, Recherche und Annotation von audiovisuellen narrativen Interviews
- Mannwerdung »hinter Mauern«. Internatserziehung und Männlichkeit(en) in Deutschland und England, 1870–1930

- Evangelische Spezifika: Kirche und Gesellschaft, Teilprojekt A im Forschungsverbund ForuM: Forschung zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderen Missbrauchsformen in der evangelischen Kirche und Diakonie in Deutschland (Prof. Dr. Thomas Großbölting / Dr. Sebastian Justke) / Dr. Johanna Sigl / Prof. Dr. Martin Wazlawik [Hannover])

In historischer Perspektive erforscht die FZH sexualisiertes Gewaltgeschehen in den evangelischen Kirchen in Deutschland nach 1945 an ausgewählten Fällen. Das Projekt ist Teil des interdisziplinären und unabhängigen Forschungsverbunds »ForuM«, der von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im Rahmen einer Zuwendung gefördert wird. Das Gesamtvorhaben hat sich zum Ziel gesetzt, eine Analyse evangelischer Strukturen und systemischer Bedingungen, die sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch begünstigen, vorzulegen und somit eine empirische Basis für weitere Aufarbeitungsschritte zu liefern. Das Teilprojekt leuchtet die historischen Dimensionen sexualisierter Gewalt in den evangelischen Kirchen nach 1945 aus: Was ermöglichte sexualisierte Gewalt in Kirchengemeinden? Welche Bedeutung erfahren dabei der gesellschaftliche Kontext und das politische System, in das die Kirchen eingebettet waren? Welche zeithistorisch spezifischen religiösen und theologischen Ideen und Diskursen prägten den Umgang mit Sexualität in den evangelischen Kirchen, etwa mit Blick auf die Sexualmoral? Wie wirkte sich dies auf den kirchlichen Umgang mit sexualisierter Gewalt aus? Fallstudien zu ausgewählten Gemeinden sollen es ermöglichen, diesen Fragen in multiperspektivischer Weise nachzugehen und das konkrete Missbrauchsgeschehen in den evangelischen Kirchen gesellschafts-, kultur- und religionsgeschichtlich zu rahmen. Neben Archivrecherchen bilden narrative Interviews mit Betroffenen und weiteren Zeitzeug*innen die empirische Grundlage der Studie.

- Aufarbeitung des Missbrauchs an Minderjährigen im Bistum Münster durch katholische Priester, Diakone und Ordensangehörige (Kooperationsprojekt mit der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster)
(Prof. Dr. Thomas Großbölting)

Nach den Skandalen um sexualisierte Gewalt katholischer Priester an Minderjährigen in anderen Staaten geriet seit 2010, als die Vorfälle am Berliner Canisius-Kolleg publik wurden, die katholische Kirche auch in Deutschland massiv unter Druck. Neben Vorwürfe gegen katholische Geistliche, ihr seelsorgerisches Amt zu sexuellen Übergriffen gegen Kinder und Jugendliche missbraucht zu haben, tritt die Klage darüber, dass die kirchlichen Vorgesetzten diese Verbrechen häufig vertuscht und den Schutz der eigenen Institution über die Interessen der Opfer gestellt hätten. Nach der von der Deutschen Bischofskonferenz in Auftrag gegebenen sogenannten MHG-Studie ließen sich für den Zeitraum 1946 bis 2014 bei 1670 Klerikern Hinweise auf Taten sexualisierter Gewalt finden, die nachweisbare Zahl der Betroffenen liegt bei 3677 – die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher sein. Viele Fragen sind indes noch offen: So melden sich nicht nur weitere Betroffene zu Wort, es bleibt auch zu klären, welche situativen und strukturellen Momente die Taten begünstigten und wie die Kirchenleitungen auf die Vorwürfe gegen einzelne Priester, aber auch das kirchliche Umfeld in den Gemeinden auf die häufig nur angedeuteten Vorfälle reagierten. Das vom Bistum Münster geförderte Forschungsprojekt geht diesen Fragen nach. In der Verbindung von quantitativen und qualitativen Ansätzen soll sowohl das Ausmaß der sexualisierten Gewalt gegenüber Minderjährigen durch katholische Kleriker im Bistum Münster möglichst umfassend ermittelt als auch an Beispielen die innerkirchliche Umgangsweise mit Beschuldigten und Betroffenen rekonstruiert und in den jeweiligen zeitlichen Kontext eingeordnet werden.

Projekte außerhalb der Schwerpunkte

- Evangelische Spezifika: Kirche und Gesellschaft, Teilprojekt A im Forschungsverbund ForumM: Forschung zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderen Missbrauchsformen in der evangelischen Kirche und Diakonie in Deutschland
- Aufarbeitung des Missbrauchs an Minderjährigen im Bistum Münster durch katholische Priester, Diakone und Ordensangehörige

- Sachverhaltsaufklärung zum Verhalten deutscher Aufsichtsbehörden bei Registrierung, Zulassung, Arzneimittelsicherheit und Marktrücknahme des hormonellen Schwangerschaftstests Duogynon (Prof. Dr. Thomas Großbölting / Dr. Niklas Lenhard-Schramm (Universität Hamburg))

Bei Duogynon handelt es sich um ein Hormonpräparat der Firma Schering, das in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1981 auf dem Markt war, unter anderem als Schwangerschaftstest angeboten wurde und – ähnlich wie Contergan – mit angeborenen Fehlbildungen in Verbindung gebracht wird. Dieser mögliche Zusammenhang fand bereits in den 1970er Jahren ein großes öffentliches Interesse und wird bis heute in Politik und Medien intensiv diskutiert. Das Projekt beleuchtet im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit das Handeln der bundesdeutschen Aufsichtsbehörden bei der Registrierung, Überwachung, Zulassung und Marktrücknahme des Medikaments Duogynon und ordnet dieses Handeln historisch ein, wobei der Fokus auf verwaltungs-, rechts- und medizinhistorischen Fragen liegt. Die bisherigen Arbeitsschritte haben sich – neben der ersten Verschriftlichung von Ergebnissen – vor allem auf die Recherche, Quellenbeschaffung und -sichtung erstreckt. Die Archivrecherchen führten bislang vor allem in die Abteilungen Koblenz und Berlin des Bundesarchivs sowie in mehrere Landes- bzw. Staatsarchive (vor allem Landesarchiv Berlin), wo die Akten der zuständigen Behörden liegen. Einige weitere Archivrecherchen, die der Klärung von Einzelfragen sowie der historischen Kontextualisierung dienen, stehen noch aus. Darüber hinaus erfolgten Recherchen mit Blick auf die umfangreiche zeitgenössische Literatur (vor allem medizinische und juristische Fachliteratur) und auf die Presseberichterstattung. Neben weiteren Ergänzungs- und Kontrollrecherchen wird der Schwerpunkt der kommenden Projektarbeiten auf der Auswertung des Quellenmaterials und auf der Verschriftlichung der Ergebnisse liegen. Das Projekt wird Mitte 2022 beendet.

- Zeiterfahrung – Zeitdeutung – Zeitgeschichte: Eva Gabriele Reichmann
(Prof. Dr. Kirsten Heinsohn)

2021 erfolgte eine weitere Publikation zur Biografie Eva Reichmanns sowie eine neue Herausgabe ihres Hauptwerkes »Die Flucht in den Hass«, versehen mit einer Einleitung sowie einem einordnenden Text von Kirsten Heinsohn. Außerdem wurde die Arbeit am Manuskript fortgesetzt, der Abschluss ist für 2022 geplant.

- Ruth Pope, M. A.

Ruth Pope ist seit November 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FZH. Die ersten zwei Monate widmete sie einer umfassenden Literatur- und Quellenrecherche, um ein Promotionsprojekt zur Geschichte der sexualisierten Gewalt an Kindern seit den 1970er Jahren vorzubereiten.

DRITTMITTEL

(Birgit Steude, M. A. / Susanne Linnig)

Für die laufenden Forschungsprojekte an der FZH wurden 2021 insgesamt 758 201,35 Euro an Drittmitteln zur Verfügung gestellt. Davon stellten die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) 278 160,00 Euro, die Evangelische Kirche in Deutschland 178 470,00 Euro, die Hamburger Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke (BWFG) 112 194,74 Euro, die Hans-Böckler-Stiftung 78 528,00 Euro, die Wirtschaftsgeschichtliche Forschungsstelle für die Handelskammer Hamburg 67 500 Euro, das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) 18 742,50 Euro, die Stadt Gütersloh 16 689,13 Euro, die VW-Stiftung 6 787,39 Euro und die Alexander von Humboldt-Stiftung 1 129,59 Euro bereit.

Dank der Deutschen Forschungsgemeinschaft konnten drei

Projekte außerhalb der Schwerpunkte

- Sachverhaltsaufklärung zum Verhalten deutscher Aufsichtsbehörden bei Registrierung, Zulassung, Arzneimittelsicherheit und Marktrücknahme des hormonellen Schwangerschaftstests Duogynon
- Zeiterfahrung – Zeitdeutung – Zeitgeschichte: Eva Gabriele Reichmann

Drittmittel

Projekte – »Nutznießer des Nationalsozialismus nach 1945. Vermögenskontrolle und materielle Entnazifizierung in Hamburg und München«, »Mannwerdung ›hinter Mauern«. Internatserziehung und adoleszente Männlichkeit(en) in Deutschland und England, 1870–1930« und »Abschied von Hochwürden. Die Priesterkrise nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil« – fortgeführt werden. Ein neues Projekt »Reform ›von oben? Die Entwicklung staatlicher Frauenpolitik in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre« konnte starten.

Der Forschungsverbund »ForuM – Forschung zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderen Missbrauchsformen in der evangelischen Kirche und Diakonie in Deutschland« wird bis September 2023 mittels einer Zuwendungsvereinbarung durch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) finanziert. Die FZH partizipiert an ForuM mit dem Teilprojekt »Evangelische Spezifika: Kirche und Gesellschaft«.

Mithilfe des Geldes der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung konnte die digitale Infrastruktur des Lesesaals, der von der FZH gemeinsam mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ) genutzt wird, den heutigen Anforderungen angepasst werden. Auch eine einjährige Vorstudie zur »Hamburger Verwaltung als Akteurin zwischen Bürger*innen und Politik: Leitbilder und Strukturen und kommunikative Praxis von 1930 bis in die 1970er Jahre« wurde initiiert.

Das Geld der Hans-Böckler-Stiftung ermöglicht weiterhin und bis in das Jahr 2023 eine Untersuchung zum Thema »Gewerkschaftliche Zeitpolitiken seit den 1970er Jahren«.

Die Wirtschaftsgeschichtliche Forschungsstelle finanzierte für die Handelskammer Hamburg aus Spenden das Projekt zur »unabhängigen wissenschaftlichen Erforschung ausgesuchter Biografien führender Vertreter der Handelskammer Hamburg in der NS-Zeit«.

Das Bundesministerium für Gesundheit beauftragte die FZH bis in das Jahr 2022 mit einer »Sachverhaltsaufklärung zum Handeln deutscher Aufsichtsbehörden bei Registrierung, Zulassung, Arzneimittelsicherheit und Rücknahme von Duogynon«.

Die Stadt Gütersloh ermöglicht der FZH, gemeinsam mit dem LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte über einen Zeitraum von drei Jahren zum Thema »Stadtgeschichte in Gütersloh« zu forschen.

Die Gelder der Volkswagenstiftung gestatteten der Werkstatt der Erinnerung eine erfolgreiche einwöchige Sommerschule zum Thema »Geschichte/n hören. Oral History und Migration« durchzuführen.

Die FZH erhielt von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung einen Forschungskostenzuschuss als Gastgeber eines Stipendiaten.

Wir danken allen Förderern für ihre Unterstützung.

3. KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN

Die FZH ist mit der Universität Hamburg satzungsgemäß verbunden: Der Direktor der FZH ist zugleich Professor für Neuere Geschichte/Zeitgeschichte am Fachbereich Geschichte der Universität Hamburg. Die stellvertretende Direktorin ist seit 2020 ebenfalls Professorin für Neuere Geschichte und zwei wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sind Privatdozent*innen am Fachbereich Geschichte. Die Universität ist durch zwei Mitglieder im Wissenschaftlichen Beirat der FZH repräsentiert, ein Vertreter der Universität ist Mitglied im Kuratorium.

SONSTIGE INSTITUTIONELLE KOOPERATIONS- BEZIEHUNGEN

A) MITGLIEDSCHAFT IN VEREINIGUNGEN VON HISTORIKERINNEN UND HISTORIKERN

Arbeitskreis für Historische Frauen- und Geschlechter-
forschung e. V., Vorstandsmitglieder: Kirsten Heinsohn,
Hannah Rentschler

Arbeitskreis für Historische Frauen- und Geschlechterforschung e. V., Regionalkoordinatorin Nord: Claudia Kemper (bis Juni 2021), Hannah Rentschler (seit Juni 2021)

Arbeitskreis für Historische Frauen- und Geschlechterforschung e. V., Region Süd: Andrea Althaus

German Labour History Association, Vorstandsmitglied: Knud Andresen

Historischer Club der Freundinnen und Freunde des Fachbereichs Geschichte der Universität Hamburg, Kassenprüferin: Hannah Rentschler

Kommission für Zeitgeschichte (Bonn), Mitglied der wissenschaftlichen Kommission: Thomas Großbölting

Verein für Hamburgische Geschichte, Vorstandsmitglied: Linde Apel

B) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN ZEITHISTORISCHER INSTITUTE UND ANDERER EINRICHTUNGEN

Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History, Mitglied der Wissenschaftlichen Beratung: Kirsten Heinsohn

Gesellschaft für Urbanisierungsforschung und Stadtgeschichte, Vorstandsmitglied: Thomas Großbölting

Institut für vergleichende Städtegeschichte, Münster, Stellvertretender Vorsitzender des Beirats und Mitglied im Kuratorium: Thomas Großbölting

Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam, Wissenschaftlicher Beirat: Thomas Großbölting

C) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN ÖFFENTLICHER EINRICHTUNGEN

Arbeitskreis Hamburger Archive (AHA): Kirsten Schaper

Bertelsmann-Stiftung, Mitglied im Expertenkreis des Religionsmonitors: Thomas Großbölting

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Internationaler Wissenschaftlicher Beirat: Kirsten Heinsohn

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,
 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats: Thomas
 Großbölting; Wissenschaftlicher Beirat: Claudia Kemper
 DFG-Netzwerk Queere Zeitgeschichten im deutschsprachigen
 Europa: Kirsten Heinsohn
 Ehemaliger Hannoverscher Bahnhof, Mitglied der Experten-
 runde: Linde Apel
 Evangelische Akademie der Nordkirche, »Arisierung« in
 Hamburg. Die Enteignung jüdischer Unternehmer und
 Geschäftsleute am Neuen Wall: Linde Apel
 Handelskammer Hamburg, Kommission »Verantwortungs-
 biographien«: Kirsten Heinsohn
 Hamburger Überlieferungsverbund Nachlässe (HÜV):
 Kirsten Schaper
 Haus der Geschichte NRW, Planungsgruppe »Geschichte,
 Politik und Demokratie Nordrhein-Westfalens«, Beirat:
 Thomas Großbölting
 Katholische Hochschule Freiburg, Beiratsmitglied des
 BMBF-Forschungsprojekts »Inklusives Digitales Erinne-
 rungsarchiv (IDEA)«: Andrea Althaus
 Kulturbehörde, Gedenkort Stadthaus, Beirat: Kirsten
 Heinsohn
 Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, Beirat:
 Kirsten Heinsohn
 Stiftung Hanseatisches Wirtschaftsarchiv, Beirat: Christoph
 Strupp
 Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur
 Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen, Mitglied der
 Fachkommission: Kirsten Heinsohn
 Verein der Freunde des Museums der Arbeit, kooptiertes
 Vorstandsmitglied: Knud Andresen
 Villa ten Hompel, Gedenk- und Bildungsstätte der Stadt
 Münster, Beirat: Thomas Großbölting

Sonstige institutionelle
 Kooperations-
 beziehungen

- a) Mitgliedschaft in
 Vereinigungen von
 Historikerinnen und
 Historikern
- b) Mitgliedschaft in
 Gremien zeithistorischer
 Institute und anderer
 Einrichtungen
- c) Mitgliedschaft in
 Gremien öffentlicher
 Einrichtungen

- D) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN PRIVATER STIFTUNGEN
- Cusanuswerk, Bischöfliche Studienförderung, Vertrauensdozent: Thomas Großbölting
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Promotionsprogramm »Erforschung der sozialen Demokratie(n) und ihrer Bewegungen. Historischer Wandel, gegenwärtige Effekte und Perspektiven für die Zukunft«, Beirat: Knud Andresen
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Vertrauensdozent: Thomas Großbölting
- Hans-Böckler-Stiftung, Vertrauensdozent: Knud Andresen
- Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, Wissenschaftlicher Beirat: Kirsten Heinsohn
- Körper-Stiftung, Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, Beiratsmitglied: Thomas Großbölting
- Max-Brauer-Preis der Alfred Toepfer Stiftung F. V. S., Kuratorium: Linde Apel
- Rosa-Luxemburg-Stiftung, Vertrauensdozent: Marcel Bois
- Stiftungsfond Hamburger Geschichtswerkstätten, Wissenschaftlicher Beirat: Linde Apel
- E) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN HISTORISCHER BZW. ZEITGESCHICHTLICHER ZEITSCHRIFTEN UND BUCHREIHEN
- Archiv für Sozialgeschichte, Redaktionsmitglied: Kirsten Heinsohn
- feministische studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Wissenschaftlicher Beirat: Kirsten Heinsohn
- Forschungen zur Regionalgeschichte, Reihe des LWL-Instituts Westfälisches Institut für Regionalgeschichte, Beiratsmitglied: Thomas Großbölting
- Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedens- und Konfliktforschung, Mitglied des Herausgeber*innenkreises: Daniel Gerster
- Forum historische Forschung: Moderne Welt, Mitglied des Herausgeber*innenkreises: Thomas Großbölting
- H-Soz-Kult, Redaktionsmitglied: Hannah Rentschler

Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte, Online-Quellenedition <http://juedische-geschichte-online.net/>, Mitherausgeberin: Kirsten Heinsohn

Hamburger Selbstzeugnisse, Reihe des Vereins für Hamburgische Geschichte, Herausgeberin: Linde Apel
Konfession und Gesellschaft, Mitglied des Herausgebergremiums: Thomas Großbölting

Religion und Moderne, Schriftenreihe des Centrums für Religion und Politik in der Moderne (Münster), Mitglied des Herausgebergremiums: Thomas Großbölting

Sehepunkte. Rezensionjournal für die Geschichtswissenschaften, Wissenschaftlicher Beirat: Thomas Großbölting
Stormarn Lexikon Online, Redaktion: Hannah Rentschler

Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte (»Blaue Reihe«), Beiratsmitglied: Thomas Großbölting

WerkstattGeschichte, Mitglied der Redaktion und des Herausgeber*innenkreises: Yvonne Robel, Mitglied des Herausgeber*innenkreises: Stefan Mörchen

Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, Mitglied des Herausgeber*innenkreises: Johanna Sigl

Sonstige institutionelle Kooperationsbeziehungen

d) Mitgliedschaft in Gremien privater Stiftungen

e) Mitgliedschaft in Gremien historischer bzw. zeitgeschichtlicher Zeitschriften und Buchreihen

4. BIBLIOTHEK

(Dorothee Mateika, Dipl. Dok. / Hartmut Finkeldey, B. A.)

Die Arbeit der Bibliothek stand 2021 ganz im Zeichen von Corona. Die Bibliothek musste bis Pfingsten für das Publikum geschlossen bleiben, der Lesesaalbetrieb wurde am 25. Mai mit nur sieben Leseplätzen, einem Verfahren zur Terminvergabe und zunächst verkürzten Öffnungszeiten wieder aufgenommen. Trotz der Schließung wurden zahlreiche Bitten um Scans von Bibliotheken aus dem ganzen Bundesgebiet und von unseren Nutzer*innen bearbeitet. Es wurden insgesamt 1082 Ausleihen getätigt, davon

wurden 109 Titel von Medien wie *Die Zeit*, *Der Spiegel* oder *Geo* entliehen. Die Bibliothek verzeichnete 707 Neuzugänge.

Um weitere Büroarbeitsplätze zu schaffen, wurde der Zeitschriftenraum teilweise geräumt. Die Schriftenreihen und Zeitschriften aus diesem Raum wurden zwischengelagert oder in anderen Magazinräumen untergebracht. Zeitschriften aus dem Signaturenbereich I Zo bis einschließlich I Zv konnten deshalb vorübergehend nicht bereitgestellt werden. Aus Platzgründen wurden außerdem einige Schriftenreihen wie die Gewerkschaftlichen Monatshefte oder die Bürgerschaftsprotokolle, die vollständig digitalisiert und frei im Netz zugänglich sind, kassiert. Um die weiterhin drängenden Platzprobleme in der Bibliothek etwas zu entschärfen, wird 2022 eine zweite Rollregalanlage installiert.

Das Digitalisierungsprojekt der Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek Hamburger Kulturgut im Netz (HaKiN), an dem die Bibliothek der FZH seit 2019 teilnimmt, pausierte 2021 pandemiebedingt. Im Juni wurden 500 Kleinschriften zurückgeliefert, die 2020 abgegeben worden waren. Diese Schriften werden 2022 auf der Website der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg abrufbar sein. Außerdem sollen 2022 weitere 500 Titel aus allen Sammelbereichen der Bibliothek zur Digitalisierung bereitgestellt werden. Im Juli wurden einige Jahrgänge von Parteizeitungen wie die *Rote Fahne* oder das *Hamburger Echo* aus den 1920er und 1930er Jahren abgeholt, die die Staats- und Universitätsbibliothek im Rahmen eines DFG-finanzierten Projektes ebenfalls digitalisieren lässt. Zu beiden Projekten hat Dorothee Mateika einen Beitrag für den Newsletter der FZH verfasst.

Die Staatsbibliothek Hamburg lässt seit 2009 mit Hilfe von Senatsgeldern wichtige Bestände aus Hamburger Bibliotheken entsäuern. Aus der FZH-Bibliothek betrifft das über 4000 Bände, wobei der überwiegende Teil aus den erwähnten Digitalisierungsprojekten stammt. Darunter befinden sich ca. 1200 Titel, die als sogenannte unechte Pflichtexemplare in Hamburg erschienen, aber nicht im Bestand der Staatsbibliothek, sondern in dem der FZH-Bibliothek nachgewiesen sind. Der Erhalt dieser Bände ist der Staatsbibliothek ein großes Anliegen, da sie als Hamburgs

Landesbibliothek den gesetzlichen Auftrag hat, sämtliches in der Stadt erschienene Schriftgut zu sammeln.

Der Anteil an Spenden oder Schenkungen ist wegen der Platzprobleme in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Angenommen wurde ein kleines Konvolut an Jugendliteratur aus den 1930er Jahren, ein Bericht aus dem »Frankreichfeldzug« von 1940 sowie mehrere Bände zur deutschen Kolonialzeit. Wir freuen uns sehr über die Privatbibliothek unseres ehemaligen Direktors Axel Schildt, aus der wir etwa 300 Titel übernommen haben.

Gemeinsam mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ) haben wir Anfang des Jahres einen neuen Buchscanner angeschafft.

Hartmut Finkeldey war neben dem Tagesgeschäft zuständig für Buchaus- und -rückgaben und die Einarbeitung von Spenden. Er vertrat Dorothee Mateika und kümmerte sich tatkräftig um die anstehenden Umräumarbeiten. Außerdem schrieb er einen Beitrag für den Newsletter der FZH über den »Ostdeutschen Kriegsalmanach 1916«. Karl Otto Schütt unterstützte die Bibliothek wieder mit viel Hintergrundwissen. Er war weiterhin zuständig für die Digitalisierungsprojekte und machte Urlaubsvertretungen. Mona Tilgner gab ihre Tätigkeit als studentische Mitarbeiterin zum 31. März auf. Ihr Nachfolger Jasper Glaenzer ist wegen eines Auslandssemesters seit dem 1. September beurlaubt und wird von Jana Matthies vertreten. Silja Wiegmann absolvierte vom 9. bis 26. August ein Praktikum in der Bibliothek.

5. ARCHIV

(Kirsten Schaper, M. A.)

Das Jahr 2021 war für das Archiv der FZH weiterhin von den pandemiebedingten Umständen geprägt. Sie schlugen sich sowohl in einer erweiterten Homeofficeregelung nieder als auch in der zeitweiligen Schließung des Lesesaals bzw. seiner Öffnung

mit reduzierter Platzzahl und verkürzten Arbeitszeiten für die Benutzer*innen. Während die Benutzungsanfragen mit 124 leicht anstiegen (2020: 115), arbeiteten nur 30 Personen vor Ort, teilweise mehrtäglich (2020: 39). Um den erschwerten Zutritt zu kompensieren, wurden häufiger Kopier- und Scanaufträge angenommen (30 Aufträge; 2020: 19). Daraus ergeben sich 60 Vorgänge, in denen das Archivgut aktiv genutzt wurde (2020: 58). Die verbleibenden 64 Anfragen konnten auf schriftlichem Weg beantwortet werden.

Wie schon im Vorjahr hielt sich das Archiv mit der Übernahme neuer Bestände zurück. Dennoch sind neun interessante Zugänge (2020: 10) zu verzeichnen:

Ein bemerkenswertes Dokument ist die Überspielung einer Schallplatte, auf der Alfred Roth einen Auszug aus seiner Verteidigungsrede vor dem Staatsgerichtshof vorträgt. Alfred Roth, von 1918 bis 1933 Hauptgeschäftsführer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, war 1923 wegen öffentlicher Beleidigung Walther Rathenaus angeklagt und zu 100 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Die Schallplatte wurde, nach Angabe des Archivegebers, von Alfred Roth später »in einem Tonstudio oder einer ähnlichen Einrichtung« besprochen und war allein zum privaten Gebrauch bestimmt. Da sie nur in einfaches Papier gehüllt war, sind leider keine genaueren Quellenangaben überliefert. Die Tonaufnahme ergänzt den bereits vorhandenen Nachlass von Alfred Roth.

Ein weiteres Einzelstück, das die Sammlungen zu Protestbewegungen bereichert, ist ein handbemaltes Stoffbanner der Interventionistischen Linken, das auf den Demonstrationen gegen den G20-Gipfel 2017 in Hamburg getragen wurde.

Hervorzuheben sind außerdem zwei kleinere Konvolute. Es handelt sich zum einen um den Nachlass des Hamburger Unternehmers Max Bernstein (1896–1938). Er besteht aus einigen Fotos, vor allem aber privaten und geschäftlichen Briefen aus seiner Zeit in der Untersuchungshaftanstalt Holstenglacis 3 im Jahr 1938, wo Bernstein auch verstarb. Zum anderen wurden uns die von einem ehemaligen Betrieblichen Leiter der Hans Still Motorenfabrik gesammelten Entnazifizierungsunterlagen dieser Firma aus den Jahren 1946 bis 1948 übergeben. Die Dokumente werden

aktuell für einen Eintrag in der Datenbank der NS-Dabeigewesenen in Hamburg ausgewertet.

Weitere Zugänge sind propagandistische Sammelalben aus der NS-Zeit, Lebenserinnerungen einer Hamburgerin an Kindheit und Kriegszeit, DGB-Unterlagen aus Privatbesitz sowie ein Karton aus dem Nachlass des Grafikers und Cartoonisten Alfred von Meysenbug, der mit Günter Amendt, dessen Nachlass im FZH-Archiv liegt, befreundet war. Ursula Büttner überließ dem Archiv das Originaltranskript eines Gespräches mit Hans Robinsohn über die DDP in Hamburg und den Klub vom 3. Oktober aus dem Jahr 1974, das bisher nur als Kopie vorhanden war. Die prominenteste Anbietung, die uns im Herbst erreichte, ist zweifellos der Nachlass von Esther Bejarano (1924 – 2021). Mangels Platz und personeller Kapazitäten wurde er zunächst in der Gedenkstätte Neuengamme zwischengelagert und die Förderung eines Erschließungsprojektes bei der Behörde für Kultur und Medien in Hamburg beantragt.

Unter den vielfältigen Benutzungsanfragen kristallisierten sich einige Schwerpunkte heraus. Wiederum stand der Unternehmens- und Privatnachlass von Beate Uhse im Fokus sowohl wissenschaftlicher Forschungsprojekte als auch von Seiten öffentlicher Medien. Am 22. September hatte die Saxonia Entertainment GmbH für eine TV-Dokumentation der Regisseurin Henrike Sandner in der Reihe »MDR Wissen« einen Drehtermin im Archiv. Der 27. Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten unter dem Motto »Bewegte Zeiten. Sport macht Gesellschaft« führte einige Schüler*innen ins Archiv. Im Rahmen privater Familienforschung, der Gedenkstättenarbeit und der Stolpersteininitiative in Hamburg wurden vermehrt biografische Recherchen durchgeführt. Mehrmals angefragt wurden Unterlagen zu in der NS-Zeit verfolgten Sozialdemokraten und Kommunisten, zur völkischen Bewegung und zu NS-belasteten Akteuren aus Politik und Wirtschaft. Der kleine Nachlass des früheren Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Harry Goldstein erwies sich als Quellenfundus für die Online-Edition Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte des IGdJ.

Die bereits 2020 geplante und damals abgesagte Frühjahrstagung der Fachgruppe 8 im Verband deutscher Archivarinnen und

Archive e. V. (Archive der Hochschulen und Wissenschaftlichen Institutionen) wurde vom 21. bis 23. April als Videokonferenz nachgeholt. Die Archivarin nahm an einer Fortbildung zu Online-Archivportalen teil.

Ende April trafen sich die Archivleitungen des IfZ München, des HIS und der FZH zu einem virtuellen Fachaustausch über den Umgang mit Forschungsdatensammlungen in ihren Archiven. Am 18. November fand sich der Hamburger Überlieferungsverbund Nachlässe (HÜV) zu seiner jährlichen Sitzung in Form einer Hybridveranstaltung zusammen. Es wurde beschlossen, ein Dokument mit einer Liste der HÜV-Archive zu erstellen, das mit den Websites der Einrichtungen verlinkt werden kann. Privaten Anbieter*innen von Nachlassmaterial soll so die Möglichkeit gegeben werden, sich zu informieren, welches Archiv für ihre Zwecke geeignet erscheint. Am 20. Mai erhielten die Studierenden des von Kirsten Heinsohn geleiteten Seminars »Demokratie und gesellschaftliche Demokratisierung nach 1945« eine Einführung in die Archivarbeit.

Die Übertragung, Korrektur und Erweiterung der Erschließungsinformationen in der neuen Archivdatenbank ActaPro, die seit dem Vorjahr gemeinsam von der Werkstatt der Erinnerung und dem Archiv der FZH genutzt wird, wurde kontinuierlich fortgesetzt. Dieser Prozess, der darauf abzielt, Daten zu erfassen, die später von den Benutzer*innen recherchiert werden können, geht mit der Ausarbeitung einer neuen Gliederung des Archivs einher, in die die alten Bestände überführt werden.

Zum 1. Mai wurde Dörte Eggers, die eine langjährige Berufserfahrung als Bibliothekarin mitbringt, damit beauftragt, eine Revision des Archivs nach systematischen Kriterien durchzuführen. Nachdem sie zunächst als Honorarkraft tätig war, konnte sie zum 1. November als geringfügig Beschäftigte angestellt werden.

Im Verlauf der Revision werden Doppelüberlieferungen identifiziert, die fallweise an die Materialgeber*innen zurückgeführt, anderen geeigneten Archiven angeboten oder ausgesondert werden. So übernahm beispielsweise das Archiv der Stiftung Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität Bremen Teil

le einer Materialsammlung zur NS-Raubpolitik und eine längst überholte Leihgabe fand ihren Weg zurück in das Staatsarchiv München. Die frei werdenden Regalflächen sind der Aufstellung originaler Bestände im FZH-Archiv, in erster Linie Nachlässen, vorbehalten.

Seit dem 15. April unterstützt Marc Kittler als studentischer Mitarbeiter das Archiv auf vielfältige Weise und übernimmt insbesondere Recherchen und Verzeichnungsarbeiten.

6. WERKSTATT DER ERINNERUNG – HAMBURGER LEBENSLÄUFE (WDE)

(Dr. Linde Apel/Dr. Andrea Althaus)

Im Zentrum der Tätigkeiten von Linde Apel und Andrea Althaus standen neben eigenen Publikationsvorhaben der wissenschaftliche Austausch unter zeitgeschichtlich arbeitenden Oral Historians und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Neukonzeption archivischer Infrastruktur, die Betreuung und Beratung der Nutzenden sowie die Weiterführung der Projektkooperationen.

Mit Stefan Müller vom Archiv für soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat Linde Apel das neunte Treffen des Netzwerks Oral History konzipiert und organisiert. In Kooperation mit der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig fand es diesmal digital statt. Mit 140 Anmeldungen wurde ein neuer Höchststand erreicht. Erstmals wurden aufgrund der großen Nachfrage zwei Sektionen parallel angeboten, in denen aktuelle Forschungsarbeiten diskutiert wurden. Details gehen aus dem bei H-Soz-Kult veröffentlichten Tagungsbericht von Alexander Weidle hervor, der im vorliegenden Band abgedruckt ist. Die Vorbereitungen des zehnten Treffens des Netzwerks Oral History im Mai 2022 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn stehen kurz vor dem

Abschluss. Das Interesse, als Referierende teilzunehmen, ist nach wie vor groß und ein deutliches Zeichen dafür, dass es Bedarf an wissenschaftlichem Austausch und Vernetzung gibt.

Ein Höhepunkt des Jahres 2021 und gleichzeitig eine (lang erwartete) Premiere für die FZH war die Sommerschule »Geschichte/n hören. Oral History und Migration«, die von der Volkswagen-Stiftung gefördert wurde und vom 19. bis zum 24. Juli 2021 in Hamburg und Gut Siggen, dem Seminarzentrum der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., durchgeführt wurde. Eigentlich hatte sie bereits 2020 zum 30-jährigen Bestehen der Werkstatt der Erinnerung stattfinden sollen, wurde aber pandemiebedingt verschoben. Unter der Leitung der beiden gegenwärtigen Mitarbeiterinnen der WdE, Linde Apel und Andrea Althaus, sowie der ehemaligen Mitarbeiterinnen Janine Schemmer (heute Alpen-Adria-Universität Klagenfurt) und Lina Nikou (Hebrew University Jerusalem) diskutierte eine interdisziplinär zusammengesetzte Gruppe von Nachwuchswissenschaftler*innen aus Deutschland, der Schweiz, Frankreich und Polen vielfältige Aspekte der Analyse von archivierten Interviews. Im Vordergrund stand die Untersuchung der historischen und biografischen Kontexte von Interviews, besonderes Augenmerk galt dabei deren emotionalen, narrativen und auditiven Aspekten. Weitere Informationen lassen sich dem Tagungsbericht von Lisa Weck und Nick Wetschel für H-Soz-Kult entnehmen, der ebenfalls in diesem Heft zu finden ist.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des vergangenen Jahres bestand in der Konzeption und Einführung einer neuen Archivdatenbank, die im intensiven Austausch mit den Programmierern für die Bedürfnisse eines Interviewarchivs maßgeschneidert wurde. Derzeit werden die Bestände migriert und fortlaufend auf Vollständigkeit und Korrektheit überprüft. In Zukunft sollen die Bestände von WdE und des Archivs der FZH in einer Archivdatenbank zu recherchieren sein. Damit verbessert sich das Angebot an Nutzer*innen stark.

Nicht weniger wichtig war die reguläre Arbeit der WdE, die Betreuung und Beratung der Nutzenden, die Bestandserweiterung sowie die kollegialen Kooperationen. An die Werkstatt

der Erinnerung wurden im Berichtsjahr 155 Anfragen gerichtet (2020: 262). Daraus folgten 35 Besuche von Benutzer*innen zur Recherche vor Ort (2020: 34) unter den eingeschränkten Bedingungen der Pandemie. Beraten wurden 55 Personen, Einrichtungen und Initiativen (2020: 51). Insgesamt wurden 213 Interviews und 17 biografische Dokumente eingesehen (2020: 486). Studierende und Universitätsangehörige aus dem In- und Ausland bilden die zahlenmäßig stärkste Gruppe der Nutzer*innen der Sammlungen der WdE. Dementsprechend hatte die Mehrheit der Anfragen einen wissenschaftlichen Hintergrund: Die eingesehenen Interviews wurden für Arbeiten im Rahmen des Studiums oder für akademische Abschlussarbeiten genutzt. An zweiter Stelle standen Anfragen aus pädagogischen oder erinnerungskulturellen Bereichen. Hinzu kamen Anfragen mit familiengeschichtlichem Hintergrund, etwa von Nachkommen von aus Hamburg vertriebenen Jüdinnen und Juden, sowie aus journalistischen Interessen. Die meisten Anfragen stammten aus der Bundesrepublik, einige aber auch aus den USA, Großbritannien, Österreich, den Niederlanden, der Schweiz, Tschechien und Israel. Trotz der pandemiebedingten Vorsorgemaßnahmen und der Teilschließung der FZH blieb das Interesse an den Beständen der WdE hoch. Ende des Jahres konnte wieder eine Gruppe von Interessierten vor Ort empfangen werden, die sich unter der Leitung von Bente Gießelmann (Universität Hamburg) und Gerd Dressel (Universität Wien) im Rahmen eines Bildungsurlaubs mit Biografiearbeit als Teil von gesellschaftsbezogener politischer Bildung beschäftigten.

Die Gesamtzahl der in der WdE archivierten Interviews stieg leicht an, da Moritz Föllmer, der als Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung für drei Monate an der FZH arbeitete, seine in diesem Zeitraum geführten Interviews mit ehemaligen Mitarbeitenden der Hamburger Verwaltung zur Verfügung stellte (siehe dazu den Beitrag von Moritz Föllmer in diesem Band). Das Besuchsprogramm für die Gruppe verfolgter ehemaliger Bürgerinnen und Bürger Hamburgs und ihrer Kinder fand auch in diesem Jahr nicht statt. Daher konnten mit Mitgliedern dieser Gruppe keine Interviews geführt werden.

Die WdE hat in diesem Jahr ihre Kooperationen fortgeführt bzw. abgeschlossen. Linde Apel berät das Projekt »Kinder des Widerstands«, in dem Interviews mit Nachkommen von Frauen und Männern geführt werden, die in der NS-Zeit Widerstand leisteten. Die Interviews werden nach Abschluss des Projekts in der WdE archiviert und zugänglich gemacht. Fortgeführt wurde die Kooperation mit dem Adolf-Ernst-Meyer-Institut für Psychotherapie in Hamburg. Im »Erinnerungswerk Hamburger Feuersturm« unter Leitung von Ulrich Lamparter entstehen Interviews, in denen die Erfahrungen der Bombenangriffe im Sommer 1943 sowie ihre Verarbeitung und Deutung im Zentrum stehen. 2021 stand die Digitalisierung einiger Dokumentensammlungen und die Transkription der Interviews im Vordergrund. Nach Abschluss des Vorhabens werden sie in der WdE archiviert und für die wissenschaftliche Nutzung zur Verfügung gestellt. Die Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Rahmen des Interviewprojekts zur Gründungsgeschichte der Gedenkstätte ist abgeschlossen. Interviews mit 32 Personen, die über ihr Engagement in diesem Kontext Auskunft geben, gehen 2022 an die WdE, die sie für die wissenschaftliche Nutzung aufbereitet.

Für folgende ausgewählte Veröffentlichungen und Ausstellungen wurden Interviews oder Dokumente aus der WdE genutzt:

- Linde Apel, 30 Jahre Oral History in der Werkstatt der Erinnerung. Zur Geschichte und Zukunft eines Interviewarchivs, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Hamburg 2020*, Hamburg 2021, S. 15 – 36.
- Anna Hájková, *The Last Ghetto. An Everyday History of Theresienstadt*, New York 2020. (erschienen 2021)
- Erika Hirsch, »Als es eben wirklich drauf ankam ...« – Erinnerungen einer Tochter an ihre Mutter, in: *Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte*, 15.7.2021, <https://dx.doi.org/10.23691/jgo:article-282.de.v1>.
- Yvonne Robel, *Auf der Suche nach Brüchen. Überlegungen zu einer Geschichte des bundesdeutschen Antiziganismus nach*

1945, in: Karola Fings/Sybille Steinbacher (Hrsg.), Sinti und Roma. Der nationalsozialistische Völkermord in historischer und gesellschaftspolitischer Perspektive, Göttingen 2021, S. 167–189.

- Marlen Sundermann, Von Ebay in die Werkstatt der Erinnerung. Persönliche Dokumente aus dem Nachlass von Ingrid Wecker, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2020, Hamburg 2021, S. 37–45.
- Wilfried Weinke, Der Fotograf Max Halberstadt, »... eine künstlerisch begabte Persönlichkeit« (7. Mai 2021 bis 3. Januar 2022), Museum für Hamburgische Geschichte.
- Marion Welsch, Eine Waschmaschine in Haifa. Eine Geschichte aus 14 Briefen, Berlin/Leipzig 2021.
- Gudrun Wohlrab/Björn Marnau, Bramfelder Streiflichter aus 750 Jahren Dorf und Stadtteil, Hamburg 2021.

7. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

(Maike Raap, M. A.)

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit stellt die Schnittstelle zwischen den wissenschaftlichen Arbeitsbereichen der FZH und der Öffentlichkeit dar. Er dient der Außendarstellung der Forschungsstelle und unterstützt die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen bei der Vermittlung ihrer Forschungen an die Öffentlichkeit.

Die FZH präsentierte ihre Forschungen auch 2021 in verschiedenen Veranstaltungen und durch Publikationen. Die Hoffnung, in diesem Jahr wieder Veranstaltungen in Präsenz durchführen zu können, erfüllte sich leider nicht. Im Zuge der Coronapandemie blieb die FZH für den Publikumsverkehr zeitweilig geschlossen, Veranstaltungen wurden in verschiedenen digitalen Formaten durchgeführt. Die einzige Ausnahme hiervon bildete die Sommerschule der Werkstatt der Erinnerung, deren Auftaktveranstal-

tung im Lesesaal der FZH stattfand, bevor die Teilnehmer*innen in das Seminarzentrum Gut Siggen der Alfred Toepfer Stiftung weiterzogen. 2021 wurden wieder zwei Veranstaltungsreihen angeboten, die erstmalig als Webinar durchgeführt wurden: Im Sommersemester waren in der Reihe »1 + 1 = 1?« jeweils zwei Gesprächspartner*innen eingeladen, um »Fragen rund um die deutsch-deutsche Vereinigungsgesellschaft« zu diskutieren; im Wintersemester befassten sich die Diskutant*innen in der Reihe »Wer, wie, was?« mit »Diversität als zeithistorische Perspektive«. Die Veranstaltungen wurden aufgezeichnet und professionell aufbereitet, die einzelnen Videos stehen, sofern die Teilnehmenden dem zugestimmt haben, im Vimeo-Kanal der FZH zur Verfügung. Auch die Aufzeichnungen zweier Livestreams, die im Juni aus dem Lesesaal gesendet wurden, sind nach wie vor auf Vimeo abrufbar: Zum einen sprach Moritz Liebeknecht mit Peer Briken über sein Buch »Wissen über Sex«, zum anderen stellten die Herausgeber*innen Gabriele Kandzora und Detlef Siegfried gemeinsam mit Alexander Gallus das posthum erschienene Buch »Medien-Intellektuelle« unseres ehemaligen Direktors Axel Schildt vor.

Die »Medien-Intellektuellen« hatten bereits im Erscheinungsjahr 2020 eine breite positive Resonanz gefunden. Dies setzte sich 2021 fort mit Rezensionen u. a. in der *taz*, der *Neuen Zürcher Zeitung*, dem *Merkur* und der *Süddeutschen Zeitung*, letztere besprach das Buch zweimal. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen der FZH standen auch 2021 mit ihrer Expertise häufig Vertreter*innen der Printmedien, dem Hörfunk und für TV-Produktionen aus dem In- und Ausland zur Verfügung. Großes Interesse seitens der Medien besteht nach wie vor am Nachlass von Beate Uhse, der sich im Archiv der FZH befindet. Die beiden erwähnten Gesprächsreihen wurden durch Features im Deutschlandfunk begleitet. Alle Medienberichte zur FZH werden archiviert; sofern die Beiträge online abzurufen sind, werden sie mit der FZH-Website verlinkt. Eine Auswahl ist in diesem Jahresbericht in der Rubrik Medienecho aufgelistet. Für das kommende Jahr ist ein Relaunch der FZH-Website und des Corporate Designs geplant. In der zwei-

ten Jahreshälfte wurden dafür vorbereitende Arbeiten durchgeführt und eine ausführende Agentur ausgewählt und mit dieser Logoentwürfe, weitere Elemente des Corporate Designs und die Struktur der neuen Website abgestimmt.

Der Twitteraccount der FZH hat mittlerweile die Zahl von 1000 Follower*innen weit überschritten. Auch über den Newsletter werden regelmäßig Informationen zu Forschungen, Publikationen, Veranstaltungen und über besondere Bestände in Bibliothek, Archiv und Werkstatt der Erinnerung verschickt. Gemeinsam mit dem IT-Verantwortlichen Rupert Marienfeld aktualisiert und pflegt Maike Raap die Website der FZH. Seit Oktober werden sie von dem studentischen Mitarbeiter Marc Kittler unterstützt.

Maike Raap ist gemeinsam mit der stellvertretenden Direktorin Kirsten Heinsohn und dem Lektor Stefan Mörchen ständiges Redaktionsmitglied von »Zeitgeschichte in Hamburg« und verantwortet neben der Redaktionstätigkeit auch die Herstellung der Druckversion in Absprache mit der ausführenden Grafikerin. »Zeitgeschichte in Hamburg« erscheint seit 2003 und wird kostenlos an wissenschaftliche Institutionen im In- und Ausland, an Bibliotheken, an die Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft, an Medienvertreter*innen und Interessierte verschickt. Alle Ausgaben stehen außerdem auf der Website der FZH zum Download zur Verfügung.

8. VORTRÄGE / TAGUNGEN / VERANSTALTUNGEN 2021

VORTRAGSREIHEN

(Die Reihen waren Teil des Allgemeinen Vorlesungswesens der
Universität Hamburg)



- **1 + 1 = 1? FRAGEN AN DIE DEUTSCH-DEUTSCHE
VEREINIGUNGSGESELLSCHAFT**
Konzeption: Thomas Großbölting / Sebastian Justke /
Yvonne Robel

6.5.2021

Christina Morina (Bielefeld) / Detlef Pollack (Münster):
Die 1990er Jahre als Protestjahre
Moderation: Thomas Großbölting (Hamburg)

20.5.2021

Maria Alexopoulou (Berlin) / Carsta Langner (Jena):
(Post)Migrantische Blicke auf die Transformationsgesellschaft
Moderation: Sebastian Justke (Hamburg)



*Thomas Großbölting,
Detlef Pollack, Christina
Morina. Screenshot,
6.5.2021*

17.6.2021

Steffen Mau (Berlin)/Christopher Neumaier (Hamburg/Potsdam):
Wertewandel im Familiären
Moderation: Kirsten Heinsohn (Hamburg)

■ WER, WIE, WAS? DIVERSITÄT ALS ZEITHISTORISCHE PERSPEKTIVE

Konzeption: Kirsten Heinsohn/Stefan Mörchen/Yvonne Robel

28.10.2021

Fatima El-Tayeb (New Haven)/Katharina Oguntoye (Berlin):
Leerstellen und fragmentierte Erzählungen. Schwarze Deutsche
und die deutsche Zeitgeschichte
Moderation: Kirsten Heinsohn (Hamburg)

11.11.2021

Joachim Baur (Berlin)/Sandra Vacca (Köln):
Repräsentation als Selbstverständigung. Die Geschichte
der Einwanderungsgesellschaft im Museum
Moderation: Stefan Mörchen (Hamburg)

25.11.2021

Gabriele Lingelbach (Kiel)/Dietmar Süß (Augsburg):
»Behinderung« und Arbeit – eine Antifortschrittsgeschichte?
Moderation: Yvonne Robel (Hamburg)

Die Reihe wird 2022 fortgesetzt:

20.1.2022

Felix Römer (Berlin)/Martina Steer (Wien):
Corona spaltet. Über Erfahrungen in und mit der Pandemie
Moderation: Thomas Großbölting (Hamburg)

Vortragsreihen

- 1 + 1 = 1? Fragen an die deutsch-deutsche Vereinigungsgesellschaft
- Wer, wie, was? Diversität als zeithistorische Perspektive



TAGUNGEN UND WORKSHOPS

■ NETZWERK ORAL HISTORY

29.4./30.4.2021, Netzwerktreffen online

Veranstalter: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) in Kooperation mit dem Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Donnerstag, 29.4.2021

Linde Apel (Hamburg) / Stefan Müller (Bonn) / Uta Bretschneider (Leipzig): Begrüßung ■ Kleine Online-Führung durch die Ausstellung im ZFL ■ Diskussion und Nachfragen

»Angewandte« Oral History im Museum

Ruth Rosenberger (Bonn): Zeiteugenarbeit bei der Stiftung Haus der Geschichte ■ Ewa Kruppa (Museum Friedland): Interviews im Museum Friedland ■ Moderation: Olaf Schmidt-Rutsch (Henrichshütte/Hattingen)

Forschungsprojekte 1: Multilingualität, transnationale Politik und Oral History

Danae Christodoulou (Frankfurt am Main): Das kommunikative Gedächtnis: Weitergabe von Erinnerungen zur griechischen Militärdiktatur (1967–1974) in Familien ■ Sofie Steinberger (Köln): Grenzerzählungen: Multilinguale Interviews mit Menschen aus Melilla (Spanien) und Nador (Marokko) und die Frage der Übersetzung ■ Moderation: Stefan Müller (Bonn)

Forschungsprojekte 2: Oral History in politischen Kontexten

Andrea Althaus (Hamburg): Über die Schwierigkeiten der Interviewauswertung in einem »living discourse« ■ Franziska Zollweg (Hamburg): ZeiteugInneninterviews mit hochrangigen PolitikerInnen – ein Praxisbericht ■ Moderation: Daniel Baranowski (Berlin)

Kurzes Plenum / Blitzlicht

Offenes Meeting

Freitag, 30.4.2021

Round-Table: Erfahrungen, Erinnerungen, Erzählungen zur DDR

Agnès Arp (Jena): Zeitzeugenarchiv im Aufbau, Familienerinnerungen an die Alltags- und Herrschaftswirklichkeit in der SED-Diktatur ■ Patrick Wagner (Halle-Wittenberg): Lebensgeschichten der Transformation. Ein Lehr-, Forschungs- und Dokumentationsprojekt mit Studierenden ■ Nick Wetschel / Claudia Pawlowitsch (Dresden): Lebensgeschichtliches Archiv für Sachsen ■ Moderation: Susanne Freund (Potsdam)

Offenes Meeting

Oral History und digitale Technologien

Nike Matthiesen (Bonn): KI und Emotionen. Neue Wege der Erschließung von Zeitzeugeninterviews ■ Moderation: Almut Leh (Hagen)

Vorschlag zur Gründung einer AG zu museumsrelevanten Themen im Netzwerk Oral History

Moderation: Eva Kruppa (Friedland)

■ SOMMERSCHULE GESCHICHTE/N HÖREN.

ORAL HISTORY UND MIGRATION

19. bis 24. Juli 2021, Hamburg und Siggen,
Veranstalterinnen: Linde Apel / Andrea Althaus (Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg), Lina Nikou (Buber Society of Fellows, Hebräische Universität Jerusalem), Janine Schemmer (Institut für Kulturanalyse, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt); gefördert von der Volkswagen-Stiftung und der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.

Thomas Großbölting: Begrüßung ■ Linde Apel (Hamburg): Vorstellung des Veranstaltungsprogrammes und Einführung in die Werkstatt der Erinnerung an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg ■ Kristina Schulz (Neuchâtel): Oral History und Migration (digital)

Tagungen und Workshops

- Netzwerk Oral History
- Sommerschule Geschichte/n hören. Oral History und Migration

Input und Plenumsdiskussionen

Linde Apel, Andrea Althaus (Hamburg), Lina Nikou (Jerusalem), Janine Schemmer (Klagenfurt): Deutungsmöglichkeiten mündlicher Quellen in der Sekundäranalyse ■ Linde Apel, Andrea Althaus: Historische Kontexte und narrative Analyse ■ Jochen Bonz (Münster): Gemeinsam Hören – Deutungswerkstatt (vertreten von Janine Schemmer und Lina Nikou) ■ Linde Apel, Andrea Althaus, Janine Schemmer: Formen qualitativer Interviews ■ Janine Schemmer, Lina Nikou: Kulturtechnik (Zu)Hören und Emotionen

■ SCHÜLERINNEN- UND SCHÜLERLEBEN IM 19. UND FRÜHEN 20. JAHRHUNDERT

Workshop, 23.9./24.9.2021, Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg

Veranstalter: Helmut-Schmidt-Universität (HSU)/Universität der Bundeswehr Hamburg in Kooperation mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

Donnerstag, 23.9.2021

Begrüßung ■ Keynote ■ Gerhard Kluchert (Berlin/Wien): Wie war das mit den Schüler*innen? Konzepte, Probleme und Perspektiven ihrer historischen Erforschung

Schüler*innenleben in (Archiv-)Überlieferungen und Nachlässen

Maria Hermes-Wladarsch (Bremen): Nachlässe in Bibliotheken als Quellenmaterial. Doris Olbers und Caroline Rudolphi – ein Lehrer*in-Schüler*in-Verhältnis in Briefen ■ Julian Holzapfl (München): Schülerbögen und Notenbücher – Archivische Überlieferung, Quellenkunde, historische Fragestellungen an Beispielen aus dem Staatsarchiv München

Schulische Schüler*innen-Selbstthematizierungen

Denise Löwe (Berlin): Subjektkonstruktionen von höheren Schüler*innen in Bildungsgängen und deutschen Abituraufsätzen zwischen 1901 und 1933 ■ Joachim Scholz (Bochum/Berlin): Frühe deutsche Schülerzeitungen. Selbstthematizierungen von Schülern im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert

- Schülerinnen- und Schülerleben im 19. und frühen 20. Jahrhundert

Schüler*innenleben in Ego-Dokumenten

Daniel Gerster (Hamburg): »Sonst ist es hier ziemlich öde und traurig«. Internatsleben in Schülerbriefen. Das Beispiel der Landes-
schule Pforta im Deutschen Kaiserreich ■ Ulrich Leitner (Inns-
bruck): Das Schülerleben in Ego-Dokumenten eines katholischen
Internats. Forschungsprämissen eines kindheitswissenschaftlichen
Zugangs zur Anstaltsgeschichte

Freitag, 24.9.2021

Schüler*innen-Leben und Geschlechtergeschichte

Li Gerhalter (Wien), Waltraud Schütz (Wien): Eifriger Austausch,
liebreiche Gaben. Konventionelle Erinnerungsgegenstände in öster-
reichischen und deutschen Mädchenschulen vom 19. bis zur Mitte
des 20. Jahrhunderts ■ Elke Kleinau (Köln): Autobiografisches
Schreiben und autobiografisches Erzählen – Erinnerungen zweier
ehemaliger Schülerinnen an ihre Zeit in einer Lehrerinnenbildungs-
anstalt (1942–1945) ■ Pia Schmid (Frankfurt/Halle): Erinnernte
Schulerfahrungen 1850 bis 1920. Frauen aus sozialen und politi-
schen Bewegungen in ihren Autobiographien

Freizeitleben von Schüler*innen

Carola Groppe (Hamburg), Dennis Mathie (Hamburg): Schülerleben
in der Schülerpension – Funktion und Bedeutung einer alterna-
tiven Lebensform für höhere Schüler im 19. und frühen 20. Jahr-
hundert ■ Sylvia Wehren (Hildesheim): Alltag und Freizeit im
Tagebuch. Gefühlswelten und Gefühlsräume von Schülerinnen und
Schülern

Schüler*innenleben als (fiktives) Abenteuer

Viktoria Gräbe (Hildesheim): Lernen statt Erleben? Schülerreisen
im ausgehenden 19. Jahrhundert im Spiegel von Schulprogram-
men ■ Miriam Magdalena Schneider (Zürich): Abenteuer als Schule
des Lebens: Walter Christmas und die Peder-Most-Rezeption in
Dänemark

Abschlussdiskussion

■ **GESCHICHTE DER ARBEITSWELTEN UND DER
GEWERKSCHAFTEN**

Kolloquium (online), Veranstalter: Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg, Bielefeld Graduate School in History and Sociology, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Historisches Seminar der Universität Leipzig

28.10.2021

Jan Renken: Die Konzeptionalisierung und Organisation von Interessen in den Polizeigewerkschaften in der Bundesrepublik 1949–89

22.11.2021

Fabiana Kutsche: Die ILO und das Konzept der sog. »native labour«, 1919–1950er

17.12.2021

Stéphanie Savio: Bauen für die soziale und wirtschaftliche Reform (1919–1948): Hannes Meyer, Ariele Sharon und die co-operative Organisationen

Das Kolloquium wird 2022 fortgesetzt:

25.1.2022

Anne Kremer: Gleichberechtigung und Metallgewerkschaften. Deutsch-deutsche Transformationen der Geschlechterordnungen

WEITERE ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

- **DIGITAL BOOK LAUNCH »APARTHEID AND ANTI-APARTHEID IN WESTERN EUROPE«**
3.6.2021, digitale Präsentation des Buches »Apartheid and Anti-Apartheid in Western Europe«, hrsg. von Knud Andresen, Sebastian Justke und Detlef Siegfried
Einführung: Knud Andresen / Detlef Siegfried ■ Gespräch: Saul Dubow / Sebastian Justke / Tal Zalmanovich ■ Moderation: Amanda Hammar ■ Livestream und Aufzeichnung: <https://vimeo.com/zeitgeschichte>

- **DIGITAL-BARCAMP: »GESCHLECHT – GESCHICHTE – POLITIK«**
12.6.2021, digitales Barcamp (offenes Format)
Veranstalter: Region Nord des Arbeitskreis Historische Frauen- und Geschlechterforschung e.V. (AKHFG) in Kooperation mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) zum Thema »Geschlecht – Geschichte – Politik. Positionen, Austausch und Ideen zur historischen Geschlechterforschung und ihrer politischen Relevanz«.

- **MEDIEN-INTELLEKTUELLE IN DER BUNDESREPUBLIK**
23.6.2021, digitale Präsentation des Buches »Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik« von Axel Schildt, hrsg. von Gabriele Kandzora und Detlef Siegfried
Einführung: Kirsten Heinsohn ■ Gespräch: Gabriele Kandzora / Detlef Siegfried / Alexander Gallus ■ Livestream und Aufzeichnung: <https://vimeo.com/zeitgeschichte>

- **WISSEN ÜBER SEX. DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SEXUALFORSCHUNG IM SPANNUNGSFELD WESTDEUTSCHER WANDLUNGSPROZESSE**

Weitere öffentliche Veranstaltungen

- Digital Book Launch »Apartheid and Anti-Apartheid in Western Europe«
- Digital-Barcamp: »Geschlecht – Geschichte – Politik«
- Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik



Organisatorinnen des Barcamps. Foto: C. Kemper.



Alexander Gallus, Gabriele Kandzora, Detlef Siegfried. Foto: M. Raap.

29.6.2021, digitale Präsentation des Buches »Wissen über Sex« von Moritz Liebeknecht

Gespräch: Moritz Liebeknecht / Peer Briken (Direktor des Instituts für Sexualforschung und Forensische Psychiatrie am UKE) ■ Moderation: Kirsten Heinsohn ■ <https://vimeo.com/zeitgeschichte>



Moritz Liebeknecht, Kirsten Heinsohn, Peter Briken. Foto: M. Raap.

9. VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH

(Lektorat: Dr. Stefan Mörchen)

- Rieke Becker, »Kein Grund zum Feiern«. Die Jubiläen der Universität Hamburg 1969 und 1994 im Zeichen politischer Konflikte, München 2021 (Hamburger Zeitspuren, Bd. 14).
- Dorothee Wierling (Hrsg.), »Wenn die Norskes uns schon nicht lieben, ...«. Das Tagebuch des Dienststellenleiters Heinrich Christen in Norwegen 1941–1943, Göttingen 2021 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte. Quellen, Bd. 5).



Die von der FZH herausgegebenen Buchpublikationen durchlaufen im Haus ein wissenschaftliches Lektorat, das einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung leistet.

Neben der Begutachtung und Bearbeitung von Manuskripten, der Kommunikation mit Autor*innen und der Betreuung der Veröffentlichungen bildete im Jahr 2021 für den Lektor und Redakteur der Forschungsstelle die Beteiligung an der Neuausrichtung der Publikationsstrategie der FZH einen Schwerpunkt der Tätigkeit. Die Kooperation mit dem Dölling und Galitz Verlag, in dem seit 2003 die Buchreihen »Forum Zeitgeschichte« und »Hamburger Zeitspuren« sowie weitere Veröffentlichungen der FZH erschienen sind, wurde im Herbst des Jahres beendet. Wir danken dem Ver-

lag, namentlich der Hamburger Verlagsleiterin Sabine Niemann sowie dem Verleger Dr. Robert Galitz, für die hervorragende und sehr fruchtbare Zusammenarbeit über nahezu zwei Jahrzehnte. Neben den Überlegungen zu kommenden Printpublikationen, die wir der Reihe »Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte« (Wallstein Verlag) zur Seite stellen wollen, konnten wir auch notwendige Vorarbeiten für die geplante Open-Access-Veröffentlichung alter und neuer Titel voranbringen.

10. VERÖFFENTLICHUNGEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER FZH

ANDREA ALTHAUS

- (mit Mirjam Janett /Jürg Streuli /Rita Gobet /Flurin Condrau), »Schnitt im Kopf«. Zur Rolle der Kommunikation in der Behandlung »intersexueller« Kinder am Kinderspital Zürich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: WerkstattGeschichte 84 (2021), S. 83–97.
- (mit Mirjam Janett /Jürg Streuli /Rita Gobet /Flurin Condrau), Doctors, Families and the Industry in the Clinic. The Management of »Intersex« Children in Swiss Paediatric Medicine 1945–1970, in: Medical History 65 (2021) H. 3, S. 286–305.
- (mit Birgit Heidtke /Rosemarie Schubert), Die Feministische Geschichtswerkstatt Freiburg, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte 20 (2021), H. 2, S. 105–110.

KNUD ANDRESEN

- (mit Sebastian Justke /Detlef Siegfried) (Hrsg.), Apartheid and Anti-Apartheid in Western Europe, Basingstoke 2021.
- (mit Sebastian Justke /Detlef Siegfried) (Hrsg.), Introduction, in: dies. (Hrsg.), Apartheid and Anti-Apartheid in Western Europe, Basingstoke 2021, S. 1–21.
- Between Goodwill and Sanctions. Swedish and German

■ [Andrea Althaus](#)

■ [Knud Andresen](#)

Corporations in South Africa and the Politics of Codes of Conduct, in: Knud Andresen / Sebastian Justke / Detlef Siegfried (Hrsg.), Apartheid and Anti-Apartheid in Western Europe, Basingstoke 2021, S. 25–48.

- Gewerkschaftsgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 26.8.2021, http://docupedia.de/zg/Andresen_gewerkschaftsgeschichte_v1_de_2021
- 1920 – 1952 – 1972. Die Betriebsverfassungen und die verrechtlichten Arbeitsbeziehungen, in: Mitarbeit Nr. 15 (2021), S. 15–17.
- Hamburger Konflikte um den 1. Mai in der Weimarer Republik, in: Mitarbeit Nr. 15 (2021), S. 31–33.
- »8. Juni 1986: Hamburger Kessel«, in: Martin Langebach / Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Protest. Deutschland 1949–2020, Bonn 2021, S. 274 f.
- »20. Dezember 1986: Solidarität mit der Hafestraße«, in: Martin Langebach / Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Protest. Deutschland 1949–2020, Bonn 2021, S. 280 f.
- Kommunistische Unterwanderung? Die Gewerkschaftsjugend in den Friedensbewegungen der 1950er und 1980er Jahre, in: Meike Sophia Baader / Alfons Kenkmann (Hrsg.), Jugend im Kalten Krieg. Zwischen Vereinnahmung, Interessenvertretung und Eigensinn, Göttingen 2021, S. 103–117.

LINDE APEL

- 30 Jahre Oral History in der Werkstatt der Erinnerung. Zur Geschichte und Zukunft eines Interviewarchivs, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2020, Hamburg 2021, S. 15–36.
- Linde Apel, »Ein gutes Ende kann dies nicht nehmen«. Käthe Starke-Goldschmidts Erinnerungen an Theresienstadt, in: Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte, 12.5.2021, <https://juedische-geschichte-online.net/beitrag/jgo:article-273>
- Selbstbehauptung. Wie Bella Zgnilek den Kreis ihrer Erzählung dennoch schloss, <https://www.dp-boder-1946.uni-jena.de/blog/selbstbehauptung>

MARCEL BOIS

- Von den Grenzen der Toleranz. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gegen Kommunistinnen und Kommunisten in den eigenen Reihen (1974–1980). Mit einem Vorwort von Marlis Tepe, Weinheim 2021.
- (mit Riccardo Altieri / David Bebnowski / Christian Dietrich / Ralf Hoffrogge / Uwe Sonnenberg), Von Schiffen und Kähnen. Was es zur Geschichte der Linken im zwanzigsten Jahrhundert noch zu entdecken gibt. Für Mario Keßler, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte 20 (2021), H. 3, S. 11–32.
- Räume politischer Willensbildung und performativer Selbstdarstellung. Sozialistische und kommunistische Parteitage in der Weimarer Republik, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte 20 (2021), H. 2, S. 7–36.
- Linksradikalismus und radikale Linke in der Weimarer Republik, in: Alexander Deycke u. a. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 85–106.
- Gespaltene Erinnerung. Die Arbeiterbewegung der Weimarer Republik und die Revolution von 1918/19, in: Stefan Berger / Wolfgang Jäger / Anja Kruke (Hrsg.): Gewerkschaften in revolutionären Zeiten. Deutschland in Europa 1917 bis 1923, Essen 2020, S. 295–312. (erschienen 2021)
- (mit Uwe Sonnenberg), Willi Münzenberg – der rote Medienmacher, 7. November 2021, <https://jacobin.de/artikel/willi-munzenberg-der-rote-medienmacher-aiz-arbeiter-illustrierte-zeitung-neuer-deutscher-verlag/>
- »Die Tätigkeit für die Komintern glich der Unstetigkeit eines Künstlerlebens«. Interview mit der Historikerin Brigitte Studer, 1. Oktober 2021, <https://jacobin.de/artikel/die-taetigkeit-fur-die-komintern-glich-der-unstetigkeit-eines-kuenstlerlebens-brigitte-studer-reisende-der-weltrevolution-marcel-bois/> (eine englische Übersetzung des Interviews ist am 14. November 2021 auf jacobin.com erschienen).

- Knud Andresen
- Linde Apel
- Marcel Bois

- (mit Alexandra Jaeger), Fatale Eigendynamik. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der GEW in den 1970er-Jahren, in: Mitarbeit Nr. 25 (2021), S. 52 f.
- Ein Grenzgänger in vielerlei Hinsicht. Bilanz und Perspektiven der Kommunismusforschung lotete ein Kolloquium zu Ehren von Mario Keßler in Potsdam aus, in: nd, 10.9.2021.
- »Keinen Pfennig den Fürsten«. Wie ein linker Volksentscheid in der Weimarer Republik Furore machte, in: Luxemburg Nr. 1 (2021), S. 122–127.
- Votre cuisine a été conçue par une Communiste / Je keuken werd ontworpen door een communist, in: Lava Nr. 16 (2021), S. 148–157.

JESSICA ERDELMANN

- Tagungsbericht: Eliten und Elitenkritik vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, 29.10./30.10.2021, H-Soz-Kult, 19.2.2021, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8884>

DANIEL GERSTER

- »Hinaus aus dieser Pestluft, diesem Höllenpfuhl!« Großstadtleben und Internatserziehung im 19. und 20. Jahrhundert – eine Spurensuche am Beispiel Hamburg, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2020, Hamburg 2021, S. 96–116.
- Lorenz Jaeger, Pax Christi und die katholische Suche nach Frieden im Kalten Krieg (1945–1973), in: Nicole Prieschingm / Christian Kasprowski (Hrsg.), Lorenz Jaeger als Kirchenpolitiker, Paderborn 2021, S. 386–412.

THOMAS GROSSBÖLTING

- Was heißt »Aufarbeitung«? Die Gefahr der Leerformel, in: Herder-Korrespondenz 2 (2021), S. 20–22.
- Von »blühenden Landschaften«, »Dunkeldeutschland« und nationaler Identitätspolitik. Politische Fehlkommunikationen in der Wiedervereinigungsgesellschaft, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2020, Hamburg 2021, S. 46–69.

- Was Einheitsjubiläum und rassistische Gewalt miteinander zu tun haben, in: Jahrbuch Deutsche Einheit 2 (2021), S. 13–30.
- Von der Volkskirche über die Minderheitenkirche zur Avantgarde? Das religiöse Feld in Ostdeutschland, in: Ilko-Sascha Kowalczyk / Frank Ebert / Holger Kulick (Hrsg.), (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen und Interviews. Teil II: Gegenwart und Zukunft, Bonn 2021, S. 377–392.
- (mit Klaus Große Kracht) (Hrsg.), Verwaltungslogik und kommunikative Praxis. Wirtschaft, Religion und Gesundheit als Gegenstand von Bürokratie in Deutschland 1930–1960, Stuttgart 2021.
- (mit Klaus Große Kracht), Verwaltungslogik und kommunikative Praxis. Zur Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Verwaltungslogik und kommunikative Praxis. Wirtschaft, Religion und Gesundheit als Gegenstand von Bürokratie in Deutschland 1930–1960, Stuttgart 2021, S. 7–24.
- (mit Mark Ruff) (Hrsg.), Germany and the Confessional Divide. Religious Tensions and Political Culture, 1871–1989, New York 2021.
- (mit Mark Ruff), Introduction, in: dies. (Hrsg.), Germany and the Confessional Divide. Religious Tensions and Political Culture, 1871–1989, New York 2021, S. 1–26.
- Deconfessionalization after 1945: Protestants and Catholics, Jews and Muslims as Actors within the Religious Sphere of the Federal Republic, in: Thomas Großbölting / Mark Ruff (Hrsg.), Germany and the Confessional Divide. Religious Tensions and Political Culture, 1871–1989, New York 2021, S. 324–346.
- (mit Mark Ruff), Closing Reflections, in: dies. (Hrsg.), Germany and the Confessional Divide. Religious Tensions and Political Culture, 1871–1989, New York 2021, S. 347–356.
- Sexueller Missbrauch in der katholischen Kirche als Skandal, Oder: Wie und warum sich die Grenzen des Sagbaren verschieben, in: Birgit Aschmann (Hrsg.), Katholische Dunkelm Räume. Die Kirche und der sexuelle Missbrauch, Paderborn 2021, S. 23–42.

- Marcel Bois
- Jessica Erdelmann
- Daniel Gerster
- Thomas Großbölting

KIRSTEN HEINSOHN

- Die politische und rechtliche Gleichstellung von Frauen – Chancen und Grenzen, in: Stefan Berger / Wolfgang Jäger / Anja Kruke (Hrsg.), Gewerkschaften in revolutionären Zeiten. Deutschland in Europa 1917 bis 1923, Essen 2020, S. 79–90. (erschienen 2021)
- Eva Gabriele Reichmann (1897–1998) – eine jüdische Intellektuelle des 20. Jahrhunderts, in: Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung 15 (2021), H. 28, S. 1–4.
- Eva G. Reichmann, Die Flucht in den Hass. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe. Herausgegeben und mit einem Nachwort von Kirsten Heinsohn, Hamburg 2021.
- Gruppenbild ohne Dame. Demokratie in der frühen Bundesrepublik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69 (2021), H. 4, S. 679–687.
- Minna Cauer (1841–1922): Empfindsame Bürgerin, entschlossene Frauenrechtlerin, in: Frank-Walter Steinmeier (Hrsg.), Wegbereiter der Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789–1918, München 2021, S. 329–338.
- Verfassungsauftrag und politische Kultur. Diskussionen und Initiativen zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern, in: Dirk Schumann / Christoph Gusy / Walter Mühlhausen (Hrsg.), Demokratie versuchen. Die Verfassung in der politischen Kultur der Weimarer Republik, Göttingen 2021, S. 259–273. Gekürzte italienische Fassung: Il dibattito sulla parità di diritti delle donne nella Repubblica di Weimar, in: Christoph Cornelissen / Gabriele D’Ottavio (Hrsg.), La Repubblica di Weimar. Democrazia e Modernità, Bologna 2021, S. 191–205.
- (mit Angelika Schaser) (Hrsg.), Aufbrüche. Geschichte der Frauenbewegungen im 20. Jahrhundert. Themenheft der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 69 (2021), H. 2.
- (mit Angelika Schaser), Einleitung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 69 (2021), H. 2, S. 105–108.
- (mit Rainer Nicolaysen), (Hrsg.), Belastete Beziehungen. Studien zur Wirkung von Exil und Remigration auf die Wissenschaften in Deutschland nach 1945, Göttingen 2021.
- (mit Rainer Nicolaysen), Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Belastete Beziehungen. Studien zur Wirkung von Exil und Remigration auf

die Wissenschaften in Deutschland nach 1945, Göttingen 2021, S. 7–17.

ALEXANDRA JAEGER

- »Auch Marx ist Deutschland«. Aushandlungen über Freiheitsrechte und Staatsräson im Zuge des Radikalenbeschlusses in den 1970er Jahre, in: Sigrid Dauks / Eva Schöck-Quinteros / Anna Stock-Mamzer (Hrsg.), Staatsschutz, Treuepflicht, Berufsverbot. (K)Ein vergessenes Kapitel der westdeutschen Geschichte, Bremen 2021, S. 237–268. (Nachdruck)
- (mit Marcel Bois), Fatale Eigendynamik. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der GEW in den 1970er Jahren, in: Mitarbeit Nr. 25 (2021), S. 52 f.
- Stellungnahme als Sachverständige im Finanzausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern, <https://www.landtag-mv.de/fileadmin/media/Dokumente/Ausschuesse/Finanzausschuss/FA-ADrs-7-1293-2.pdf> (26.11.2021).

SEBASTIAN JUSTKE

- (mit Knud Andresen / Detlef Siegfried) (Hrsg.), Apartheid and Anti-Apartheid in Western Europe, Basingstoke 2021.
- Desmond Tutu's Fame and His Ecumenical Networks. A Part of the Global History of Apartheid and Anti-Apartheid, in: Sarojini Nadar u. a. (Hrsg.), Ecumenical Encounters with Desmond Mpilo Tutu. Visions for Justice, Dignity and Peace, Cape Town / Oxford 2021, S. 25–30.
- (mit Knud Andresen / Detlef Siegfried) Introduction, in: dies. (Hrsg.): Apartheid and Anti-Apartheid in Western Europe, Basingstoke 2021, S. 1–21.
- Overcoming Apartheid through Partnership? »Glocal« Relationships among Christians in West Germany, South Africa and Namibia: 1970s–1990s, in: Knud Andresen / Sebastian Justke / Detlef Siegfried (Hrsg.): Apartheid and Anti-Apartheid in Western Europe, Basingstoke 2021, S. 229–257.

- Kirsten Heinsöhn
- Alexandra Jaeger
- Sebastian Justke

CLAUDIA KEMPER

- More Than a FREEZE. Political Mobilization and Peace Movement in 1980s' U.S. Society, in: Philipp Gassert /Tim Geiger /Hermann Wentker (Hrsg.), The INF Treaty of 1987. A Re-Appraisal, Göttingen 2021, S. 237–258.

HANNAH RENTSCHLER

- Invention of Tradition? Die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen und der Stadtbund Hamburgischer Frauenvereine, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 69 (2021), H. 2, S. 138–150.
- (mit Yvonne Robel), »Es ist unser Ziel, das Nachdenken darüber, wie man Geschichte macht, zu verändern.« Ein Gespräch mit Charlotte Jahnz und Johannes Waldschütz vom Open History e. V., in: WerkstattGeschichte Nr. 83 (2021), S. 103–113.

YVONNE ROBEL

- »Protest? Bollocks!« On Public Perceptions of Punk in West Germany, in: Moving the Social 66 (2021), H. 2, S. 89–110.
- Auf der Suche nach Brüchen. Überlegungen zu einer Geschichte des bundesdeutschen Antiziganismus nach 1945, in: Karola Fings / Sybille Steinbacher (Hrsg.), Sinti und Roma. Der nationalsozialistische Völkermord in historischer und gesellschaftspolitischer Perspektive, Göttingen 2021, S. 167–189.
- (mit Hannah Rentschler), »Es ist unser Ziel, das Nachdenken darüber, wie man Geschichte macht, zu verändern.« Ein Gespräch mit Charlotte Jahnz und Johannes Waldschütz vom Open History e. V., in: WerkstattGeschichte Nr. 83 (2021), S. 103–113.

JOHANNA SIGL

- (mit Katharina Kapitzka / Karin Fischer) (Hrsg.): Facetten des Antifeminismus. Angriffe und Eingriffe in Wissenschaft und Gesellschaft, Hamburg 2021.
- (mit Katharina Kapitzka / Karin Fischer), Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Facetten des Antifeminismus. Angriffe und Eingriffe in Wissenschaft und Gesellschaft, Hamburg 2021, S. 7–17.

- Zugriffe und Angriffe auf Feminismus durch die extreme Rechte. Zum Verhältnis von Antifeminismus und Rechtsextremismus, in: Katharina Kapitzka / Karin Fischer / Johanna Sigl (Hrsg.): Facetten des Antifeminismus. Angriffe und Eingriffe in Wissenschaft und Gesellschaft, Hamburg 2021, S. 19–32.

CHRISTOPH STRUPP

- The Port of Hamburg in the 1940s and 1950s. Physical Reconstruction and Political Restructuring in the Aftermath of World War II, in: *Journal of Urban History* 47 (2021), S. 354–372, DOI: 10.1177/0096144219877853
- Der Übersee-Club, in: Jürgen Zimmerer / Kim Sebastian Todzi (Hrsg.), Hamburg: Tor zur kolonialen Welt. Erinnerungsorte der (post-)kolonialen Globalisierung, Göttingen 2021, S. 263–277.
- Zwischen Fiktion und Realität. »Krieg der Welten« von Orson Welles, in: *Politik und Kultur* Nr. 11 (2021), S. 21.
- Dimensions of the Petroleumscape in the Port and the City of Hamburg, in: Carola Hein (Hrsg.), *Oil Spaces. Exploring the Global Petroleumscape*, New York / London 2022, S. 176–193, Open Access: <https://www.taylorfrancis.com/books/oa-edit/10.4324/9780367816049/oil-spaces-carola-hein> (erschienen 2021)

- Claudia Kemper
- Hannah Rentschler
- Yvonne Robel
- Johanna Sigl
- Christoph Strupp

11. REZENSIONEN ÜBER VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH UND VON MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN DER FZH

(in Auswahl)

Alexandra Jaeger, Abgrenzungen und Ausschlüsse. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW-Hamburg, hrsg. von Dirk Mescher im Auftrag der GEW Hamburg, Weinheim 2020 (Beiträge zur Geschichte der GEW).

- Florian Weis, Grenzen der Toleranz. Die GEW und ihre »Unvereinbarkeitsbeschlüsse«, in: Sozialismus Nr. 10 (2021), S. 68 f.
- Hans-Peter de Lorent, Rezension, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 107 (2021), S. 163–165.

Sebastian Justke, »Brückenbauen« gegen Apartheid? Auslandspfarrer in Südafrika und Namibia, Göttingen 2020 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 59).

- Pascal Eitler, Rezension, in: Historische Zeitschrift 312 (2021), S. 852–854.
- Ulrich van der Heyden, Rezension, in: Das Historisch-Politische Buch 68 (2020), S. 287–288.

Marcel Bois, Von den Grenzen der Toleranz. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gegen Kommunistinnen und Kommunisten in den eigenen Reihen (1974–1980). Mit einem Vorwort von Marlis Tepe, Weinheim 2021 (Beiträge zur Geschichte der GEW).

- Florian Weis, Grenzen der Toleranz. Die GEW und ihre »Unvereinbarkeitsbeschlüsse«, in: Sozialismus Nr. 10 (2021), S. 68 f.

Marcel Bois, Volksschullehrer zwischen Anpassung und Opposition. Die »Gleichschaltung« der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg (1933–1937), Weinheim 2020 (Beiträge zur Geschichte der GEW).

- Valentin J. Hemberger, Rezension, in: Informationen. Wissenschaftliche Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933–1945 46 (2021), S. 45.
- Andreas Hoffmann-Ocon, Rezension, in: Erziehungswissenschaftliche Revue 20 (2021), <https://www.klinkhardt.de/ewr/978377996266.html>
- Jörg Berlin, Rezension in: H-Soz-Kult, 11.1.2021, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-49963>

Marcel Bois/Frank Jacob (Hrsg), Zeiten des Aufbruchs (1916–1921). Globale Proteste, Streiks und Revolutionen gegen den Ersten Weltkrieg und seine Auswirkungen, Berlin 2020 (Alternative | Demokratien. Studien zur Geschichte der Sozialdemokratie und des Sozialismus, Bd. 5).

- Bernd Hüttner, Rezension, in: Terz. Düsseldorfer Stadtzeitung für Politik und Kultur Nr. 4 (2021), S. 23.
- Karl-Heinz Klär, Rezension, in: Politisches Lernen (2021), H. 1–2, S. 76 f.

Marcel Bois/Bernadette Reinhold (Hrsg.), Margarete Schütte-Lihotzky. Architektur. Politik. Geschlecht. Neue Perspektiven auf Leben und Werk, Basel 2019 (Edition Angewandte).

- Ruth Harnisch, Rezension, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte 20 (2021), S. 195–198.
- Ingrid Leonie Severin, Rezension, in: sehepunkte 21 (2021), Nr. 1, <http://www.sehepunkte.de/2021/01/34133.html>
- Christopher Long, Women Designers in Vienna, in: West 86th. A Journal of Decorative Arts, Design History, and Material Culture 28 (2021), H. 1, S. 132–141.

11. REZENSIONEN
ÜBER VERÖFFENT-
LICHUNGEN DER
FZH UND VON MIT-
ARBEITERINNEN
UND MITARBEITERN
DER FZH
12. VORTRÄGE UND
ÖFFENTLICHE
AUFTRITTE DER
MITARBEITE-
RINNEN UND
MITARBEITER
DER FZH

Knud Andresen/Sebastian Justke/Detlef Siegfried (Hrsg.), Apartheid and Anti-Apartheid in Western Europe, Basingstoke 2021.

- Paul S. Landau, Rezension, in: H-Soz-Kult, 10.12.2021, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-95032>

Axel Schildt, Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Gabriele Kanzora und Detlef Siegfried, Göttingen 2020.

- Benedikt Wintgens, Sinnstifter im Wiederaufbau. Über Axel Schildts »Medienintellektuelle in der Bundesrepublik«, in: Merkur 75 (2021), Nr. 863, S. 74–80.
- Gangolf Hübinger, Rezension, in: H-Soz-Kult, 23.2.2021, <https://www.hsozkult.de/searching/id/reb-49890?title=a-schildt-medien-intellektuelle-in-der-bundesrepublik&q=Schildt&sort=&fq=&total=513&recno=1&subType=reb>
- Willi Winkler, Retter der Zivilität, in: Süddeutsche Zeitung, 16.2.2021.
- Detlev Claussen, Ein intellektuelles Panorama, in: taz, 2.2.2021.
- Stefan Müller-Doohm, Intellektuelle und Medien. Einer kann ohne den andren nicht sein, in: Neue Züricher Zeitung, 23.1.2021.
- Marko Martin, Adorno, Arendt und all die anderen, in: Jüdische Allgemeine, 11.1.2021.

12. VORTRÄGE UND ÖFFENTLICHE AUFTRITTE DER MITARBEITERIN- NEN UND MITARBEITER DER FZH

KNUD ANDRESEN

- Wo ist der Großstädter zuhause? – Narrative zur Stadtteilgeschichte als Zugehörigkeitserzählungen im 20. Jahrhundert, Vorlesungsreihe »Andocken 19: Medialitäten der Moderne«, Universität Hamburg, 19.1.2021.

- Auf dem Weg zur partizipativen Demokratie? – Neue soziale Bewegungen ab den 1970er Jahren, Seminar »Soziale Bewegungen / Graswurzelbewegungen« der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kooperation mit dem Arbeitskreis Demokratie der Stipendiatenschaft, Online-Veranstaltung, 9.4.2021.
- Einführung, Digital Book Launch »Apartheid and Anti-Apartheid in Western Europe«, mit Detlef Siegfried, Hamburg, 3.6.2021.
- Labour History, Vortrag Kolloquium zu Arbeitswelten, Universität Hamburg, 23.6.2021.
- Sozial- und Unternehmensgeschichte, Arbeitskreises für Kritische Unternehmens- und Industriegeschichte (AKKU), Online-Veranstaltung, 4.11. / 5.11.2021.
- »Where have all the workers gone?«, Workshop der Freunde des Museums der Arbeit, Hamburg, mit Marcel Bois, Online-Veranstaltung, 19.11.2021.

ANDREA ALTHAUS

- Zum Wert von Ego-Dokumenten für die historische Forschungs- und Bildungsarbeit, Online-Podiumsdiskussion anlässlich der digitalen Neuauflage der Theresienstädter-Tagebücher der Hamburger Jüdin Martha Glass, Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, Online-Veranstaltung, 31.1.2021.
- Great Expectations. The Role of Oral History in Historical Reappraisal Projects, European Social Science History Conference, Leiden, Online-Veranstaltung, 25.3.2021.
- Über die Schwierigkeiten der Interviewauswertung in einem »living discourse«, Netzwerktreffen Oral History, Hamburg, Online-Veranstaltung, 29.4.2021.
- Die Kunst des Zuhörens. Interview-Training in der Forschungswerkstatt »Wie ›1968‹ die Schule veränderte. Lehrforschungsprojekt mit Hamburger Zeitzeug*innen« von Sylvia Kesper Biermann, Hamburg, Online-Veranstaltung, 29.6.2021.
- Geschichte/n hören. Oral History und Migration. Sommerschule der Werkstatt der Erinnerung, Hamburg / Siggen, 19.7.–24.7.2021.

- Knud Andresen
- Andrea Althaus

LINDE APEL

- Moderation des Workshops zur Anforderungsanalyse des Projekts Oral-History.Digital, FernUniversität Hagen, Online-Veranstaltung, 21.1./22.1.2021.
- Einführung in narrative biographische Interviews für die Interviewer*innen des Projekts »Kinder des Widerstands und deren Kinder – Auswirkungen der Erfahrungen von Widerstand und Verfolgung auf die nachfolgenden Generationen«, Online-Veranstaltung, 29.1.2021.
- Moderation der Beiratssitzung des Projekts Oral-History.Digital, FernUniversität Hagen, Online-Veranstaltung, 10.2.2021.
- Chair des Panels »Transcribing Oral History Interviews (Semi-)automatically. Technological Promises in Practical Testing«, European Social Science History Conference, Leiden, Online-Veranstaltung, 24.3.2021.
- Teaching oral history – concepts, experiences, challenges, European Social Science History Conference, Leiden, Online-Veranstaltung, 25.3.2021.
- Begrüßung und Einführung, Netzwerktreffen Oral History, Hamburg, Online-Veranstaltung, 29.4./30.4.2021.
- Keynote »Oral History, Zeitgeschichte und Geschichte der Arbeit« zur Online-Tagung »Menschen im Bergbau«. Perspektiven auf Oral History, Industriekultur und Vermittlung«, Ruhr-Universität Bochum, 7.5.2021.
- Beyond 1968. Political Mobilization in the Seventies, Leo-Baeck-Institute for the Study of German-Jewish History and Culture, Jerusalem, Online-Veranstaltung, 20.5.2021.
- Einführung in die Sommerschule »Geschichte/n hören. Oral History und Migration«, Hamburg / Siggen, 19.7.–24.7.2021.
- Oral History und Biografieforschung, Vortrag im Rahmen des Bildungsurlaubs »Erzählen und Zuhören. Biografiearbeit als Politische Bildung und emanzipatorische Praxis«, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg, 29.10.2021.
- Moderation des Workshops zur Vorstellung des Prototyps von Oral History.Digital, FernUniversität Hagen, Online-Veranstaltung, 18.11./19.11.2021.

MARCEL BOIS

- Schwule Küsse und schwarze Raben. Die »Lindenstraße« als Spiegel der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte, Podiumsgespräch mit den Schauspieler*innen Gunnar Solka, Sara Turchetto, Georg Uecker und Cosima Viola, Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen und Artheater, Köln, 11.4.2021.
- Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW (1974–1980), Arbeitskreis Forschung-Praxis-Transfer der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit Alexandra Jaeger, Online-Veranstaltung, 27.4.2021.
- Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland seit der Industrialisierung. Ein kleine Sozial-, Kultur- und Begriffsgeschichte, Klausurtagung des Vereinsvorstands Freunde des Museums der Arbeit, Hamburg, 14.8.2021.
- Von den Grenzen der Toleranz. Gewerkschaftliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse im »roten Jahrzehnt«, Workshop »Hammer & Sichel – schwarzer Stern – kein Emblem: Die ›Politischen Berichte und der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK). Beiträge zur Geschichte der westdeutschen Linken«, Historisches Zentrum der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 13.11.2021.
- Die doppelte Transformation von Post und Bahn (1989–1995). Der Umgang von DPG und GdED mit der Privatisierung zweier ostdeutscher Staatsbetriebe, Projektpräsentation beim Auftaktworkshop des Forschungsverbundes »Wendezeiten« der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin, 18.11.2021.
- »Where have all the workers gone?«, Workshop der Freunde des Museums der Arbeit, Hamburg, mit Knud Andresen, Online-Veranstaltung, 19.11.2021.

ALEXANDER BUERSTEDDE

- Katholisches Priesterbild und katholische Priesterausbildung in der Bundesrepublik von 1965 bis 1989/90. Ein Werkstattbericht, Projektvorstellung auf der 35. Jahrestagung des Schwerter Arbeitskreises Katholizismusforschung, Katholische Akademie Schwerte, 20.11.2021.

- Linde Apel
- Marcel Bois
- Alexander Buerstedde

SANDRA FRÜHAUF

- Eröffnungsveranstaltung der Forschungsgruppe 2973 der Deutschen Forschungsgemeinschaft »Katholischsein in der Bundesrepublik Deutschland. Semantiken, Praktiken, Emotionen in der westdeutschen Gesellschaft 1965–1989/90«, Podiumsdiskussion zum Vortrag »Linkskatholizismus und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Westeuropa. Interessen und Verbindungen, Unterschiede und Ähnlichkeiten« mit Andreas Holzem, Gerd-Rainer Horn, Haus der Geschichte, Bonn, 1.7.2021.
- Priester im Protest. Priester- und Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen sozialer Bewegung und innerkirchlicher Reform im Untersuchungszeitraum von 1965 bis 1989/90, Vortrag auf der 35. Tagung des Schwerter Arbeitskreises Katholizismusforschung, Katholische Akademie Schwerte, 20.11.2021.

DANIEL GERSTER

- Mannwerdung »hinter Mauern«. Internatserziehung und Männlichkeit(en) in Deutschland und England, 1870–1930, Vortrag im Kolloquium für Historische Bildungsforschung, Humboldt-Universität zu Berlin, Online-Veranstaltung, 18.2.2021.
- Educating the Ruling Class. Gender and Power in British and German Boarding Schools, 1870 to 1930, Vortrag auf der Tagung »Democracy and Gender. The Legitimation of Power in Modern Societies«, Universität der Bundeswehr München, Online-Veranstaltung, 26.5.–28.5.2021.
- Moderation des Panels »Räume des Bewahrens, Erinnerns, Lernens«, Tagung »Digital Turn und Historische Bildungsforschung. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven«, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Online-Veranstaltung, 18.6.2021.
- Organisation und Moderation des Workshop »Historische Friedens- und Konfliktforschung. Fragen, Themen, Perspektiven«, mit Jan Hansen und Susanne Schregel, Online-Veranstaltung, 2.7., 9.7., 15.10.2021.
- »Sonst ist es hier ziemlich öde und traurig«. Internatsleben in Schülerbriefen. Das Beispiel der Landesschule Pforta im Deutschen

Kaiserreich, Tagung »Schülerinnen- und Schülerleben im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg/Helmut Schmidt Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg, 23.9./24.9.2021.

- Charakter-Bildung. Ein bürgerliches Konzept sozialer Distinktion und seine ambivalente Geschichte. Ein deutsch-britischer Vergleich, Autor*innen-Tagung des Archivs für Sozialgeschichte »Sozialgeschichte der Bildung«, Online-Veranstaltung, 28.10./29.10.2021.

THOMAS GROSSBÖLTING

- Wann ist ein Mann ein Mann? Männlichkeitskonstruktionen in der Nachkriegszeit, Referat und Podiumsdiskussion auf der Bundeskonferenz Christlicher Männerseelsorge, Fulda, Online-Veranstaltung, 3.3.2021.
- Moderation der Sektion »Communities, Milieus und neue Lebensstile in der Region – Das Ende der Konformität? im Rahmen des digitalen Autorenworkshops »Varianten des Wandels. Neue Perspektiven auf die Region in der jüngsten Zeitgeschichte 1970–2020«, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, Online-Veranstaltung, 17.3./18.3.2021.
- Impulsreferat und Teilnahme an der Podiumsdiskussion, »Laïcité & Sekularität en France, en Autriche et en Allemagne«, Goethe-Institut Rennes, Online-Veranstaltung, 26.3.2021.
- Präsentation und Diskussion »Duogynon. Sachverhaltsaufklärung zum Verhalten deutscher Aufsichtsbehörden bei Registrierung, Zulassung, Arzneimittelsicherheit und Marktrücknahme des hormonellen Schwangerschaftstests«, Bundesministerium für Gesundheit, Berlin, Online-Veranstaltung, 27.4.2021.
- Einführung und Moderation der Veranstaltung »Die 1990er Jahre als Protestjahre« in der Gesprächsreihe »1 + 1 = 1? Fragen an die deutsch-deutsche Vereinigungsgesellschaft«, mit Christina Morina und Detlef Pollack, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Online-Veranstaltung, 6.5.2021.
- Vortrag und Diskussion »Von ›blühenden Landschaften‹, ›Dunkeldeutschland‹ und nationaler Identitätspolitik: Die Geschichte der Wiedervereinigungsgesellschaft als Kommunikationsgeschichte«,

- Sandra Frühauf
- Daniel Gerster
- Thomas Großbölting

Kölner Vorträge zur Neueren und Neuesten Geschichte, Universität zu Köln, Online-Veranstaltung, 8.6.2021.

- Vortrag und Seminareinheit Missbrauch in der katholischen Kirche im Vergleich, Verband der Diözesen Deutschlands, Bonn, Online-Veranstaltung, 14.6.2021.
- Eingangsstatement und Teilnahme an der Podiumsdiskussion »Die Kirche und der Missbrauchskomplex«, PhilCologne, Köln, 8.9.2021.
- Impulsreferat und Teilnahme an der Abschlussdiskussion: »All politics is local« – Nutzen und Grenzen eines lokalhistorischen Zugriffs auf der Tagung »Der mühsame Weg zur Demokratie – Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit in der jungen Bundesrepublik«, Hannover, 30.10. / 1.10.2021.
- Systemische Ursachen des sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche. Folgerungen aus einem historischen Aufarbeitungsprojekt, Präsentation und Diskussion auf der Vollversammlung des Zentralkomitees der Katholiken, Berlin, 20.11.2021.
- Einführung und Moderation Kick-Off-Treffen Stadtgeschichte Gütersloh, 12.11.2021.
- Das religiöse Feld in Deutschland seit 1945, Vortrag und Diskussion mit Vertreter*innen des Deutschen Ordens, Münster, 3.12.2021.
- »Gläubige Zeiten. Religiosität im Dritten Reich«, Buchpräsentation, Einführung und Gespräch mit dem Autor Manfred Gailus, Dokumentationszentrum Topographie des Terrors, Berlin, 7.12.2021.

KIRSTEN HEINSOHN

- Impulsreferat und Diskussion zu »150 Jahre Kaiserreich Einigkeit und Recht – doch Freiheit?«, AG Orte der Demokratiegeschichte, Online-Veranstaltung, 18.1.2021.
- Kommentar in der Sektion »Pressure Groups und Bündnispartner_innen« auf der Tagung »Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 anlässlich des 150. Geburtstags von Friedrich Ebert (1871–1925)«, Friedrich-Ebert-Stiftung, Online-Veranstaltung, 18.2. / 19.2.2021.
- Moderation der Sektion »Aktivistin = Feministin?« auf der Tagung »Parteipolitik oder Neue Soziale Bewegung? Zur Durchsetzung

geschlechterdemokratischer Ansprüche im 20. Jahrhundert«, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte in Kooperation mit dem Arbeitskreis Historische Frauen- und Geschlechterforschung, Online-Veranstaltung, 11.3./12.3.2021.

- Moderation der Sektion »Aushandlungsprozesse und veränderte Arbeitswelten« im Rahmen des Digitalen Autorenworkshops »Varianten des Wandels. Neue Perspektiven auf die Region in der jüngsten Zeitgeschichte 1970–2020«, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, 17.3./18.3.2021.
- Moderation der Veranstaltung »Wertewandel im Familiären« in der Gesprächsreihe »1 + 1 = 1? Fragen an die deutsch-deutsche Vereinigungsgesellschaft«, mit Steffen Mau und Christopher Neumaier, Hamburg, Online-Veranstaltung, 17.6.2021.
- Begrüßung und Einleitung zur Buchpräsentation von Axel Schildt »Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik«, Hamburg, Online-Veranstaltung, 23.6.2021.
- Moderation der Buchpräsentation von Moritz Liebeknecht »Wissen über Sex. Die deutsche Gesellschaft für Sexualeforschung im Spannungsfeld westdeutscher Wandlungsprozesse«, Hamburg, Online-Veranstaltung, 29.6.2021.
- Gespräch mit Christiane Langrock-Kögel zum Film »Die Unbeugsamen«, Friedrich-Naumann-Stiftung, Abaton-Kino, Hamburg. 24.8.2021.
- Gruppenbild ohne Dame? Demokratieentwürfe nach 1945, Vortrag auf dem 53. Historikertag in München im Rahmen der Sektion »Geschlecht und Demokratie. Deutungskämpfe um die Ordnung der bundesrepublikanischen Gesellschaft«, München, Online-Veranstaltung, 5.10.2021.
- Historikerinnen / Jüdische Geschichte. Impulsreferat auf dem Workshop zum Archiv Bibliographia Judaica, DeGruyter Verlag, Berlin, Online-Veranstaltung, 14.10./15.10.2021.
- Moderation der Veranstaltung »Leerstellen und fragmentierte Erzählungen. Schwarze Deutsche und die deutsche Zeitgeschichte« in der Gesprächsreihe »Wer, Wie, Was? Diversität als zeithistorische Perspektive«, mit Fatima El-Tayeb, Hamburg, Online-Veranstaltung, 28.10.2021.

- Thomas Großbölting
- Kirsten Heinsohn

- Moderation auf der Autorentagung »Sozialgeschichte der Bildung« des Archivs für Sozialgeschichte, Friedrich-Ebert-Stiftung, Online-Veranstaltung, 28.10. / 29.10.2021.
- Demokratiegeschichte, Postkolonialismus, Historikerstreit 2.0: Aktuelle Debatten zur deutschen Erinnerungskultur, Vortrag an der Universität Kopenhagen, ENGEROM / Tysk Fredag, 5.11.2021.
- Gesprächsrunde »Hamburg als Ort jüdischer Migration nach 1945. Begegnungen – Beziehungen – Reflexionen« im Rahmen der Veranstaltung »Wieviel Heimat braucht der Mensch?«, mit Hendrik Althoff, Karen Körber und Sebastian Schirrmeister, Institut für die Geschichte der deutschen Juden / Jüdisches Kulturhaus, Hamburg, 9.11.2021.
- Moderation der Sektion »Grundsätzliches I« der Tagung »Politikerinnen in der Weimarer Republik – mehr als eine Spurensuche?«, Archiv der Sozialen Demokratie in Kooperation mit der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien und dem Archiv der deutschen Frauenbewegung, Online-Veranstaltung, 11.11. / 12.11.2021.

ALEXANDRA JAEGER

- Vortrag als Sachverständige im Finanzausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, Hybrid-Veranstaltung, 14.1.2021.
- Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW (1974–1980), Arbeitskreis Forschung-Praxis-Transfer der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit Marcel Bois, Online-Veranstaltung, 27.4.2021.
- Gewerkschaftliche Zeitpolitiken der 1970er bis 2000er Jahre, Zwischenbericht beim Wissenschaftlichen Beirat der Hans-Böckler-Stiftung, Online-Veranstaltung, 29.4.2021.
- 50 Jahre später – Droht eine Rückkehr der »Berufsverbote«?, Diskussionsveranstaltung beim Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein, Online-Veranstaltung, 11.11.2021.
- Auf der Suche nach »Verfassungsfeinden«. Der Radikalenbeschluss

in den 1970er und 1980er Jahren, Forschungskolloquium des Lehrstuhls Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg, Online-Veranstaltung, 24.11.2021.

SEBASTIAN JUSTKE

- Apartheid and Anti-Apartheid in Western Europe, Diskussion und Buchpräsentation mit Saul Dubow, Amanda Hammar, Tal Zalmanovich, Detlef Siegfried und Knud Andresen, Online-Veranstaltung, 3.6.2021.
- Gespräch mit Maria Alexopoulou und Carsta Langner über »(Post)Migrantische Blicke auf die Transformationsgesellschaft« in der Gesprächsreihe »1 + 1 = 1? Fragen an die deutsch-deutsche Vereinigungsgesellschaft«, Online-Veranstaltung, 20.5.2021.

CLAUDIA KEMPER

- Expertise und Beratung bei der Spring School der III. Kohorte des Graduiertenkollegs 1919 »Vorsorge, Voraussicht, Vorhersage. Kontingenzbewältigung durch Zukunftshandeln« der Universität Duisburg-Essen, 9.3.–11.3.2021.
- Bomben auf Brunsbüttel. Globale Kritik und regionaler Widerstand während des Kalten Krieges, Digitaler Autor*innenworkshop »Varianten des Wandels. Neue Perspektiven auf die Region in der jüngsten Zeitgeschichte 1970–2020«, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, 17.3./18.3.2021.

STEFAN MÖRCHEN

- Moderation der Veranstaltung »Repräsentation als Selbstverständigung. Die Geschichte der Einwanderungsgesellschaft im Museum« in der Gesprächsreihe »Wer, Wie, Was? Diversität als zeithistorische Perspektive«, mit Joachim Baur und Sandra Vacca, Hamburg, Online-Veranstaltung, 25.11.2021.

YVONNE ROBEL

- Leben Faule länger? Diskurse über gesundheitliche Folgen von Müßiggang und Nichtstun seit den 1960er Jahren, Sektion »Und das soll gesund sein? Deutungskämpfe um Gesundheit 1850–2000«

- Kirsten Heinsohn
- Alexandra Jaeger
- Sebastian Justke
- Claudia Kemper
- Stefan Mörchen
- Yvonne Robel

auf dem 53. Deutschen Historikertag, München, Online-Veranstaltung, 5.10.2021.

- Moderation der Veranstaltung »«Behinderung» und Arbeit – eine Antifortschrittsgeschichte?» in der Gesprächsreihe »Wer, Wie, Was? Diversität als zeithistorische Perspektive«, mit Gabriele Lingelbach und Dietmar Süß, Hamburg, Online-Veranstaltung, 25.11.2021.

JOHANNA SIGL

- Geschlecht als Erkenntniskategorie für die soziologische Rechtsextremismusforschung. Workshop »Rechtsextremismus als Herausforderung für die Soziologie« des Arbeitskreises Sociology of the Far Right, Online-Veranstaltung, 30.9.2021.

CHRISTOPH STRUPP

- Hamburger Politik an der Neva: Die Städtepartnerschaft Hamburg – Leningrad im Kalten Krieg, Gespräch mit Kirsten Bönker im Rahmen der Ringvorlesung »Das Jahr 1941. Der Überfall auf die Sowjetunion, Teil 2: Die Blockade Leningrads«, Universität Hamburg, 11.11.2021.
- Ein Abend rund um die Geschichte der Gemeinde und der Stadt Hamburg, Gespräch mit Andrea Strübind, Christuskirche Altona, Hamburg, 18.11.2021.

13. MEDIENECHO

(in Auswahl)

- Julia Schwenn, ARD-Retro, Per Mediathek auf Zeitreise gehen, in: Das Erste Fernsehen – W wie Wissen, 9.1.2021 (Kirsten Heinsohn)
- Anne Françoise Weber, Religionen und Gemeinschaftsgefühl – Wir gewinnt, in: Deutschlandfunk Kultur, 24.1.2021 (Thomas Großbötting)

- KNA, Aufarbeitung schwer gemacht. Experten kritisieren Widerstände bei Aufklärung sexuellen Missbrauchs in der Kirche, in: Süddeutsche Zeitung, 26.1.2021 (Thomas Großbölting)
- Clemens Villinger / Kathrin Zöller, Tagungsbericht: Sind das Daten und muss das (deshalb) weg?: Rechtliche und ethische Grundlagen zeithistorischer Forschung mit Sozialdaten, in: H-Soz-Kult, 15.12.2020, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8839> (Linde Apel)
- Kira Gantner, Vor 60 Jahren erhält Hamburg die Insel Neuwerk, in: NDR Fernsehen – Hamburg Journal: Hamburg damals, 7.2.2021 (Christoph Strupp)
- Esther Geißlinger, »Verhärtung und Frontenbildung«. In den 1970er Jahren verloren aufgrund des Radikalenerlasses von '72 viele Lehrkräfte und im Bildungssektor Beschäftigte ihre Anstellung. [...] Welche Folgen dies für die Betroffenen hatte, hat die Historikerin Alexandra Jaeger am Beispiel der GEW Hamburg untersucht, in: Erziehung & Wissenschaft Nr. 2 (2021) (Alexandra Jaeger)
- Esther Geißlinger, Die Gefahr unterschätzt. Die Bildungsgewerkschaft in der NS-Zeit, Interview mit Marcel Bois, in: Erziehung & Wissenschaft Nr. 3 (2021), S. 18 f. (Marcel Bois)
- Stefanie Oswalt, Wie der Gottesbezug in die Präambel des Grundgesetzes kam, in: Deutschlandfunk Kultur, 3.3.2021 (Thomas Großbölting)
- Anita Hirschbeck, Deshalb kamen Missbrauchstäter in der Kirche oft davon. Verwirrende Regeln und unklare Rollen, in: Domradio.de, 23.3.2021 (Thomas Großbölting)
- Ursula Storost, Was bedeutet eine »Erziehung zum Mann«?, in: Deutschlandfunk, 25.3.2021 (Daniel Gerster)
- Klaus Hofmeister, Der Historiker und Chefaufklärer im Bistum Münster. Thomas Großbölting fordert weitere Konsequenzen, in: Hessischer Rundfunk, 26.3.2021 (Thomas Großbölting)
- Klaus Hofmeister, »In Personalakten findet sich viel über sexuellen Missbrauch«. Thomas Großbölting über Missbrauch im Bistum Münster, in: Hessischer Rundfunk, HR 2 Podcast »Doppelkopf«, 8.4.2021 (Thomas Großbölting)

- Yvonne Robel
- Johanna Sigl
- Christoph Strupp

- Jan Hendrik Stens, Historiker begrüßt Diskussion um Kardinal-Höffner-Kreis: »Ernsthaft über eine Umbenennung nachdenken«, in: Domradio.de, 29.4.2021 (Thomas Großbölting)
- Die Geschichte des Hamburger Hafens, in: NDR Fernsehen – Rund um den Michel, 9.5.2021 (Christoph Strupp)
- Matthias Kaufmann, Herr Andresen, warum fangen Handwerker so früh mit der Arbeit an? [...] Ein Gespräch über die (Er-)Findung der Arbeitszeit – und warum auch Schulkinder darunter leiden, in: Spiegel Online, 23.8.2021 (Knud Andresen)
- Petra Schellen, Die letzten ZeugInnen, in: Die Tageszeitung (taz), 28./29.8.2021 (Linde Apel)
- Esther Geißlinger, Rechtsstaatlich bedenkliche Vorgänge. 124 Frauen und 169 Männer wurden in den 1970er-Jahren wegen »Mitgliedschaft oder Unterstützung« sogenannter K-Gruppen aus der GEW ausgeschlossen. [...], in: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, 15.9.2021 (Marcel Bois)
- Marcel Bois, Ein Leben für die Revolution. Die Historikerin Brigitte Studer hat eine Geschichte der global vernetzten Komintern geschrieben [...], in: JACOBIN: Komintern, 1.10.2021 (Marcel Bois)
- Gernot Heller, Historiker, Menschen in Ost und West weit entfernt von »Einheitsgefühl« [...] in: Passauer Neue Presse, 2.10.2021 (Thomas Großbölting)
- Mario Obeser: Historiker, Ost und West weit entfernt von »Einheitsgefühl«. Der Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg sieht die gefühlte Einheit zwischen Ost- und Westdeutschland noch lange nicht erreicht, in: Bayerisch-Schwaben-Aktuell, 2.10.2021 (Thomas Großbölting)
- Gernot Heller, Viele Menschen im Osten wurden nicht mitgenommen. »Zu wenig auf gleicher Augenhöhe« [...], in: Rhein-Neckar-Zeitung, 3.10.2021 (Thomas Großbölting)
- Florian Weis, Grenzen der Toleranz. Die GEW und ihre »Unvereinbarkeitsbeschlüsse«, in: Sozialismus.de Nr. 10 (2021) (Marcel Bois)
- Heinz Cadera, Stadt Land Kunst. Henning Mankells Schweden / Hamburg / Kirgisistan / Harvard, in: arte.tv, 18.10.2021 (Christoph Strupp)

- Claudia Marcy, Theologisches Bildungswerk. Thomas Großbölting über den Weg der Kirche ins 21. Jahrhundert. »Die Interventionen aus Rom helfen wenig«, in: Dülmener Zeitung, 20.10.2021 (Thomas Großbölting)
- Thomas Jansen, Beichtgeheimnis als Täterschutz? Warum eine kirchliche Institution in Misskredit geraten ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11.2021 (Thomas Großbölting)
- Ursula Storost, Aus Kultur- und Sozialwissenschaften. Diversität als zeithistorische Perspektive, in: Deutschlandfunk, 11.11.2021 (Kirsten Heinsohn, Stefan Mörchen, Yvonne Robel)
- Hans-Jürgen Bartsch, Hörsaal: Medizin: Lebensqualität in mathematischen Formeln, in: Deutschlandfunk Nova, 20.11.2021 (Yvonne Robel)
- cbr/KNA, ZdK will Missbrauch gemeinsam mit Betroffenen aufarbeiten. Erste Ergebnisse zu Missbrauch im Bistum Münster vorgelegt, in: katholisch.de, 20.11.2021 (Thomas Großbölting)
- KNA, Historiker Großbölting stellt ZdK erste Ergebnisse vor: Missbrauch im Bistum Münster: Studie wirft Bischöfen Leistungsversagen vor, in: Kirche + Leben, 20.11.2021 (Thomas Großbölting)
- dpa, Katholische Laien: strukturelle Ursachen für Missbrauch, in: Süddeutsche Zeitung, 20.11.2021 (Thomas Großbölting)
- Philip Oltermann, New faces, policies – and accents. Germany's next coalition, in: The Guardian, <https://www.theguardian.com/world/2021/dec/07/new-faces-policies-and-accents-germanys-next-coalition>, 7.12.2021 (Christoph Strupp)
- Frauen- und Geschlechtergeschichte, Interview, in: Deutsches Historisches Museum (Hrsg.), Herstory. Frauen- und Geschlechtergeschichte. Begleitheft zur Dauerausstellung, Berlin 2020, S. 41–45 (Kirsten Heinsohn)

14. LEHRVERANSTALTUNGEN

SOMMERSEMESTER 2021

KNUD ANDRESEN

- Wandel der Zeit – Theorien und Methoden zu Zeitvorstellungen und -praktiken, Hauptseminar, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte

KIRSTEN HEINSOHN

- Demokratie und gesellschaftliche Demokratisierung nach 1945, Einführung II, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte
- (mit Thomas Großbölting und Birthe Kundrus): Doktorand*innenkolloquium, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte

THOMAS GROSSBÖLTING

- Getrennt aber nicht unverbunden. Deutsch-deutsche Zeitgeschichte nach 1945 bis Anfang der 1970er, Vorlesung, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte
- Wie aus Vergangenheit Geschichte wird. Theorie und Praxis von Historiographie, Masterseminar, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte
- (mit Kirsten Heinsohn und Birthe Kundrus): Doktorand*innenkolloquium, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte

CHRISTOPH STRUPP

- Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik in den 1980er Jahren, Basisseminar, Leibniz Universität Hannover, Historisches Seminar

WINTERSEMESTER 2021/22

KNUD ANDRESEN

- Neue Soziale Bewegungen von den 1960er bis zu den 1980er Jahren, Hauptseminar, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte

KIRSTEN HEINSOHN

- Das Kaiserreich – eine Gesellschaft in Bewegung, Vorlesung, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte
- (mit Angelika Schaser und Ulf Schmidt): Doktorand*innenkolloquium, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte
- Erinnerungskulturen in Deutschland seit 1990, Seminar, Universität Kopenhagen, Institut ENGEROM

THOMAS GROSSBÖLTING

- Von Liebe, Hass und Trauer – eine Lektüreübung zur Emotionengeschichte, Übung, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte
- Nationalsozialistische Diktatur in Deutschland und Europa, Übung, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte

YVONNE ROBEL

- Gefühle in der jüngeren deutschen Zeitgeschichte, Basisseminar, Leibnitz Universität Hannover, Historisches Seminar

ABBILDUNGSNACHWEISE

- Seite 19: Armin Clasen, Fuhlsbüttel und Ohlsdorf, Hamburg 1963.
- Seite 23: Jürgen Frantz, Lokstedt – Niendorf – Schnelsen, Hamburg 2016.
- Seite 25 (von links nach rechts): Hermann Hinrichsen, Rahlstedt mit seinen Nachbarn, Hamburg 1984; Geerd Dahms, Das vergessene Bergedorf, Hamburg 1990.
- Seite 28 (von links nach rechts): Dieter Thal, Hamburg-Veddel, Erfurt 2012; Willkommen in Rahlstedt. Nützliche Informationen über Ihre neue Heimat, Hamburg ca. 1974.
- Seite 31 (von links nach rechts): Dieter Thiele/Wolfgang Stiller (Hrsg.), Stadtteilbilderbogen. Hamburger Quartiere und ihre Geschichte(n), Hamburg 1985; Stadtteilarchiv Ottensen (Hrsg.), Lokalgeschichte Ottensen. Geschichte und Geschichten von Restaurants, Kneipen, Tanzhäusern und Cafés, Hamburg 2005.
- Seite 37: picture-alliance / dpa / Heidtmann.
- Seite 40: BILD (Ausgabe Hamburg), 6.8.1981, S. 3.
- Seite 41: picture-alliance / dpa / Werner Baum.
- Seite 51: Quelle: picture-alliance / dpa / Kay Nietfeld.
- Seite 55: picture-alliance / dpa / Kay Nietfeld.
- Seite 61: Museum für Kunst und Gewerbe – P1994.316-1.
- Seite 66: Staatsarchiv Hamburg – Foto: Heinrich Hamann – 720-1/343-1/H3001162.
- Seite 67: Hapag-Lloyd AG, Hamburg.
- Seite 68: Museum für Kunst und Gewerbe – P1994.1394-1.
- Seite 73: Staatsarchiv Hamburg – Foto: Heinrich Hamann – 720-1/343-1/H3001155.
- Seite 77: Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg – P2015.61.1-1.
- Seite 83: Film »Grippe muß nicht sein«, Bodo Menck/Staatsarchiv Hamburg.
- Seite 89: Film »Grippe muß nicht sein«, Bodo Menck/Staatsarchiv Hamburg.
- Seite 96: Conti-Press, Staatsarchiv Hamburg.
- Seite 99: Conti-Press, Staatsarchiv Hamburg.
- Seite 105: Der Gewerkschafter, Nr. 6 / 1976.
- Seite 111: Die Quelle, Nr. 1 / 1992.
- Seite 119 (links und rechts): ver.di-Archiv, ÖTV, Mappe Aufkleber und Postkarten.
- Seite 122: Initiative Dessauer Ufer.
- Seite 124: Initiative Dessauer Ufer.
- Seite 125: ANG, F 2015-273.

- Seite 131: Frihedsmuseet fotoarkiv / Museum of Danish Resistance 1940 – 1945.
- Seite 133 (von oben nach unten): Reemtsma-Archiv / Museum der Arbeit-SHMH; Initiative Dessauer Ufer.
- Seite 136: Initiative Dessauer Ufer.
- Seite 137: Initiative Dessauer Ufer.
- Seite 142: StAHH.
- Seite 143: Archiv FZH, 11/S 11.
- Seite 151 (von links nach rechts): FZH, Nachlass Otto Piel 11-P15; Privatbesitz.
- Seite 152: FZH/WdE 62.
- Seite 153: Privatbesitz.
- Seite 156: Privatbesitz.
- Seite 157: Privatbesitz.
- Seite 159: Katholische Nachrichten-Agentur GmbH.
- Seite 163: Archiv des Erzbistums München und Freising.
- Seite 167: Der Spiegel Nr. 43, 17.10.1971, S. 92.
- Seite 171: Kirchenzeitung für das Bistum Hildesheim 24 (1969), Nr. 29, S. 5.